Vorwort.

Die juristische Gesellschaft zu Berlin hat, in Bethätigung ihres Interesses an dem Zustandekommen des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches, im April 1894 folgende Preisaufgabe ausgeschrieben:

„Welche Rechtssätze des internationalen Privatrechts „eignen sich zur Aufnahme in das künftige bürgerliche Gesetz„buch für das Deutsche Reich?"

„Gesetzentwurf nebst Begründung und einer vergleichen„den Zusammenstellung der einschlagenden Bestimmungen aus „den wichtigeren in- und ausländischen Gesetzgebungen."

Als Ablieferungstermin wurde, um die Preisschriften der Kommission für die II. Lesung des Entwurfs für das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch zu der für den Sommer 1895 in Aussicht genommenen Berathung des internationalen Privatrechts rechtzeitig zur Verfügung stellen zu können, bereits der 1. Februar 1895 festgesetzt. *)

Die hiermit der Oeffentlichkeit übergebene Arbeit ist als Preisschrift eingereicht, indess, wie dies bereits bei der Einreichung stillschweigend vorbehalten war, inzwischen einer ergänzenden Durcharbeitung unterzogen worden; insbesondere ist das nachträglich erschienene VI. Buch des Entwurfs zweiter Lesung des

*) Die Gesetzbuchkommission hatte inzwischen ihre Arbeiten so gefördert, dass sie bereits Anfangs März 1895 in die Berathung des internationalen Privatrechts eintreten konnte. Der Verfasser sah sich deshalb, um eine Berücksichtigung seiner Arbeit zu ermöglichen, veranlasst, eine Abschrift derselben ohne Namensnennung Anfangs März dem Herrn Vorsitzenden der Kommission einzusenden.

Bürgerlichen Gesetzbuches sowie der seitdem veröffentlichte Niemeyer'sche Entwurf in die Materialien-Zusammenstellung aufgenommen.

Die Arbeit zerfällt in drei Theile: Gesetzentwurf, Motive und Materialien-Anhang.

Durch die aus dem Wortlaut der Preisaufgabe übernommene Bezeichnung „Gesetzentwurf" soll keineswegs ausgedrückt werden, dass der Entwurf geeignet sei, so wie er vorliegt, zum Gesetze erhoben zu werden. Diese Eigenschaft ist weder von den Herren Preisrichtern als Erfordernis für die Zuerkennung des Preises betrachtet worden, noch wird dieselbe von einem sachverständigen und billig denkenden Leser bei der Sprödigkeit des zu behandelnden Stoffes erwartet werden. Es mag in dem Entwurfe vielmehr nur der Versuch gesehen werden, die Sätze des internationalen Privatrechts auf Grundlage der in den Motiven für richtig erachteten Hauptgesichtspunkte zu gestalten.

Die „Motive" gehen überall von dem geltenden Rechte aus und wollen, soweit sie die in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft hervorgetretenen Streitfragen darstellen und würdigen, zugleich der juristischen Praxis als Hilfsmittel dienen.

Der „Materialien-Anhang" hat den Zweck, eine Uebersicht über die in den verschiedenen Gesetzgebungen und Gesetzentwürfen inländischen und ausländischen Ursprungs enthaltenen Kollisionslösungen zu geben; es kam hierbei mehr auf eine umfassende Darstellung der gesetzgeberischen Ideen, als auf eine vollständige Berücksichtigung der verschiedenen Rechtsgebiete an. Die gewählte Methode und das System der Zusammenstellung brachten es mit sich, dass die einzelnen Gesetzgebungen und Entwürfe nicht im Zusammenhang dargestellt werden konnten; die Uebersicht über die zu demselben Ganzen gehörigen Einzelbestimmungen wird sich indess unschwer durch das diesem Zwecke dienende Materialienregister erreichen lassen.

Von besonderem Werthe für die Bearbeitung dieses Theiles der Arbeit erwies sich die von Meili unter dem Titel: „Kodifikation des internationalen Civil- und Handelsrechts" im Jahre 1891 veröffentlichte Materialiensammlung, welche, wie ein Vergleich mit derselben zeigt, ausgiebig, indess unter Heranziehung der Originaltexte sowie unter Nachprüfung und gelegentlicher Abänderung der Uebersetzung benutzt worden ist.

Die Berücksichtigung des montenegrinischen Gesetzbuchs ist nach der deutschen Uebersetzung von A. Shek (Berlin 1893), des ungarischen Ehegesetzes nach dem in der Böhm'schen Zeitschrift von 1895 in Uebersetzung enthaltenen Auszuge, des japanischen Civilgesetzbuchs nach den von Paternostro in der Revue de droit international von 1891 enthaltenen Mittheilungen, der übrigen Gesetze und Entwürfe fast durchgängig nach den Originaltexten erfolgt.

Berlin, November 1895.

Dr. Neumann.

Inhalts-Uebersicht.

Vorwort III
Inhalts-Uebersicht VII
Abkürzungen und Citate XV

Gesetz-Entwurf 1

Motive

Vorbemerkung I. über das internationale Privatrecht 17
Vorbemerkung II. über die gesetzgeberische Behandlung des internationalen Privatrechts.
a. Verhältnis des internationalen Privatrechts zum inländischen Civilrecht 23
b. Verhältnis des inländischen internationalen Privatrechts zu dem des Auslandes
I. Die für die Lösung der Kollision zuständige Gesetzgebung 25
II. Die Frage der Rückverweisung 30
III. Ergebnis 35
Bestimmung des persönlichen Rechts [Ges.Entw. § 1.] 37
Besondere Fälle.
1. Bestimmung des persönlichen Rechts, wenn der Heimathstaat einer einheitlichen Privatrechtsgesetzgebung entbehrt [Ges.Entw. § 1.] 43
2. Bestimmung des persönlichen Rechts bei mehrfacher oder mangelnder Staatsangehörigkeit 44
a) mehrfache Staatsangehörigkeit. [Ges.Entw. §§ 2, 3] 44
b) Mangelnde Staatsangehörigkeit. [Ges.Entw. § 4] 47
3. Bestimmung des persönlichen Rechts des ausserhalb des Sklavenstaates befindlichen Sklaven [Ges.Entw. § 5.] 49
4. Bestimmung des Wohnsitzes [Ges.Entw. § 4.] . . . 49
Fassung der das persönliche Recht behandelnden Bestimmungen 52
Der Ortsbegriff des internationalen Privatrechts. [Ges.Entw. § 6]. . 53
Ermittelung, Auslegung und Anwendung des auswärtigen Rechts. [Ges.Entw. § 7] 54

Natürliche Personen.

Rechtsgleichheit der Inländer und der Ausländer. Rechts- und Parteifähigkeit. Lebens- und Todesvermuthungen. Todeserklärung. [Ges.Entw. §§ 8, 9] 57

Juristische Personen. [Ges.Entw. § 10].

1. Juristische Persönlichkeit überhaupt 64
II. Die besondere Rechtsfähigkeit 66

Rechtsgeschäfte. [Ges.Entw. § 11] 67

Die Geschäftsfähigkeit. [Ges.Entw. §§ 12, 13] 72

Sachenrecht. [Ges.Entw. § 14].

I. Lex rei sitae für bewegliche und unbewegliche Sachen . 78
II. Ermittelung des locus rei sitae 81
III. Ortsveränderung 82
IV. Besitz 82
V. Ersitzung 83
VI. Die für die Lösung der Kollision zuständige Gesetzgebung 84

Recht der Schuldverhältnisse 85

Schuldverhältnisse aus Rechtsgeschäften unter Lebenden. [Ges.Entw. § 15] 85

Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen. [Ges.-Entw. § 16] 91

Schuldverhältnisse aus „sonstigen Gründen." [Ges.Entw. § 17] 95

Anmerkung zu §§ 15—17. Cession, Inhaberpapiere, Zurückbehaltungsrecht 96

Eherecht.

Eheschliessungsrecht.

I. Die Form der Eheschliessung. [Ges.Entw. § 18] . . 98
II. Die Erfordernisse der Eheschliessung. [Ges.Entw. § 19] 99

Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und eheliches Güterrecht im Verhältnis der Ehegatten zu einander. [Ges.-Entw. § 20].

I. Wirkungen der Ehe im Allgemeinen 104
II. Eheliches Güterrecht 106

Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und des ehelichen Güterrechts nach aussen. (Schutzvorschriften.) [Ges.-Entw. § 21] 112

Ehescheidung. [Ges.Entw. § 22]. 115

Anmerkung: Das Verlöbnis 119

Verwandtschaft.

Eheliche Abstammung. Legitimation und Annahme an Kindestatt. [Ges.Entw. §§ 23, 24] 120

Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern. Elterliche Gewalt. Rechtliche Stellung der Kinder aus ungültiger Ehe. [Ges.Entw. §§ 25, 25a] 122

Unterhaltsanspruch. [Ges.Entw. § 26, § 27] 123

Vormundschaftsrecht. [Ges.Entw. § 28].

1. Voraussetzungen des Eingreifens des inländischen Vormundschaftsgerichts 127
2. Errichtung der Vormundschaft im Inlande und Führung derselben 130
3. Die durch die Vormundschaft veranlassten Rechtsverhältnisse 130
4. Die extraterritoriale Anerkennung der Vormundschaft . . 131
5. Der Umfang der Vormundschaft 131
6. Oertliche Zuständigkeit 131

Entmündigung und Wiederaufhebung derselben. [Ges.Entw. § 29, § 30] 132

Erbrecht. [Ges.Entw. § 31, § 31a].

1. Das Princip 133
2. Einzelheiten 135

Die Einwirkung der lex rei sitae auf das Familiengüterrecht, die vormundschaftliche Verwaltung und das Erbrecht. [Ges.-Entw. § 32] 143

Gewillkürte Anwendung ausländischen Rechts 144

Grenzen der Anwendung ausländischen Rechts. [Ges.Entw. § 33] . 145

Retorsion. [Ges.Entw. § 34]. 147

Zusatzbemerkung 148

Materialien-Anhang.

Allgemeine Bestimmungen über den Geltungsbereich des Inlandsrechts (1—19) 149

Stellung der Ausländer. Gegenseitigkeit (20—37) 152

Verhältnis zu dem ausländischen internationalen Privatrecht.

a) Bezeichnung eines zuständigen fremden intern. P.R. (38—46) 156
b) Die sogenannte Zurückverweisung (47) 158

Anwendung und Ermittelung ausländischen Rechts (48—57) . . . 158

Grenzen der Anwendung ausländischen Rechts (58—74) 160

Vorschriften über Wohnsitz und Staatsangehörigkeit zur Ermittelung des massgebenden Rechts.

A. Wohnsitz.

1. Voraussetzungen des Wohnsitzes (75—76) 164
2. Mangel einer einheitlichen Privatgesetzgebung am Wohnsitze (77) 165
3. Mehrfacher Wohnsitz (78) 165
4. Mangel eines Wohnsitzes (79—80) 165

B. Staatsangehörigkeit.

1. Mangel einer einheitlichen Privatrechtsgesetzgebung im Heimathstaate (81—84) 165
2. Mehrfache Staatsangehörigkeit (85—90) 166
3. Nichtnachweisbarkeit oder Mangel der Staatsangehörigkeit (91—101) 167
4. Staatsangehörigkeit im Sklavenstaate (102) 169
5. Wechsel der Staatsangehörigkeit (103—105) 169

Rechts- und Handlungsfähigkeit der Menschen. Status. Verschollenheit.
A. Rechtsfähigkeit (und Verschollenheit) gesondert behandelt (106—110) 170
B. Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit, Status gemeinsam behandelt.
1. Domicilprincip.
a) reines Domicilprincip (111—113) 171
b) Domicilprincip mit Berücksichtigung der lex rei sitae (114) 172
2. Nationalitätsprincip.
a) reines Nationalitätsprincip (115—135) 172
b) Nationalitätsprincip nur für die Inländer (136—137) 175
3. Territorialitätsprincip (138) 176
4. Recht des Vortragortes (139) 177
5. Favor negotii.
a) auf Grundlage des Domicilprincips (140) 177
b) auf Grundlage des Nationalitätsprincips (141—142) 178
6. Schutz des inländischen Verkehrs (auf Grundlage des Nationalitätsprincips (143—154) 178
C. Einfluss des Wechsels des Wohnsitzes bezw. der Nationalität auf die Handlungsfähigkeit.
1. des Wohnsitzes (155) 181
2. der Nationalität (156—158) 182
Juristische Personen (159—167) 182
Sachenrecht.
I. Massgebendes Recht das Personalstatut des Eigenthümers.
a) bei beweglichen Sachen (168—173) 184
b) bei beweglichen und unbeweglichen Sachen (174) . . 186
II. Massgebendes Recht die lex rei sitae.
a) bei beweglichen und unbeweglichen Sachen (175—188) 186
b) bei unbeweglichen Sachen (189—203) 190
III. Besondere Behandlung der Mobilien von dauernder Lage (204—207) 191
IV. Ersitzung (208—213) 192
Recht der Schuldverhältnisse.
A. Form der Rechtsgeschäfte unter Lebenden.
1. locus regit actum (214—230) 194
2. Recht des Vertragsortes oder des Ortes der Wirksamkeit (231—235) 196
3. Recht des Vertragsortes oder das den Parteien gemeinsame Heimathsrecht (236—240) 197
4. Recht des Vertragsortes oder des Prozessgerichtes (241 bis 242) 199
5. Recht des Vertragsortes mit Vorbehalt für das Recht des Prozessgerichts (243—245) 200
6. Recht des Vertragsortes oder das nationale Recht

der Parteien mit Vorbehalt für das das Rechtsverhältnis überhaupt beherrschende Recht (246) 201
7. Das das Rechtsverhältnis überhaupt beherrschende Recht oder das Recht des Vertragsortes (247—251) . 202
8. Besondere Vorschriften für Verträge unter Abwesenden (252—253) 203
B. Zulässigkeit der Rechtsgeschäfte (254) 204
C. Wesen und Wirkungen der Rechtsgeschäfte.
1. Schuldverhältnisse aus einseitigen Rechtsgeschäften.
a) massgebend das Nationalgesetz des Verfügenden (255—259) 204
b) massgebend das Nationalgesetz des Verfügenden oder das Recht des (inländischen) Vertragsortes nach dem Princip des favor negotii (260—262) . 205
2. Schuldverhältnisse aus Verträgen.
a) das massgebende Recht ist nach einer allgemeinen Anweisung im Einzelfalle zu bestimmen.
α. ohne Verweisung auf ein bestimmtes Recht (263—265) 205
β. mit Vermuthung für das Ortsrecht der Geschäftserrichtung (266) 206
γ. mit Vermuthung für das gleiche nationale Recht der Parteien (267) 206
b) massgebend das Recht des Wohnsitzes des Schuldners mit Vorbehalt für die Umstände des Einzelfalles 268—270) 207
c) massgebend das Recht des Vertragsortes.
α. vorbehaltlich entgegenstehenden Parteiwillens (271— 276) 208
β. vorbehaltlich entgegenstehenden Parteiwillens oder gleicher Nationalität der Kontrahenten (277—280) 209
γ. vorbehaltlich der Geltung des Rechts des Erfüllungsortes (281—283) 211
d) massgebend für den Inlandverkehr das inländische Recht mit Vorbehalt für den Willen der mit einander kontrahirenden Ausländer, für den Auslandsverkehr das Recht des Vertragsortes mit Vorbehalt für den Parteiwillen (284—285) . . . 212
e) massgebend das Recht des Erfüllungsortes.
α) schlechthin (286—288) 212
β) vorbehaltlich entgegenstehenden Parteiwillens (289—291) 213
f) Besondere Vorschriften für Verträge inter absentes (292) 214

D. Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen.
1. massgebend das am Ort der That geltende Recht (293—300) 214
2. massgebend das am Ort der That geltende Recht mit Vorbehalt für das inländische Recht (301—303) . . . 215
E. Schuldverhältnisse aus sonstigen Gründen.
1. massgebend das Recht des Ortes, an welchem der verpflichtende Thatbestand sich verwirklicht hat.
a) schlechthin (304—309) 216
b) mit Vorbehalt für das den Parteien gemeinsame Heimathsrecht (310) 217
2. massgebend das am Wohnsitze des Schuldners geltende Recht (311) 217
F. Abtretung der Forderungen (312) 217
G. Anfechtung von Rechtshandlungen (313) 218
H. Anspruchsverjährung (314—318) 218
Familienrecht.
A. Allgemeine Bestimmungen.
1. Nationalitätsprincip schlechthin (319—327) 219
2. Nationalitätsprincip den inländischen Verwandten gegenüber (328) 220
B. Eherecht.
1. Eheschliessungsrecht.
a) Bestimmungen, welche die formellen und materiellen Voraussetzungen der Eheschliessung gleichmässig behandeln.
α. massgebend das Recht des Eheschliessungsortes (329—331) 220
β. massgebend das Recht des Eheschliessungsortes oder inländisches Recht (332) 220
γ. massgebend das Recht des Eheschliessungsortes mit Vorbehalt für das inländische Recht (333—337) 221
δ. massgebend das persönliche Recht des Ehemanns (338—339) 223
b) Bestimmungen, welche die formellen und materiellen Erfordernisse gesondert behandeln.
α. formelles Recht des Eheschliessungsortes, materielles Recht des Heimathsstaates eines jeden der Verlobten (340—349) 223
β. formelles Recht des Eheschliessungsortes, materielles Recht das Heimathsrecht des Ehemanns (350) 229
c) Bestimmungen über die Anzeige der erfolgten Eheschliessung im Heimathsstaate (351—354) . . 229

d) Vorschriften über besondere Eheschliessungsarten (konsularische, diplomatische, religiöse Eheschliessung) (355—359) 230
2. Wirkungen der Ehe im Allgemeinen.
a) massgebend das Recht des jeweiligen Ehedomicils (360—363) 231
b) massgebend das Nationalgesetz des Ehemannes schlechthin (364—367) 232
c) massgebend das Nationalgesetz des Ehemannes zur Zeit der Eheschliessung (368) 233
d) massgebend das gemeinschaftliche Nationalgesetz der Ehegatten (369) 233
3. Eheliches Güterrecht.
a) massgebend das Recht des ersten Ehedomicils (Unwandelbarkeit) (370—377) 234
b) massgebend das Recht des jeweiligen Domicils (Wandelbarkeit) (378—379) 237
c) massgebend das Heimathsrecht des Ehemannes zur Zeit der Eheschliessung (Unwandelbarkeit) (380—383) 238
d) massgebend das jeweilige Heimathsrecht des Ehemannes (Wandelbarkeit) (384) 240
e) massgebend das Recht des Eheschliessungsortes (385) 240
4. Auflösung der Ehe.
a) Voraussetzungen des Eheprozesses zwischen Ausländern (386—387) 241
b) Massgebendes Recht.
α. das Recht des Prozessgerichts (388) 251
β. das am Sitze des Prozessgerichts und das am Orte der Eheschliessung geltende Recht (389 bis 390) 241
γ. das am Wohnsitze der Ehegatten und das am Orte der Eheschliessung geltende Recht (391) 242
δ. das Recht des Prozessgerichts und das nationale Recht des Ehemanns bezw. der Ehegatten (392—397) 242
ε. das nationale Recht des Ehemanns (398—400) 246
c) Anerkennung der ausländischen Ehescheidung (401—405) 247
C. Verwandtschaft.
1. Ehelichkeit, Legitimation, Annahme an Kindesstatt (406—413) 247
2. Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ehelichen Kindern (414—422) 250
3. Unterhaltsanspruch der Verwandten (423—425) . . . 252

D. Rechtsverhältnisse aus ausserehelichem Geschlechtsverkehr (426—431) 252
E. Vormundschaftsrecht nebst Entmündigung.
1. Vormundschaft (432—443) 254
2. Entmündigung (444—446) 259
Erbrecht.
A. Princip der Einheit der Erbschaft
1. auf Grundlage des Rechts am letzten Wohnsitze des Erblassers (447—451) 260
2. auf Grundlage des Heimathsrechts des Erblassers (452 bis 466) 262
B. Scheidung in Mobiliar- und Immobiliarnachlass.
1. für Mobiliarnachlass massgebend das Recht am letzten Wohnsitze des Erblassers (467—468) 267
2. für Mobiliarnachlass massgebend das Heimathsrecht des Erblassers (469) 268
C. Tot hereditates, quot regiones (470—473) 268
D. Sicherung der inländischen Erbberechtigten (474—474 a) . 272
E. Form der Verfügungen von Todeswegen (475—488) . . . 272
Einwirkung der lex rei sitae auf das Familiengüterrecht, die vormundschaftliche Verwaltung und das Erbrecht (489—492) . . 276
Gewillkürte Geltung ausländischen Rechts (493—496) 277
Materialien-Register 279

Abkürzungen und Citate.

Actes = Actes de la deuxième conférence de la Haye chargée de réglementer diverses matières de droit international privé. La Haye 1894.
A.L.R. = Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten.
Asser oder Asser-Cohn = T. M. C. Asser, Das internationale Privatrecht, bearbeitet aus dem Holländischen von Dr. Max Cohn. Berlin 1880.
Bar (I od. II) = L. v. Bar, Theorie und Praxis des internationalen Privatrechts. Hannover 1889.
Bar, Lehrbuch = L. v. Bar, Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts. Stuttgart 1892.
Bar, Gutachten = Gutachten für den XVIII. Deutschen Juristentag. Verhandlungen Bd. I S. 95 ff. Berlin 1880.
Bähr, Gutachten = Gutachten für den XVIII. Deutschen Juristentag. Verhandlungen S. 82 ff. Berlin 1880.
B.G.B. = Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich.
Böhm = Ferdinand Böhm, Die räumliche Herrschaft der Rechtsnormen. Erlangen 1890.
Böhm'sche Zeitschrift = Zeitschrift für internationales Privat- und Strafrecht. Leipzig.
Bolze = A. Bolze, Die Praxis des Reichsgerichts in Civilsachen. Leipzig.
Bornemann = W. Bornemann, Erörterungen im Gebiete des Preussischen Rechts. Berlin 1855.
Entsch. = Entscheidungen (des O.Tr. = Preussischen Obertribunals; R.O.H.G. = Deutschen Reichsoberhandelsgerichts; R.G. = Deutschen Reichsgerichts).
Entw. I des B.G.B. = Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich. Erste Lesung. Ausgearbeitet durch die von dem Bundesrathe berufene Kommission. Berlin 1888.
Entw. I des B.G.B. Mot. = Motive zu dem Entw. I d. B.G.B. Berlin und Leipzig 1888.
Entw. II des B.G.B. = Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich. Zweite Lesung. Nach den Beschlüssen der Redaktionskommission. Berlin 1892—1895.
Ges.-Entw. § = der vorliegend aufgestellte Gesetzentwurf.
Gruchot = Gruchots Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, herausgegeben von Rassow und Küntzel. Berlin.

Jettel = Emil Jettel, Handbuch des internationalen Privat- und Strafrechts. Wien und Leipzig 1893.

J.M.Bl. = Justiz-Ministerial-Blatt für die Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege. Berlin.

J.W.Sch. = Juristische Wochenschrift. Berlin.

Kahn = Franz Kahn, Gesetzeskollisionen; in Iherings Jahrbüchern für die Dogmatik des heutigen Römischen und Deutschen Privatrechts. 30. Band S. 1—143. Jena 1891.

Meili Kodifikation = F. Meili, Die Kodifikation des internationalen Civil- und Handelsrechts. Leipzig 1891.

Meili Geschichte u. System = F. Meili, Geschichte und System des internationalen Privatrechts im Grundris. Leipzig 1892.

Mommsen = Friedrich Mommsen, Wie ist in dem bürgerlichen Gesetzbuch für Deutschland das Verhältnis des inländischen Rechts zu dem ausländischen zu normiren; im Archiv für civilistische Praxis. Bd. 61 S. 149—201. Tübingen und Leipzig 1879.

Revue = Revue de droit international et de législation comparée. Bruxelles.

Rocholl = C. Rocholl, Vorschläge zur Abänderung des Entwurfs eines Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches. Breslau 1890.

Savigny = Friedrich Carl von Savigny, System des heutigen Römischen Rechts. VIII. Band. Berlin 1849.

Wächter = C. G. v. Wächter, Ueber die Kollision der Privatrechtsgesetze im Archiv für die civilistische Praxis. Bd. 24 S. 230—311. Bd. 25 S. 1—60; 161—200; 361—419. Tübingen 1841, 1842.

Gesetzentwurf.

(Siehe Zusatzbemerkung Seite 148.)

§ 1.

Das persönliche Recht eines Menschen ist das für ihn an dem Wohnsitze, welchen er in seinem Heimathstaate hat oder zuletzt gehabt hat, massgebende Recht.

Ist ein solcher Wohnsitz nicht nachweisbar, so gilt dafür die Hauptstadt des Heimathstaates.

Mot. S. 37—44.

§ 2.

Das persönliche Recht eines Reichsangehörigen ist das Deutsche Recht, auch wenn für denselben nach ausländischem Rechte eine andere Staatsangehörigkeit begründet ist.

Mot. S. 44—45.

§ 3.

Als das persönliche Recht eines Ausländers, welcher mehreren Staaten nach deren Gesetzgebungen angehört, werden die Gesetzgebungen dieser Staaten angewendet, wenn dieselben bezüglich des zu beurtheilenden Rechtsverhältnisses übereinstimmen. Ist solche Uebereinstimmung nicht vorhanden, so gilt als Heimathstaat derjenige dieser Staaten, in welchem die Person den letzten bekannten Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen den letzten bekannten Aufenthalt gehabt hat.

Ist hiernach eine Entscheidung nicht zu treffen, und liegen auch andere Beziehungen zu einem der Staaten in überwiegendem Maasse nicht vor, so gilt der Ausländer hinsichtlich der Ermittelung seines persönlichen Rechts als keinem Staate angehörig.

Mot. S. 45—47.

§ 4.

Menschen, für welche eine Staatsangehörigkeit nicht zu ermitteln ist, haben als persönliches Recht das am Orte ihres Wohnsitzes geltende Recht.

Ob für Jemand an einem Orte ein Wohnsitz begründet ist, bestimmt sich nach dem Rechte dieses Ortes.

Bei mehrfachem Wohnsitze findet die Bestimmung des § 3 entsprechende Anwendung.

In Ermangelung eines nachweisbaren Wohnsitzes tritt der Ort, an welchem die Person sich in dem erheblichen Zeitpunkte aufgehalten hat, an die Stelle des Wohnsitzes.

Mot. S. 47; Abs. 2—4 S. 49—52.

§ 5.

Ausländer, welche im Auslande der Sklaverei oder Leibeigenschaft unterworfen sind oder der Rechtsfähigkeit entbehren, aber ausserhalb des Gebietes verweilen, in welchem diese Zustände anerkannt werden, haben das Recht ihres Wohnsitzes oder falls ein solcher ausserhalb des bezeichneten Gebietes nicht nachweisbar ist, das Recht ihres Aufenthaltsortes als persönliches Recht.

Mot. S. 49.

§ 6.

Wenn nicht nachzuweisen ist, für welchen von mehreren in Betracht kommenden Orten die für die Bestimmung des massgebenden Rechts erheblichen thatsächlichen Beziehungen vorliegen, so finden die an diesen mehreren Orten geltenden Gesetze Anwendung, wenn dieselben bezüglich des zu beurtheilenden Thatbestandes übereinstimmen.

Ist eine solche Uebereinstimmung nicht vorhanden oder ist der Ort, dessen Recht massgebend sein würde, überhaupt nicht zu ermitteln oder ausserhalb eines staatlich geordneten Gebiets gelegen, so tritt an die Stelle dieses Ortes der Sitz des Prozessgerichts.

Mot. S. 53.

§ 7.

Die Ermittelung und Auslegung der in einem ausländischen Rechtsgebiete geltenden Rechtsnormen, welche auf Grund des deutschen internationalen Privatrechts anzuwenden sind, erfolgt in Gemässheit des für die Gerichte dieses Rechtsgebietes hierfür massgebenden Rechts.

Ueber die Gültigkeit und den Bestand von Staatsverträgen des Reichs und der Bundesstaaten entscheidet ausschliesslich das inländische Recht.

Die Berücksichtigung der Normen des ausländischen internationalen Privatrechts findet nur insofern statt, als dies in den nachfolgenden Bestimmungen vorgeschrieben ist.

Wird im Laufe eines Verfahrens von den Parteien nicht der Inhalt des massgebenden ausländischen Rechts nachgewiesen, so kann das Gericht, wenn ihm das ausländische Recht unbekannt ist, bei Erlassung der Entscheidung davon ausgehen, dass das ausländische Recht mit dem inländischen übereinstimme.

Mot. S. 54—57.

§ 8.

Jedem Menschen kommt als solchem die Parteifähigkeit zu.

Die Fähigkeit eines Menschen, Träger eines bestimmten Rechts zu sein, ist nach dem Rechte zu beurtheilen, welchem das internationale Privatrecht des für das Rechtsverhältnis überhaupt massgebenden Rechts diese Entscheidung zuweist.

Die Rechtsfähigkeit ist nach deutschem Rechte zu beurtheilen, wenn dies das für das Rechtsverhältnis überhaupt massgebende Recht ist.

Ist in solchem Falle die Rechtsfähigkeit der Person durch auswärtiges Recht mit der Wirkung beschränkt, dass als Folge der Beschränkung eine Konfiskation oder der Erwerb durch eine juristische Person eintritt, so finden die Vorschriften über das Erfordernis staatlicher Genehmigung für den Erwerb durch juristische Personen Anwendung.

Mot. S. 57—62.

§ 9.

Ein Verschollener, dessen persönliches Recht zu Beginn der Verschollenheit das deutsche war, kann in Gemässheit desselben für todt erklärt werden.

Ein Verschollener, dessen persönliches Recht bei Beginn der Verschollenheit nicht das deutsche war, kann im Inlande nach Massgabe der deutschen Gesetze mit Wirkung für sein im Inlande befindliches Vermögen sowie für diejenigen Rechtsverhältnisse, welche sich nach deutschem Rechte bestimmen, für todt erklärt werden.

Die im Inlande erfolgte Todeserklärung eines solchen Verschollenen eröffnet die Erbschaft desselben hinsichtlich seines im Inlande befindlichen Vermögens, wenn nach dem für die Be-

erbung des Verschollenen massgebenden Rechte eine Eröffnung der Erbschaft nicht herbeizuführen ist.

Die ausserhalb des Gebietes des persönlichen Rechts einer Person erfolgte Todeserklärung wird im Inlande hinsichtlich des in dem Staate, in welchem die Todeserklärung erfolgt ist, befindlichen Vermögens, sowie hinsichtlich der dem Rechte dieses Staates unterworfenen Rechtsverhältnisse als wirksam anerkannt.

Mot. S. 62—64.

§ 10.

Die Rechtsbeständigkeit und die Rechtsfähigkeit einer juristischen Person richtet sich nach den Gesetzen des Ortes, an welchem sie ihren Sitz hat.

Wird für einen im Auslande bestehenden Verein, der nach deutschen Gesetzen Rechtsfähigkeit nur durch Eintragung in das Vereinsregister oder durch staatliche Verleihung erlangen kann, ohne dass derselbe von einem Bundesstaate anerkannt ist, vor einer deutschen Behörde Rechtsfähigkeit in Anspruch genommen, so hat die Behörde hiervon der nach den Landesgesetzen zuständigen Verwaltungsbehörde Mittheilung zu machen. Die Verwaltungsbehörde kann gegen die Anerkennung der Rechtsfähigkeit Einspruch erheben, wenn der Verein als inländischer nach dem deutschen Vereinsrechte unerlaubt wäre oder verboten werden könnte oder wenn er einen politischen, social-politischen oder religiösen Zweck verfolgt.

Die Vorschriften der §§ 55, 56 Abs. 1 B. G.B. finden entsprechende Anwendung.

Hinsichtlich der Fähigkeit einer juristischen Person, Träger eines bestimmten Rechts zu sein, findet die Bestimmung des zweiten Satzes des § 8 Anwendung. Ist für das Rechtsverhältnis das deutsche Recht massgebend, so wird diese Fähigkeit — unbeschadet der Vorschrift des Abs. 1 — nach deutschem Rechte beurtheilt.

Die Vorschriften der §§ 30 und 74 des B. G.B. finden auch auf ausländische juristische Personen Anwendung, wenn die schädigende Handlung im Inlande begangen ist.

Mot. S. 64—66.

§ 11.

Das für die Beurtheilung eines Rechtsgeschäftes hinsichtlich der in §§ 90—153 des B. G.B. geregelten Beziehungen massgebende Recht bestimmt sich nach dem internationalen Privatrecht der Gesetzgebung, welcher das den Gegenstand des Rechtsgeschäfts bildende Rechtsverhältnis unterliegt.

Rechtsgeschäfte, deren Gegenstand ein dem deutschen Recht unterliegendes Rechtsverhältnis ist, sind nach deutschem Recht zu beurtheilen, jedoch bestimmt sich hinsichtlich der der gerichtlichen oder notariellen Form unterworfenen Rechtsgeschäfte die Zuständigkeit der Behörden und das Verfahren nach dem am Orte der Vornahme des Rechtsgeschäfts für die Aufnahme öffentlicher Urkunden geltenden Rechte.

Mot. S. 67—72.

§ 12.

Das für die Geschäftsfähigkeit einer Person massgebende Recht wird nach dem für sie zur Zeit der Vornahme des Rechtsgeschäfts geltenden persönlichen Rechte bestimmt.

Das deutsche Recht ist massgebend, wenn es das persönliche Recht ist.

Wer nach seinem früheren persönlichen Rechte das Alter der Volljährigkeit oder die rechtliche Stellung eines Volljährigen erlangt hat, behält, wenn das deutsche Recht sein persönliches Recht wird, den Zustand der Volljährigkeit, auch wenn derselbe nach deutschen Gesetzen nicht begründet wäre.

Mot. S. 72—73.

§ 13.

Die Geschäftsfähigkeit der Ausländer ist hinsichtlich der dem vermögensrechtlichen Gebiete angehörenden Rechtsgeschäfte nach dem am Orte der Geschäftsvornahme geltenden internationalen Privatrechte zu beurtheilen.

Ein Ausländer, welcher im Inlande ein dem vermögensrechtlichen Gebiete angehörendes Rechtsgeschäft vornimmt, in Ansehung dessen er nach seinem persönlichen Rechte nicht geschäftsfähig ist, gilt als geschäftsfähig, soweit er dies bei Berücksichtigung einer im Ausland etwa erfolgten, aber im Inland anzuerkennenden Entmündigung (§ 29) nach deutschem Recht ist.

Diese Bestimmung findet, sofern in dem Falle nicht auch der in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkte Inländer als geschäftsfähig behandelt werden würde, keine Anwendung bei Schenkungen und alsdann, wenn derjenige, welchem gegenüber

das Rechtsgeschäft vorgenommen ist, Kenntnis davon hatte, dass der Ausländer nach dem für ihn massgebenden Rechte geschäftsunfähig war.

Mot. S. 73—78.

§ 14.

Das Recht, nach welchem die rechtlichen Wirkungen eines Thatbestandes in Beziehung auf eine Sache zu beurtheilen sind, bestimmt sich nach dem internationalen Privatrecht des Ortes, an welchem sich die Sache zur Zeit der Verwirklichung des Thatbestandes befindet.

Ist dieser Ort im Inland gelegen, so erfolgt die Beurtheilung nach deutschem Recht.

Für die Beurtheilung der Ersitzung ist der Erwerb des Ersitzungsbesitzes der nach Abs. 1 massgebende Thatbestand.

Ein Recht als Gegenstand dinglicher Rechte gilt als an dem Orte befindlich, dessen Gesetzgebung für dasselbe überhaupt massgebend ist. Wenn zur Uebertragung des Rechts die Uebergabe einer Sache erforderlich ist, so findet hinsichtlich dieser Abs. 1—3 Anwendung.

Mot. S. 78—85.

§ 15.

Das Recht, nach welchem Schuldverhältnisse aus Rechtsgeschäften unter Lebenden zu beurtheilen sind, bestimmt sich nach dem am Orte der Geschäftsvornahme geltenden internationalen Privatrechte.

Als Ort der Vornahme eines einseitigen Rechtsgeschäfts gilt der Ort der Datirung und in Ermangelung derselben, sofern nicht der Ort der Vornahme zu ermitteln ist, der Wohnsitz des Erklärenden. Befinden sich bei einem zweiseitigen Rechtsgeschäfte die Erklärenden zur Zeit des Vertragsschlusses in verschiedenen Rechtsgebieten, so gilt als Ort der Geschäftsvornahme derjenige Ort, von welchem der Antrag ausgegangen ist, wenn dieser Ort dem anderen Theile bekannt ist, sonst der Wohnsitz des Antragenden.

Ist das Rechtsgeschäft im Inlande vorgenommen, so ist das Schuldverhältnis nach demjenigen Rechte zu beurtheilen, dessen Anwendung verabredet oder unter den, bei dem Zustandekommen des Geschäfts obwaltenden Umständen vernünftigerweise vorausgesetzt werden musste.

Ist hiernach eine Entscheidung nicht zu treffen, so ist das Schuldverhältnis nach dem Rechte desjenigen Ortes zu beurtheilen, an welchem der Schuldner zur Zeit der Geschäftsvornahme seinen Wohnsitz hatte, sofern sich aus den obwaltenden Umständen nicht ergiebt, dass die Anwendung dieses Rechts vernünftigerweise nicht vorausgesetzt wurde; in diesem Falle ist das am Orte der Geschäftsvornahme geltende Recht massgebend.

Mot. S. 85—91.

§ 16.

Das Recht, nach welchem Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen zu beurtheilen sind, bestimmt sich nach dem am Orte der Begehung der unerlaubten Handlung geltenden internationalen Privatrechte.

Die Haftpflicht für fremdes Thun oder Unterlassen, sowie für Beschädigung durch Thiere wird nach dem gleicherweise zu bestimmenden Rechte beurtheilt, wenn der Haftpflichtige in dem Rechtsgebiete, in welchem die seine Verbindlichkeit begründende Thatsache eingetreten ist, zur Zeit dieses Eintritts sich befand; anderenfalls wird das massgebende Recht nach dem am Wohnsitze des Haftpflichtigen geltenden internationalen Privatrechte bestimmt.

Ist das Rechtsgebiet, in welchem die unerlaubte Handlung begangen ist, nicht zu ermitteln, so tritt an die Stelle desselben der Wohnsitz des Verpflichteten.

Die Zuerkennung einer nach ausländischem Strafrechte verwirkten Privatstrafe ist unzulässig.

Ist der für die Bestimmung des anzuwendenden Rechts nach Abs. 1—3 massgebende Ort im Inlande belegen, so ist das Schuldverhältnis nach deutschem Recht mit der Massgabe zu beurtheilen, dass die Haftpflicht für fremdes Thun oder Unterlassen oder für Beschädigung durch Thiere nicht über das am Orte der Schadenszufügung hierfür festgesetzte Mass hinausgeht.

Hat Jemand ausserhalb seines Heimathstaates einem Angehörigen desselben gegenüber in Kenntnis dieser Staatsangehörigkeit eine unerlaubte Handlung begangen, so wird das massgebende Recht durch das internationale Privatrecht des den Betheiligten gemeinsamen persönlichen Rechts bestimmt, wenn dieselben in dem Gebiete, in welchem die Handlung begangen ist, keinen Wohnsitz haben.

Sind die Betheiligten Inländer, so wird das Schuldverhältnis nach deutschem Recht beurtheilt.

Mot. S. 91—94.

§ 17.

Das Recht, nach welchem sonstige Schuldverhältnisse, welche nicht familien- oder erbrechtlicher Natur sind, zu beurtheilen sind, bestimmt sich, wenn die Thatsache, aus welcher das Schuldverhältnis abgeleitet wird, aus Anlass eines zwischen den Parteien bestehenden Rechtsverhältnisses eingetreten ist, in Gemässheit der für dieses Rechtsverhältnis massgebenden Bestimmungen.

Ist die Thatsache nicht aus Anlass eines zwischen den Parteien bestehenden Rechtsverhältnisses eingetreten, so bestimmt sich das massgebende Recht nach dem am Orte ihres Eintrittes geltenden internationalen Privatrecht, wenn derselbe der Natur der Sache nach nur an diesem Orte erfolgen konnte.

Ist die Thatsache nur zufällig gerade an diesem Orte eingetreten, so bestimmt sich das massgebende Recht nach dem internationalen Privatrecht des gemeinschaftlichen Wohnsitzrechts und in Ermangelung eines solchen nach demjenigen des gemeinschaftlichen persönlichen Rechts der Betheiligten; ist auch das persönliche Recht der Parteien nicht das gleiche, so findet das am Orte des Eintritts der Thatsache geltende internationale Privatrecht Anwendung.

Ist das Rechtsgebiet, in welchem die Thatsache eingetreten ist, nicht zu ermitteln, so tritt an Stelle desselben der Wohnsitz des Verpflichteten, und wenn beide Parteien als Verpflichtete in Betracht kommen mangels übereinstimmenden Wohnsitzrechts, der Sitz des Prozessgerichts.

Ist (nach Abs. 1—4) das inländische internationale Privatrecht zur Bestimmung des massgebenden Rechts berufen, so hat die Beurtheilung des Schuldverhältnisses im Falle des Abs. 1 nach dem auf das zwischen den Parteien vorhanden gewesene Rechtsverhältnis anzuwendenden Rechte, in den Fällen des Abs. 2—4 nach inländischem Rechte zu erfolgen.

Mot. S. 95—96.

§ 18.

Das Recht, nach welchem die Formgültigkeit der Ehe zu beurtheilen ist, wird durch das am Orte der Eheschliessung geltende internationale Privatrecht bestimmt; jedoch ist eine dem

deutschen Rechte entsprechende Eheschliessung stets als formgültig zu erachten.

Auf Eheschliessungen der Ausländer im Inlande findet § 1222 Abs. 1 des B. G.B. Anwendung.

Die Formgültigkeit einer im Auslande vor einem diplomatischen oder konsularischen Beamten eines auswärtigen Staates in Gemässheit der Gesetze desselben abgeschlossenen Ehe wird unter denselben Voraussetzungen anerkannt, unter welchen von jenem Staate die Formgültigkeit einer vor deutschen diplomatischen oder konsularischen Beamten in Gemässheit des deutschen Rechts abgeschlossenen Ehe anerkannt wird.

Mot. S. 98—99.

§ 19.

Das Recht, nach welchem die Erfordernisse der Eheschliessung sowie die Gültigkeit und die Anfechtbarkeit der Ehe zu beurtheilen sind, bestimmt sich für jeden der Eheschliessenden nach dem internationalen Privatrecht des für ihn zur Zeit der Eheschliessung geltenden persönlichen Rechts.

Ist dies das deutsche Recht, so hat die Beurtheilung nach deutschem Recht zu erfolgen.

Die Berücksichtigung der von dem Rechte des Eheschliessungsortes aufgestellten Ehehindernisse erfolgt nach Massgabe des daselbst geltenden internationalen Privatrechts.

Die Vorschriften der §§ 1215—1219 des B. G.B. finden auch auf Ausländer Anwendung, welche im Inlande die Ehe schliessen.

Das massgebende ausländische Recht ist durch eine Bescheinigung einer hierfür zuständigen Heimathsbehörde oder in einer anderen von dem Standesbeamten als genügend zuverlässig erachteten Weise darzulegen.

Mot. S. 99—103.

§ 20.

Das Recht, nach welchem die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und das eheliche Güterrecht zu beurtheilen sind, bestimmt sich nach dem internationalen Privatrecht ihres persönlichen Eherechts.

Das persönliche Recht des Ehemannes wird mit dem Abschlusse der Ehe das persönliche Eherecht der Ehegatten.

Wechseln die Ehegatten mit beiderseitiger Einwilligung ihr

persönliches Recht, so wird das neue gemeinschaftliche persönliche Recht ihr persönliches Eherecht.

Wechselt ein Ehegatte einseitig sein persönliches Recht, so bleibt das letzte gemeinschaftliche Recht das persönliche Eherecht der Ehegatten.

Ist das persönliche Eherecht das deutsche Recht, so werden nach demselben auch die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und das eheliche Güterrecht beurtheilt.

Wird während der Ehe das deutsche Recht das persönliche Recht der Ehegatten, so hat der Wechsel des persönlichen Eherechts keinen Wechsel des ehelichen Güterrechts zur Folge.

Die Vorschriften der §§ 1260 und 1261 des B. G.B. finden auf ausländische Ehegatten, welche sich im Inlande befinden, Anwendung.

Mot. S. 104—112.

§ 21.

Die Voraussetzungen, unter welchen sich Ehegatten gegen Rechtsgeschäfte auf ein für den Ort der Geschäftsvornahme fremdes eheliches Güterrecht oder persönliches Eherecht berufen können, bestimmt sich nach dem an dem Orte der Geschäftsvornahme geltenden internationalen Privatrecht.

Gegen ein Rechtsgeschäft, welches im Inlande zwischen einem Dritten und einem ausländischen Ehegatten vorgenommen ist, können Einwendungen aus dem Grunde, dass ein ausländisches eheliches Güterrecht massgebend sei, nur hergeleitet werden, wenn zur Zeit der Vornahme des Rechtsgeschäfts die Geltung dieses Güterrechts in dem zuständigen inländischen Güterrechtsregister eingetragen oder dem Dritten bekannt war.

Die Bestimmung der §§ 1257 und 1262 des B. G.B. findet im Verhältnis zu Dritten auch auf ausländische Ehegatten, welche sich im Inlande befinden, Anwendung.

Mot. S. 112—115.

§ 22.

Das für die Ehescheidung massgebende Recht bestimmt sich nach dem internationalen Privatrecht des für die Ehegatten zur Zeit der Klageerhebung geltenden persönlichen Eherechts. (§ 20.)

Die Ehe kann im Inlande nur geschieden werden, wenn die als Scheidungsgrund geltend gemachte Thatsache auch von dem deutschen Recht als Ehescheidungsgrund anerkannt wird.

Ob eine im Ausland ausgesprochene Ehescheidung anzuerkennen ist, bestimmt sich nach dem internationalen Privatrecht des für die Ehegatten zur Zeit der Klageerhebung massgebend gewesenen persönlichen Eherechts.

Ist dies das deutsche Eherecht, so wird die Ehescheidung nur anerkannt, wenn dieselbe aus einem von dem deutschen Rechte zugelassenen Ehescheidungsgrunde erfolgt ist.

Mot. S. 115—119.

§ 23.

Das Recht, nach welchem die Ehelichkeit eines Kindes zu beurtheilen ist, bestimmt sich nach dem für die Ehegatten zur Zeit der Geburt des Kindes geltenden persönlichen Eherechte.

Die Beurtheilung erfolgt nach deutschem Recht, wenn dies das persönliche Eherecht ist.

Mot. S. 120.

§ 24.

Das Recht, nach welchem die Legitimation eines unehelichen Kindes und die Annahme an Kindesstatt zu beurtheilen ist, bestimmt sich für jeden der Betheiligten nach dem internationalen Privatrecht des für ihn zur Zeit der Legitimation oder der Annahme an Kindesstatt geltenden persönlichen Rechts.

Die Beurtheilung erfolgt nach deutschem Recht, wenn dies das persönliche Recht ist.

Mot. S. 120—121.

§ 25.

Das Recht, nach welchem das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ehelichen Kindern zu beurtheilen ist, bestimmt sich nach dem internationalen Privatrecht des für den Vater und nach dessen Tode für die Mutter geltenden persönlichen Rechts.

Die Beurtheilung erfolgt nach deutschem Recht, wenn dies das persönliche Recht des Vaters oder der Mutter ist.

Tritt für den Vater oder nach dessen Tode für die Mutter ein Wechsel des persönlichen Rechts ein, welcher sich nicht auf das persönliche Recht des Kindes erstreckt, so ist nach dem internationalen Privatrecht des bisherigen persönlichen Rechts die Einwirkung dieses Wechsels auf das Rechtsverhältnis zu bestimmen.

War deutsches Recht das bisherige persönliche Recht, so bleibt dasselbe massgebend.

Mot. S. 122.

§ 25a.

Kinder aus einer ungültigen Ehe, die im Falle der Gültigkeit der Ehe ehelich sein würden, gelten für die Bestimmung des ihre rechtliche Stellung regelnden Rechts als eheliche Kinder.

Beruht indess die Nichtigkeit der Ehe auf einem Formmangel, so bestimmt sich das massgebende Recht nach dem am Eheschliessungsort geltenden internationalen Privatrecht. Ist die Ehe im Inlande abgeschlossen, so findet Abs. 1 Anwendung; jedoch gelten die Kinder für die Bestimmung des ihre rechtliche Stellung regelnden Rechts als uneheliche Kinder, wenn die Ehe nicht in das Heirathsregister eingetragen ist.

Mot. S. 122—123.

§ 26.

Das Recht, nach welchem die Unterhaltspflicht der Verwandten zu beurtheilen ist, wird durch das persönliche Recht des Unterhaltspflichtigen bestimmt.

Ist dies das deutsche Recht so ist hiernach der Unterhaltsanspruch zu beurtheilen.

Hat der Bedürftige den Wohnsitz im Inlande, so ist, soweit das persönliche Recht des Unterhaltspflichtigen den nach deutschem Rechte begründeten Unterhaltsanspruch nicht anerkennt, das deutsche Recht anzuwenden.

Mot. S. 123—125.

§ 27.

Das Recht, nach welchem der Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes gegen seinen Vater zu beurtheilen ist, wird durch das internationale Privatrecht des für den Vater zur Zeit der Geburt des Kindes geltenden persönlichen Rechts bestimmt.

Ist dies das deutsche Recht, so wird der Unterhaltsanspruch hiernach beurtheilt.

Hat die Mutter des unehelichen Kindes zur Zeit der Geburt den Wohnsitz im Inlande, so ist, soweit das nach Abs. 1 massgebende Recht den nach deutschem Recht begründeten Unterhaltsanspruch nicht anerkennt, das deutsche Recht anzuwenden.

Auf das Rechtsverhältnis zwischen den Eltern eines unehelichen Kindes findet § 17 Abs. 3 und Abs. 5 Anwendung. Die entscheidende Thatsache ist die Beischlafsvollziehung.

Mot. S. 125—127.

§ 28.

Das deutsche Vormundschaftsgericht kann unter Anwendung des deutschen Rechtes zum Schutze der Person oder des Vermögens eines Ausländers vorläufige Massregeln, insbesondere eine Pflegschaft, anordnen.

Ein im Inlande dauernd sich aufhaltender Ausländer ist im Inlande zu bevormunden, wenn seine Bevormundung sowohl nach seinem persönlichen als auch nach dem deutschen Rechte geboten ist, und wenn der Heimathstaat die Fürsorge binnen angemessener Zeit nach erfolgter Mittheilung nicht übernimmt.

Die Vormundschaft über einen Ausländer ist auf Verlangen der Behörden des Heimathstaates an diese abzugeben.

Die Vormundschaft ist aufzuheben, wenn ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

Die in dem Heimathstaate des Bevormundeten über denselben eingeleitete Vormundschaft ist im Inlande anzuerkennen.

Die Rechtsgültigkeit einer ausserhalb des Heimathstaates des Bevormundeten eingeleiteten Vormundschaft ist nach dem internationalen Privatrecht seines persönlichen Rechts zu beurtheilen.

Eine über einen Deutschen im Auslande eingeleitete Vormundschaft ist im Inlande nur anzuerkennen, wenn die in Abs. 1 bis 4 für die Bevormundung der Ausländer im Inlande enthaltenen Vorschriften entsprechend beobachtet sind.

Das Recht, nach welchem die durch die Vormundschaft veranlassten Rechtsverhältnisse zu beurtheilen sind, wird durch das am Sitze der Vormundschaftsbehörde geltende internationale Privatrecht bestimmt.

Wird die Vormundschaft durch eine inländische Behörde geführt, so erfolgt diese Beurtheilung nach deutschem Recht.

Mot. S. 127—132.

§ 29.

Ein im Inlande dauernd sich aufhaltender Ausländer ist im Inlande zu entmündigen, wenn seine Entmündigung sowohl nach seinem persönlichen als auch nach dem deutschen Recht geboten ist und wenn der Heimathstaat die Fürsorge binnen angemessener Zeit nach erfolgter Mittheilung nicht übernimmt.

Die Entmündigung, welche in dem Heimathstaate des Entmündigten erfolgt ist, ist im Inlande anzuerkennen.

Die Rechtsgültigkeit einer ausserhalb des Heimathstaates des Entmündigten erfolgten Entmündigung ist nach dem internationalen Privatrecht seines persönlichen Rechts zu beurtheilen.

Eine im Auslande erfolgte Entmündigung eines Deutschen ist im Inlande nur anzuerkennen, wenn die in Abs. 1 für die Entmündigung von Ausländern im Inlande enthaltenen Vorschriften entsprechend beobachtet sind.

Eine im Auslande wegen Verschwendung oder Trunksucht erfolgte Entmündigung wird hinsichtlich der von dem Entmündigten Dritten gegenüber, welche keine Kenntnis von der Entmündigung hatten, im Inlande vorgenommenen, dem vermögensrechtlichen Gebiete angehörigen Rechtsgeschäfte nur berücksichtigt, wenn die Entmündigung von der dieselbe aussprechenden Behörde im Reichsanzeiger bekannt gemacht war.

Das für die Wirkungen der Entmündigung massgebende Recht wird — unbeschadet der Geltung des § 13 — durch das am Sitze der entmündigenden Behörde geltende internationale Privatrecht bestimmt.

Ist die Entmündigung im Inlande erfolgt, so ist das deutsche Recht massgebend.

Mot. S. 132.

§ 30.

Auf die Wiederaufhebung einer Entmündigung finden die Vorschriften des § 29 Abs. 2—4 entsprechende Anwendung.

Zur Aufhebung einer gemäfs § 29 Abs. 1 im Inlande erfolgten Entmündigung bedarf es keiner Mittheilung an den Heimathstaat des Entmündigten.

Mot. S. 132.

§ 31.

Das für die Beurtheilung eines Erbfalles massgebende Recht wird durch das internationale Privatrecht des für den Erblasser zur Zeit seines Todes geltenden persönlichen Rechts bestimmt.

Die Beurtheilung erfolgt nach inländischem Rechte, wenn dasselbe in diesem Zeitpunkte das persönliche Recht des Erblassers war.

Die Vorschriften des Abs. 1 u. 2 sind auch massgebend für die Beurtheilung der Haftung des Erben für die Nachlassverbindlichkeiten, sofern der Erbe die Erbschaft angenommen oder sich in dieselbe eingemischt hat.

Die Haftung des Erben, welcher die Erbschaft weder angetreten noch sich in dieselbe eingemischt hat, wird nach Massgabe des internationalen Privatrechts seines persönlichen Rechts beurtheilt. Ist dies das Deutsche Recht, so kann der Erbe aus dem Grunde der Versäumung einer Ausschlagungs- oder Inventarfrist wegen der Nachlassverbindlichkeiten nur in Anspruch genommen werden, wenn ihm diese Frist von der zuständigen Nachlassbehörde in öffentlich beglaubigter Form gesetzt war. Die der Nachlassbehörde gegenüber in öffentlich beglaubigter Form abgegebene und während der Frist durch die Post abgesandte Erklärung, die Erbschaft auszuschlagen, ist wirksam, auch wenn die ausländische Gesetzgebung eine andere Form für diese Erklärung vorschreibt.

Einem Ausländer gegenüber, welcher nach Deutschem Recht Erbe ist, beginnt, sofern er sich in die Erbschaft nicht eingemischt hat, die Ausschlagungsfrist (§ 1821 des B.G.B.) erst, nachdem ihm von dem Nachlassgericht diese Frist gesetzt ist.

Mot. S. 133 ff; Abs. 3—5 S. 138 ff.

§ 31a.

Das für die Beurtheilung der Errichtung oder Aufhebung einer Verfügung von Todeswegen massgebende Recht wird durch das internationale Privatrecht des für den Erblasser zur Zeit der Vornahme des Rechtsgeschäfts geltenden persönlichen Rechts bestimmt.

Die Beurtheilung erfolgt nach inländischem Recht, wenn dasselbe in diesem Zeitpunkt das persönliche Recht des Erblassers war.

Ist seit der Zeit der Errichtung der letztwilligen Verfügung ein Wechsel in dem persönlichen Rechte des Erblassers eingetreten, so bestimmt sich das Recht, nach welchem der Einfluss dieses Wechsels auf die Gültigkeit des Testaments zu beurtheilen ist, nach dem internationalen Privatrecht des neuen persönlichen Rechts des Erblassers.

Ist dies das deutsche Recht, so verliert das mündlich oder privatschriftlich errichtete Testament nach Ablauf eines Jahres seit dem eingetretenen Wechsel des persönlichen Rechts die Rechtsbeständigkeit. Die Vorschrift des § 2116 Abs. 2 und 4 des B. G.B. findet Anwendung.

Mot. S. 135 f. 141 f.

§ 32.

Das nach den vorstehenden Bestimmungen für das eheliche Güterrecht, das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern, das Vormundschaftsrecht und das Erbrecht massgebende Recht findet keine Anwendung, insoweit seine Anwendung auf Vermögensgegenstände durch das Recht des Ortes, an welchem sich dieselben befinden, ausgeschlossen ist.

Hinsichtlich dieser Gegenstände wird das massgebende Recht durch das an diesem Orte geltende internationale Privatrecht bestimmt.

Mot. S. 143—144.

§ 33.

Ein Anspruch, dessen Grund oder Gegenstand gegen ein inländisches Verbotsgesetz oder gegen die guten Sitten verstösst oder dessen Klagbarkeit im inländischen Recht überhaupt nicht anerkannt ist, ist von Amtswegen zurückzuweisen, auch wenn derselbe nach dem in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen anwendbaren ausländischen Rechte begründet ist.

Mot. S. 145—147.

§ 34.

Sind in einem Staate Angehörige des Deutschen Reichs kraft Rechtens schlechter gestellt als die Einheimischen, so kann unter Zustimmung des Bundesraths durch Anordnung des Reichskanzlers bestimmt werden, dass gegen die Angehörigen dieses Staates und die Rechtsnachfolger derselben ein Vergeltungsrecht zur Anwendung gebracht werde.

Mot. S. 147—148.

Motive.

Vorbemerkung I.

über

das internationale Privatrecht.

Begriff und Namen; Rechtsgrund seiner Geltung; Nothwendigkeit reichsrechtlicher Regelung unter dem Gesichtspunkt internationaler Rechtsgemeinschaft; Verhältnis zur eigenen und fremden Souveränität; Aufstellung eines allgemeinen Princips nicht ausreichend; Ziel der Regelung.

I. Wenn die mannigfachen Gebilde menschlichen Verkehrs, bei denen es sich nur um Inländer, die sich im Inlande befinden, und um deren im Inlande befindliches Vermögen handelt, von inländischen Gerichten rechtlicher Beurtheilung unterzogen werden, so kann kein Zweifel darüber aufkommen, dass das inländische Recht anzuwenden ist.

Der Verkehr bindet sich indess nicht an die örtlichen Grenzen der Staaten. Ausländer nehmen Aufenthalt oder Wohnsitz im Inlande, Inländer im Auslande; Beziehungen rechtlicher Natur sind auf allen Gebieten des geschäftlichen und familiären Lebens zwischen den Angehörigen verschiedener Rechtsgebiete vorhanden; Angehörige verschiedener Staaten können in dem Staatsgebiete eines dritten Staates solche Beziehungen zur Entstehung bringen, deren rechtliche Beurtheilung wiederum den Gerichten eines vierten Staates obliegen kann.

Der Richter, dessen Spruch in solchen Fällen angerufen wird, hat mit der Thatsache zu rechnen, dass eine Mehrheit von Rechtsgebieten mit verschiedenen Rechtsordnungen vorhanden ist, und sieht sich vor die Frage gestellt, welche der konkurrirend sich ihm darbietenden Gesetzgebungen die für die Beurtheilung des Falles massgebende ist. Dieses Verhältnis der Gesetzgebungen zu einander ist in der Rechtswissenschaft be-

zeichnet als *concursus statutorum*[1]), *collisio legum*[2]), *conflictus legum*[3]) *(conflict of laws)*[4]). Andere haben dasselbe unter dem Gesichtspunkt der räumlichen oder örtlichen Herrschaft der Rechtsregeln betrachtet[5]), oder als das „Verhältnis der Rechtsquellen, koordinirter Rechtsquellen" bezeichnet.

Im Laufe dieses Jahrhunderts ist für den Inbegriff derjenigen Rechtsnormen, welche der Thatsache, dass eine Mehrheit von Rechtsgebieten und Rechtsordnungen nebeneinander besteht, Rechnung tragend, das Anwendungsgebiet der einzelnen Rechtsordnungen bestimmen und die Beantwortung der Frage bieten, welche Gesetzgebung in dem einzelnen Falle zur Anwendung zu bringen ist, die Bezeichnung „Internationales Privatrecht" in Aufnahme gekommen. Diese Bezeichnung, welche als Verdeutschung des von englischen und nordamerikanischen Juristen gebrauchten Ausdrucks *„private international law"* zuerst von Schäffner[6]) im Jahre 1841 eingeführt ist, hat besonders seit dem Erscheinen der ersten Ausgabe von Foelix, *Traité de droit international privé* im Jahre 1843, in der Europäischen Jurisprudenz Bürgerrecht erworben[7]), und auch Eingang in die deutsche Gesetzes-

[1]) P. Voetius, *de statutis eorumque concursu. Amstelod. 1661.*

[2]) J. N. Hertius, *de collisione legum 1688;* v. Wachter, Ueber die Collision der Privatrechtsgesetze. Archiv für civil. Praxis, Bd. 24 u. 25. 1841, 1842.

[3]) Ulr. Huber, *de conflictu legum* in den *Praelectiones jur. civ. I. 3.* — D. Meier, *de conflictu legum. Bremae 1810.*

[4]) Jos. Story, *comment. on the conflict of laws. Boston 1834.*

[5]) G. v. Struwe, Ueber das positive Rechtsgesetz in seiner Beziehung auf räumliche Verhältnisse. Carlsruhe 1834.

F. C. v. Savigny, Oertliche Grenzen der Herrschaft der Rechtsregeln über die Rechtsverhältnisse (System des heutigen römischen Rechts. VIII. Bd. Berlin 1849, S. 8 ff.).

W. Bornemann, Erörterungen im Gebiete des Preussischen Rechts. Berlin 1855 (No. 2. Ueber die örtlichen Grenzen der Herrschaft der Gesetze) u. A.

[6]) Schäffner, Entwicklung des internationalen Privatrechts. Frankfurt a/M. 1841. (§ 1.)

[7]) Vgl. Asser-Cohn, Das internationale Privatrecht S. 1/2. Ferner die Literaturübersicht bei Bar, Theorie und Praxis, Bd. I. S. XXIX ff. und Lehrbuch S. XII ff.

Die von 16 Regierungen Europas officiell beschickte Konferenz der Jahre 1893 und 1894 führt die Benennung: *Conférence de la Haye chargée de réglementer diverses matières de droit international privé.*

sprache gefunden (Art. 18 des Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Mexico vom 5. Dezember 1882 (R.G.Bl. 1883 S. 247). Desselben Ausdrucks bedienen sich auch mehrfach die Motive des I. Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich (z. B. §§ 215, 216, 1758), wie denn auch die Kommission für die zweite Lesung dieses Entwurfes es für nothwendig erachtet hat, dass das „internationale Privatrecht" im bürgerlichen Gesetzbuch geregelt werde (Anm. 1 zum ersten Abschnitte des 1. Buches).[8])

Der Ausdruck „Internationales Privatrecht" erscheint demnach genügend eingebürgert und bezeichnend, um im Interesse einer möglichst kurzen und klaren Fassung als technische Bezeichnung in die Sprache der bürgerlichen Gesetzgebung eingeführt zu werden.[8])

II. Ueber den Rechtsgrund für die Geltung und Anwendung des internationalen Privatrechts besteht Streit.

Bar, Asser u. A. m.[9]) erkennen in demselben ein internationales Recht im eigentlichen Sinne, dessen Quelle die mit Nothwendigkeit sich geltend machende „Natur der Sache" sei und ausserhalb der einzelnen Territorialgesetzgebung liege, welche letztere indessen für ihren Machtbereich Abweichendes bestimmen könne.

In der deutschen Rechtsprechung ist der andere Standpunkt, welcher dahin formulirt ist:

> „Es giebt zur Zeit kein internationales Privatrecht ausserhalb der einzelnen Privatrechtsordnung. Die Grundsätze, welche das anzuwendende Recht bestimmen, bilden einen Theil des inländischen Privatrechts[10])"

der herrschende.

[8]) Das diesen Rechtsstoff behandelnde 6. Buch des II. Entw. des B.G.B. führt die Ueberschrift: „Anwendung ausländischen Rechts." Diese Bezeichnung deckt nur eine Seite des internationalen Privatrechts; sie berücksichtigt nicht diejenigen Normen, welche die Anwendung des inländischen Rechts auf Ausländer und im Auslande befindliche Inländer betreffen (zu vgl. z. B. §§ 2238 Abs. 1, 3, § 2239, § 2241).

[9]) Bar, Theorie und Praxis I. S. 4 ff., 105 ff. — Asser-Cohn S. 16. Vgl. über die Literatur zu diesem Punkte Kahn S. 4.

[10]) Niemeyer, Zur Methodik S. 31.

Es gilt als anerkanntes Recht, dass der Richter die Normen,[11]) welche das Recht seines Rechtsgebiets für die Behandlung der Fragen des internationalen Privatrechts enthält, unbedingt anzuwenden hat, mögen dieselben ausdrücklich ausgesprochen oder im Wege der Rechtsauslegung aus der gesammten Rechtsordnung herauszuschälen sein.

Von dieser Auffassung kann für die gesetzgeberische Behandlung des Stoffes um so weniger abgegangen werden, als der Gesetzgeber durch die Regelung des internationalen Privatrechts zum Ausdruck bringt, dass dasselbe Theil seiner inneren Rechtsordnung ist. Der Ausdruck „internationales Privatrecht" will demnach nichts anderes sein als eine zusammenfassende Bezeichnung derjenigen in einem bestimmten Rechtsgebiete geltenden Rechtsnormen, durch welche die internationalen Privatrechtsbeziehungen geregelt werden. Es ist somit das **„Deutsche internationale Privatrecht"**, für welches nachstehend der Entwurf einer gesetzlichen Regelung versucht werden soll.

III. Für Deutschland sind die, zutreffend als „Kollisionsnormen"[12]) bezeichneten Rechtssätze des internationalen Privatrechts, abgesehen von wenigen reichsrechtlichen Ausnahmen, den partikularen Civilrechten zu entnehmen, welche bezüglich der hier einschlagenden Grundfragen durchaus nicht übereinstimmen.

Das durch das bürgerliche Gesetzbuch erstrebte Ziel der Einheit des bürgerlichen Rechts für das Deutsche Reich verbietet die Fortdauer dieses Zustandes, der, da der Mangel innerer Ausgeglichenheit sich gerade in wichtigen Fragen von internationaler Bedeutung zeigt, keineswegs der nach aussen geschlossenen völkerrechtlichen Stellung des Reichs entspricht. Soweit nicht Bedenken gegen eine Kodifikation des internationalen Privatrechts überhaupt erhoben sind,[13]) ist denn auch die Zweckmässigkeit und Nothwendigkeit reichsgesetzlicher Regelung nirgends in Abrede gestellt worden.

Eine Regelung des internationalen Privatrechts kann sich naturgemäss nur auf den modernen Standpunkt stellen, welcher durch die Entwickelung des modernen Völkerverkehrs und Völkerrechts gegeben ist, den Boden der internationalen Rechtsgemeinschaft,[14]) welche ausgeht von der Pflicht eines jeden Staates, bei der Rechtspflege gerechte und der Natur der Sache entsprechende Principien befolgen zu lassen, und welche in den Privatrechtsgesetzgebungen der verschiedenen Staaten Rechtsordnungen sieht, welche mit der eigenen Gesetzgebung gleichberechtigt (koordinirt) sind.

[11]) Judikatur s. bei Böhm, Räuml. Herrschaft S. 5.

[12]) Niemeyer, Positives intern. Privatrecht I. S. 2.

[13]) z. B. Bar (Lehrbuch S. 5 und in der krit. V.J.Schr. 15 S. 20 ff.).

Durch die Annahme dieses Princips wird eine Vereinigung der beiden oben erwähnten Auffassungen, dass im internationalen Rechtsverkehr das oberste Gesetz „die Natur der Sache" sei, und der anderen, dass das internationale Privatrecht ein Theil der einheimischen Rechtsordnung sei, insofern erzielt, als der Gesetzgeber eben den ersten Satz auf Grund seiner gesetzgeberischen Souveränität seinem Rechte einverleibt.

IV. Indem die durch die Natur der Sache gebotene Berücksichtigung und Anwendung fremden Rechtes ihren Rechtsgrund der eigenen souveränen Entschliessung des inländischen Gesetzgebers entnimmt, scheidet von vornherein das Bedenken aus, als ob in der Berücksichtigung fremden Rechtes durch die inländischen Gerichte eine Ausserachtlassung der eigenen Souveränität liegen könne.

Sein Bewusstsein unantastbarer Souveränität bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, indem er die Grenzen zieht, in wie weit und unter welchen Umständen er die, an sich durch die Natur der Sache geforderte Anwendung ausländischen Rechtes als seinen Staatszwecken und Rechtsanschauungen zuwiderlaufend, oder aus Erwägungen politischer Natur (Retorsion, Reciprocität) etwa ausschliessen will.

Andererseits kann auch in der Ausgestaltung des internationalen Privatrechts kein Eingriff in eine fremde Souveränität gesehen werden; es handelt sich lediglich um eine Anweisung an den eigenen Richter, in welcher Weise er gewisse, mit internationalen Beziehungen versehene Thatbestände, welche seiner Beurtheilung unterbreitet werden, zu beurtheilen hat.

V. Ergiebt sich hieraus zunächst, dass der Gesetzgeber jedenfalls die Festsetzung der Grenzen für die Anwendung des ausländischen Rechts vornehmen muss, so bleibt noch die Frage

[14]) Savigny S. 30.

offen, wie das Recht zu bestimmen ist, dessen Anwendung der Natur der Sache entspricht.

Es wäre denkbar, dass der Gesetzgeber die Entscheidung des einzelnen Falles den Gerichten überliesse und dieselben lediglich mit einer Anweisung hierzu versehe, wie solche von Niemeyer dahin formulirt ist:[15])

> „In Ermangelung besonderer Kollisionsnormen hat der Richter nach seinem Ermessen dasjenige Recht zur Anwendung zu bringen, dessen Anwendung gemäss dem Wesen und der Aufgabe der Rechtspflege im Sinne friedlicher und gemeinsamer Kulturarbeit der verschiedenen staatlichen Verbände vernünftig erscheint."

Indess diese Lösung, die Entscheidung den Gerichten für den einzelnen Fall zu überlassen, ist unannehmbar, da bei der Vielfachheit der Meinungen über dasjenige, was als „vernünftig" zu erachten ist, Rechtsunsicherheit und Streitigkeiten unter den Parteien entstehen und juristische Kontroversen und verschiedenartige Gerichtsentscheidungen der Kollisionsfälle die Voraussicht hindern würden, nach welchem Gesetze die Rechtsverhältnisse der an einem Kollisionsfalle betheiligten Personen von den Gerichten werden beurtheilt werden.

VI. Andererseits ist die besondere Schwierigkeit der gesetzgeberischen Lösung nicht zu verkennen, da bei richtiger Würdigung die Aufgabe nicht in einer ungebundenen und willkürlichen Setzung von Recht besteht, sondern es sich vielmehr um die richtige Erkenntnis und Formulirung dessen, was ist, handelt und nur ausnahmsweise und in seltenen Fällen um das, was nach dem Willen des Gesetzgebers sein soll.

Jede Bestimmung, welche nicht „der Natur der Sache" entspricht, hindert den Richter an einer den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechenden Beurtheilung des einzelnen Falles.

Die Regelung muss in dem Sinne geschehen, dass durch die Anwendung der gegebenen Normen auf den einzelnen Fall eine Aenderung bestehender oder erworbener Rechte vermieden wird; der Natur der Sache entspricht es, dass die Klarstellung und Sicherung der aus einem in sich völlig abgeschlossenen Thatbestande sich ergebenden Rechtsverhältnisse möglichst un-

[15]) Positives intern. Privatrecht I. § 166.

abhängig von der Gesetzgebung des Ortes gemacht wird, in welchem die Klarstellung, sei es in einem gerichtlichen oder in einem aussergerichtlichen Verfahren (wie z. B. bei beabsichtigter Eheschliessung) gerade erfolgt; hierbei mag indess als selbstverständlich hervorgehoben werden, dass dieses Ziel an dem, am Orte der Rechtsverwirklichung geltenden öffentlichen Rechte seine Grenze findet.

Vorbemerkung II.

über

die gesetzgeberische Behandlung des internat. Privatrechts.

a. Verhältnis des internationalen Privatrechts zum inländischen Civilrecht.

Für die gesetzgeberische Behandlung des deutschen internationalen Privatrechts ist nach dem Vorstehenden davon auszugehen, dass es sich um einen Theil des nationalen Privatrechts handelt; dieser Theil des als ein Ganzes gedachten nationalen Civilrechts soll ebenso wie das Ganze selbst dem seiner Herrschaft unterworfenen inländischen Richter eine Anweisung geben, wie er einen ihm unterbreiteten Thatbestand zu beurtheilen hat; es soll dieser Theil die Frage beantworten, das Recht welches Rechtsgebiets das für die Beurtheilung des Thatbestandes massgebende ist.

Der Gesetzgeber muss demnach für jeden Thatbestand untersuchen und bestimmen, an welchen Bestandtheil desselben im Falle der Kollision die Bestimmung des massgebenden Rechts zu knüpfen ist.

Zur Durchführung dieser Aufgabe bietet sich ihm als naturgemässe Grundlage das System seines Civilrechts. In ihm findet sich, sei es ausdrücklich, sei es analog, die ganze Menge von Einzel-Thatbeständen und Thatsachen beurtheilt, die in Tausenden und Abertausenden von Kombinationen, in stetem Wechsel die Erscheinungen des Lebens, die „Lebensverhältnisse", bilden, mag ihnen die Anerkennung als „Rechtsverhältnis" gegeben oder versagt sein.

Der naturgemässe Weg ist somit, dem System des bürger-

lichen Gesetzbuchs folgend, diejenigen grossen Gruppen von Thatbeständen, für welche die gleiche internationalrechtliche Behandlung für angemessen erachtet wird, zusammenfassend zu behandeln.

Es kann ferner einem Bedenken nicht unterliegen, zur Bezeichnung dieser Thatbestände die Rechtsbegriffe zu verwenden, unter welche das bürgerliche Gesetzbuch die einzelnen Thatbestände, („Lebensverhältnisse") subsumirt, wenn dies nur in dem Bewusstsein geschieht, dass damit der zu beurtheilende Thatbestand nicht *a priori* als ein „Rechtsverhältnis" anerkannt werden soll.[1]) Dies würde, wie Bar (I. S. 107) mit Recht ausführt, ein fehlerhafter Zirkel sein; denn um zu wissen, ob bestimmte Thatsachen ein Rechtsverhältnis darstellen oder hervorbringen, muss man zuvor dasjenige Recht kennen, welches für die rechtliche Beurtheilung massgebend ist.

Es sind deshalb die Rechtsbegriffe, welche zum Zwecke einfacherer Fassung verwendet werden, so zu verstehen, dass dieselben die Thatbestände bezeichnen sollen, welche von dem eigenen Privatrecht unter diesem Rechtsbegriff behandelt werden oder behandelt würden, wenn sie überhaupt zur rechtlichen Normirung gelangt wären.

Uebrigens ist die Verwendung der Rechtsbegriffe auch deshalb gerechtfertigt, weil die Thatbestände vorläufig zum Zwecke der Bestimmung des zuständigen Rechts an der Hand des eigenen Rechts als Rechtsverhältnisse aufgefasst werden unter Vorbehalt der Frage, ob sie sich, gemessen an dem nach dem internationalen Privatrechte für die materielle Beurtheilung massgebenden Rechte als „Rechtsverhältnisse" erzeigen werden. Der Richter hat methodisch demnach zunächst bei jedem Thatbestande die Vorfrage zu stellen, welches Recht ist nach dem Willen des Gesetzgebers das für die Beurtheilung massgebende[2]), und alsdann auf Grund des so gefundenen Rechts die Beurtheilung vorzunehmen.

Hierbei mag hervorgehoben werden, dass nicht etwa nothwendig für die Beurtheilung des gesammten Rechtfalls ein und

[1]) Vgl. über den Begriff „Rechtsverhältnis" v. Savigny, System I. § 52; Bierling, Kritik der Grundbegriffe Bd. 2 S. 128; Dernburg, Pandekten I. § 40.

[2]) Niemeyer, Zur Methodik S. 36 f.

dasselbe materielle Recht massgebend ist, sondern das jeder einzelne Theil des Thatbestandes, insofern derselbe nach dem Willen des Gesetzgebers für die internationalrechtliche Beurtheilung einen selbständigen Thatbestand bildet, besonders zu prüfen ist.[3])

Die Bestimmung des Geltungsbereiches der Gesetzgebungen kann nur in der Weise geschehen, dass aus dem Wesen der eigenen Gesetzgebung festgestellt wird, wie weit sie den Umfang ihrer Geltung sowohl nach dem Grundsatz der Territorialität als auch nach dem der Personalität des Rechts bemessen will; hieraus ergeben sich alsdann, nach dem Princip der Koordination der Gesetzgebungen, auch die für die fremden Gesetzgebungen anzuerkennenden Grenzen, vorbehaltlich der durch zwingende Vorschriften des eigenen Rechts gebotenen Einschränkungen.

Die Regelung des internationalen Privatrechts hat in dem Sinne zu erfolgen, dass durch die Anwendung seiner Normen eine Aenderung bestehender Rechtsverhältnisse oder erworbener Rechte möglichst vermieden wird. Es muss deshalb — immer mit dem Vorbehalt für das *ius cogens* der eigenen Gesetzgebung — jeder Thatbestand dauernd nach ein und demselben Recht und zwar nach demjenigen, welches für die Beurtheilung des Thatbestandes zur Zeit seiner Verwirklichung massgebend war, beurtheilt werden.

Diese Forderung führt zunächst zu einer Betrachtung des Verhältnisses, in welchem das internationale Privatrecht der eigenen Gesetzgebung zu dem der fremden Gesetzgebungen steht.

b. Verhältnis des inländischen internationalen Privatrechts zu dem des Auslands.

I. Die für die Lösung der Kollision zuständige Gesetzgebung.

Die Normen des internationalen Privatrechts haben ihre Geltung als Theil des inneren Rechts eines jeden Rechtsgebiets. Wie ein Blick auf die Kollisionsnormen der verschiedenen Rechtsgebiete lehrt, gehen die Gesetzgebungen in der Beurtheilung und

[3]) Wenn z. B. die Erben eines Franzosen die Ehefrau eines Italieners auf Grund eines von der Ehefrau abgeschlossenen Kaufs in Anspruch nehmen, so würden die für den Erbfall, für den Eheabschluss, für die eherechtlichen Wirkungen und für das Schuldverhältnis massgebenden Rechte einzeln zu ermitteln sein.

Lösung der Kollisionen weit auseinander; es erhellt, dass das Resultat der rechtlichen Beurtheilung eines Thatbestandes je nach dem Inhalt der angewendeten Normen des internationalen Privatrechts ein wechselndes ist.

Ein 23jähriger Franzose, welcher in Oesterreich seinen Wohnsitz hat, schliesst in Italien einen Vertrag, den er nicht erfüllt, siedelt alsdann nach Berlin über und wird vor dem Berliner Gericht in Anspruch genommen.

Wendet der Berliner Richter für die Frage der Geschäftsfähigkeit in Gemässheit der preussischen Kollisionsnormen österreichisches Recht als Wohnsitzrecht an, so muss er die Klage, weil Beklagter nach österreichischem Rechte erst mit 24 Jahren volljährig sein würde, abweisen.

Hätte der Beklagte anstatt in Berlin, in Dresden belangt werden können, und hätte der dortige Richter die sächsischen Kollisionsnormen angewendet, so wäre die Frage der Geschäftsfähigkeit statt nach Wohnsitzrecht nach Heimathsrecht beurtheilt und der mit 21 Jahren grossjährige Franzose verurtheilt worden.

Die Entscheidung des Falles wäre abhängig von den zufälligen Umständen, welche die Zuständigkeit des Prozessgerichts begründen, und welche mit dem der Beurtheilung unterstellten Rechtsverhältnisse in keinerlei innerem Zusammenhange stehen.

Dieses Ergebnis kann als ein der Natur der Sache entsprechendes nicht bezeichnet werden; das wirksamste Mittel, welches eine gründliche Abhilfe gewähren würde, wäre die Annahme gleichartiger Kollisionsnormen Seitens aller Staaten. Ob die auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen, welche in den im Haag im Jahre 1893 und 1894 stattgehabten internationalen Konferenzen zur Regelung einiger Punkte des internationalen Privatrechts ihren sichtbaren Ausdruck gefunden haben, von Erfolg gekrönt sein werden, ist bei der Zurückhaltung, welche von den Vertretern fast aller Mächte ausweislich der Protokolle dieser Konferenzen beobachtet worden ist, mehr als zweifelhaft.

Es erhebt sich deshalb die Frage, ob der deutsche Gesetzgeber bei Gelegenheit der Neuregelung seines Privatrechts auf eigene Hand eine Lösung finden kann, welche, wenn sie den Einfluss der Zufälligkeiten auf die Urtheile seiner Gerichte auch nicht vollkommen ausschliesst, so doch wesentlich vermindert.

Der Gesetzgeber, welcher an die Regelung des internationalen Privatrechts herantritt, bringt damit zum Ausdruck, dass für ihn die Anwendung seiner territorialen Privatrechts-Ordnung auf alle in den örtlichen Grenzen seines Rechtsgebiets zur Beurtheilung gelangenden Rechtsverhältnisse nicht Selbstzweck ist, dass er vielmehr die Privatrechtsordnungen der anderen Kulturstaaten als eine, der seinigen koordinirte Rechtsquelle erachtet, und dass er seine Privatrechtssätze nur in denjenigen Fällen angewendet wissen will, in welchen dies der Natur der Sache entspricht. Die Grenzen, welche er der Anwendung der ausländischen Privatrechtsnormen zieht, werden lediglich bestimmt durch die Rücksicht auf die guten Sitten, die öffentliche Ordnung und die sonstigen allgemeinen Staatsinteressen.

Dieser Standpunkt, welcher die erste Voraussetzung für die Anerkennung des internationalen Privatrechts überhaupt bildet, muss naturgemäss auch den privatinternationalen Normen selbst gegenüber massgebend bleiben. Das Verhältnis der verschiedenen Gesetzgebungen hinsichtlich dieser Normen ist genau dasselbe, wie hinsichtlich der die besonderen Privatrechtsinstitute ordnenden Regeln; auch bezüglich der Kollisionsnormen muss die Gleichberechtigung der verschiedenen Gesetzgebungen anerkannt werden, und es ist kein Grund vorhanden, die Anwendung dieses Theils der Rechtsnormen unter allen Umständen als Selbstzweck zu erachten; gerade diese Rechtssätze wollen der Natur der Sache Rechnung tragen und können deshalb ohne inneren Widerspruch nur da Geltung beanspruchen wollen, wo dies nach der Natur der Sache angemessen erscheint.

Der oben gesetzte Fall zeigt, dass bei unbedingter Anwendung der inländischen Kollisionsnorm durch das inländische Prozessgericht, die Entscheidung von dem Zufalle abhängt, ob das Prozessgericht Berlin oder Dresden ist, und doch hat keines der ausser der *lex fori* in Frage stehenden Rechte so wenig innere Beziehung zu dem Falle, wie die *lex fori*.

Es wäre denkbar, die Lösung der die Geschäftsfähigkeit Vertragschliessender betreffenden Kollision zuzuweisen

a) rücksichtlich eines Jeden derselben dem internationalen Privatrechte seines Wohnsitzes oder seines Heimathstaates oder
b) rücksichtlich Aller dem internationalen Privatrechte des Vertragsortes oder des Erfüllungsortes.

Die durch diese Rechtsgebiete ausgedrückten Beziehungen (Wohnsitz, Heimathstaat, Vertragsort und Erfüllungsort) wohnten einem Jeden der Kontrahenten bezw. dem zwischen ihnen entstehenden Rechtsverhältnisse in dem Augenblicke des Vertragsschlusses inne; die in diesen Rechtsgebieten geltenden Rechtsnormen konnten von den Vertragsparteien in dem fraglichen Zeitpunkte ermittelt und berücksichtigt werden; sie scheinen deshalb weniger durch Zufall und mehr durch die Natur der Sache zur Entscheidung berufen als die durch spätere, nicht vorauszusehende Umstände in Frage gezogene *lex fori*.

Nach der in dem gegenwärtigen Vorschlage (§ 13) angenommenen Lösung der die Geschäftsfähigkeit betreffenden Kollision, wird das am Orte der Geschäftsvornahme geltende internationale Privatrecht für das massgebende erachtet. Das Ergebnis ist, dass für den obigen Fall in Gemässheit des italienischen internationalen Privatrechts, welches den Parteien bei Abschluss des Vertrages am nächsten liegen musste, die Geschäftsfähigkeit des Franzosen nach seinem nationalen Privatrechte beurtheilt wird. — Wäre der Vertragsabschluss in Kopenhagen erfolgt, so würde das dänische internationale Privatrecht für die Beurtheilung der Kollision zuständig sein, und die Geschäftsfähigkeit auf Grund desselben nach dem Wohnsitzrechte beurtheilt werden.

Es muss von vornherein zugegeben werden, dass durch eine gesetzliche Bestimmung, welche die Lösung der Kollision etwa einer der vier in Betracht gezogenen Gesetzgebungen überwiese, die Einwirkung des Zufalls nicht völlig ausgeschieden wird, da die *lex fori* eines anderen, etwa zuständig gewordenen Gerichts die Entscheidung einer anderen Gesetzgebung hätte zuweisen können; immerhin wird die Wirkung des Zufalls erheblich abgeschwächt, wenn die *lex fori* in der Erkenntnis, dass sie nur durch Zufall mit der Sache befasst ist, die Entscheidung derjenigen Gesetzgebung zuweist, welche nach vernunftgemässer Beurtheilung hierzu am meisten berufen erscheint, und mit deren Anwendung deshalb die Parteien der Natur der Sache nach von vornherein rechnen mussten.

Es ergiebt sich für die gesetzgeberische Behandlung des internationalen Privatrechts demnach die doppelte Fragestellung:

a) welches ist die für die international-privatrechtliche Beurtheilung einer Kollision der Natur der Sache nach zuständige Gesetzgebung?

b) welches ist die von der eigenen Gesetzgebung für angemessen zu erachtende Lösung der Kollisionen, zu deren Entscheidung sie sich selbst als zuständig erachtet?

Eine Unterstützung findet diese gesetzgeberische Behandlung des internationalen Privatrechts in dem von der internationalen Konferenz für internationales Privatrecht aufgestellten Eherechtsentwurf; denn, wenn in den Beschlüssen der I. Konferenz den einzelnen Staaten die Aufnahme einer Vorschrift dahin vorgeschlagen wird,

> das Recht der Eheschliessung richtet sich nach dem Nationalgesetze eines jeden der zukünftigen Ehegatten, es sei denn, dass dieses Gesetz selbst sich auf das Gesetz des Wohnsitzes oder auf das des Eheschliessungsortes beruft,

so bedeutet dies nichts anderes, als dass der Gesetzgeber, welcher diese Bestimmung aufnimmt, anordnet, dass die Frage, welches Gesetz für die Eheschliessung massgebend sein soll, nicht nach den inländischen Kollisionsnormen, sondern nach dem internationalen Privatrechte der Heimathsgesetzgebung beurtheilt werden soll.[1])

Knüpft die Konferenz die Bestimmung des zuständigen internationalen Privatrechts, welches das massgebende materielle Eheschliessungsrecht bezeichnen soll, an die Staatsangehörigkeit der Eheschliessenden, so wird für jedes andere Rechtsverhältnis diejenige Beziehung ermittelt werden müssen, welche als der geeignete Anknüpfungspunkt für die Bestimmung des zuständigen internationalen Privatrechts aus der Natur der Sache sich ergiebt. [Siehe Zusatzbemerkung S. 148.]

Denselben Standpunkt hat der II. Entw. des bürgerl. Gesetzbuchs (§ 2245) für das Eherecht angenommen.[2])

---

[1]) Dass die von der II. Konferenz beschlossene Textänderung für den angenommenen Inhalt belanglos ist, ergeben *Actes S. 43.*

[2]) Der II. Entw., welcher die „Rückverweisung" (vgl. zu II. des Textes) principiell ablehnt, hat nach Prot. S. 8245 im Interesse der Aufrechterhaltung der Ehe ausnahmsweise die Rückverweisung zugelassen. Dass indess hier etwas anderes als „Rückverweisung" vorliegt, hat Niemeyer (Vorschläge und Materialien S. 190) zutreffend dargelegt.

Uebrigens ist die vorgeschlagene Regelung im Ergebnisse eine principielle Verallgemeinerung der von Bluntschli herrührenden, von Bar als richtige Lösung der Kollisionsfrage bezeichneten Vorschrift des Züricher Gesetzbuchs von 1854 (§ 2) bezw. von 1887 (§§ 3 u. 4). Nach den bezeichneten Paragraphen sind die Familienverhältnisse und die Beerbung nach dem Nationalgesetze der Personen bezw. des Erblassers zu beurtheilen, sofern das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt.

Eine gleiche Bezugnahme auf fremdes internationales Privatrecht findet sich in Art. 7 des italienischen *codice civile* bezüglich der Rechte an Mobilien, und in Art. 8 des Civilgesetzbuchs von Nieder-Canada bezüglich der Schuldverhältnisse aus Verträgen.[3])

II. Die Frage der Rückverweisung.

Aus der Verschiedenheit der Normen über das internationale Privatrecht in den verschiedenen Rechtsgebieten ergiebt sich die Nothwendigkeit, das Verhältnis der inländischen Kollisionsnormen zu denen des Auslandes noch in einer anderen Richtung festzustellen (Frage der Rückverweisung).

Von dem Reichsgericht ist folgender Fall entschieden[4]):

Der geschiedene Ehemann, welcher in Rom seinen Wohnsitz hat und als bayrischer Staatsangehöriger in Fürth heimathsberechtigt ist, macht vor einem gemeinrechtlichen Gerichte gegen seine Ehefrau den Anspruch auf Erziehung des gemeinschaftlichen Kindes geltend. Nach der reichsgerichtlichen Entscheidung hat das Gericht zunächst das italienische Recht als Wohnsitzrecht und, da dies (nach *Art. 6* des *codice civile*) die Entscheidung über die Familienverhältnisse dem Heimathsrecht zuweist, für die Beurtheilung der Sache selbst das für Fürth geltende Preuss. Landrecht anzuwenden.

Es wird in diesem Urtheile ebenso, wie in den Urtheilen des Ober-Appellationsgerichts zu Lübeck vom 21. März 1861 (Seuffert's Archiv Bd. 14 No. 107) und des Reichsgerichts vom 27. Januar 1888 (Entsch. Bd. 20 S. 351 ff.) davon ausgegangen, dass die von dem eigenen internationalen Privatrecht des Richters als zuständig bezeichnete Gesetzgebung in ihrer Totalität, d. h. einschliesslich ihrer internationalen Privatrechts-Vorschriften

[3]) Vgl. Anhang No. 38 ff.

[4]) Bolze Bd. III. No. 28.

anzuwenden sei, und dass deshalb, wenn dieses fremde Recht selbst nicht angewendet sein wolle, diejenige Gesetzgebung der Entscheidung zu Grunde zu legen sei, auf welche das zunächst angegangene Recht verweise; sei es, dass es auf die inländische Gesetzgebung zurück- oder auf eine dritte Gesetzgebung weiter verweise.

Es wird namentlich in der letztgedachten Entscheidung ausgeführt, dass diese Auslegung schon deshalb die richtige sein müsse, weil gewisse Fragen, gleichgültig vor welchem Gerichte sie zur Entscheidung kämen, zur Vermeidung unlösbarer Verwicklungen, nur nach einem und demselben Gesetze beurtheilt werden könnten.

Den entgegengesetzten Standpunkt hat das Reichsgericht in der Entscheidung vom 31. Mai 1889 (Bd. 24 S. 330 ff.) eingenommen:

Es war von dem badischen Richter die Frage zu entscheiden, nach welchem Rechte das persönliche Verhältnis zwischen dem in Baden domicilirten, in Preussen staatsangehörigen Vater und seinem Kinde zu beurtheilen sei. Hier wurde Art. 3 Satz 2 bad. Landrechts, nach welcher Bestimmung die Gesetze, welche den Zustand und die Rechtsfähigkeit der Personen bestimmen, deren Staatsangehörigkeit entsprechend zur Anwendung zu bringen sind, dahin ausgelegt, dass die Personalstatuten als solche, nicht das nationale Recht in seiner Totalität zur Anwendung zu bringen sei. Das Gesetz bezeichne nicht das Heimathsrecht als dasjenige, nach welchem der bestehende Konflikt zu lösen, das massgebende Statut erst zu bestimmen sei, sondern es entscheide die international-rechtliche Frage selbst und zwar dahin, dass das Personalstatut des Heimathsstaates gelte. Die räumlichen Grenzen, welche die ausländische Gesetzgebung dem Personalstatut gesteckt habe, seien für den inländischen Richter nicht massgebend, sie können durch die ausländische Gesetzgebung, deren Macht auf das Staatsterritorium beschränkt sei, für ihn nicht verbindlich werden, vielmehr nur durch die eigene, und diese habe dem Personalstatut des Ausländers die Geltung ohne Rücksicht auf den Wohnsitz desselben in einem anderen Lande eingeräumt. Auch die Rücksicht könne für den inländischen Richter nicht massgebend sein, womöglich zu der gleichen Entscheidung zu gelangen, welche über den nämlichen Rechtsstreit

von den Gerichten des Heimathstaates zu erwarten wäre. Die Verschiedenheit der Entscheidungen sei eben durch die Ungleichheit der für die international-rechtlichen Fragen geltenden Gesetzesbestimmungen bedingt.

Von der technisch-juristischen Auslegung der geltenden Kollisionsnormen abgesehen, findet sich in dem letzten Satz der Hauptbeweggrund und Endzweck des gegentheiligen Princips, des Princips der Rückverweisung, ausgedrückt. Diesem liegt das Bestreben des Richters, dessen eigene Gesetzgebung sich für die von ihm zu beurtheilende Rechtsfrage für unzuständig erklärt, zu Grunde, sich in Einklang zu setzen mit der gerichtlichen Entscheidung, welche in dem, von der eigenen Gesetzgebung als Sitz des Rechtsverhältnisses erachteten Rechtsgebiete zu erwarten ist.

Es kann dahingestellt bleiben, ob das geltende Recht dieses Streben als ein berechtigtes anerkennt, und ob dasselbe durch die Vertheidiger oder die Gegner des Princips der Rückverweisung die richtige Auslegung erfährt,[5]) — soviel muss anerkannt werden, wie sich dies auch aus dem vielfachen Vorliegen übereinstimmender Urtheile der Gerichte der verschiedensten Rechtsgebiete[6]) ergiebt, dass diesem Streben nach möglichster Gleichheit der Entscheidung ein berechtigter und bei Regelung des internationalen Privatrechts zu beachtender Kern innewohnt.

Die Rücksichtnahme auf die, in dem anderen Rechtsgebiete zu erwartende rechtliche Beurtheilung ist indess nicht ohne Unterscheidung, in allen Kollisionsfällen, welche vor inländischen Gerichten zur Beurtheilung gelangen, berechtigt. Vielmehr kann dieselbe nur in denjenigen Fällen in Frage kommen, welche nach der inländischen Gesetzgebung einem anderen Rechtsgebiete inniger verbunden sind, als dem inländischen, während es andererseits für diejenigen Rechtsverhältnisse, die wiederum dem inländischen Rechtsgebiete näher stehen, nicht Sache des inländischen Gesetzgebers sein kann, für die Gleichheit der Entscheidungen besorgt zu sein.

[5]) Kahn, Gesetzeskollisionen (§ 6), bekämpft für das geltende Recht das Princip der Rückverweisung als zweckwidrig, logisch undurchführbar, der Natur der Normen über internationales Privatrecht widerstrebend.

[6]) Kahn, daselbst §§ 3–6.

Dies vorausgeschickt ergiebt sich bei Anwendung des oben entwickelten Princips, wonach vor Anwendung der eigentlichen Kollisionsnormen die Vorfrage zu stellen ist, welche Gesetzgebung als die für die Beurtheilung des Rechtsverhältnisses zuständige zu erachten ist, für die einem fremden Gebiete angehörigen Rechtsverhältnisse, dass durch Anwendung der so für zuständig befundenen Gesetzgebung die Uebereinstimmung mit der Entscheidung, welche in dem massgebenden fremden Rechtsgebiete zu erwarten wäre, gesichert ist, ohne dass für diese Fälle für den inländischen Gesetzgeber die Frage, ob Rückverweisung oder nicht, zu beantworten ist.

Naturgemäss kann die Gleichmässigkeit der Beurtheilung nur hinsichtlich eines einzigen, nämlich des für das Rechtsverhältnis für zuständig erachteten Rechtsgebiets erlangt werden; wenn demnach ein ausserhalb seiner Heimath wohnhafter Däne, dessen Heimathrecht das Wohnsitzprincip anerkennt, in Italien kontrahirt und in Berlin belangt wird, so ist er in Gemässheit des zuständigen italienischen internationalen Privatrechts nach dänischem Recht zu beurtheilen, während der dänische Richter ihn nach Wohnsitzrecht beurtheilen mag.

Wird ein Italiener, der in Dänemark kontrahirt hat, in Berlin belangt, so würde nach dem vorstehend entwickelten Princip nach dem zuständigen dänischen Rechte in Uebereinstimmung mit dem dänischen Richter das Wohnsitzrecht zur Anwendung zu bringen sein.

Die vorgeschlagene Behandlung hat demnach den doppelten Vorzug, die Einwirkung des Zufalls auf die richterliche Beurtheilung eines zufällig dem inländischen Gerichte unterbreiteten Thatbestandes zu vermindern, und ferner, eine Beurtheilung zu gewährleisten, die mit derjenigen übereinstimmt, welche in dem von dem inländischen Gesetzgeber für zuständig erachteten Rechtsgebiete zu erwarten ist.

Als selbstverständlich mag bemerkt werden, dass der inländische Richter, welcher auf ausländisches internationales Privatrecht verwiesen ist, dasselbe, insbesondere auch was die Frage der Rückverweisung anlangt, so anzuwenden hat, wie dies dem Willen des ausländischen Gesetzgebers entspricht.

Nach den vorstehenden Darlegungen müssen für die Frage, ob für das inländische internationale Privatrecht das Princip der

Rückverweisung anzunehmen ist, die den fremden Rechtsgebieten zuzurechnenden Fälle ausscheiden, und es bleiben nur diejenigen zu berücksichtigen, für welche das deutsche internationale Privatrecht das zuständige und massgebende ist. Wie schon eben erwähnt, kann es für diese Fälle, welche nach Auffassung der eignen Gesetzgebung dem inländischen Rechtsgebiet angehören, nicht als Sache des inländischen Gesetzgebers angesehen werden, seine Entschliessungen von der Rücksicht auf die rechtliche Behandlung im Auslande abhängig zu machen, vielmehr muss erwartet werden, dass die ausländischen Gesetzgebungen, soweit sie das Streben nach Gleichmässigkeit der Entscheidungen als berechtigt anerkennen, sich für diese Kollisionsfälle der deutschen Rechtsauffassung anpassen.

Es entfällt damit für das inländische internationale Privatrecht das Hauptmotiv, welches für das Princip der Rückverweisung in Theorie und Praxis geltend gemacht ist, die Rücksicht auf die Gleichheit der Entscheidungen.

Wenn z. B. die Beurtheilung eines Schuldverhältnisses aus einem in Italien zwischen zwei Franzosen abgeschlossenen Vertrage durch ein deutsches Gericht in Frage steht, so ist (nach dem vorliegenden Entwurfe § 15 Abs. 1) die Kollision nach den italienischen Kollisionsnormen zu entscheiden, d. h. es findet nach *Art. 9 cod. civ.* das gemeinschaftliche Heimathsrecht der Kontrahenten Anwendung.

Wenn es sich andererseits um ein in Deutschland vertragsmässig begründetes Schuldverhältnis handelt, aus welchem ein in Italien wohnhafter Schuldner vor einem deutschen Gerichte in Anspruch genommen wird, so ist nach § 15 Abs. 4 des vorliegenden Entwurfs das am Wohnsitze des Schuldners geltende Obligationenrecht für die Beurtheilung massgebend; dasselbe ist anzuwenden, obwohl das italienische internationale Privatrecht auf das am Ort des Abschlusses geltende Recht *(Art. 9 cod. civ.)* verweist. Der deutsche Gesetzgeber kann, wenn er den Ort des Vertragsabschlusses für die zur Bestimmung des zuständigen Rechts massgebende Beziehung erachtet, keinen Anlass haben, bezüglich eines im Inlande begründeten Schuldverhältnisses, von seiner der Natur der Sache entsprechend erachteten Meinung abzugehen. Er will die Schuldverhältnisse aus einem im Inlande abgeschlossenen Vertrage nicht nach dem am Wohnsitze des Schuldners geltenden Rechte beurtheilen, wenn dieses Recht sich für zuständig erklärt, sondern unbedingt, weil er dieses Recht für das der Natur der Sache nach zuständige erachtet; er kann es dem ausländischen Gesetzgeber überlassen, wenn dieser dem Streben nach gleichmässiger Beurtheilung Berechtigung zuerkennt, bezüglich der in Deutschland begründeten Schuldverhältnisse sich dem inländischen Rechte anzupassen.

Es ist die Frage angeregt, ob nicht in solchen Fällen, in denen die nach inländischem internationalen Privatrecht zuständige ausländische Gesetzgebung gerade die Beurtheilung nach inländischem Rechte vorschreibt, zu Gunsten des einheimischen Rechts eine Zurückverweisung zuzulassen, und an Stelle des ausländischen das einheimische Recht für massgebend zu erachten sei.

Diese von dem Gebhard'schen Entwurf (§ 31. Anh. No. 47) angenommene Regelung, welche übrigens auch die Billigung Bar's[7]) gefunden hat, bedeutet eine Abweichung von demjenigen Princip, welches als der Natur der Sache entsprechend angenommen ist, und würde deshalb nur zu billigen sein, wenn wichtige Gründe dafür sprechen; solche Gründe sind indess nicht vorhanden. Es würde eine solche Regelung dem oben begründeten Standpunkte, dass die Anwendung seines Rechtes dem Gesetzgeber nicht Selbstzweck ist, widersprechen. Es ist wiederholt zu betonen, dass es sich hier lediglich um solche Kollisionsfälle handelt, zu deren Lösung der einheimische Gesetzgeber sich selbst für zuständig erachtet; wenn in einem solchen Fall die Anwendung des ausländischen Rechts für angemessen erachtet wird, so soll es eben angewendet werden, weil seine Anwendung der Natur der Sache entspricht und unabhängig davon, ob das ausländische Recht angewendet werden will; der ausländischen Gesetzgebung einen Einfluss auf die Beurtheilung solcher Fälle einzuräumen, ist bei aller Rücksichtnahme auf ihre internationale Natur nicht gerechtfertigt.

III. Ergebnis.

Die vorgeschlagene Regelung des Verhältnisses der inländischen Vorschriften über das internationale Privatrecht zu denen des Auslandes beruht, um es noch einmal zusammenzufassen, auf den beiden Grundsätzen:

[7]) Lehrbuch S. 49 Anm.

1. Jede Kollision ist nach demjenigen internationalen Privatrecht zu beurtheilen, welches nach der Natur der Sache hierzu am meisten berufen ist.
2. Jede Gesetzgebung regelt das internationale Privatrecht hinsichtlich der (nach Prüfung zu 1) ihrer eigenen Zuständigkeit unterworfenen Kollisionsfälle, so, wie sie es nach der Natur der Sache für angezeigt erachtet und lässt diese Vorschrift anwenden, ohne Rücksicht auf eine etwaige andere Regelung der Kollisionsnormen in ausländischen Rechtsgebieten.

Eine solche Regelung bietet auch ein Mittel zur Vereinigung[8]) der beiden sich bekämpfenden Principien der Nationalität und des Wohnsitzes und unterstützt deshalb die internationalen Einheitsbestrebungen auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts.

Um eine in allen Staaten gleichmässige Beurtheilung der Kollisionsthatbestände zu erreichen, wäre es ausreichend, eine internationale Vereinbarung über diejenigen Grundsätze zu erzielen, nach welchen die für den Einzelfall zuständige Gesetzgebung zu bestimmen ist; eine solche Vereinbarung, welche den verschiedenen Staaten eine Berücksichtigung fremder Kollisionsnormen lediglich bezüglich der dem eigenen Rechtsgebiete fremderen Thatbestände zumuthet, dürfte leichter herbeizuführen sein, als eine übereinstimmende Regelung der in die eigenen Rechtsverhältnisse eingreifenden privatinternationalen Vorschriften selbst; denn die Widersprüche der einzelnen Gesetzgebungen auf diesem Gebiete beruhen nicht auf Zufall; nicht mit Unrecht sind sie auf die besondere Physiognomie eines jeden Landes zurückgeführt, welche ihm seine politische Verfassung, sein religiöser Glaube, die eingewurzelte Gewohnheit seiner Bewohner, seine expansiven oder egoistischen Tendenzen, die je nachdem zum Kosmopolitismus oder zur Isolirung führen, die verschiedene Höhe des geistigen, moralischen und socialen Standpunktes der verschiedenen menschlichen Vereinigungen, die geringere oder grössere Entwickelung des internationalen Handels und dergl. mehr aufdrücken.[9]) Die

[8]) Zu vgl. Meili in den *Actes 1894 S. 37.*

[9]) Vgl. die Note des chilenischen Ministers Verga vom 20. August 1882 von Neubauer mitgetheilt in Goldschmidt's Zeitschrift für Handelsrecht Bd. 36 S. 404 ff.

verschiedenen Nationen halten mit Zähigkeit an ihrer Eigenart fest, und eine allgemeine Vereinigung wird nur erzielt werden können durch allseitige Beherzigung des Satzes *suum cuique* auch auf diesem Gebiete.

Bestimmung des persönlichen Rechts.

Es wird allgemein von der Wissenschaft und der Praxis sowie von den Gesetzgebungen angenommen und steht somit ausser Streit, dass gewisse Rechtsverhältnisse, insonderheit der Status und die Eigenschaften der Personen der Natur der Sache nach unabhängig von dem jeweilig wechselnden Aufenthalte der Person durch ihr Personalstatut, ihr persönliches Recht, d. h. durch die Normen desjenigen Rechtsgebietes beherrscht werden, mit welchem die Person in einer dauernden, sie am innigsten erfassenden Verbindung steht.

Meinungsverschiedenheit besteht nur über die Frage, wie dieses Rechtsgebiet zu bestimmen ist: ob durch die Staatsangehörigkeit oder den Wohnsitz der Person.

In dem geltenden Rechte der verschiedenen Gesetzgebungsgebiete sind beide Prinzipien vertreten.

Das Wohnsitzrecht ist massgebend:

nach dem gemeinen deutschen Recht, dem preussischen Landrecht, dem Gesetzbuch der russischen Ostseeprovinzen, dem argentinischen Civil-Gesetzbuch, ferner in Dänemark und Norwegen, sowie nach nordamerikanischem und englischem Gewohnheitsrechte.

Die Staatsangehörigkeit d. h. das Heimathrecht wird zu Grunde gelegt von

dem sächsischen Gesetzbuch, der badischen Gesetzgebung, dem Civilgesetzbuche von Italien und Portugal, Belgien, Russland (ausser Est-Kur-Livland), Finnland, Oesterreich, Schweden, in der Praxis Frankreichs, Spaniens, Hollands sowie der meisten süd- und mittelamerikanischen Staaten.

De lege ferenda hat sich in Deutschland in der neueren Zeit eine entschiedene Strömung für die Zugrundelegung des Heimathrechts geltend gemacht.

Die Vertreter des Wohnsitzrechts verlangen für eine Ab-

änderung des in dem grössten Theile des Reichs bestehenden Rechtszustandes den Nachweis gewichtiger Gründe; sie heben als Vorzüge des Wohnsitzrechts hervor, dass bei Zugrundelegung desselben die Einheitlichkeit des Rechts und die Sicherheit des Verkehrs nicht durch die Berücksichtigung beliebiger Fremdrechte in Frage gestellt werde; der Wohnsitz sei der Mittelpunkt des juristischen Daseins der Person, und es könnten daher nur in den Verhältnissen des Wohnsitzes die Umstände liegen, welche auf die rechtliche Gestaltung des juristischen Daseins im Allgemeinen von Einfluss seien.

Auch hat man sich darauf berufen, dafs in der Wahl eines Wohnsitzes eine freiwillige Unterwerfung unter das Recht dieses Ortes liege.

Gegen die Berücksichtigung des Heimathrechtes spreche die schwere Erkennbarkeit der Staatsangehörigkeit seitens Dritter, sowie der Umstand, dass bei einem etwaigen Vorhandensein mehrerer Civilrechte in demselben Staate eine definitive Bestimmung des persönlichen Rechts durch die Staatsangehörigkeit nicht gegeben werden könne. Auch bezögen sich die Vorschriften über die Staatsangehörigkeit nicht sowohl auf die Verhältnisse des bürgerlichen, als auf diejenigen des öffentlichen Rechts.

Demgegenüber heben die Vertreter der anderen Meinung, welche sich für die Zugrundelegung der Staatsangehörigkeit ausspricht, hervor:

Der Begriff der Staatsangehörigkeit habe sich erst seit dem Beginn dieses Jahrhunderts herausgebildet, und für Deutschland erst durch das Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 seine einheitliche Regelung erhalten.

Die Begriffe „Wohnsitz“ und „Staatsangehörigkeit“ fielen früher ineinander.

Die „Staatsangehörigkeit“ [1]) habe zu einer Zeit keine Bedeutung gehabt, als politische Rechte der Bürger nicht existirten und der im Inlande wohnhafte Ausländer hinsichtlich der privatrechtlichen Rechtsfähigkeit und auch in Bezug auf die Landesverweisung und Verbannung dem Inländer vollkommen gleichgestellt war.

Auch hätte man bei dem Vorhandensein mehrerer Privatrechtssysteme innerhalb desselben Staates, welche zum Theil auch ausserhalb dieses Staates Geltung hatten, nicht auf die Idee verfallen können, dass gerade die Zugehörigkeit zu dem für das Privatrecht meist ganz irrelevant erscheinenden Staatsganzen für das Recht der Person entscheidend sein müsse.

[1]) Bar, Gutachten zum XVIII. Deutschen Juristentag S. 97.

Dies alles habe sich geändert, seitdem den Unterthanen wichtige politische Rechte gegeben und umfassende privatrechtliche Gesetzgebungen für den gesammten Staat geschaffen würden, und besonders, seitdem man die Verbannung von Inländern als eine unzulässige Massregel zu betrachten begonnen.

Die Abhängigkeit des persönlichen Rechts von dem blossen Domicil erscheine nur als ein Nothbehelf für Zeiten, in denen die Idee eines nationalen Staatsbürgerthums völlig verblasst oder verschwunden und durch die nur faktische, mehr oder weniger dauernde Unterwerfung unter einen bestimmten Herrscher ersetzt gewesen wäre.

Wer seinen „Wohnsitz“ in einem fremden Lande nehme, gehöre dem Lande dieses von ihm gewählten Aufenthaltes nicht ganz an, weil er durch ein stärkeres rechtliches Band an ein anderes Land gebunden sei. Das durch den frei gewählten Aufenthalt begründete Verhältnis nehme im Gegensatz dazu, mehr eine thatsächliche Natur an. Dies finde seinen stärksten Ausdruck darin, dass mit dem „Wohnsitz“ kein „Wohnrecht“ verbunden sei; der Fremde könne jeden Augenblick ausgewiesen werden. Derjenige, welcher in einem solchen Doppelverhältnis stehe, werde für seine laufenden Geschäfte sich zwar bereitwillig dem Rechte des Landes unterwerfen wollen, in welchem sein Leben sich bis auf Weiteres abspielen solle. „Mit seiner ganzen Persönlichkeit aber bleibt er dem Lande verbunden, dem er rechtlich angehört, dem Lande seiner Heimath.“ [2])

Der Gesichtspunkt der freiwilligen Unterwerfung könne deshalb für das Recht des Wohnsitzes nur hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse, aber nicht insofern angeführt werden, als es sich um die Person an sich und die, die Person betreffenden dauernden Verhältnisse handele. Der Ausländer, welcher sich im Inlande niederlasse, ohne zugleich seine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben, werde sich, trotz seines inländischen

[2]) Bähr, Gutachten zum XVIII. Deutschen Juristentag S. 85.

Wohnsitzes, mit Recht als Ausländer ansehen und sich in Betreff seiner persönlichen Verhältnisse als fortwährend unter dem Rechte seines Staates stehend betrachten.

Stelle man sich auf den Standpunkt des Staates,[3]) so komme vor allem in Betracht, dass es sich um eine Frage des internationalen Rechts handele, und dass bei der Entscheidung solcher Fragen die Rechtsanschauungen der übrigen Nationen wesentlich mitzuberücksichtigen seien. Wenn die anderen und besonders die benachbarten Staaten ihre Angehörigen, sie mögen wohnen, wo sie wollen, in Betreff ihrer persönlichen Verhältnisse nach ihrem nationalen Recht beurtheilen, so entspreche es nur der Würde des Deutschen Reichs, ein Gleiches zu thun. Es sei für den Staat von grosser politischer Bedeutung, dass seine Angehörigen, auch wenn sie im Auslande wohnen, sich dessen bewusst bleiben, dass sie ihm angehören; der Gesetzgeber dürfe nicht versäumen, dieses Bewusstsein durch Bestimmung des nationalen Rechts als des persönlichen zu stärken und lebendig zu erhalten; daraus ergebe sich alsdann die Folge, das Gleiche in Betreff der Fremden anzunehmen. Hiergegen könnten auch erhebliche Bedenken nicht geltend gemacht werden. Der Staat könne die fremden Staatsangehörigen, auch wenn sie innerhalb seines Gebietes wohnen, nicht füglich als dauernd mit ihm und seinem Gesetze verbunden betrachten. Jedenfalls habe der Staat an sich kein Interesse daran, auf solche Personen seine, ein dauerndes Verhältnis von Personen betreffenden Gesetze anzuwenden; er habe nur ein Interesse daran, dass nicht durch die Anwendung des ausländischen Rechts die Sicherheit der Verkehrsverhältnisse beeinträchtigt werde. Indem er die hierfür zweckdienlichen Vorschriften erlasse, könne der Staat, unter Festhaltung des Gesichtspunktes der Staatsangehörigkeit sich den Vortheil sichern, den die leichtere Erkennbarkeit des Wohnsitzes für die Verkehrsverhältnisse biete.

Die Vertheidiger[4]) des Nationalitätsprincips weisen darauf hin, dass die Naturalisation ein scharf in das Bewusstsein tretender Act sei, und bemängeln das Unbestimmte des Begriffes „Wohnsitz"; häufig sei die Ermittelung des Domicils sehr erschwert, zumal auch die Möglichkeit mehrfachen Domicils ge-

[3]) Mommsen S. 159. — Bar, Gutachten S. 97/98.

[4]) Bar, Gutachten S. 98. — Asser-Cohn S. 27/28.

geben sei. Dieser Erwägung gegenüber ist wieder bemerkt worden, dass bei der Verschiedenheit der Gesetzgebungen über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit dieselbe Person auch in zwei oder mehreren Staaten als Staatsangehöriger gelten könne.

Für die Nationalität ist noch der Umstand angeführt worden, dass in der Regel jede Person Bürger des Landes sei, wo sie geboren sei, und dass gerade viele von den, den persönlichen Stand betreffenden Gesetzen mit den Eigenthümlichkeiten des Landes und des Klimas zusammenhängen, sodass es wünschenswerth sei, alle daselbst Geborenen denselben fortdauernd zu unterwerfen. Hiergegen ist hervorgehoben, dass nicht alle den persönlichen Stand betreffenden Gesetze den bezeichneten Charakter tragen, und ferner, dass sich die Nationalität verändere, z. B. durch Naturalisation, sodass auch bei Annahme des Nationalitätsprincips in vielen Fällen andere Gesetze als die des Geburtslandes massgebend seien.

Es kann bei der Abwägung der Gründe für das eine oder das andere Princip nur von dem Normalfall, dass eine Person nur ein Domicil und nur eine Staatsangehörigkeit hat, ausgegangen werden; die Regelung der Ausnahmefälle ist für das eine wie für das andere Princip erforderlich und möglich.

Ebenso kann hier dahingestellt bleiben, wie der Fall zu regeln ist, dass in einem Staate mehrere Privatrechtsgesetzgebungen nebeneinander bestehen, da dieser Fall bei dem auf einheitliche Regelung ihres Privatrechtes gerichteten Bestreben der Staaten mehr und mehr in den Hintergrund tritt, und weil auch diese Besonderheit, wenn erforderlich, durch eine aushilfsweise Berücksichtigung des Wohnsitzes zu erledigen wäre.

Aus den vorstehend wiedergegebenen Gründen hat sich eine entschiedene Strömung für das Nationalitätsprincip unter den europäischen Juristen ausgebildet.

Der 18. deutsche Juristentag hat im Jahre 1880 seine Ansicht dahin ausgesprochen:

> „In den die Rechts- und Handlungsfähigkeit, ferner die familienrechtlichen Verhältnisse betreffenden Kollisionsfällen des internationalen Privatrechts ist von dem Grundsatze auszugehen, dass das Recht des Wohnsitzes durch das ver-

möge der Staatsangehörigkeit eintretende Recht zu ersetzen sei."

Das Reichsgericht sagt in seinen Entscheidungen Bd. 9. S. 407/8: „Prüft man mit Aufmerksamkeit die deutsche Gesetzgebung und die legislativen Vorarbeiten Deutschlands in der neueren Zeit, so bemerkt man eine allmälige Gravitation nach der höheren Schätzung der Bedeutung des in der Staatsangehörigkeit liegenden idealen Bandes."

Hiermit in Uebereinstimmung befindet sich das *Institut de droit international*, welches sich auf seinen Versammlungen 1880, 1887, 1888, 1894 zu Oxford, Heidelberg, Lausanne und Paris für das Nationalitätsprincip entschieden hat.

Von besonderer Bedeutung ist, dass auch die internationale Konferenz für internationales Privatrecht im Haag für die von ihr berathenen Gegenstände (Eherecht, Erbrecht und Vormundschaftsrecht) das Nationalitätsprincip zu Grunde gelegt hat.

Die Gesetzgebung Preussens, welche im Allgemeinen das Domicilprincip anerkennt, hat bereits in den Gesetzen, betreffend die Zulassung von Ausländern zur Eingehung einer Ehe in den Königl. Preussischen Staaten vom 13. März 1854 (G.S. S. 123) und betr. die Eheschliessung und die Beurkundung des Personenstandes evangelischer Preussischer Unterthanen in aussereuropäischen Ländern vom 3. April 1854 (G.S. S. 469) dem Nationalitätsprincip den Vorzug gegeben. Die Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 bestimmt in § 6 Abs. 3, dass die Vormundschaft über einen Nichtpreussen auf Verlangen der Behörden des Heimathstaates an diese abzugeben ist.

Für das Reichsrecht ist eine entscheidende Stellungnahme nicht nachzuweisen, indess hat dasselbe in Einzelfragen das Nationalitätsprincip zu Grunde gelegt, so ist nach § 8 des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 für die Beurtheilung der Dispositionsfähigkeit die Gesetzgebung der bisherigen Heimath des zu Naturalisirenden erfordert.

Das Reichsgesetz, betr. die Eheschliessung und die Beurkundung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande vom 4. Mai 1870 (R.G.Bl. S. 599) schreibt sowohl, wenn beide Eheschliessende, als auch, wenn nur einer von ihnen bundesangehörig ist, die Nachweisung der von dem heimathlichen Gesetze vorgeschriebenen Erfordernisse der Eheschliessung vor. (§§ 3. u. 10.)

Nach Art. 84 der Deutschen Wechselordnung vom 5. Juni 1860 bestimmt sich die Fähigkeit eines Ausländers, wechselmässige Verpflichtungen zu übernehmen, nach den Gesetzen des Staates, welchem derselbe angehört.

Die Civilprozessordnung (§ 53) lässt über die Frage der Prozessfähigkeit eines Ausländers das Recht seines Landes, nicht das Recht seines Wohnsitzes entscheiden.

Schliesslich ist in einer Anzahl von Staatsverträgen des Deutschen Reiches hinsichtlich des Vormundschaftswesens und des Erbrechts über den Mobiliarnachlass das Nationalitätsprincip zu Grunde gelegt.[5])

Die Abwägung der für und gegen die beiden Principien sprechenden Gründe, sowie die Rücksicht auf die Entwickelung der Streitfrage, ob Wohnsitzrecht oder Heimathrecht *de lege ferenda* vorzuziehen sei, lassen einen Zweifel nicht aufkommen, dass das bürgerliche Gesetzbuch nach dem Vorgang der neueren Europäischen Gesetzgebungen, sich dem Princip des Heimathrechts zuzuwenden hat.

Besondere Fälle.

1. Bestimmung des persönlichen Rechts, wenn der Heimathstaat einer einheitlichen Privatrechtsgesetzgebung entbehrt (wie z. B. gegenwärtig das Deutsche Reich, die Schweiz, Grossbritannien hinsichtlich Englands und Schottlands, Preussen, Bayern).

Für diesen Fall ist vorgeschlagen worden, ausnahmsweise das persönliche Recht nach dem Wohnsitze zu bestimmen,[6]) weil dem Heimathstaate der Wille, das Privatrecht einheitlich zu regeln, fehle.[7])

Das *Institut de droit international* hat zu Oxford 1880 den Satz angenommen:[8])

Dans le cas où différentes lois civiles coexistent dans un

---

[5]) Zu vgl. u. a. die Konsularverträge mit Italien, Spanien, Serbien, die Convention mit Russland von 1874 über die Regulirung von Hinterlassenschaften.

[6]) Asser-Cohn S. 28.

[7]) Silberschmidt in Böhm's Zeitschrift 1893 S. 133 ff.

[8]) Vgl. *Annuaire de l'Institut de droit international Bd. V. S. 57 No. VI.*

même État les questions relatives à l'état et à la capacité de l'étranger seront décidées selon le droit intérieur de l'État auquel il appartient.

Das Reichsgericht führt aus,[9]) dass der Grundsatz der Anwendbarkeit des Gesetzes des Heimathstaates nicht ausschliesse, dass in dem Falle, wo dieser Staat nicht ein einheitliches Recht, sondern in seinen einzelnen Landestheilen verschiedene Rechtsnormen habe, wieder weiter zu ermitteln sei, welche dieser Rechtsnormen anzuwenden sei, und dass hierbei auch der Wohnsitz in einem gewissen Zeitpunkt in Betracht kommen könne.

Lehmann[10]) bemerkt zu Art. 84 der W.O.:

„Gelten in dem Heimathstaat verschiedene Rechte, so ist für diejenigen Ausländer, welche noch in ihrem Heimathstaate domicilirt sind, das Recht ihres derzeitigen Domicils massgebend, für diejenigen, welche nicht mehr in dem Heimathstaate domicilirt sind, das Recht ihres letzten Domicils in diesem Staate."

Für die Fälle, in denen ein gegenwärtiger oder ehemaliger Wohnsitz im Heimathstaate vorhanden ist, erscheint die Bestimmung des persönlichen Rechts auf Grund desselben, die naturgemässe Lösung; in Ermangelung eines solchen gegenwärtigen oder früheren Wohnsitzes in dem Heimathstaate ist es nicht unangemessen, die Hauptstadt des Landes als Wohnsitz zu fingiren.[11]) Für den Fall, dass mehrere Rechte für die Angehörigen desselben Staates je nach ihrem Stande, ihrer Religion oder dergl. Unterscheidungen vorhanden sind, ist selbstverständlich das für die Person geltende Recht das massgebende. [Ges.Entw. § 1.]

2. Bestimmung des persönlichen Rechts bei mehrfacher oder mangelnder Staatsangehörigkeit.

Bei dem Mangel an Uebereinstimmung der Vorschriften über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit in den verschiedenen Staaten, sind Fälle mehrfacher und mangelnder Staatsangehörigkeit durchaus möglich und brauchen keineswegs selten zu sein.[12])

a) mehrfache Staatsangehörigkeit. [Ges.Entw. §§ 2, 3.]

[9]) Entsch. Bd. 25 S. 345.

[10]) Lehmann, Lehrbuch des Wechselrechts § 39[1].

[11]) Vgl. § 16 der Civilprozessordnung für das Deutsche Reich.

[12]) Beispiele mehrfacher und mangelnder Staatsangehörigkeit giebt Kahn S. 57 ff.

Unter Berücksichtigung der öffentlich-rechtlichen Natur der Gesetze über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit scheiden zunächst hier die Fälle aus, in denen es sich um die mehrfache Staatsangehörigkeit eines Reichsangehörigen handelt. In diesem Falle muss dem deutschen Richter immer das deutsche Recht massgebend sein. [Ges.Entw § 2.]

Dies erscheint so selbstverständlich, dass es zweifelhaft ist, ob die Aufnahme einer bezügl. Bestimmung erforderlich ist;[13]) trotz mehrfacher Staatsangehörigkeit eines Reichsangehörigen gilt derselbe im Inlande lediglich als Deutscher.

Für die Frage der mehrfachen Staatsangehörigkeit eines Ausländers sind in der Literatur verschiedene Lösungen vorgeschlagen.

Man hat auf das Wächter'sche Princip verwiesen, wonach der Richter in Zweifelfällen stets das inländische Recht anzuwenden hat.[14])

Brocher[15]) will nach den Umständen entscheiden, welche Nationalität als die principale anzusehen ist, und hierbei diejenige Nationalität zurücktreten lassen, welche zur Erreichung spezieller Zwecke, wie z. B. um Grundbesitz in einem fremden Staate zu erwerben oder um ein industrielles Unternehmen daselbst zu betreiben, erworben worden ist.

Bar (I. S. 260) will für den Fall, dass ein Konflikt zwischen zwei Staatsangehörigkeiten in einem dritten Staate zu entscheiden ist, auf Grund des Princips der Auswanderungsfreiheit entscheiden und diejenige Staatsangehörigkeit gelten lassen, welche das Individuum selbst zuletzt gewählt hat.

Kahn (S. 69) führt aus, wenn das Personalstatut stets eines sei und nur eines sein dürfe, und dasselbe der Staatsangehörigkeit folgen solle, diese aber in einzelnen Fällen unlösbar mehrfach vorhanden sei, so sei in solchen Fällen die Durchführung der privat-internationalen Normen unmöglich; es müsse deshalb der Staatsangehörigkeit ein anderer Begriff substituirt werden,

[13]) Mommsen (S. 162) will unter ganz besonderen — indess nicht näher beschriebenen — Umständen die Berücksichtigung der ausländischen Staatsangehörigkeit den Gerichten freigeben.

[14]) Kahn S. 60.

[15]) *Revue V. S. 406.*

und dies könne nur der Wohnsitz und in dessen Ermangelung der Aufenthaltsort sein.

Die Belgische Gesetzrevisionskommission (Anh. No. 86) will bei mehrfacher Staatsangehörigkeit dasjenige Recht anwenden, dessen auf den Fall anwendbare Bestimmungen am wenigsten von dem Belgischen Gesetze abweichen. In Betracht zu ziehen ist hier schliesslich die Bestimmung des Preussischen Allgemeinen Landrechts § 27 Einl., wonach bei doppeltem Wohnsitz die Fähigkeit der Person zu handeln, nach den Gesetzen derjenigen der beiden Gerichtsbarkeiten beurtheilt wird, welche die Gültigkeit des Geschäfts am meisten begünstigt, sowie eine Entscheidung des Genfer Civilgerichts vom 26. Dezember 1879, wonach sich die Person auf jedes der mehreren Rechte soll berufen können.[16])

Bei dem Vorhandensein so verschiedener Meinungen über die vorliegende Frage, kann sich der Gesetzgeber einer bestimmten Stellungnahme nicht entschlagen. Er muss sich indess bewusst sein, dass die Entscheidung darüber, welche der mehreren fremden Staatsangehörigkeiten an sich den Vorzug verdient oder gar die andere ausschliesst, ihm nicht zusteht; jede an sich nach einem fremden Rechte begründete Staatsangehörigkeit, gleichgültig, ob es die frühere oder die spätere ist, muss ihm gleichwerthig sein; es kann nicht sein Ziel sein, in allgemein gültiger Weise die Frage der Nationalität zu beantworten, sondern er hat sich für die Zwecke seines internationalen Privatrechts nur darüber schlüssig zu machen, in welcher Weise in einem solchen Falle das persönliche Recht zu bestimmen ist.

Gegenüber dem Vorschlage, in allen Fällen mehrfacher Staatsangehörigkeit das Domicil zu substituiren, erhebt sich die Frage, weshalb bei Zugrundelegung des Nationalitätsprincips im Falle mehrfacher Staatsangehörigkeit, nicht zunächst die Bestimmung des persönlichen Rechts unter Aufrechterhaltung dieses Princips zu versuchen sein soll. Dieser Versuch bietet keine Schwierigkeit, wenn die Gesetzgebungen der in Betracht kommenden Staaten hinsichtlich des zu beurtheilenden Thatbestandes übereinstimmen; alsdann kann die Frage, welche der mehreren Staatsangehörigkeiten das persönliche Recht bestimmt, unbeantwortet bleiben. Ist eine solche Uebereinstimmung der in Frage stehenden Gesetzgebungen nicht vorhanden, so erscheint es als angemessene Lösung, für die Bestimmung des Personalstatuts denjenigen der mehreren Staaten als Heimathstaat anzusehen, mit welchem die Person durch die stärksten thatsächlichen Beziehungen verbunden ist; als solche kommen in erster Linie der Wohnsitz und, in dessen Ermangelung der Aufenthalt in Betracht.

[16]) Nach dem zur gegentheiligen Ansicht gelangenden Aufsatz von Ernest Lehr, *Revue XII. S. 312 ff.* — Savigny (S. 101) spricht sich gegen die Duplicität des persönlichen Rechts bei mehrfachem Wohnsitz aus.

Wenn hiernach eine Entscheidung nicht zu treffen ist, und auch andere Beziehungen (etwa in einem der Staaten belegenes Vermögen, Innehabung eines Staatsamtes)[17]) zu einem der Staaten nach richterlicher Würdigung in überwiegendem Maasse nicht vorliegen, so fehlt es an einer sachlich begründeten Methode, das Personalstatut auf Grund der Staatsangehörigkeit zu bestimmen; denn weder der *favor negotii* des allgemeinen Landrechts, noch die Berücksichtigung des Verhältnisses der Fremdrechte zum eigenen Rechte können als angemessene Lösung erachtet werden. Die erstere Lösung versagt, weil sie nur für Rechtsgeschäfte passt, nicht auch z. B. zur Bestimmung des Personalstatuts eines *ab intestato* verstorbenen Erblassers; die zweite, weil sie die Bestimmung des Personalstatuts von dem Zufalle abhängig macht, dass die Sache einem inländischen Gerichte zur Beurtheilung unterliegt.

In solchen Fällen muss zugestanden werden, dass das Nationalitätsprincip eine Lösung nicht bietet, und es erscheint deshalb angemessen, der Staatsangehörigkeit, wie wenn die Person überhaupt keinem Staate angehörte, den Wohnsitz und eventuell den Aufenthaltsort zu substituiren. [Ges.Entw. § 3].

b. Mangelnde Staatsangehörigkeit. [Ges.Entw. § 4.]

Der Mangel einer Staatsangehörigkeit kann vorliegen bei Personen, welche die Staatsangehörigkeit verloren und eine neue noch nicht erworben haben, oder bei Personen, welche einem Staat überhaupt niemals angehört haben.

Für die Fälle der letzteren Art, dass die Person einem Staate überhaupt noch nicht angehört hat, kann es nicht zweifelhaft sein, dass das Personalstatut nach dem Wohnsitz zu bestimmen ist (so auch Mommsen § 17 Abs. 2 (Anh. No. 94) und

[17]) Vgl. Deutsches Reichsgesetz vom 20. December 1875 betr. die Naturalisation von Ausländern, welche im Reichsdienst angestellt sind. (R.G.Bl. S. 324.)

Kahn S. 69, Ungarisches Ehegesetz vom 18. December 1894 § 119. Anh. No. 101).

Für die Fälle der ersteren Art, dass die früher staatsangehörige Person gegenwärtig einem Staate nicht angehört, hat, Mommsen, welchem der Gebhard'sche Entwurf gefolgt ist, die bisherige Staatsangehörigkeit als fortdauernd fingirt. Diese Ansicht bezeichnet Bar (Lehrb. S. 49) als die konsequente und demnach richtige.

Kahn will auch für diese Fälle das Wohnsitzrecht eintreten lassen. Diese Lösung erscheint auch als die angemessene. Denn, wenn die Annahme des Nationalitätsprincips in hervorragender Weise damit begründet ist, dass die ganze Persönlichkeit mit dem Lande verbunden bleibt, welchem sie rechtlich angehört, und, wenn man sich dafür auf die politische Bedeutung und die Würde des Staates berufen hat, so versagen diese Gründe in dem Falle, in welchem ein bisheriger Staatsangehöriger in Gemässheit der Gesetze seine Staatsangehörigkeit aufgegeben hat oder derselben für verlustig erklärt ist.

Mommsen (S. 161) beruft sich dafür, dass derartige Personen ihrem bisherigen Heimathstaate näher stehen, als andere Nichtangehörige, auf die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Staatsangehörigkeit, welches (§ 18) die Entlassung unwirksam werden lässt, wenn der Entlassene nicht binnen 6 Monaten seit Aushändigung der Entlassungsurkunde seinen Wohnsitz ausserhalb des Reichsgebietes verlegt, und welches (§ 21) demjenigen, der durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande seine Staatsangehörigkeit verloren hat, im Falle der Rückkehr ein Recht auf Wiederaufnahme gewährt.

Demgegenüber ist zu bemerken, dass diesem besonderen Verhältnisse zwischen dem früheren Staatsangehörigen und dem ehemaligen Heimathstaate eben in den angeführten Bestimmungen Rechnung getragen ist, und dass über dieses gesetzlich festgesetzte Maass der Nachwirkung früherer Staatsangehörigkeit für das Gebiet des internationalen Privatrechts hinauszugehen, ein Grund nicht ersichtlich ist. Uebrigens würde, wenn sich aus den von Mommsen angezogenen Gesetzesstellen etwas für die von ihm vorgeschlagene Behandlung der früheren Staatsangehörigen hinsichtlich des Personalstatuts ergeben sollte, dies nur hinsichtlich der ehemaligen deutschen Staatsangehörigen

der Fall sein können, während hinsichtlich der Fortdauer des bisherigen Personalstatuts ehemaliger Angehöriger ausländischer Staaten, die Gesetzgebungen der letzteren entscheidend sein müssten.

3. Bestimmung des persönlichen Rechts des ausserhalb des Sklavenstaates befindlichen Sklaven.

Nach dem Vorgange des Gebhard'schen Entwurfes (Anh. No. 102) ist noch eine Regelung des besonderen Falles vorzusehen, dass das persönliche Recht einer Person zu ermitteln ist, welche im Auslande, d. h. in ihrem Heimathstaate oder, in Ermangelung eines solchen, an ihrem Wohnsitze der Sklaverei unterworfen ist, sich aber ausserhalb des Sklavenstaates befindet. Die Anwendung der gewöhnlichen Bestimmungen würde das Recht des Sklavenstaates als das persönliche Recht ergeben, obwohl die Person sich in einem, die Sklaverei nicht anerkennenden Staat befindet; dies zu verhindern, ist der Zweck der Bestimmung. [Ges.Entw. § 5.]

Es tritt in diesem Falle das Recht des Wohnsitzes ein, wenn die Person einen solchen ausserhalb des Sklavenstaates besitzt, in Ermangelung eines solchen das des Aufenthaltsortes.

In Ergänzung des Gebhard'schen Entwurfs erscheint die entsprechende Berücksichtigung der Leibeigenschaft, sowie des bürgerlichen Todes angemessen.

4. Bestimmung des Wohnsitzes.

Indem der Wohnsitz als subsidiäres Mittel der Bestimmung des persönlichen Rechtes anerkannt wird, erhebt sich die Frage,

welches Recht ist für die Bestimmung des Wohnsitzes massgebend? [Ges.Entw. § 4.]

Zur Begründung eines Wohnsitzes ist erforderlich der Wille ständiger Niederlassung und ständige Niederlassung selbst. Wille setzt voraus Willensfähigkeit. Wer willensfähig ist, bestimmt das Gesetz; hier fragt es sich, welches Gesetz? Für die in einer gewissen Abhängigkeit befindlichen Personen, wie Kinder, Ehefrauen, Mündel kennen wir auf Grund gesetzlicher Bestimmung den abgeleiteten Wohnsitz; die Ermittelung des Wohnsitzes kann somit nur auf Grund von Rechtsnormen erfolgen.

Diese Rechtsnormen sind nicht in allen Rechtsgebieten

übereinstimmend, z. B. theilt das anerkannte uneheliche Kind in Frankreich den Wohnsitz des Vaters, bei uns den der Mutter.[18])

Auf die Frage, welches Recht zur Bestimmung des Wohnsitzes massgebend ist, sind verschiedene Antworten gegeben.

Das Reichsgericht[19]) lässt für die Frage, ob der bisherige Wohnsitz aufgegeben ist, das an diesem Orte geltende Recht entscheiden und prüft die Frage, ob ein neuer Wohnsitz an einem bestimmten Orte begründet ist, nach dem am letzteren geltenden Rechte.

Der Vertrag der südamerikanischen Staaten von Montevideo hat, von den für die Kinder, Mündel, Handlungsunfähigen und Ehefrauen gegebenen Sonderbestimmungen abgesehen, denselben Standpunkt, wenn er bestimmt. „Das Gesetz desjenigen Landes, in welchem die Person sich aufhält, setzt die Bedingungen fest, unter welchen der Aufenthalt Domicil begründet.“ (Anh. No. 75.)

Kahn (S. 76) führt aus: „Das Rechtsverhältnis des Domicils bildet einen Theil ihres Personalstatutes; es müsste folgerichtig (insofern das letztere sich nach dem Domicil zu bestimmen hat) nach demselben Rechte sich bestimmen, wie das Personalstatut überhaupt. Dies führe aber evident zum Zirkel; der Fehler dieser an sich richtigen Schlussfolgerung liege darin, dass sie überhaupt angestellt werde. Wir können das Domicil nur nach unserem eigenen Rechte bestimmen.“ Er bemerkt hierzu, dass dieser Grundsatz auch regelmässig von der Praxis befolgt werde, wenn auch vielfach nur in der Meinung, dass die heimischen Domicilregeln eben auch die an sich natürlichen und überall anzuerkennenden seien.

Diese letztere Begründung hat auszuscheiden, wenn dem Richter nicht eine Blankoanweisung gegeben werden soll, die Grundsätze des internationalen Privatrechts auf Grundlage der Natur der Sache selbst zu finden; es liesse sich nach dem oben angenommenen Princip eine Anwendung der heimischen Domicilnormen nur rechtfertigen mit der irrigen Meinung, dass dieselben nicht überall anzuerkennende, sondern anerkannte seien.

Für die Anwendung unseres Rechtes liesse sich noch an-

[18]) In Frankreich und in Holland hat das Gesinde ein abgeleitetes Domicil am Wohnsitze des Dienstherrn, während der Entw. des bürgerl. Gesetzbuchs ein solches gesetzliches Domicil des Gesindes nicht annimmt.

[19]) Jur. Wochenschr. 1884 S. 28 No. 30.

führen, dass die Bezugnahme auf den Wohnsitz als rechtsbestimmendes Verhältnis darauf beruht, dass wir eben das von unserem Rechte normirte Wohnsitzverhältnis für geeignet halten, als eine dauernde Beziehung einer Person zu einem bestimmten Orte anerkannt zu werden.

Dies ist auch zweifellos richtig in Ansehung der objektiven, nicht auch in Ansehung der subjectiven Seite des Thatbestandes.

Die Anwendung einer Bestimmung, wie die des § 18 II. Entw. B. G.B.:

> „Wer geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, kann ohne den Willen seines gesetzlichen Vertreters einen Wohnsitz weder begründen noch aufheben.“

und damit der ganzen gesetzlichen Regelung der Geschäftsfähigkeit und der gesetzlichen Vertretung auf Personen, die vielleicht niemals mit dem Inlande in einer Beziehung gestanden haben, kann nicht als der Natur der Sache entsprechend erachtet werden. Ebensowenig erscheint die Uebertragung der Bestimmungen über den abgeleiteten Wohnsitz der Ehefrauen und der Kinder auf ausländische Verhältnisse, welche nur als Prozessachen im Inlande interessiren, angezeigt.

Dem Sinne des deutschen Gesetzgebers kann es nicht entsprechen, derartige Verhältnisse mit seinem Gesetze beherrschen zu wollen.[20])

Viel geeigneter erscheint die Lösung, dass nach dem Rechte des Ortes, welcher als Wohnsitz angesprochen wird, zu prüfen ist, ob die Voraussetzungen desselben vorhanden sind.

Sind diese Voraussetzungen vorhanden, so ist damit das Personalstatut bestimmt, sind sie nicht vorhanden, und liegt also ein Wohnsitz nicht vor, so hat als Aushilfe der Aufenthaltsort einzutreten, welchen die Person zur Zeit des Eintritts der rechtlich erheblichen Thatsache hatte.

Werden die Voraussetzungen des Wohnsitzes für mehrere Orte erwiesen, so ist, wie bei mehrfacher Staatsangehörigkeit, wenn nicht das Recht der in Betracht kommenden Wohnsitzorte übereinstimmt, zunächst der Versuch einer Wahl zwischen den mehreren Orten an der Hand der obwaltenden thatsächlichen Be-

[20]) Entsch. des R.G. vom 1. October 1884, Jur. Wochenschr. 1884 S. 274 Nr. 31.

ziehungen geboten; bei dem Misslingen desselben ist auf Grund des Wohnsitzprincips eine Bestimmung des Personalstatuts nicht zu erzielen, und es muss alsdann dem Wohnsitz der Aufenthaltsort substituirt werden.

Fassung der das persönliche Recht behandelnden Bestimmungen.

In dem Entwurf von Mommsen und Gebhard ist bei den einzelnen Bestimmungen als das massgebende Recht „das Recht des Staates, welchem die Person angehört“ [21]) bezeichnet, und es ist im Allgemeinen alsdann Vorsorge getroffen für den Fall, dass die Person einem Staat nicht angehört.

In dem vorliegenden Entwurf sind die zur Beantwortung gebrachten Einzelfragen erheblich mannigfacher; die Bestimmungen wollen eine erschöpfende Antwort auf die Frage geben, welches das anzuwendende Recht ist, wenn dasselbe sich mit Rücksicht auf den Zusammenhang einer Person mit einem gewissen Rechtsgebiete bestimmen soll. Es erscheint schleppend, in den vielen Fällen, in welchen das anzuwendende Recht in dieser Weise bestimmt werden soll, dies in der von Gebhard beliebten Weise zu thun. Es empfiehlt sich deshalb die Einführung eines bestimmten kurzen Ausdruckes; zur Auswahl bieten sich die Bezeichnungen „Personalstatut“, „Persönliches Recht“,[22]) „Heimathrecht“; die erstere hat gegen sich, abgesehen von ihrer Fremdsprachigkeit, den Uebelstand, dass zum Theil unter Personalstatuten auch noch heute lediglich diejenigen Rechtssätze verstanden werden, welche das eigentliche Personenrecht regeln,[23]) während in dem vorliegenden Entwurfe das an dem Ort geltende Privatrecht überhaupt verstanden wird. Der Begriff, „das persönliche Recht“ bringt im Gegensatz zu dem Territorialitätsprincip und in Anknüpfung an das germanische System der persönlichen Rechte so recht eigentlich zum Ausdruck, dass die Person ihr Recht dauernd mit sich führt. Als einziges Bedenken steht ihm der Umstand entgegen, dass wir

[21]) Der Ausdruck „Heimathstaat“ oder „Heimathsstaat“ ist als Bezeichnung des Staates, dem eine Person angehört, von der Reichsgesetzgebung mehrfach gebraucht (z. B. Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 § 14; Civilprozessordnung § 16).

[22]) Reichsoberhandelsgericht, Entsch. Bd. 11 S. 178.

[23]) Entch. des R.G. Bd. 24 S. 329/330, Jettel S. 3. — Kahn S. 9.

bereits von dem „persönlichen Rechte“ im Gegensatze zu dem „dinglichen“ Rechte zu sprechen gewöhnt sind. In dem letzten Falle handelt es sich indess um subjektives Recht, während es sich bei dem internationalen Privatrecht um objektives Recht handelt, so dass ein Missverständnis trotz der Gleichheit der Worte ausgeschlossen erscheint.

Die Bezeichnung „Heimathrecht“ hat ausser ihrer schon vorhandenen Verwendung in dem Sinne der „Heimathsberechtigung“ gegen sich, dass sie nicht die Fälle des Mangels der Staatsangehörigkeit bezw. eines Wohnsitzes mitumfasst.

Der Ortsbegriff des internationalen Privatrechts.

[Ges.Entw. § 6.]

Das für die Beurtheilung eines Thatbestandes massgebende Recht wird durch diejenige Beziehung desselben zu einem Orte bestimmt, an welche das internationale Privatrecht diese Bestimmung anknüpft.

Wesentliche Voraussetzung für die Bestimmung des anzuwendenden Rechts ist somit die Auffindung des Ortes, für welchen die Anknüpfungsbeziehung vorliegt; der Begriff „Ort“ in diesem Zusammenhange bedeutet „Rechtsgebiet“;[1]) es ist für die Zwecke des internationalen Privatrechts eine topographische Feststellung des „Ortes“ erforderlich und genügend, die erkennen lässt, in welchem Rechtsgebiet der Ort liegt.

Die Beziehungen, an welche zur Bestimmung des massgebenden Rechts angeknüpft zu werden pflegt, sind abgesehen von der Staatsangehörigkeit und dem Wohnsitze, sowie dem Sitze des Vormundschaftsgerichts, der Aufenthalt einer Person, die Lage einer Sache, der Ort des Eintritts eines Ereignisses oder der Vornahme einer Handlung. Die Bezugnahme auf diesen Ort kann versagen, wenn derselbe ausserhalb eines staatlich organisirten Gebietes gelegen oder nicht nachweisbar ist. Man denke, dass die rechtlich erhebliche Thatsache, z. B. während einer Nachtfahrt von Berlin nach München eingetreten ist, bei welcher in kurzem Wechsel Gebiete des Preussischen Landrechts, des Sächsischen und des Oesterreichischen Gesetzbuchs

[1]) Savigny (S. 97) bildet die Bezeichnung „Gesetzsprengel.“

und des Gemeinen Rechts durchfahren werden. In solchen Fällen scheitert die Rücksichtnahme auf die räumliche Herrschaft der Rechtsnormen an der thatsächlichen Unmöglichkeit, den entscheidenden Ort festzustellen; es bleibt dann nur übrig, dass der Richter, wofern er überhaupt zu einem materiellen Urtheil kommen muss, soweit nicht in einzelnen Fällen (z. B. Ges.Entw. § 16 Abs. 3) noch eine andere eventuelle Lösung näher liegt, als letzte Aushilfe das am Orte des Prozessgerichts geltende Recht anwendet.

Ermittelung, Auslegung und Anwendung des auswärtigen Rechts.

[Ges.Entw. § 7.]

I. Die ältere Ansicht (Bar I. S. 132 ff.), wonach das auswärtige Recht von dem Richter lediglich als Thatsache zu behandeln und deshalb nur auf Anführung einer Partei anzuwenden ist, steht ebenso wie diejenige Auffassung, dass der Richter zwar zur selbständigen Anwendung auswärtigen Rechts für befugt, aber nicht für verpflichtet zu erachten ist, im Widerspruche mit dem oben zu Grunde gelegten Principe, nach welchem der Gesetzgeber vorschreibt, ob und wann ausländisches Recht anzuwenden ist.

Für die Frage, nach welchem Rechte der dem Gerichte unterbreitete Thatbestand zu beurtheilen ist, sind die gesetzlichen Vorschriften massgebend *(iura novit curia)*.

Sieht das Gericht in Gemässheit der gesetzlichen Vorschriften den Fall der Anwendung eines auswärtigen Rechts als gegeben an, so ist fraglich, ob der Richter das auswärtige Recht von Amtswegen zu ermitteln oder ob er es den Parteien zu überlassen hat, ihm den Inhalt desselben darzuthun.

Asser (S. 19) fordert, dass der Richter sich dem auswärtigen Rechte ebenso wie seinem eigenen gegenüber zu verhalten, dasselbe also zu kennen oder von Amtswegen zu ermitteln habe. Er sieht in dem in der Rechtsprechung angenommenen Standpunkte, dass der Richter sich der Anwendung ausländischen Rechts entschlagen könne, wenn die Parteien nicht den Inhalt desselben beweisen, nur einen Ausfluss der praktischen Schwierigkeiten, welche der Ermittelung auswärtigen Rechts entgegenstehen, und meint, man müsse diese Schwierigkeiten möglichst beseitigen, ein Rechtsgrund indess könne diesem Umstand nicht entnommen werden. — Die Asser'sche Forderung, so richtig auch das ihr zu Grunde liegende Princip ist, scheitert indess an den thatsächlich bestehenden Schwierigkeiten, in Anbetracht deren dem Richter die Kenntnis bezw. Ermittelung des auswärtigen Rechtes als Amtspflicht nicht auferlegt werden kann; andererseits liegt kein Grund vor, ihm die Befugnis selbstständiger Ermittelung vorzuenthalten. Wenn auch der Ausspruch des Reichsoberhandelsgerichts (Entsch. Bd. 25 S. 57):

> „Je höher der Richter die Ehrenpflichten seines Berufes erfasst, desto energischer wird er die Befugnis bethätigen, sich die Kenntnis des auswärtigen Rechts selbstthätig zu beschaffen,"

volle Anerkennung verdient, so ist es dennoch im Grunde genommen, die Sache der sich auf ausländisches Recht berufenden Parteien, den Inhalt desselben nachzuweisen, dies um so mehr, als ihnen der einfachere Weg privater Ermittelung durch Gutachten auswärtiger Rechtsverständiger in höherem Masse als dem Gerichte zu Gebote steht.

Ist demnach mit der Möglichkeit zu rechnen, dass der Inhalt des anzuwendenden ausländischen Rechts dem Gericht nicht bekannt und nicht bewiesen ist, so ergiebt sich bei der Verpflichtung des Gerichts, zu einer Entscheidung zu gelangen, für diesen Fall als unumgänglicher Nothbehelf die Setzung der Vermuthung, dass das auswärtige Recht von dem inländischen nicht abweicht.[1])

Die Formulirung dieser Vermuthung ist dem Gebhard'schen Entwurf (§ 38. Anh. No. 51) nachgebildet, indess mit der Massgabe, dass dieselbe nicht bedingt wird durch den unterlassenen Nachweis, dass das ausländische Recht von dem inländischen abweiche, sondern vielmehr durch den unterlassenen Nachweis des Inhalts des ansländischen Rechts selbst.

II. Wenn von der Anwendung des ausländischen Rechts auf Grund des internationalen Privatrechts gesprochen wird, so wird dabei nur an ausländisches Privatrecht gedacht.

Dennoch wird der das ausländische Recht ermittelnde

---

[1]) Vgl. Goldschmidt, Handelsrecht 2. Aufl. § 38 Note 19; Grundriss 2. Aufl. S. 79; Sächs. bürgerl. Gesetzbuch § 172. (Anh. No. 57.)

Richter unter Umständen auch in die Lage kommen können, zu prüfen, ob ein bestimmtes ausländisches Privatrechtsgesetz als solches zu Stande gekommen ist; diese Prüfung kann naturgemäss nur auf Grund des ausländischen Staatsrechtes erfolgen. Wenn in diesem, wie etwa in Art. 106 der Verfassungsurkunde f. d. Preuss. Staat, die Prüfung der Rechtsgiltigkeit einer verkündeten Verordnung den Behörden entzogen ist, entsteht die Frage, ob sich hierdurch auch der inländische Richter für gebunden erachten soll; ähnliche Fragen erheben sich, wenn die Berücksichtigung der von den höchsten Gerichtshöfen ergangenen Entscheidungen sei es von Gesetzes- oder von Gewohnheitsrechtswegen dem ausländischen Richter geboten ist *(l. 38 D. de legibus l. 3. rerum perpetuo similiter iudicatarum auctoritatem vim legis obtinere debere)*.

Zur Beseitigung dieser Zweifelfragen dient die Vorschrift, dass der inländische Richter für die Ermittelung und Auslegung der in einem ausländischen Rechtsgebiete geltenden Normen dasjenige Recht als massgebend zu erachten hat, welches die Gerichte dieses Gebietes hierbei anzuwenden haben.

Einer Einschränkung bedarf diese Bestimmung hinsichtlich des in Staatsverträgen des Reichs oder der Bundesstaaten begründeten Rechts des Auslands. Die Geschlossenheit des Reichs nach aussen macht es selbstverständlich, dass die nach deutschem Recht geltenden Staatsverträge auch als für den auswärtigen Vertragsstaat in Geltung befindlich erachtet werden müssen, unabhängig von den aus dem auswärtigen Recht sich etwa ergebenden Bedenken. Ein Beispiel für einen derartigen Zweifelsfall bietet nach Niemeyer, Positives internationales Privatrecht I. S. 31 § 51 der Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Brasilien vom 10. Januar 1882, welcher zufolge Kündigung der brasilianischen Regierung mit dem 22. September 1887 ausser Kraft getreten sein soll, ohne dass eine amtliche Bekanntmachung darüber bisher vorliege, woraus Niemeyer folgert, dass die deutsche Rechtsprechung nicht werde umhin können, den Vertrag als geltend zu behandeln.[2])

[2]) Die Niemeyer'sche Annahme, dass eine amtliche Bekanntmachung der Kündigung nicht erfolgt sei, ist zutreffend. Der Reichsanzeiger No. 267 vom 12. November 1886 bringt lediglich unter der Rubrik „Nichtamtliches" eine Notiz über die erfolgte Kündigung.

III. Die Frage, inwieweit das ausländische internationale Privatrecht von den inländischen Gerichten anzuwenden ist, ist bereits (S. 25 ff.) oben erörtert und dahin beantwortet, dass diejenigen Fälle, in denen dies die Natur der Sache, wie sie vom Gesetze verstanden wird, erfordert, nach dem zuständigen ausländischen internationalen Privatrecht zu beurtheilen sind, dass hingegen bei denjenigen Fällen, welche der Zuständigkeit des deutschen internationalen Privatrechts unterstellt sind, eine Berücksichtigung der ausländischen Kollisionsnormen ausgeschlossen ist.

Dieser Standpunkt wird durch die Bestimmung zum Ausdruck gebracht, dass das ausländische internationale Privatrecht nur dann anzuwenden ist, wenn das Gesetz dies vorschreibt.

Natürliche Personen.

Rechtsgleichheit der Inländer und der Ausländer. Rechts- und Parteifähigkeit. Lebens- und Todesvermuthungen. Todeserklärung.

[Ges.Entw, §§ 8, 9.]

I. „Die Rechtsordnung erfüllt, indem sie die Rechtsfähigkeit des Menschen ohne Rücksicht auf seine Individualität und ohne Rücksicht auf seinen Willen anerkennt, ein Gebot der Vernunft und der Ethik." (Mot. zum I. Entw. des B.G.B. S. 25.) Hieraus ergiebt sich als selbstverständliche Folge, dass auch der Ausländer als solcher, wenigstens auf dem Gebiete des Privatrechts, als rechtsfähig anzuerkennen ist, ohne dass diese Folge einer besonderen Erwähnung im Gesetze bedarf.

Dieser Standpunkt schliesst nicht aus, dass in den von dem Gesetzgeber festzusetzenden Fällen aus allgemeinen Rücksichten die Fähigkeit der Ausländer, Träger gewisser Rechte zu sein, entweder allgemein ausgeschlossen oder von obrigkeitlicher Genehmigung abhängig gemacht wird.[1]) Ebensowenig wird durch die principielle Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Ausländer die Zulässigkeit eines Vergeltungsrechts ausgeschlossen.

II. Bei Behandlung der Frage, inwieweit Fremdrechte, welche

[1]) Vgl. z. B. § 12 des Pr. Jagdpolizei-Ges. vom 7. März 1850, wonach Ausländer ohne Genehmigung der Regierung keine Jagd pachten können.

den Zustand der Rechtsunfähigkeit anerkennen, Anwendung zu finden haben, scheiden mit Rücksicht auf die (Ges.Entw. § 5) vorgeschlagene Regelung diejenigen Fälle aus, in denen es sich um die Bestimmung des persönlichen Rechtes von Personen handelt, welche ausserhalb des ihre Rechtsunfähigkeit anerkennenden Gebietes verweilen, und es verbleiben zur Beurtheilung nur diejenigen Fälle, in denen es sich um Rechtsunfähige handelt, welche innerhalb dieses Gebietes verweilen, oder in denen es sich um Rechtsverhältnisse handelt, welche ihren Sitz in Gebieten haben, in denen die absolute und relative Rechtsunfähigkeit der betheiligten Personen zu Recht besteht. Verschiedene Gesetzgebungen haben eine die „Rechtsfähigkeit". erwähnende international-privatrechtliche Bestimmung überhaupt nicht aufgenommen; andere (Sachsen, Bad. Landrecht, Russ. Ostseeprovinzen, Kanton Wallis Anh. No. 151, 116, 111, 135) entscheiden die Frage der Rechtsfähigkeit nach dem, sei es durch die Staatsangehörigkeit, sei es durch den Wohnsitz bestimmten persönlichen Rechte. Diese Regelung wird auch von Mommsen und Rocholl vorgeschlagen. Argentinien (Civ.Ges.Buch Art. 9. Anh. No. 58) erklärt die gegen die Gesetze der Natur verstossenden Unfähigkeiten, wie die Sklaverei, oder diejenigen, welche strafrechtlichen Charakter haben, für nur territorial. Der Gebhard'sche Entwurf bestimmt unter Annahme der von Bar aufgestellten Meinung (das internationale Privat- u. Strafrecht 1862 § 45) über die Rechtsfähigkeit:

> „Die Rechtsfähigkeit wird nach dem Recht bestimmt, welches über das Rechtsverhältnis, bei dem sie in Frage kommt, entscheidet."

Bei Behandlung dieser Frage ist indess zu unterscheiden der Begriff der Rechtsfähigkeit in dem Sinne der Parteifähigkeit, d. h. der Fähigkeit, überhaupt Träger von Rechten, Rechtssubjekt zu sein, und in dem Sinne der Fähigkeit, ein konkretes einzelnes Recht zu erwerben oder zu haben.

A. Die Frage der allgemeinen Rechtsfähigkeit ist in einer Entscheidung des Reichsgerichts über die Parteifähigkeit einer russischen Nonne behandelt worden.[2]) Im Gegensatz zur Prozessfähigkeit, als der Fähigkeit, einen Prozess selbst zu

[2]) Entsch. Bd. 32 S. 173 ff.

führen, welche nicht allen Rechtssubjekten zukommt, sondern ein Ausfluss ihrer Handlungs- und Verfügungsfähigkeit ist, erscheint die Parteifähigkeit als die, aus der Rechtssubjektivität fliessende Fähigkeit, Rechte und rechtliche Verpflichtungen zu haben, aktiv und passiv Subjekt eines Prozesses zu sein. Die Parteifähigkeit hat sich, wie in dem norddeutschen Entwurfe einer Civilprozessordnung (§ 79) ausdrücklich hervorgehoben ist, nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes zu bestimmen.

Das Reichsgericht hat in dem vorbezeichneten Falle das persönliche Recht für das massgebende erachtet, und würde offenbar Parteiunfähigkeit angenommen haben, wenn dies dem Russischen Rechte entsprochen hätte. Es mag zugegeben werden, dass, wenn die Frage, ob ein Mensch als solcher rechts- und parteifähig ist, überhaupt für zulässig erachtet wird, die Entscheidung über das Vorhandensein dieser dauernden persönlichen Eigenschaft dem persönlichen Recht zuzufallen hat. Aber diese Frage selbst steht im Widerspruch zu dem durch die Vernunft und die Ethik gebotenen Satze, dass der Mensch als solcher rechtsfähig ist, wie denn auch die Stellung der Religiosen, für welche das Preuss. Landrecht noch den bürgerlichen Tod kannte, in Art. 48 des Entw. eines Einf.Ges. zum B.G.B. zeitentsprechend geregelt ist. Mit Rücksicht auf die in § 5 des Ges.Entw. vorgesehene Bestimmung des persönlichen Rechts kommt für die vorliegende Frage nur der gewiss seltene Fall in Betracht, dass es sich um die Rechtsfähigkeit einer Person handelt, welche, während sie sich in einem ihre Rechtsunfähigkeit zulassenden Gebiete aufhält, im Inlande (etwa durch einen Vertreter oder brieflich) in rechtlicher Beziehung thätig wird. Gebhard (§ 33) und Bar (Lehrbuch S. 61) wollen offenbar im Sklavenstaate die Wirkung der Rechtsunfähigkeit anerkennen. Diese Anerkennung aber darf nie soweit gehen, dass einem im Sklavenstaate als Sklaven befindlichen Menschen im Inlande die Parteifähigkeit abgesprochen wird;[3]) wenn etwa ein Sklave ausserhalb des Sklavenstaates einen Bevollmächtigten bestellt hat und dann in den Sklavenstaat zurückgekehrt ist, so kann wohl eine thatsächliche Behinderung angenommen werden, nicht aber eine rechtliche

[3]) Zu vgl. Pr. Ges. vom 9. März 1857 (G.S. S. 160): § 1. Sklaven werden von dem Augenblicke an, wo sie preussisches Gebiet betreten, frei. Das Eigenthumsrecht des Herrn ist von diesem Zeitpunkte ab erloschen.

Unfähigkeit, Rechtssubjekt zu sein. Diese Auffassung soll § 8 Satz 1 des Ges.Entw. zum Ausdruck bringen.

B. Was die Fähigkeit, ein einzelnes konkretes Recht zu erwerben oder zu haben, anlangt, so begründet Bar (Theorie u. Praxis I. S. 391; Lehrbuch S. 60) seinen oben angegebenen, von Gebhard angenommenen Standpunkt, dass die Rechtsfähigkeit nach dem Rechte zu bestimmen sei, welches über das Rechtsverhältnis, bei dem sie in Frage komme, entscheide, durch die Ausführung: Es müsse bezüglich aller Rechtssätze, welche bestimmen, ob Jemand ein Recht erwerben, haben, ausüben könne, durchaus von dem Personalstatute abgesehen und nach demjenigen Gesetze entschieden werden, welches für das fragliche Rechtsverhältnis im übrigen maassgebend sei. Dies folge aus dem Princip der Rechtsgleichheit der Inländer und der Ausländer; wollte man hier auf das Personalstatut der Betheiligten Rücksicht nehmen, so würde der Ausländer z. B. aus einem Grunde, den unser Gesetz durchaus missbillige, benachtheiligt oder aber auch bevorzugt, privilegirt werden vor dem Inländer in gleicher Lage. Die Frage also, z. B. ob Jemand Grundeigenthum erwerben könne, ob er erbfähig sei, müsse nach der *lex rei sitae*, welche für Rechte an Grundstücken maassgebend sei bezw. nach dem Personalstatut des Erblassers entschieden werden.

Als Beschränkungen der Rechtsfähigkeit kommen hier etwa noch die verschiedenen Arten der absoluten und relativen Erbunfähigkeit des gemeinen Rechts (vgl. Motive des I. Entwurfs des B. G.B. Bd. V. S. 14) in Betracht.

Die Berücksichtigung derartiger Beschränkungen der Rechtsfähigkeit, wenn sie auch dem inländischen Rechte unbekannt sind, kann an sich als eine Verletzung des mehrerwähnten Gebots der Ethik (von der Rechtsfähigkeit des Menschen als solchen) nicht erachtet werden und ist deshalb auch nicht absolut auszuschliessen.

Die von Bar gegebene Lösung erscheint angemessen; die Frage, ob Jemand ein Recht erworben hat, kann, auch soweit die Fähigkeit zum Erwerb eines solchen Rechtes als Voraussetzung des Rechtserwerbes in Frage kommt, nur auf Grund des das betreffende Rechtsverhältnis beherrschenden Rechts beantwortet werden, da die bezüglichen Vorschriften eben Theile dieses an sich anzuwendenden Rechts sind. Diese Lösung unterliegt keinem Bedenken, soweit nicht eine Kollision in der Art vorliegt, dass der nach diesem Recht vorhandenen Fähigkeit eine durch das persönliche Recht des Erwerbers gegebene Unfähigkeit gegenübertritt. Das persönliche Recht, welches durch die Natur der Sache zur Beurtheilung des Rechtsverhältnisses nicht berufen ist, muss bei dieser Kollision zurücktreten. Es bleibt ihm überlassen, die Rechtsverhältnisse zu regeln, die dadurch entstehen, dass einem nach seiner Bestimmung Rechtsunfähigen ein Erwerb zufällt.

Der inländische Gesetzgeber hat an diesem Rechtszustande nur ein Interesse, wenn bei den seinem Rechtsgebiete angehörigen Thatbeständen, als Folge der durch das persönliche Recht des Erwerbers oder durch eine andere auswärtige, den Erwerber thatsächlich beherrschende Gesetzgebung, angeordneten Unfähigkeit, ein Erwerb durch einen Substituten eintritt, welcher nach den inländischen Vorschriften einer Beschränkung unterliegt; für solche Beschränkungen kommen lediglich juristische Personen in Frage. Es erscheint angemessen, die bezüglichen Vorschriften des inländischen Rechts ebenso für anwendbar zu erklären, wie wenn es sich um einen direkten Erwerb durch die juristische Person handelt.

Diese Regelung ergiebt folgendes als sachgemäss zu erachtendes Ergebnis:

Wenn ein Inländer nach dem massgebenden inländischen Erbrechte durch einen Ausländer beerbt wird, welcher z. B. als „Ketzer“ oder „Hochverräther“ nach seinem persönlichen Rechte absolut erbunfähig ist, so würde das deutsche Gericht diese Unfähigkeit nicht berücksichtigen, es sei denn, dass als Folge der Unfähigkeit an Stelle des Erwerbs durch die ordentlichen gesetzlichen Erben des Unfähigen, etwa eine Konfiskation oder der Erwerb durch eine juristische Person eintritt, in welchen Fällen eine staatliche Genehmigung wie bei direktem Erwerb durch eine juristische Person erfordert wird.

Die Frage der Rechtsfähigkeit ist indess von einigen Gesetzgebern in anderer Weise, nämlich durch Bezugnahme auf das persönliche Recht des Erwerbers geregelt, so z. B. durch das Recht des schweizerischen Kantons Wallis. (Anh. No. 135.)

Wenn in dem soeben behandelten Falle der Erblasser ein Walliser und somit Walliser Erbrecht massgebend ist, so er-

scheint es nicht angemessen, die Frage der Rechtsfähigkeit nach der oben für das deutsche internationale Privatrecht vorgeschlagenen Lösung zu beurtheilen. Mit Rücksicht auf die grundlegende Ausführung (S. 35) ist vielmehr zunächst die Frage zu stellen, welches internationale Privatrecht zur Entscheidung der Kollision berufen ist, und als solches kann nur das internationale Privatrecht desjenigen Rechts in Frage kommen, dem durch das inländische internationale Privatrecht das Rechtsverhältnis überhaupt unterstellt wird.

In dem obigen Beispiele, würde das Walliser internationale Privatrecht auf das Heimathsrecht des Erben verweisen und die durch dasselbe ausgesprochene Unfähigkeit zu berücksichtigen sein.

III. Die für die Beurtheilung der Rechtsfähigkeit aufgenommenen Bestimmungen regeln auch die Frage des Beginns und der Beendigung der Rechtsfähigkeit, einschliesslich der Rechtsfähigkeit des *nasciturus,* sowie die Todes- und Lebensvermuthungen und die Verschollenheitswirkungen.[4]) Dieses bedarf keiner besonderen gesetzlichen Aussprache.

IV. Bei Zugrundelegung des im vorliegenden Ges.Entw. angenommenen Standpunkts, dass sich die Voraussetzungen und Wirkungen der Verschollenheit nach demjenigen Rechte bestimmen, welches für das in Frage kommende Rechtsverhältnis überhaupt massgebend ist, gestalten sich die hauptsächlich in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse folgendermassen:

1. Zur Eröffnung der Erbschaft eines verschollenen Erblassers, dessen persönliches Recht das deutsche Recht ist, wird eine nach deutschem Rechte erfolgte Todeserklärung gefordert.

2. Zur Feststellung der Erbfolge nach einem solchen Erblasser kann die Frage, ob ein verschollener Ausländer, welcher als Erbe in Betracht kommt, den Erbfall erlebt hat, nur nach dem inländischen Recht beantwortet werden.

3. Die Todeserklärung hat nach deutschem Recht zu erfolgen, auch wenn es sich um verschollene Ausländer handelt, falls deutsches Recht als das massgebende angerufen wird für die

[4]) Zu vgl. Bar, I. S. 373 ff.; Entsch. des R.G. Bd. 25 S. 142 f., ferner Entsch. des R.G., abgedruckt in der Böhm'schen Zeitschrift Bd. 4 S. 72.

a) Auflösung der Ehe eines Verschollenen[5]) (II. Entw. § 1482),
b) Beendigung der ehemännlichen Nutzniessung und Verwaltung eines verschollenen Ehemannes (II. Entw. § 1319),
c) Beendigung der elterlichen Gewalt eines Verschollenen (II. Entw. § 1568),
d) Beendigung der Vormundschaft über einen Verschollenen (II. Entw. § 1742),
e) Beendigung der Vormundschaft eines verschollenen Vormundes (II. Entw. § 1743).

4. Ist bei einem nach deutschem Recht zu beurtheilenden Schuldverhältnisse der Anspruch durch den Tod oder die Todeserklärung eines Betheiligten bedingt (z. B. ein Lebensversicherungsanspruch, § 2295. II. 8. Preuss. Allg. Landrecht) so ist im Falle seiner Verschollenheit ohne Rücksicht auf die Eigenschaft des Verschollenen als Ausländers nur der inländischen Todeserklärung die Kraft, den Beweis des Todes zu ersetzen, beizulegen. Dies erscheint auch angemessen, da in diesem Falle die Voraussetzungen der Todeserklärung einen wesentlichen Einfluss auf den Inhalt des Schuldverhältnisses ausüben können.[6])

5. Zur Begründung eines Aufgebotsantrages zwecks Ausschliessung des Eigenthums eines Grundstücks (II. Entw. § 840 Abs. 2) kann der Nachweis des Todes nur durch eine inländische Todeserklärung ersetzt werden.

6. Kommt es für die Feststellung der Erbfolge hinter einen ausländischen Erblasser darauf an, ob eine verschollene Person den Erbfall erlebt hat, so kann diese Frage nur nach dem den Erbfall überhaupt beherrschenden Rechte beurtheilt werden. Das deutsche Verschollenheitsrecht kann nicht Anwendung finden, wenn es sich selbst um einen verschollenen Deutschen handelt.

7. Hat ein verschollener Ausländer Vermögen im Inlande, so ist für die Eröffnung der Erbschaft und damit auch für die Todeserklärung zunächst das persönliche Recht des Erblassers massgebend. Hierbei kann es auch bewenden, wenn das persönliche Recht die Möglichkeit der Eröffnung der Erbschaft hin-

[5]) Also z. B. wenn ein Ehemann seine deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben hat, während die Ehefrau Deutsche geblieben ist.

[6]) Es bleibt in Erwägung zu ziehen, ob beim Vorliegen einer ausländischen, in Gemässheit des persönlichen Rechtes erfolgten Todeserklärung eine Vereinfachung des Verfahrens zuzulassen ist.

sichtlich des ausserhalb des Gebiets seiner Geltung liegenden Vermögens gewährt.

Ist diese Möglichkeit nicht gegeben, so muss der inländische Gesetzgeber Vorsorge treffen, dass eine Rechtsnachfolge hinsichtlich des im Inlande befindlichen Vermögens herbeigeführt werden kann. Es wird dies durch die allgemeine volkswirthschaftliche Rücksicht erfordert, Vermögensobjekte nicht dauernd dem freien Verkehr zu entziehen.[7]) [Ges.Entw. § 9.]

Dieser Rücksicht auf ein öffentliches inländisches Interesse gegenüber muss die Rücksicht auf das dem Erbrecht zu Grunde liegende Princip der Universalsuccession zurücktreten, und es muss die Möglichkeit gegeben werden, die Erbschaft auf Grund einer nach inländischem Rechte erfolgenden Todeserklärung zu eröffnen. Ihrem Charakter als Ausnahme gemäss, ist diese Massregel nur zuzulassen, soweit das Bedürfnis es erfordert, d. h. wenn auf Grund des für den Erbfall im Uebrigen massgebenden (und auch für die Erbfolge massgebend bleibenden) Rechts eine Erbschaftseröffnung nicht herbeizuführen ist.

Durch die Bestimmung des § 32 des Ges.Entw. ist vorgesehen, dass die entsprechenden (erbrechtlichen) Bestimmungen der fremdländischen *lex rei sitae* dem persönlichen Recht des Erblassers vorgehen.

Juristische Personen.

[Ges.Entw. § 10.]

I. Juristische Persönlichkeit überhaupt.

Unter dem Begriffe „Juristische Personen" werden diejenigen Fälle zusammengefasst, in denen Vermögensrechte nicht bestimmten einzelnen Menschen als Rechtssubjecten gehören, sondern nur juristisch ideell als Vermögen für bestimmte menschliche

[7]) Die Zulassung der Todeserklärung von Ausländern im Inlande ist, entgegen dem I. Entw. des bürgerl. Gesetzbuchs (§ 5 und Motive dazu Bd. 1 S. 36) sowohl von den Bundesregierungen als auch von der Kritik als nothwendig bezeichnet worden (zu vgl. Hölder, Verhandlungen des XX. Deutschen Juristentages Bd. 1 S. 268; Heinsen, daselbst S. 280 ff.; Schilling, Aphorismen zu dem Entw. eines bürgerl. Gesetzbuchs für das Deutsche Reich S. 26 ff.; v. Jecklin, Der Entw. des bürgerl. Gesetzbuchs in II. Lesung in Gruchot's Beiträgen Bd. 35 S. 840.

Zwecke zusammengehalten werden. Die Fähigkeit der juristischen Person, als Rechtssubject aufzutreten, beruht auf dem Ausspruche der Rechtsordnung, welche ihr dieselbe beilegt. Dennoch erscheinen die juristischen Personen nicht als rein künstliche Schöpfungen des Rechts, sondern als natürliche Producte eines vorgeschrittenen Rechts- und Kulturlebens.[1]) Auf dieser Auffassung beruht die Nothwendigkeit ihrer internationalen Anerkennung als Rechtssubjecte indess mit der Einschränkung, dass der Umfang der Rechtsfähigkeit nicht über die von der als Grundlage der juristischen Person in Betracht kommenden Rechtsordnung, — ihrem persönlichen Rechte — gegebenen Grenzen hinauszugehen hat. Der juristischen Person als solcher wird im Allgemeinen eine Staatsangehörigkeit nicht zuerkannt;[2]) vielmehr wird übereinstimmend zur Bestimmung ihres persönlichen Rechts auf den Sitz der juristischen Person zurückgegangen, d. h. dem Orte, an welchem ihre Verwaltung geführt wird (II. Entw. D. B.G. §§ 2237; 23).

Mit der principiellen Anerkennung der juristischen Persönlichkeit konkurrirt das Recht und die Pflicht des einheimischen Gesetzgebers, solchen ausländischen juristischen Personen die Anerkennung zu versagen, welche die eigenen Staatszwecke und die öffentliche Ordnung des Inlandes gefährden oder gefährden können. Es erscheinen für die Beurtheilung der ausländischen juristischen Personen dieselben Grundsätze angezeigt, wie solche für die Anerkennung der juristischen Persönlichkeit im inländischen Rechtsverkehr angenommen werden. Nach den Vorschriften des II. Entw. des B. G.B. entsteht die juristische Persönlichkeit entweder durch Eintragung in das Vereinsregister oder durch staatliche Verleihung. Der Eintragung in das Vereinsregister geht eine amtliche Mittheilung an die staatliche Verwaltungsbehörde voran; die Verwaltungsbehörde kann gegen die Eintragung Einspruch erheben, wenn der Verein nach dem öffentlichen Vereinsrecht unerlaubt ist oder verboten werden kann oder wenn er einen politischen, socialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt.

[1]) Bar, Theorie und Praxis Bd. 1 § 104.

[2]) Laband, Staatsrecht des Deutschen Reiches in Marquardsens Handbuch des öffentl. Rechts Bd. 2 S. 32; Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts S. 681 Anm. 3.

Ueber den Einspruch ist im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden (§§ 54, 55 II. Entw.).

Der vorliegend gemachte Vorschlag schliesst sich diesem Verfahren an, indem davon ausgegangen wird, dass diese Art der Regelung, welche den ausländischen Interessenten in Folge richterlicher Zuständigkeit, dieselben Garantien wie den Inländern bietet[3]), am meisten die Misstimmungen hintanhält, welche die Nichtanerkennung einer ausländischen juristischen Person durch die eigentlichen Verwaltungsbehörden hervorrufen kann.

II. Die besondere Rechtsfähigkeit.

Die Fähigkeit einer juristischen Person, Träger eines bestimmten Rechts zu sein, ist einmal nach ihrem persönlichen Rechte zu beurtheilen (I.), dann aber auch, wie die Rechtsfähigkeit physischer Personen, nach dem für das Rechtsverhältnis überhaupt massgebenden Recht. Ist letzteres das deutsche Recht, so liegt kein Grund vor, von den Normen abzugehen, welche für inländische juristische Personen bestehen.

III. Unberührt bleiben durch diese Vorschriften die dem öffentlichen Recht angehörigen Normen über den Gewerbebetrieb etc.

IV. Die durch die §§ 30 und 74 des II. Entw. des B.G.B. für die Vereine bezw. Stiftungen festgesetzte Haftung für den Ersatz des Schadens, welchen ein Vertreter der juristischen Person durch eine in Ausführung der ihm zukommenden Verrichtungen begangene, zum Schadensersatze verpflichtende Handlung einem Dritten zugefügt, ist zweckmässiger Weise auch den ausländischen juristischen Personen aufzuerlegen, wenn die schädigende Handlung im Inlande begangen ist. Diese Regelung der Haftpflicht für fremdes Thun weicht von der in § 16 des Ges.-Entw. für andere Fälle angenommenen Lösung ab. Wenn indess eine ausländische juristische Person durch ihre Zulassung im Inlande die rechtliche Möglichkeit erlangt, im inländischen Rechtsverkehr handelnd aufzutreten, so wird ihr auch die Gleichstellung mit den inländischen juristischen Personen ohne Rücksicht auf das an ihrem Sitze geltende Recht angesonnen werden dürfen.

[3]) Es soll hiermit nicht zu der Frage, ob die Vorschriften des II. Entw. über die inländischen Vereine einwandsfrei sind, Stellung genommen werden.

Rechtsgeschäfte.

[Ges.Entw. § 11.]

Ein Rechtsgeschäft ist jede Willenserklärung, welche auf Erwerb, Veränderung oder Beendigung von Rechten gerichtet ist.

Zu den die Rechtsgeschäfte als solche betreffenden Rechtsnormen gehören nach dem Entwurf II des B. G.B. (I. Buch 2. Abschn.) die Bestimmungen über:

Geschäftsfähigkeit §§ 78—89;
Wille, Willenserklärung §§ 90—109 (hierin die Formvorschriften §§ 104—106);
Folgen der Nichtigkeit und Anfechtbarkeit §§ 110—115;
Vertrag §§ 116—127;
Bedingung, Zeitbestimmung §§ 128—133;
Vertretung, Vollmacht §§ 134—149;
Einwilligung, Genehmigung §§ 150—153.

Von den Bestandtheilen des Rechtsgeschäfts pflegt nach der herrschenden Meinung und in den meisten Gesetzgebungen die Geschäftsfähigkeit der Personen als eine dem persönlichen Rechte unterworfene dauernde Eigenschaft der Personen angesehen zu werden. Dieselbe wird hier ausgeschieden, um weiter unten selbständig behandelt zu werden (S. 72 ff.).

Bezüglich der oben aufgeführten Bestandtheile eines Rechtsgeschäftes (wohl zu unterscheiden von den unten S. 85 ff. zu behandelnden Schuldverhältnissen aus Rechtsgeschäften), kann es als der Natur der Sache entsprechend bezeichnet werden, dass die Frage, ob der mit dem Rechtsgeschäfte bezweckte rechtliche Erfolg eingetreten ist, nach demjenigen Rechte zu beurtheilen ist, welchem der Gegenstand des Rechtsgeschäftes, d. i. die Sache oder das Recht, über welches verfügt werden soll, selbst unterliegt.

Bei dem Vorhandensein einer Kollision wird es ebenso angemessen sein, diesem Rechte, d. i. seinem internationalen Privatrechte, die Bestimmung des für die Beurtheilung des Rechtsgeschäftes selbst massgebenden Rechts zuzuweisen. Bildet den Gegenstand eines Rechtsgeschäftes ein dem inländischen Rechte unterliegendes Rechtsverhältnis, so entspricht es der Natur der Sache, das Rechtsgeschäft selbst, auch wenn es im Auslande vorgenommen ist, nach inländischem Recht zu beurtheilen.

Einer besonderen Behandlung bedarf die als Europäisches Gewohnheitsrecht anerkannte Regel „*Locus regit actum.*“[1])

Von dem soeben dargelegten Standpunkt aus hat das für das Rechtsgeschäft überhaupt massgebende Recht auch für die Beurtheilung der formellen Erfordernisse des Rechtsgeschäftes massgebend zu sein. Es würde der Natur der Sache widersprechen, wenn deutsches internationales Privatrecht hinsichtlich der Formgültigkeit eines Rechtsgeschäftes, welches sich auf ein dem Inlande fremdes Rechtsverhältnis bezieht, entscheidend sein sollte, nur weil dieses Rechtsgeschäft gerade von einem inländischen Gericht rechtlich zu beurtheilen ist.

Die Stellungnahme, welche hier zu der Regel *locus regit actum* zu erfolgen hat, hat sich lediglich auf diejenigen Rechtsgeschäfte zu beziehen, welche, weil sie Rechtsverhältnisse zum Gegenstande haben, die dem inländischen Rechte unterliegen, ebenfalls nach inländischem Rechte zu beurtheilen sind.

Die Entstehung der Regel *locus regit actum* wird in der Literatur[2]) auf Zweckmässigkeitsgründe zurückgeführt, welche auf Erleichterung des Rechtsverkehrs gerichtet sind; damit ergiebt sich von selbst ihre fakultative Bedeutung in dem auch von Gebhard (§ 9 seines Entwurfs) angenommenen Sinne, dass nicht etwa die Beobachtung der am Orte der Vornahme des Rechtsgeschäftes vorgeschriebenen Form nothwendig ist, sondern dass dieselbe im Interesse der Verkehrserleichterung genügen soll, wenn auch das an sich massgebende Recht eine erschwerte Form vorschreibt.[3])

Die Bedeutung der Regel *locus regit actum* für das einzelne Rechtsgebiet richtet sich nach dem Umfang der in demselben geltenden Formvorschriften; die Regel ist für ein Rechtsgebiet, welches Formvorschriften für Rechtsgeschäfte überhaupt nicht kennt, inhaltlos. In gleicher Weise hat sie bei Annahme des Princips der Formfreiheit der Rechtsgeschäfte für das B. G.B. keine Bedeutung für die grosse Masse derjenigen Rechtsgeschäfte, welche nach inländischem Rechte diesem Princip unterstehen.

Einen Inhalt gewinnt der Satz *locus regit actum* lediglich

[1]) Vgl. Bar, Theorie und Praxis Bd. 1 §§ 117 ff., § 123.

[2]) Bar, I. § 123 und die daselbst angeführte Literatur, ferner Böhm, Räuml. Herrschaft § 4.

[3]) Vgl. auch Entsch. des R.G. Bd. 18 S. 46.

gegenüber den Ausnahmen, welche das bürgerliche Gesetzbuch von dem Principe der Formfreiheit macht. Um den für das deutsche internationale Privatrecht angemessenen Standpunkt zu dem Satze *locus regit actum* zu finden, ist die Prüfung erforderlich, ob und inwieweit es im Interesse des internationalen Rechtsverkehrs einerseits und des inländischen Rechtsverkehrs andererseits geboten erscheint, von den durch das bürgerliche Gesetz buch voraussichtlich aufzustellenden Formvorschriften zu Gunsten der erleichterten Formvorschriften, welche etwa am Ort der Geschäftsvornahme gelten, Abstand zu nehmen.

Abgesehen von den für das Gebiet des Sachenrechts geltenden Formvorschriften, auf welche der Satz *locus regit actum* übereinstimmend nicht bezogen wird,[4]) sowie von der Eheschliessung und den dem Erbrecht angehörigen Rechtsgeschäften, welche unten (S. 98 und S. 135) besonders behandelt werden sollen, kennt der II. Entw. des B. G.B. im Wesentlichen folgende Formvorschriften:

Die gerichtliche oder notarielle Form ist vorgeschrieben für:

1. das auf Errichtung einer Stiftung unter Lebenden zielende Geschäft (§ 71);

2. den Vertrag, durch welchen sich Jemand verpflichtet, sein gegenwärtiges Vermögen oder einen Bruchtheil desselben zu übertragen oder den Niessbrauch an dem Vermögen oder an einem Bruchtheil desselben zu bestellen (§ 263);

3. den Vertrag, welcher unter künftigen gesetzlichen Erben über den gesetzlichen Erbtheil oder den Pflichttheil eines derselben geschlossen wird (§ 264);

4. den Vertrag, nach welchem sich Jemand verpflichtet, das Eigenthum an einem Grundstücke zu übertragen (§ 265);

5. den Vertrag, durch welchen Jemand eine ihm angefallene Erbschaft verkauft (Erbschaftskauf) (§ 448);

6. den Vertrag, durch welchen eine Leistung schenkweise versprochen wird, oder durch welchen ein Schuldversprechen oder ein Schuldanerkenntnis schenkweise erfolgt (§ 465);

7. den Ehevertrag, durch welchen die Eheleute ihre Güterverhältnisse regeln (§ 1333);

[4]) Bar, I. § 227; Lehrbuch S. 54.

8. den Antrag auf Ehelichkeitserklärung und für die dazu erforderlichen Einwilligungserklärungen (§ 1616);

9. den Vertrag über Annahme an Kindesstatt (§ 1631);

10. den Vertrag über Aufhebung des durch Annahme an Kindesstatt begründeten Rechtsverhältnisses (§ 1649).

11. In öffentlich beglaubigter Form ist der Verzicht des Vaters auf die Nutzniessung am Kindesvermögen dem Vormundschaftsgericht gegenüber zu erklären (§ 1553);

Der schriftlichen Form bedarf:

12. ein Miethvertrag über ein Grundstück, wenn er für längere Zeit als ein Jahr geschlossen wird (§ 507);

13. das Schuldversprechen, durch welches eine selbständige Verpflichtung begründet werden soll (§ 719);

14. das Schuldanerkenntnis (§ 720);

Für die formalisierten Rechtsgeschäfte bestimmt § 104, dass ein Rechtsgeschäft, welches der durch das Gesetz vorgeschriebenen Form ermangelt, nichtig ist. Ausnahmsweise gilt für den auf Uebertragung des Eigenthums an einem Grundstücke gerichteten Vertrag und für den Schenkungsvertrag, dass der Mangel der Form durch Auflassung bezw. durch Bewirkung der versprochenen Leistung geheilt wird.

In den Fällen, in welchen nach Vorstehendem der Entwurf von dem Princip der Formfreiheit abgesehen hat, ist dies auf Grund zwingender Gründe geschehen, welche zum Theil über die Rücksicht auf die Parteien selbst hinausgehend, den socialen Bedürfnissen und den Anforderungen des allgemeinen Rechtsverkehrs Rechnung tragen.[5])

Zudem handelt es sich, mit Ausnahme des Schuldversprechens und Anerkenntnisses, nicht um Verkehrsgeschäfte, welche eine besondere Rücksicht auf den internationalen Verkehr rechtfertigen; insofern übrigens die letztgenannten Geschäfte als Verkehrsgeschäfte vorkommen, werden sie wahrscheinlich durch die handelsrechtlichen Vorschriften dem Princip der Formfreiheit unterstellt sein.

Im einzelnen ist zu bemerken, dass sich ein Absehen von

[5]) Zu vgl. Motive z. bürgerl. Gesetzbuche I. S. 119/120, II. S. 188. — Gruchot Beiträge Bd. 37 S. 892/893, Bd. 38 S. 871/447, Bd. 39 S. 110. — Motive II. S. 293, IV. S. 311, 944, 972.

den vorgeschriebenen Formen des Stiftungsgeschäftes, des Antrages auf Ehelichkeitserklärung, der Annahme an Kindesstatt und der Wiederaufhebung der letzteren verbietet, weil diese Rechtsgeschäfte die Grundlage für Akte der Staatsgewalt, bezw. für die Genehmigung des Gerichtes bilden.

Die für den Miethvertrag vorgeschriebene Schriftform bezweckt, dem Erwerber des Grundstückes sichere Kenntnis von dem Inhalt des Vertrages zu geben, in welchen er auf Grund des Gesetzes eintritt. (§ 512 und Gruchot Bd. 39 S. 110.)

Für die vorstehend bezeichneten Geschäfte erscheint es nicht angezeigt, den Satz *locus regit actum* in dem Sinne, dass die Innehaltung der am Orte der Geschäftsvornahme vorgeschriebenen Form genüge, anzunehmen.

Rocholl's Entwurf, welcher dahin geht:

> „Die Gültigkeit der Form eines Rechtsgeschäftes richtet sich nach dem Recht desjenigen Ortes, wo es zum Abschluss kommt, mit Ausnahme des Falles, wo das B.G.B. die Folge der Nichtigkeit an den Mangel einer bestimmten Form knüpft.“ (Vorschläge S. 5.)

stimmt im Ergebnis mit dem hier gemachten Vorschlage überein.

Wird indess die Beobachtung der Form, welche das B.G.B. vorschreibt, auch für die im Auslande vorgenommenen Rechtsgeschäfte verlangt, so ist, unbeschadet der Notariatsqualität der Reichsconsuln[6]), dem Satze *locus regit actum* so weit Rechnung zu tragen, dass die gerichtliche oder notarielle Form als gewahrt zu erachten ist, wenn ausländische Gerichte oder ausländische Notare innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit bei dem Rechtsgeschäfte mitgewirkt haben. Wenn auch die Kenntnis des inländischen Rechts bei diesen Behörden nicht zu erwarten ist, so ist dennoch durch ihre Mitwirkung ein ausreichender Schutz gegen Uebereilung gegeben, und ausser Frage gestellt, dass die Erklärungen von den benannten Personen abgegeben sind, und dass das Rechtsgeschäft als ein wirklich abgeschlossenes, nicht blos vorbereitetes, nach dem Willen der Parteien zu erachten ist.

Es wird ferner der Möglichkeit Rechnung zu tragen sein,

[6]) § 16 des Reichsges. vom 8. November 1867; § 12 des Reichsges. vom 10. Juli 1879; Art. 20 des Entw. eines Einf.Ges. zum B.G.B.

dass nach einer ausländischen Aemterverfassung ein für die Vornahme des Aktes berufenes Gericht oder ein Notar am Ort der Vornahme des Rechtsgeschäftes nicht existirt; in einem solchen Falle bietet sich die Aushülfe, für die notarielle bezw. gerichtliche Form diejenige Form zuzulassen, welche nach dem am Orte der Geschäftsvornahme geltenden Rechte für authentische Akte vorgeschrieben ist.

Für die Prüfung der Zuständigkeit ausländischer Behörden bezw. der Authenticität ausländischer Urkunden bedarf es mit Rücksicht auf § 7 des Ges.Entw. keiner besonderen Vorschrift, wie solche z. B. die Pr. Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 in § 38 aufstellt.[7])

Mit Ablehnung des Satzes *locus regit actum* entfällt auch die Nothwendigkeit der Lösung der die Vertragsschliessung unter Abwesenden betreffenden Streitfrage für das internationale Privatrecht.[8])

Wenn unter Ablehnung des vorstehend begründeten Standpunkts die Regel *locus regit actum* Aufnahme finden sollte, so wird dieselbe (zum Theil in Uebereinstimmung mit Gebhard) dennoch auf die oben besonders erwähnten Rechtsgeschäfte (Stiftung, Ehelichkeitserklärung, Annahme an Kindesstatt, Wiederaufhebung derselben und Miethvertrag) aus den oben dargelegten Gründen keine Anwendung zu finden haben.

Die Geschäftsfähigkeit.

[Ges.Entw. §§ 12, 13.]

Die Geschäftsfähigkeit einer Person, d. h. ihre Handlungsfähigkeit soweit sie sich auf die Vornahme von Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen[1]) bezieht, richtet sich nach ihrem persön-

[7]) § 38 lautet: Sind die zur Eintragung oder Löschung erforderlichen Urkunden oder Vollmachten von einer ausländischen Behörde ausgestellt oder beglaubigt, und ist die Befugnis dieser Behörde zur Ausstellung öffentlicher Urkunden nicht durch Staatsverträge verbürgt, oder sonst dem Grundbuchamt bekannt, so muss die Befugnis der ausländischen Behörde zur Aufnahme des Aktes und deren Unterschrift auf gesandtschaftlichem Wege festgestellt werden.

[8]) Vgl. Bar, Theorie und Praxis I. § 125; Jettel S. 108.

[1]) Motive zum I. Entw. des B.G.B. I. S. 129.

lichen Rechte. Diesen Satz zum Ausgangspunkt zu nehmen, erscheint um so angemessener, als derselbe als ein Stück europäischen Gewohnheitsrechts bezeichnet werden kann,[2]) das allerdings von der englischen und der nordamerikanischen Jurisprudenz, welche die *lex loci contractus* als massgebend ansehen, nicht anerkannt wird.

Stellt man sich principiell auf den Standpunkt dieses Gewohnheitsrechts, so ergiebt sich zunächst, dass die Wirkung eines Wechsels des persönlichen Rechts beim Wechsel der Staatsangehörigkeit bezw. des Domicils nach dem im gegebenen Moment massgebenden persönlichen Rechte beurtheilt wird.

Für das deutsche Recht kann als die herrschende Meinung angesehen werden,[3]) dass der die deutsche Staatsangehörigkeit erwerbende Ausländer die nach seinem bisherigen Rechte erlangte Stellung als Grossjähriger behält, auch wenn er nach deutschem Recht noch minderjährig sein würde. Eine gesetzliche Anerkennung hat dieser Standpunkt gewissermassen in dem und Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 gefunden, insofern in § 8 für die Naturalisation von Ausländern vorausgesetzt wird, dass dieselben nach den Gesetzen ihrer bisherigen Heimath dispositionsfähig sind; wenn somit für den ersten und wichtigsten Akt des Wechsels der Staatsangehörigkeit die nach dem bisherigen Recht erworbene Grossjährigkeit anerkannt wird, erscheint es nicht angängig, nachträglich dieselbe Person mit Rücksicht auf die inländische Gesetzgebung für minderjährig und vormundschaftsbedürftig zu erachten.

Der Satz, dass die Geschäftsfähigkeit sich nach dem persönlichen Recht der Person richtet, kann mit der gebotenen Rücksicht auf die Sicherheit des rechtsgeschäftlichen Verkehrs in Widerstreit treten, sobald das persönliche Recht der Person mit dem am Orte der Vornahme des Rechtsgeschäftes geltenden Rechte in der Art nicht übereinstimmt, dass die nach dem

[2]) Bar, Theorie und Praxis I. §§ 138 ff.; Lehrbuch S. 62 ff.; Mommsen S. 163; Gebhard Entwurf § 7. Anders ist der Standpunkt des chilenischen Gesetzes, vgl. Neubauer in Goldschmidt's Zeitschrift für Handelsrecht Bd. 36 S. 411 zu Art. 14.

[3]) Bar, Theorie und Praxis I. § 149 Note 10.

letzteren vorhandene Geschäftsfähigkeit nach dem ersteren nicht gegeben ist.

Für diese Fälle haben nach dem Vorgange des Pr. A.L.R. (Einl. §§ 23, 35) eine Reihe von Gesetzgebungen eine Ausnahme von dem bezeichneten Grundsatze, nach welchem das persönliche Recht massgebend sein soll, gemacht.[4]) Der Inhalt dieser Bestimmungen geht im Wesentlichen dahin, dass Ausländer, welche im Inland ein Rechtsgeschäft vornehmen und eine Verbindlichkeit eingehen, für geschäftsfähig erachtet werden, wenn sie dies nur nach dem inländischen, nicht auch nach ihrem persönlichen Rechte sind.

Ueber die Stellung, welche die Gesetzgebung zu dieser Frage des inländischen Verkehrsschutzes einzunehmen hat, sind die Meinungen sehr getheilt. Savigny (S. 144) billigt derartige Ausnahmen von dem Princip der Zugrundelegung des persönlichen Rechts. „Eine gleichartige Bestimmung liesse sich in den Gesetzen jedes Staates denken, und die wünschenswerthe Rechtsgemeinschaft in der Beurtheilung der Kollisionen würde dadurch nicht beeinträchtigt werden."

Asser-Cohn (S. 31) verwirft diesen Standpunkt, indem er anführt, dass dieser Schutz der Inländer bezw. des inländischen Verkehrs nur durch Verletzung der Rechte der Ausländer erreicht werde.

Bar (Theorie und Praxis Bd. I. § 141, Lehrbuch S. 65) bezweifelt die Wirksamkeit solcher Schutzvorschriften, so lange nicht die Vollstreckung auswärtiger Urtheile ohne Revision ihres materiellen Inhalts in weiterem Umfange als gegenwärtig stattfinde. Wenn aber eine ausgedehntere gegenseitige Vollstreckbarkeit der Urtheile angenommen würde, so ergäbe sich die Möglichkeit, die Beschränkungen der Geschäftsfähigkeit, welche das persönliche Recht anordnet, durch Vornahme von Rechtsgeschäften in weniger strengen Auslandsgebieten zu umgehen. Er hebt deshalb unter Billigung hervor, dass der neue Entwurf des portugiesischen Gesetzbuchs von einer solchen Regelung Abstand genommen habe. Bar (I. § 142) meint, dass in Zukunft vielleicht ein vermittelndes Princip angenommen werde, nach welchem der nur nach seinem persönlichen Rechte, nicht aber

[4]) Vergl. Anhang No. 140 ff.

auch nach der *lex loci actus* handlungsunfähige Ausländer sich auf die Handlungsunfähigkeit gegenüber dem anderen Kontrahenten dann nicht berufen dürfte, wenn diesem hinsichtlich der Erkundigung über die Handlungsfähigkeit der Ausländer keine Nachlässigkeit zur Last gelegt werden könne.

Meili (Geschichte und System § 53) stellt als das richtige Princip, zu dessen Begründung er auf *l. 2. C. si minor* und *l. 3. eod.* hinweist, den Satz hin:

„Auf internationalem Boden müssen die Beschränkungen des Status, (die sich nach heimathlichem oder Domicilrechte richten), grundsätzlich auch im internationalen Leben respectirt werden, dagegen haben diejenigen Schranken der Handlungsfähigkeit zurückzutreten, welche auf speciellen, individuellen Umständen beruhen und die deswegen *ex fide bona internationali* dem andern Kontrahenten im gewöhnlichen Laufe der Dinge nicht bekannt sind, wenn sie ihm nicht speciell mitgetheilt wurden."

Erwähnt sei noch die von Laurent, in seinem *Avant-projet de revision du code civil* (Anh. No. 143. Art. 15) vorgeschlagene Lösung, wonach der in Belgien kontrahirende Ausländer sein persönliches Recht und seine Geschäftsunfähigkeit angeben muss, widrigenfalls er sich gutgläubigen Dritten gegenüber nicht auf dieselbe berufen darf. Demgegenüber will die belgische Gesetzrevisionskommission die Geschäftsfähigkeit lediglich nach der *loi nationale* beurtheilt wissen. (Anh. No. 117.)

Von den Entwürfen zu dem B.G.B. schlägt der Gebhardsche vor (§ 7):

„Ausländer, welche nach dem Rechte ihres Staates handlungsunfähig oder in der Handlungsfähigkeit beschränkt sind, gelten in Ansehung der im Inlande vorgenommenen Handlungen als handlungsfähig, wenn sie dies nach dem inländischen Rechte sind. Auf die dem Gebiete des Familien- und Erbrechts angehörenden Rechtsgeschäfte findet diese Vorschrift keine Anwendung."

Mommsen schlägt vor (§ 3):

„Sofern die Verpflichtung eines Ausländers aus einer im Inlande vorgenommenen Handlung in Frage steht, wird die Handlungsfähigkeit desselben auch dann angenommen, wenn sie zwar nicht nach dem Rechte des Staates, dem er angehört, wohl aber nach den Bestimmungen des Inlandes vorhanden ist, — es sei

denn, dass die Verpflichtung einem, demselben Staate angehörenden Ausländer gegenüber übernommen ist und dass der Letztere zugleich eine Kunde davon gehabt hat, dass der sich Verpflichtende demselben Staate, wie er selbst, angehört."

Rocholl (Vorschläge § 2a) will bestimmen: „die Rechts- und Handlungsfähigkeit des Ausländers wird, sofern nicht eine im Inlande vorgenommene Handlung in Frage steht, nach den Gesetzen seines Heimathstaates beurtheilt."

Der vorliegende Entwurf [§ 13] beruht auf folgenden Erwägungen:

Die Abweichung von dem naturgemässen Princip, dass die Geschäftsfähigkeit sich nach dem persönlichen Rechte zu richten hat, muss ihrer Natur als Ausnahme entsprechend auf das unbedingt nothwendige Maass eingeschränkt werden. Der Zweck, welcher zu erreichen ist, besteht darin, den inländischen Verkehr gegen die Gefahr zu schützen, dass anscheinend geschäftsfähige Ausländer im Inlande kontrahiren und sich später auf die Ungültigkeit wegen mangelnder Geschäftsfähigkeit (Geschäftsunfähigkeit oder beschränkter Geschäftsfähigkeit im Sinne der §§ 78 ff. des II. Entw. zum B. G.B.) berufen.

Die abweichende Regelung kann sich deshalb nur erstrecken auf die Geschäfte des regelmässigen vermögensrechtlichen Verkehrs unter Lebenden, mit Ausnahme der Schenkungen[5]) und des Falles, dass dem Gegenkontrahenten die Unfähigkeit des Ausländers nach seinem persönlichen Rechte bekannt war.

Andererseits wird selbst die Kenntnis der durch das persönliche Recht vorgeschriebenen Beschränkung der Geschäftsfähigkeit nicht hindern können, die ausländischen Minderjährigen insoweit im Inlande als geschäftsfähig zu erachten, als dies die inländischen Minderjährigen ebenfalls sind (§§ 84 ff. des II. Entw.). Diese Behandlung erscheint erforderlich, einmal, um nicht für die ausländischen Minderjährigen ein (unter Umständen ihnen nachtheiliges) Privileg zu schaffen, und ferner, weil nicht damit gerechnet werden kann, dass die mit dem Minderjährigen in Verkehr tretenden Inländer Kenntnis von dem ausländischen Rechte

[5]) Der II. Entw. des bürgerl. Gesetzbuchs macht in §§ 812 und 850 den Unterschied zwischen entgeltlichem und unentgeltlichem Erwerb, welcher für die Frage des Schutzes des redlichen Erwerbes vom I. Entw. abgelehnt war.

oder auch nur von der Erheblichkeit einer etwaigen Abweichung desselben von dem inländischen Recht haben.

Ein Gesetzgeber, welcher im Interesse der inländischen Verkehrssicherheit Ausnahmen von der Geltung des persönlichen Rechts für die Bestimmung der Geschäftsfähigkeit macht, wird auch gleichartige Bestimmungen der ausländischen Gesetzgebungen anzuerkennen haben.

Dies kann auch wohl einem Bedenken nicht unterliegen, in sofern es sich um Ausländer handelt, welche in einem dritten Auslandsgebiete rechtsgeschäftlich thätig geworden sind; die Entscheidung über die Geschäftsfähigkeit kommt in diesen Fällen naturgemäss dem am Orte der Geschäftsvornahme geltenden internationalen Privatrecht zu. Fraglich kann nur sein, ob Inländer, welche nach inländischem Rechte geschäftsunfähig, nach dem Rechte des Geschäftsortes aber geschäftsfähig sind, auf Grund der an diesem Orte geltenden Normen von einem deutschen Richter, entgegen dem eigenen Rechte, als geschäftsfähig behandelt werden können. Diese von dem Standpunkt strenger Gerechtigkeit vielleicht geforderte Lösung kann als angängig nicht erachtet werden, denn bei dem Widerstreit der Interessen der ausländischen Verkehrssicherheit einerseits und des Schutzes geschäftsunfähiger Staatsangehöriger andererseits wird sich der inländische Gesetzgeber nur auf die Seite der Letzteren stellen können.

Hiernach ergiebt sich bezüglich des Inländers, dass seine Geschäftsfähigkeit stets nach seinem persönlichen Rechte beurtheilt wird; dasselbe gilt für den im Inlande handelnden Ausländer, soweit nicht durch die Rücksicht auf den Verkehr eine Ausnahme nöthig gemacht ist.

Diese Regelung erstreckt sich gleichmässig auf alle Arten der mangelnden oder beschränkten Geschäftsfähigkeit, mag der Grund in dem Lebensalter oder in dem körperlichen oder in dem geistigen Zustande der Person oder in einem rechtlichen Abhängigkeits- oder Gewaltsverhältnis liegen; sie wird in allen Fällen von der der inländischen Verkehrssicherheit schuldigen Rücksicht erfordert. Wenn indess die Fassung (nach dem Vorgang Gebhard's und des II. Entw. d. B. G.B.) dahin gewählt wird:

Ein Ausländer, welcher im Inlande ein dem vermögens-

rechtlichen Gebiete angehörendes Rechtsgeschäft vornimmt, in Ansehung dessen er nach seinem persönlichen Recht nicht geschäftsfähig ist, gilt als geschäftsfähig, soweit er dies nach deutschem Recht sein würde,

so wird der Fall einer im Auslande erfolgten, aber im Inlande anzuerkennenden Entmündigung übersehen.

Durch die gewählte Fassung soll zum Ausdruck gebracht werden, dass bei der Feststellung der für das Inland anzunehmenden Geschäftsfähigkeit die in Gemässheit des deutschen internationalen Privatrechts im Inlande anzuerkennende, wenn auch nicht auf Grund des deutschen Rechts erfolgte Entmündigung zu berücksichtigen ist, dass also der im Auslande Entmündigte nicht unbeschränkt geschäftsfähig ist, sondern dass seine Geschäftsfähigkeit nur soweit anzunehmen ist, als sie vorhanden sein würde, wenn die Entmündigung nach deutschem Rechte erfolgt wäre.

Sachenrecht.

[Ges.Entw. § 14.]

I. *Lex rei sitae* für bewegliche und unbewegliche Sachen.

Die gemeinrechtliche Lehre am Ende des vorigen Jahrhunderts ging dahin, dass auf unbewegliche Sachen die Realstatuten, auf bewegliche die Personalstatuten anzuwenden seien. *(mobilia ossibus inhaerent.)*

Bezüglich der Immobilien wird die Herrschaft der *lex rei sitae* allgemein anerkannt[1]) und damit begründet, dass sie ein Gebot der Souveränität sei, da der Grund und Boden einen Theil des Staatsgebiets selbst bilde, und dass sie zur Erreichung der volkswirthschaftlichen, socialpolitischen, und auf Sicherung des Verkehrs gerichteten Zwecke nothwendig sei, welchen die das Grundeigenthum betreffende Gesetzgebung diene. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ist insbesondere von

[1]) Laurent *(Anh. No. 174)* macht nur eine scheinbare Ausnahme; er kommt mittels der Realität der Gesetze des *ordre social (Anh. No. 59)* und seiner Formvorschrift *(Anh. No. 236. Art. 24)* auch zur Herrschaft der *lex rei sitae.*

Wächter[2]) und Savigny[3]) nachgewiesen worden, dass die Unterscheidung zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen für das Gebiet der sachenrechtlichen Kollisionen eine unrichtige ist und dass die *lex rei sitae* in der Regel für beide Arten von Sachen massgebend zu sein hat. Der Ursprung der Regel, dass die Rechte an beweglichen Sachen nach den Personalstatuten zu beurtheilen seien, liegt auf dem Gebiete des Erbrechts und des ehelichen Güterrechts; mit ihr wurde bezweckt,[4]) die aus der Beurtheilung des Erbrechts und des ehelichen Güterrechts nach der *lex rei sitae* sich ergebende Konsequenz zu beseitigen, dass in Ansehung der einzelnen, zu einem und demselben Vermögen gehörenden beweglichen Sachen, je nach dem Orte, an welchem sie sich befinden, ein besonderes Erbrecht oder eheliches Güterrecht gelten sollte.

Die heute herrschende Meinung trennt das sachenrechtliche Element von den besonderen Einwirkungen des ehelichen und elterlichen Güterrechts sowie des Erbrechts und hat sich, unter Preisgabe des Satzes „*mobilia ossibus inhaerent*“ für die Geltung der *lex rei sitae* auch bezüglich der beweglichen Sachen entschieden.[5]) Es wird mit Recht darauf hingewiesen, dass der Satz *mobilia ossibus inhaerent* nicht erkennen lasse, wessen Recht massgebend sein soll, das des Eigenthümers oder das des Besitzers, das des Veräusserers oder das des Erwerbers; wie das maassgebende Recht zu bestimmen sei, wenn mehrere Personen mit verschiedenen persönlichen Rechten Miteigenthümer sind oder sich um das Eigenthum einer Sache streiten.

Bei der Einmüthigkeit, mit welcher die unterschiedslose Geltung der *lex rei sitae* sowohl für unbewegliche als für bewegliche Sachen vorgeschlagen wird (Anh. No. 175 ff.) bedarf die Annahme dieses Princips keiner weiteren Begründung, wenn nur die *lex rei sitae* als Realstatut in richtiger Weise ihre Begren-

[2]) Archiv für civ. Praxis Bd. 24 S. 292; Bd. 25 S. 199, 383.

[3]) System Bd. VIII S. 169 ff.

[4]) Bar, I. S. 601. Mommsen, S. 171.

[5]) Asser-Cohn S. 53 ff.; Jettel S. 99; zu vgl. ferner die bei Bar, I. S. 603 angeführte in- und ausländische Litteratur. Für das Preuss. Allg. Landrecht zu vgl. Bornemann, Erörterungen S. 57; Förster-Eccius, Theorie und Praxis des Preuss. Privatrechts § 11 No. 2; Urtheil des Ob.Trib. vom 16. Mai 1856 (Entsch. Bd. 32 S. 353); Entsch. des R.G. Bd. 8 S. 110, Bd. 11 S. 52; Gruchot's Beiträge Bd. 29 S. 869.

zung findet und nur insoweit zur Anwendung gelangt, als sie selbst Realstatut sein will. Die Sachen sind nur denjenigen Normen der *lex rei sitae* unterworfen zu denken, *quae rem principaliter afficiunt et circa rem aliquid disponunt.*[6]) Auszuschliessen von der Einwirkung auf die Sache sind insbesondere die gesetzlichen Bestimmungen, welche nur die Person des Besitzers und deren rechtliche Eigenschaften betreffen.

Savigny (S. 178), welchem sich das Civilgesetzbuch von Argentinien, der Entwurf von Lima sowie Rocholl angeschlossen haben (Anh. No. 204 ff.), unterscheidet zwischen Mobilien in dauernder Lage und solchen, welche von Ort zu Ort fortbewegt zu werden bestimmt sind (z. B. Gepäck des Reisenden; auf dem Transport befindliche Waaren). Bei Sachen der letzteren Art, meint Savigny, könne man von dem örtlichen Rechte der gelegenen Sache keine Anwendung machen, vielmehr sei in solchen Fällen ein Ruhepunkt aus dem erweislichen Willen des Eigenthümers zu ermitteln oder als solcher der Wohnsitz des Eigenthümers zu fingiren.

Savigny selbst weist auf die vielen Abstufungen hin, welche zwischen den beiden soeben dargestellten Klassen beweglicher Sachen liegen (z. B. Kaufmannswaaren, die der Eigenthümer an einem anderen Orte, als an seinem Wohnsitz, auf unbestimmte Zeit aufbewahren lässt; das Reisegeräth bei einem vorübergehenden Aufenthalte des Eigenthümers an einem fremden Orte). Bei diesen soll es von den Umständen abhängen, welcher Klasse sie zuzurechnen sind; hierbei soll es wiederum nicht allein auf den kürzeren oder längeren Aufenthalt solcher Sachen, sondern auch auf die Natur der anzuwendenden Rechtsregel ankommen.

Bei solcher Unbestimmtheit der Begriffsmerkmale kann die Savigny'sche Unterscheidung als eine glückliche nicht bezeichnet werden; vielmehr erscheint die Geltung der *lex rei sitae* auch für nicht in dauernder Lage befindliche Sachen angezeigt, weil die Sachen mit dem Augenblicke, in welchem sie zum Gegenstande sachenrechtlichen Rechtsverkehrs gemacht werden, lediglich als Gegenstände dieses Rechtsverkehrs an dem Orte, an welchem sie sich eben befinden, in Betracht kommen.

[6]) J. Voët, comment. ad Pand. lib. I. tit. 4. § 3; vgl. Entsch. des Ob.Trib. Bd. 10 S. 143; vgl. Savigny S. 171; Entsch. des R.G. Bd. 18 S. 45.

II. Ermittelung des *locus rei sitae.*

Für die Ermittelung des Ortes, an welchem die Sache sich befindet, besteht keine Schwierigkeit, wenn es sich um eine im Zustande der Ruhe befindliche Sache handelt; er ergiebt sich aus den natürlichen Beziehungen der Sache zum Raum.

Es kann in Frage kommen, ob nicht nach dem Vorgange des Vertrages von Montevideo (Anh. No. 186. Art. 28) für diejenigen Fälle, in welchen die Sache auf dem Transport befindlich und desshalb der *locus rei sitae* schwer nachzuweisen ist, eine Rechtsvermuthung etwa dahin aufzustellen sei, dass die auf dem Transport befindlichen Sachen als am definitiven Bestimmungsorte gelegen erachtet werden. Eine solche Vermuthung erscheint indess nicht zweckmässig; sie ist sogar falsch, wenn etwa ein Dritter in Gemässheit der wirklichen *lex rei sitae* inzwischen ein der neuerlichen Begründung eines dinglichen Rechts entgegenstehendes Recht an der Sache erwirbt,[7]) oder die Sache vor ihrer Ankunft am Bestimmungsorte untergeht.

Die Zugehörigkeit von Seeschiffen zu einem bestimmten Rechtsgebiete hat sich unter Zuhilfenahme der Regeln des Völkerrechts zu bestimmen; hiermit ist, ohne dass es einer besonderen Bestimmung bedarf, das für Schiff und Ladung auf dem Meere zuständige Recht gefunden. (Anh. No. 186 Art. 27.)

Der Fall, dass der *locus rei sitae* ausserhalb eines staatlich organisierten Gebietes liegt, oder aus Gründen thatsächlicher Natur nicht nachgewiesen werden kann, ist in § 6 des vorliegenden Entwurfs berücksichtigt.

Wird im Vorstehenden davon ausgegangen, dass die Bestimmung des *locus rei sitae* sich aus den natürlichen Beziehungen der Sache ergiebt, so bedarf es noch einer Berücksichtigung der Fälle, bei denen von einem *locus rei sitae* im natürlichen Sinne nicht die Rede sein kann, für Rechte als Gegenstand dinglicher Rechte (§§ 977 ff., 1180 ff. II. Entw. des B.G.B).

Der vorliegende Entwurf folgt, indem er die Bestellung eines dinglichen Rechts an einer Sache nicht als eine partielle Veräusserung des Rechts auffasst und sich besonderer Besimmungen nicht enthält, dem II. Entw. des B.G.B. (§§ 978, 1181). (Vergl. Anh. No. 176.)

[7]) Bar, Bd. I. § 228.

Wenn zur Veräusserung oder zur Verpfändung eines Rechts die Uebergabe einer Sache erforderlich ist (des Niessbrauchsgegenstandes, des Hypothekenbriefs, des Grundschuldbriefes etc.), so ist diese Uebertragung als selbständiges Rechtsgeschäft der *lex rei sitae* unterworfen. Wenn sich die Veräusserung oder Verpfändung des Rechts nach dem dieses beherrschenden Gesetze in der Veräusserung oder Verpfändung einer Urkunde erschöpft (Inhaberpapiere), so ist dieses Rechtsgeschäft ausschliesslich nach der *lex rei sitae* der Urkunde zu beurtheilen (vergl. S. 97).

III. Ortsveränderung.

Der Satz, dass die Rechte an Sachen nach dem Rechte des Ortes zu beurtheilen sind, an welchem sich die Sachen befinden, bedarf der näheren Bestimmung für den Fall, dass zwischen dem Zeitpunkte dieser Beurtheilung und der Entstehung des Rechts eine Ortsveränderung mit der Sache stattgefunden hat.

In Literatur und Rechtsprechung wird übereinstimmend angenommen, dass das einmal entstandene dingliche Recht fortbesteht, auch wenn die Sache in ein anderes Rechtsgebiet gelangt.[8])

Diesem Satze liegt das allgemeine Princip zu Grunde, dass die Rechtswirkungen eines Thatbestandes, welcher in Bezug auf eine Sache sich ereignet, nach dem Rechte des Ortes zu beurtheilen sind, an welchem sich die Sache zur Zeit der Verwirklichung dieses Thatbestandes befindet. Aus diesem Princip ergiebt sich wiederum die Folge, dass nach demselben Ortsrechte auch Inhalt und Umfang des dinglichen Rechts zu beurtheilen sind. Das dingliche Recht wird dadurch allein, dass die Sache in ein anderes Rechtsgebiet gebracht wird, nicht beeinträchtigt; es bleibt von der Ortsveränderung so lange unberührt, bis ein Thatbestand sich vollzieht, welchem das derzeitige Ortsrecht einen Einfluss auf die die Sache betreffenden Rechtsverhältnisse mit der Wirkung der Aufhebung oder Einschränkung der früher entstandenen Rechte an der Sache beilegt (z. B. Art. 306 des Allg. Deutschen Handels-Gesetzbuchs).

IV. Besitz.

Entsprechend der Systematik des B. G.B. (Entw. I u. II) ist der Besitz, obgleich kein dingliches Recht, mit den Sachenrechten

[8]) Wächter, Archiv Bd. 25 S. 387; Savigny S. 185; Bar, I. §§ 225f.; Entsch. des R.G., mitgetheilt bei Bolze Bd. 8 No. 15.

zu behandeln. Der Besitz ist aus denselben Gründen, wie die Sachenrechte, nach der *lex rei sitae* zur Zeit des Eintritts der Erwerbs- bezw. Verlustthatsachen zu beurtheilen.

V. Ersitzung.

Der Erwerb des Eigenthums durch Ersitzung ist nicht das Ergebnis eines in einem bestimmten Momente, sondern während eines gewissen Zeitraums sich verwirklichenden Thatbestandes. Bar[9]) geht davon aus, dass die Rechtsnormen über die Ersitzung eine dauernde Unterwerfung einer Sache unter ihre Herrschaft voraussetzen, und will deshalb eine Ausnahme von der Geltung der *lex rei sitae* zu Gunsten des am Wohnsitze des Besitzers als dem vermuthlichen Orte des Besitzes geltenden Rechts machen, weil der Besitzer jeden Augenblick den *locus rei sitae* nach seinem Willen bestimmen könne und der Ort vieler beweglicher Sachen für jeden Tag eines längeren Zeitraums unmöglich zu ermitteln sei; vorbehalten will er dem Besitzer indess die Berufung auf die ihm etwa günstigere *lex rei sitae*, wenn er nachweisen kann, dass die Sache während der ganzen Ersitzungszeit im Bereiche derselben *lex rei sitae* geblieben sei.

Bei wechselndem Domicil des Besitzers hält Bar eine verhältnissmässige Berechnung der Ersitzungszeit in der Weise für angezeigt, dass z. B. bei Verlegung des Wohnsitzes aus einem Gebiete mit dreijähriger Ersitzungszeit in ein solches mit einjähriger Frist, ein Jahr nach dem Rechte des früheren Wohnsitzes einem drittel Jahr nach dem Rechte des späteren Wohnsitzes gleichzusetzen wäre.

Savigny (S. 187) rechnet beim Ortswechsel während der Ersitzungszeit alle an den verschiedenen Orten abgelaufenen Zeiten des Besitzes zusammen und beurtheilt den Ablauf der Ersitzung nach dem Rechte des Ortes, an welchem sich die Sache zuletzt befindet, weil erst mit dem Ablauf des ganzen Zeitraums die Veränderung im Eigenthum eingetreten, vorher aber eine solche nur vorbereitet gewesen sei.

Der vorliegende Entwurf lässt die *lex rei sitae* im Moment des Beginns des Ersitzungsbesitzes dauernd herrschen; es wird davon ausgegangen, dass das Institut der Ersitzung (in der-

[9]) Theorie und Praxis I. § 237; Lehrbuch S. 101.

selben Weise wie der Eigenthumserwerb des redlichen Erwerbers) den Schutz des Verkehrs bezweckt,[10]) und dass die Ersitzung die Wirkung eines Besitzes ist, welchem gewisse Eigenschaften (*res habilis*, *fides*, *titulus*) zur Zeit des Erwerbes innewohnen. Ein diesen Erfordernissen entsprechender Besitzerwerb hat diejenigen Rechtswirkungen, welche ihm die *lex rei sitae* beilegt, nämlich unter bestimmten Voraussetzungen binnen bestimmter Frist zum Eigenthumserwerb zu führen. Wird die Sache während des Laufs der Ersitzungszeit in ein anderes Rechtsgebiet gebracht, so wird an sich an diesem Rechtsverhältnis nichts geändert; und es liegt kein Grund vor, die Vorschriften über die Ersitzung, welche zur Sicherung des Verkehrs im Gebiete der neuen *lex rei sitae* bestehen, auf den ausserhalb dieses Rechtsgebiets stattgehabten Besitzerwerb anzuwenden.

VI. Die für die Lösung der Kollision zuständige Gesetzgebung.

Gerade auf dem Gebiete des Sachenrechts zeigt sich besonders, wie unsachgemäss die unterschiedslose Anwendung der eigenen Kollisionsnormen ohne Rücksicht darauf ist, ob die eigene Gesetzgebung überhaupt zur Lösung der Kollision berufen erscheint.

Ist z. B. von einem deutschen Gericht ein Thatbestand zu beurtheilen, welcher sich in Italien in Bezug auf eine daselbst befindliche Sache vollzogen hat, so würde bei Anwendung der deutschen Kollisionsnormen das italienische Sachenrecht als *lex rei sitae* massgebend sein. Die in Italien handelnden Personen, denen die deutschen Kollisionsnormen unbekannt oder unerheblich erscheinen mussten, haben in Gemässheit des italienischen internationalen Privatrechts (*Art. 7* des *cod. civ.* Anh. No. 169.) das Sachenrecht der nationalen Gesetzgebung des Eigenthümers zu Grunde gelegt. Der Thatbestand war abgeschlossen, das Eigenthum entweder übergegangen oder nicht übergangen, das dingliche Recht entweder entstanden oder nicht entstanden. Soll an diesem Rechtsverhältnis materiell noch etwas geändert werden können, weil dasselbe zufällig vor einem deutschen Gericht zur Kontestation gelangt? Wenn der deutsche Gesetzgeber die *lex rei sitae* als massgebend erachtet, weil die Sache ihrer territorialen Herrschaft in dem rechtserheblichen Zeitpunkt unterworfen war, so wird er auch anerkennen müssen, dass die Sache ebenso der Herrschaft des internationalen Privatrechts wie des Sachenrechts der *lex rei sitae* in jenem Zeitpunkte unterstand.

[10]) Vgl. Dernburg, Lehrbuch des Preussischen Privatrechts I. § 163; Motive zum I. Entw. des B.G.B. III. S. 351.

Diesem Standpunkt entspricht § 14 Abs. 1 des Ges.Entw. Uebrigens mag hier noch hervorgehoben werden, dass der italienische Gesetzgeber hinsichtlich der Mobilien zu dem gleichen Ergebnis kommt, wenn er bestimmt (*Art. 7 cod. civ.*):

> „die beweglichen Güter sind dem Gesetze der Nation des Eigenthümers unterworfen, unbeschadet der entgegenstehenden Bestimmungen der Gesetze des Landes, in dem sie sich befinden."

Das heisst nichts anderes, als dass hinsichtlich der in Italien befindlichen Sachen das nationale Recht des Eigenthümers massgebend sein solle, dass im Uebrigen aber die Kollision nach dem internationalen Privatrecht der *lex rei sitae* beurtheilt werden soll.

Recht der Schuldverhältnisse.

Der II. Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches hat in seinem Recht der Schuldverhältnisse die übliche und auch von dem I. Entwurfe angenommene Eintheilung der Schuldverhältnisse in solche aus Rechtsgeschäften unter Lebenden, aus unerlaubten Handlungen und aus anderen Gründen, nicht beibehalten; dennoch empfiehlt es sich, für die Zwecke des internationalen Privatrechts diese Gruppirung zu Grunde zu legen.

A. Schuldverhältnisse aus Rechtsgeschäften unter Lebenden. [Ges.Entw. § 15.]

I. Was zunächst die Frage der Zuständigkeit anlangt (S. 25.), so erscheint für die Lösung der Kollision von den in Frage kommenden Gesetzgebungen diejenige hierzu berufen, welche dies im Moment der Vollendung des rechtserheblichen Thatbestandes am meisten war.

Dieser Moment ist deswegen der massgebende, weil in ihm das Rechtsverhältnis der Parteien festgestellt wird, weil in ihm so zu sagen die Rechtsnormen ausgelöst werden, welche das

Rechtsverhältnis dauernd beherrschen und welche der Richter aufsuchen muss, wenn er zu einer sachgemässen Beurtheilung des Rechtsverhältnisses gelangen will. In diesem Moment aber befinden sich die Parteien, welche *inter praesentes* ein Rechtsgeschäft abschliessen, in dem Machtbereich der am Orte des Vertragsschlusses herrschenden Gesetzgebung. Diese Beziehung, für die Betheiligten in gleicher Weise begründet, ist vielleicht die einzige, welche den Parteien gemeinsam ist. Es erscheint deshalb naturgemäss, an dieselbe anzuknüpfen. Diese Anknüpfung muss auch „als den Umständen nach von den Parteien vernünftigerweise gewollt" erachtet werden; denn von allen für die Wahl des örtlichen Rechts in Frage kommenden Umständen, steht zunächst nur als einziger der Ort fest, wo das Rechtsgeschäft vorgenommen wird; insonderheit ist noch unbekannt, an welchem Orte die Parteien Recht suchen werden, und welcher Ort als Erfüllungsort anzusehen sein wird, da diese Bestimmung erst auf Grund desjenigen Rechts getroffen werden kann, welches für das Rechtsverhältnis massgebend sein soll.

Es ergiebt sich demnach für die Schuldverhältnisse, welche durch ein zweiseitiges *inter praesentes* gethätigtes Rechtsgeschäft begründet werden, der Satz, dass das für die Beurtheilung dieses Schuldverhältnisses massgebende Recht nach dem am Orte der Geschäftsvornahme geltenden internationalen Privatrechte zu bestimmen ist.

Wenn ein Rechtsgeschäft unter Abwesenden erfolgt ist, so erscheint der Ort, von welchem aus der Antrag ergeht, als der massgebliche, weil der Antragende dem in Aussicht genommenen Geschäfte seinen Inhalt giebt, und er zunächst, während der Annahmefrist als einseitig Verpflichteter erscheint; natürlich ist derjenige schliesslich der Antragende, dessen Antrag durch Annahme zum endgültigen Vertragsschluss führt (§ 123 Entw. d. II. Entw. d. B.G.B.).

Den telephonischen Vertragschluss gleichartig zu behandeln, kann einem Bedenken nicht unterliegen. Der Umstand, dass das B. G.B. (§ 120 d. II. Entw.) den Vertragsschluss mittels Fernsprechers als einen solchen *inter praesentes* bezeichnet, ist der Grund für die gewählte Fassung, „wenn die Vertragschliessenden sich an verschiedenen Orten befinden", wobei dahingestellt bleibt,

ob es sich um einen Vertragsschluss *inter praesentes* handelt oder nicht.

Das für die Offerte Ausgeführte gilt auch für das einseitige Rechtsgeschäft. Die Ermittelung des Ortes der Geschäftsvornahme ist erschwert, wenn sich derselbe aus der Erklärung nicht ergiebt, oder der Erklärende nicht sonst in ausreichender Weise für die Mittheilung desselben an die Interessenten gesorgt hat; wenn eine solche Bekanntgabe durch den Erklärenden nicht erfolgt und von der anderen Seite nicht verlangt ist, so ist offenbar dem Orte der Geschäftsvornahme irgendwelche Erheblichkeit von den Parteien nicht beigelegt; es erscheint dann angemessen, die Fiktion aufzustellen, dass die Erklärung an dem regelmässigen Aufenthaltsorte des Erklärenden — an seinem Wohnsitze — erfolgt ist.

II. Welchem Rechte ist die Beurtheilung der Schuldverhältnisse, die nach deutschem internationalem Privatrecht zu beurtheilen sind, d. h. also der in Deutschland kontrahirten Schuldverhältnisse, zuzuweisen?

Ein Rechtsgeschäft unter Lebenden ist (abgesehen von den Vorschriften über Geschäftsfähigkeit, Form und Nichtigkeit, welche schon in in §§ 11, 12 des Ges.Entw. ihre Erledigung gefunden haben, in seinem Inhalt und in seiner Wirkung abhängig von dem Willen der Parteien; die gesetzlichen Normen, welche sich auf das Recht der Schuldverhältnisse beziehen, ergänzen die Parteierklärungen bezüglich derjenigen Punkte, über welche die Parteien eine ausdrückliche oder nachweisbare stillschweigende Abrede nicht getroffen haben. Denselben Charakter tragen die das Obligationenrecht betreffenden Regeln des internationalen Privatrechts, so dass für diese Regeln auch nur eine aushilfsweise Geltung in Anspruch genommen werden kann, welche eintritt, wenn der bezügliche Parteiwille nicht nachweisbar ist.

Abgesehen von einer gewissen Einschränkung, welche das österreichische bürgerliche Gesetzbuch für die österreichischen Staatsangehörigen festsetzt (vgl. §§ 35—37, Anh. No. 262, 284 und Jettel S. 105), kann dieser Standpunkt als ein allgemein angenommener bezeichnet werden. Es bedarf deshalb einer gesetzgeberischen Lösung nur für diejenigen Fälle, in denen die Auslegung des Parteiwillens zu einem Ergebnis nicht führt.

Es kommen in Frage:

das Recht des Prozessgerichtes,
das Recht des Vertragsortes,
das Recht des Wohnsitzes des Schuldners,
das Recht des Erfüllungsortes.[1])

Von diesen Lösungen könnte die Bezugnahme auf das Recht des Prozessgerichtes nur dann als angängig erscheinen, wenn dies Gericht von vornherein bestimmt wäre; in einer solchen Vorausbestimmung des Prozessgerichts kann denn auch unter Umständen ein Anzeichen für die gewollte Unterstellung des Schuldverhältnisses unter das Recht des Prozessgerichts zu finden sein; für andere Fälle indess, in welchen der Ort der Klageerhebung von Zufälligkeiten abhängt, welche mit dem Schuldverhältnisse an sich nichts zu thun haben, würde die Berücksichtigung dieses Rechts der Natur der Sache nicht entsprechen; dass das Prozessgericht nicht an der Durchführung von Ansprüchen mitwirken wird, welche seinem *ius cogens* zuwiderlaufen, beruht auf Rücksichten, welche unabhängig von dem das Schuldverhältnis beherrschenden Rechte sind (S. 145).

Die Bestimmung des zuständigen Rechts durch Bezugnahme auf den Erfüllungsort würde, wie schon angedeutet, zum Zirkel führen, weil der Erfüllungsort naturgemäss erst nach dem massgebenden Rechte zu bestimmen ist. Eine Verweisung auf den Erfüllungsort kann logisch nur so ausgedrückt werden, dass das Recht desjenigen Ortes massgebend sein solle, welcher, wenn inländisches Recht anzuwenden wäre, sich als Erfüllungsort ergäbe.[2]) § 225 des II. Entw. des B. G.B. bestimmt:

> „Ist ein Ort für die Leistung weder bestimmt noch aus den Umständen, insbesondere aus der Natur des Schuldverhältnisses zu entnehmen, so hat die Leistung an dem Orte zu erfolgen, an welchem der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz hatte."

Bei einer derartigen Regelung der Lehre vom Erfüllungsorte hat eine Bezugnahme auf denselben für die Bestimmung

[1]) Ob aus dem Umstande, dass die Vertragschliessenden Landsleute sind (vgl. *Ital. cod. civ. Art. 9. Anh. No. 258)*, Schlüsse auf den vermuthlichen Willen im einzelnen Falle gezogen werden können, ist Sache thatsächlicher Auslegung. (Entsch. des Reichsoberhandelsgerichts Bd. 12 S. 55.)

[2]) Zu vgl. Entsch. d. R.G. Bd. 23 No. 36 (a. E.).

des zuständigen Obligationenrechts keinen Werth; denn entweder ergeben die Umstände, ebenso wie den Erfüllungsort, auch die Unterwerfung unter das an demselben geltende Recht, dann bedarf es nach Abs. 1 nicht dieser Bezugnahme, oder die Umstände rechtfertigen nicht die Wahl dieses Rechts (z. B. wenn die Wahl des Erfüllungsortes dem Schuldner überlassen ist), dann ist eine solche Bestimmung vom Uebel.

So sehr die Vielgestaltigkeit des Verkehrs auch dahin drängt, die Entscheidung des einzelnen Falles dem Richter zu überlassen, so erfordert die Rücksicht auf die Rechtssicherheit doch eine allgemeine Beantwortung der Frage, welches das schliesslich zur Anwendung zu bringende Recht ist.

Als solches bietet sich das Recht desjenigen Ortes, an welchem, wenn keine besonderen Abreden getroffen sind und keine unvorhergesehenen Umstände eintreten würden, der Gläubiger sein Recht zu suchen hätte; das ist am Wohnsitze des Schuldners zur Zeit des Vertragsschlusses. Der Gläubiger muss von vornherein damit rechnen, dass er dem Schuldner werde nachgehen müssen, und der Schuldner kann sich nicht beklagen, wenn das Recht seines Wohnsitzes zur Anwendung kommt.

Indess auch die Verweisung auf den Wohnsitz kann ungeeignet sein, wenn etwa aus den Umständen des Falles sich ergiebt, dass diesem Wohnsitze bei dem Vertragsschlusse eine Bedeutung nicht beigelegt wurde; und dieselbe kann versagen, wenn der Schuldner einen mehrfachen oder keinen Wohnsitz hat. Für diesen Fall den Aufenthaltsort zu substituiren, würde nicht der auf den Wohnsitz führenden Idee entsprechen; vielmehr erscheint als geeigneter Ersatz das Recht des Ortes der Geschäftsvornahme, denn dieser Ort ist im Verhältnis zu beiden Parteien ein weniger zufälliger als der Aufenthaltsort des Schuldners, der zwar vielfach mit dem Geschäftsort zusammenfallen wird, sonst aber völlig ausser Zusammenhang mit dem Rechtsgeschäft steht, z. B. wenn dasselbe für den Schuldner etwa durch einen Vertreter abgeschlossen ist.

Nach Vorstehendem würde sich die Bestimmung des zuständigen Obligationenrechts in der Weise gestalten, dass zunächst zu prüfen ist, ob die Geltung eines bestimmten Rechtes vereinbart oder vernünftigerweise verausgesetzt ist. Wird diese Frage verneint, so wird das Recht des Wohnsitzes des Schuldners an-

gewendet, sofern sich nicht ergiebt, dass die Anwendung dieses Rechts beim Vertragsschluss vernünftigerweise nicht vorausgesetzt wurde oder dass der Schuldner einen bestimmten Wohnsitz nicht besass; in diesem Falle tritt das Recht des Vertragsortes ein.

Für den Fall, dass aus einem Vertrage für beide Parteien Verpflichtungen entstehen, also beide als Schuldner in Betracht kommen, hat Gebhard (§ 11 Anh. No. 269) die Bestimmung vorgeschlagen, dass jede Partei verlangen könne, dass ihre Verbindlichkeit nach dem für die Verbindlichkeit des andern Theiles massgebenden Rechte beurtheilt werde.

Bar (Lehrbuch S. 109) äussert sich dahin, dass bei einem wirklichen Widerstreit der Personalstatuten nur zu Gunsten des Beklagten entschieden werden könne; sollte sich aber ergeben, dass nach Massgabe des Personalstatuts des Beklagten dieser gültig verpflichtet wäre, während der Kläger es nicht wäre, so müsse der in Anspruch genommene Schuldner verlangen können, dass entweder der Kläger zuvor auch seinerseits erfülle oder nach seinen Personalstatuten sich zuvor wenigstens gültig verpflichte.

Beide Lösungen erscheinen nicht als empfehlenswerth. Die Bar'sche Lösung erschöpft die Frage nicht, nach welchem Rechte eine jede der beiden Verbindlichkeiten überhaupt zu beurtheilen ist, sondern will nur einen Ausweg für den Fall geben, dass ein Vertrag nur nach dem Rechte des einen Theiles gültig zu Stande gekommen ist; die Ungleichheit der Beurtheilung beider Verbindlichkeiten, welche darin besteht, dass für jede Seite ein anderes Recht angewendet wird, bleibt bestehen.

Gebhard stellt die Auswahl des zuständigen Rechts in das Belieben der Parteien, sodass jede der Parteien sich von den beiden in Frage kommenden Rechten das ihr günstigere auswählen kann; prüft man diese Lösung auf ihr Verhältnis zu dem vernünftigerweise vorauszusetzenden Parteiwillen, so wird anerkannt werden müssen, dass eine solche Regelung dem Parteiwillen bei Abschluss des Vertrages eher entgegen, als gemäss ist.

Diese Lösung kann auch nicht befriedigen, weil bei ihr die Einheitlichkeit des Rechtsverhältnisses nicht so zum Ausdruck kommt, wie die synallagmatische Natur des Vertrages es erfordert. Für solche Fälle versagt die Bezugnahme auf das Recht am Wohnsitze des Schuldners, weil bei diesen Schuldverhältnissen zwei Personen mit verschiedenen Wohnsitzen betheiligt sind, ebenso, wie sie versagen müsste, wenn Gesammtschuldner mit verschiedenen Wohnsitzen in Frage ständen. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als den Umständen zu entnehmen, dass die Anwendung des Rechts am Wohnsitze des Schuldners bei Abschluss des Vertrages vernünftigerweise nicht vorausgesetzt wurde; es tritt dann das Recht des Vertragsortes als Ersatz ein.

Die vorgeschlagene Lösung führt auch bezüglich der Schuldverhältnisse aus einseitigen Rechtsgeschäften zu angemessenen Ergebnissen, so dass eine Sonderbehandlung derselben nicht erforderlich ist.

B. Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen.

[Ges.Entw. § 16.]

Wie bereits bei den Schuldverhältnissen aus Rechtsgeschäften unter Lebenden ausgeführt ist, bleibt für die Lösung der Kollision von den in Frage kommenden Gesetzgebungen diejenige dauernd berufen, welche im Moment der Vollendung des rechtserheblichen Thatbestandes dies am meisten war; denn mit dem Moment der Vollendung sind die Rechtsbeziehungen der Parteien festgestellt. Ob ein Anspruch erwachsen oder nicht erwachsen ist, entscheidet sich in dem Moment der Vollendung der Handlung, wenn sich auch vielleicht Umfang und Art des Schadens mit Rücksicht auf die zukünftigen Folgen erst später erkennen lassen. Es scheidet von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet die *lex fori*, auf welche Savigny, Wächter und Schmid[3]) verweisen, aus der Zahl der für die Zuständigkeit in Betracht kommenden Gesetzgebungen aus, denn die Wahl des Forums kann von Zufälligkeiten abhängig sein, welche mit dem Schuldverhältnisse selbst in keinem Zusammenhange stehen. Es ist denn auch in der Literatur übereinstimmend der Savigny-Wächter'sche Standpunkt aufgegeben.[4])

---

[3]) Savigny, S. 278; Wächter im Archiv für civ. Praxis Bd. 25. S. 389 ff.; Schmid, Die Herrschaft der Gesetze, nach ihren räumlichen und zeitlichen Grenzen. 1863 S. 75 f.

[4]) Vgl. Bar, Theorie und Praxis II. § 286; Lehrbuch § 34, Asser-Cohn S. 51.

Der vorliegende Entwurf geht von dem Grundsatze aus, dass naturgemäss diejenige Gesetzgebung die den Fall beherrschende und deshalb das massgebliche Recht bestimmende sein muss, in deren Machtbereich der Handelnde im Moment der Schadenszufügung sich befindet. Dies ist, insoweit der Anspruch gegen den eigentlichen Thäter in Frage steht, der Ort der Begehung. Diese Lösung entspricht der herrschenden Meinung.

Wer für fremdes Thun oder Unterlassen haftet, und aus dieser Haftung in Anspruch genommen wird, kann sich im Moment der Handlung innerhalb des Machtbereiches des Rechts des Begehungsortes befunden haben; für diesen Fall ist das Recht desselben entscheidend. Befand er sich aber ausserhalb dieses Machtbereiches, so kann persönliches oder Wohnsitzrecht in Frage kommen; letzteres verdient den Vorzug, weil es sich hier um Verhältnisse handelt, welche naturgemäss ein Jeder nach den Gepflogenheiten seines Wohnsitzes gestaltet.

Bei Schadenszufügungen mittelst Sachen (durch Thiere, Gebäude, *actio de effusis et dejectis*) kann der Verpflichtete auch ausserhalb des Schadensgebietes sich befinden; indess entspricht es der Natur der Sache, dass er als Eigenthümer einer unbeweglichen Sache der *lex rei sitae* untersteht; während bei Schadenszufügung durch Thiere die Thatsache, ob der Haftende ausserhalb oder innerhalb des Machtbereichs sich befindet, als erheblich zu erachten ist.

Die Vorschriften über den Wohnsitz und den Aufenthaltsort, welche für die Bestimmung des persönlichen Rechtes gegeben sind, finden auch hier, ohne dass es ausdrücklicher Hervorhebung bedarf, Anwendung.

Der Machtbereich der Gesetzgebung ist nicht nur ein territorialer, sondern hinsichtlich der Staatsangehörigen auch ein personaler. Diese Rücksicht macht sich geltend, wenn Jemand einem Angehörigen seines Heimathstaates gegenüber eine unerlaubte Handlung vorgenommen hat. In diesem Falle wird von Eccius[5]) und von Mommsen (§ 7 Anh. No. 301) die Anwendung des inländischen Rechts verlangt; von ersterem mit der Begründung, dass einerseits der Staat seine Angehörigen auch im Auslande

[5]) Theorie und Praxis des heutigen gemeinen Preuss. Privatrechts. 5. Aufl. § 11 No. 5.

zu schützen habe und dass andererseits der Inländer sich im Auslande seinem heimathlichen Rechte und den daraus für ihn entstehenden Verpflichtungen gegen seine Mitbürger nicht entziehen könne; von Mommsen, weil der Staat seine Angehörigen auch im Auslande zu schützen habe, indess mit der Einschränkung, dass die Vorschriften des inländischen Rechts nur auf Inländer angewendet werden können, da nur diesen die Kenntnis derselben und das Bewusstsein der Erheblichkeit dieses Rechts für sie zugemuthet werden könne. Der von Eccius angeführte Grund, dass der Inländer sich auch im Auslande den für ihn nach dem heimathlichen Rechte entstehenden Verpflichtungen gegen seine Mitbürger nicht entziehen könne, setzt voraus, dass der Thäter zur Zeit seiner Handlung Kenntnis von der Eigenschaft des Anderen als eines Inländers gehabt hat; ein ihm unbekannt gebliebener Thatumstand kann dem Thäter auch auf diesem Gebiete nicht zugerechnet werden. Der fernere Beweisgrund, welcher von Eccius und Mommsen übereinstimmend geltend gemacht wird, dass der Staat seine Angehörigen auch im Auslande zu schützen habe, ist mit der Einschränkung anzuerkennen, dass dieser Schutz nur soweit angezeigt ist, als derselbe dem verletzten Inländer im Auslande versagt wird. In solchen Fällen pflegt die Einwirkung des Heimathstaates nicht dahin zu zielen, dass das inländische Recht angewendet werde, sondern dahin, dass der Uebelthäter nach dem Rechte des anderen Staates zur Rechenschaft gezogen bezw. zur Entschädigung angehalten werde.

Im Allgemeinen wird man annehmen können, dass, wer seinen Wohnsitz in das Ausland verlegt, damit unbeschadet des Zusammenhangs seiner Persönlichkeit mit dem Heimathstaat (vergl. S. 39) sich einerseits unter den Schutz des Wohnsitzgesetzes stellt, andererseits auch gesonnen ist, an der an seinem Wohnsitze herrschenden Rechtsordnung Theil zu nehmen und nach der Landessitte zu leben. Deshalb wird man eine Anwendung des Heimathrechts auf auswärts begangene unerlaubte Handlungen davon abhängig machen müssen, dass nicht nur der Thäter sich bewusst war, dass der Verletzte ebenfalls ein Inländer sei, sondern ferner auch noch, dass keine der Parteien in dem fremden Staate einen Wohnsitz genommen hat.

Die Beantwortung der Streitfrage, welches der Ort der be-

gangenen Handlung ist, wenn Thätigkeit und Erfolg in verschiedenen Rechtsgebieten eintreten, ist ebenso, wie dies das Strafgesetzbuch gethan hat, der Rechtsprechung und Wissenschaft zu überlassen.[6])

Für den Fall, dass der Schaden ausserhalb eines staatlich organisierten Gebietes zugefügt wird, oder dass der Ort der That nicht ausgemittelt werden kann, schlägt Eccius vor, dass das Recht des Ortes massgebend sein solle, an welchem zuerst Klage erhoben werden kann. Diese Lösung ist wegen ihrer Unbestimmtheit nicht empfehlenswerth. Man wird für solche Fälle zugeben müssen, dass die Bezugnahme auf den Ort der That versagt, und keinen anderen Ausweg finden können, als auf das am Wohnsitz des Thäters geltende Recht zurückzugehen. —

Das inländische Prozessgericht ist nur dazu berufen, über Privatrechte zu entscheiden. Die Belegung mit einer Privatstrafe auf Grund des ausländischen Strafrechts ist ausgeschlossen; andererseits erscheint es wohl angängig, auf eine sogenannte Privatstrafe zu erkennen, wenn mit dieser Bezeichnung von einem ausländischen Rechte eine auf ein Pauschquantum gehende Entschädigungsforderung zugelassen wird; wesentlich erscheint nur, ob die Privatstrafe einen kriminellen Charakter hat oder nicht.[7])

Bei Zugrundelegung der vorstehenden Ausführungen für die Regelung des inländischen internationalen Privatrechts ergiebt sich, dass die Beurtheilung der im Inlande vorgenommenen unerlaubten Handlungen nach inländischem Recht zu erfolgen hat, indess mit der Einschränkung, dass dieselbe Behandlung, welche für die Inländer im Auslande für richtig befunden wird, auch für die Ausländer, welche im Inlande handeln, zuzulassen ist.

Die Beschränkung der Haftpflicht für fremdes Versehen und für Beschädigung durch Thiere auf das am Orte der Begehung geltende Mass rechtfertigt sich aus der Erwägung, dass die Berücksichtigung des Wohnsitzrechtes an Stelle des am Orte der Begehung geltenden Rechts im Interesse des Haftpflichtigen eingeführt ist.

[6]) Zu vgl. Böhm, Räuml. Herrschaft S. 141; Bar, Theorie und Praxis II. § 287; Lehrbuch S. 125.

[7]) Vgl. Windscheid, Pandekten II. § 263[3] und Note 15, § 326[2].

C. Schuldverhältnisse aus „sonstigen Gründen."

[Ges.Entw. § 17.]

Es handelt sich hier um die Rechtsverhältnisse der Bereicherung (Kondiktionen), Geschäftsführung ohne Auftrag, Gemeinschaft, Vorlegung und Offenbarung.

Für die Bestimmung des zuständigen Rechts empfiehlt sich eine Unterscheidung, welche gelegentlich in der Judikatur hervorgetreten ist;[8]) nämlich dahin, ob die die Verpflichtung begründende Thatsache aus Anlass eines zwischen den Parteien bestehenden Rechtsverhältnisses eingetreten ist, oder ob dieser Eintritt losgelöst von einem bestimmten Rechtsverhältnisse erfolgt ist. Im ersten Fall erscheint dasjenige Recht naturgemäss als das massgebliche, welchem das veranlassende Rechtsverhältnis untersteht. Diese Behandlung mit Gebhard (Anh. No. 11 § 12) nur auf Forderungen, denen ein dauerndes Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, zu beschränken, liegt kein Grund vor.

Bezüglich der Schuldverhältnisse, welche in keinem Zusammenhang mit vorhandenen Rechtsbeziehungen der Parteien stehen, bieten sich für die Ermittelung des zuständigen Rechts, ebenso wie bei den Delikten, die Principien der Territorialität und der Personalität dar.

Das Personalitätsprincip kann naturgemäss nur zur Anwendung kommen, wenn die Betheiligten demselben Rechte unterstehen. Dieses Recht kann entweder das persönliche Recht oder dasjenige des Wohnsitzes sein; das letztere verdient den Vorzug, wenn die Betheiligten den gleichen Wohnsitz haben. Es kann für diesen Fall davon ausgegangen werden, dass die Betheiligten sich für ihre laufenden Rechtsbeziehungen dem Wohnsitzrechte unterworfen haben[9]) (vgl. S. 39).

Auch trotz des Vorhandenseins dieser Voraussetzungen erscheint die Anwendung des Personalitätsprincips nicht angezeigt, wenn die verpflichtende Thatsache ihrer Natur nach nur an dem bestimmten Ort eintreten konnte, also, wenn es sich um

[8]) Vgl. Bar, Theorie und Praxis II. § 288 Anm. 20; Böhm, Räuml. Herrschaft S. 138 zu 7.

[9]) Die hier vorgeschlagene Lösung stellt sich als eine Anwendung eines mir nachträglich bekannt gewordenen Vorschlages dar, welchen D.-M. Torres Campos, Professor zu Granada, dem Juristen-Congress zu Lissabon vom Jahre 1888 unterbreitet hatte: „*Lorsque plusieurs per-*

eine Einwirkung auf eine unbewegliche Sache handelte oder etwa um eine Geschäftsführung zur Erfüllung einer an diesem Orte zu erfüllenden Verbindlichkeit.

Wenn nach dem Vorstehenden weder das Personalitätsprincip noch die lex rei sitae entscheidet, so ist der Ort des Eintritts der verpflichtenden Thatsache der geeignete Anknüpfungspunkt für die Bestimmung des massgebenden Rechts.

Wie für die unerlaubten Handlungen erscheint auch hier die Vorschrift angemessen, dass, wenn das Rechtsgebiet des Eintritts nicht zu ermitteln ist, der Wohnsitz des Schuldners als Aushilfe eintritt. Wenn auch diese Lösung nicht die Möglichkeit einer einheitlichen Beurtheilung des Rechtsverhältnisses bietet z. B., weil beide Parteien Verpflichtete sind *(actio negotiorum gestorum contraria, actio duplex* bei der Gemeinschaft), so ist die Möglichkeit der Ermittelung eines örtlich zuständigen Rechts nicht gegeben, und es bleibt alsdann nichts anderes übrig, als das Recht des Prozessgerichts anzuwenden.

Die vorstehend für die Bestimmung des zuständigen internationalen Privatrechts angeführten Gesichtspunkte gelten auch für die Bestimmung des massgebenden materiellen Rechts durch das inländische internationale Privatrecht. Abgesehen von dem Fall des § 17 Abs. 1, in welchem das zuständige materielle Recht dasjenige zu sein hat, welches das den Anlass zu dem ausserkontraktlichen Schuldverhältnisse bildende Rechtsverhältnis beherrscht und möglicherweise ausländisches Recht ist, würde, wenn nach Abs. 2—4 deutsches internationales Privatrecht Anwendung zu finden hat, auch immer die Beurtheilung nach inländischem materiellen Rechte zu erfolgen haben.

Anmerkung zu §§ 15—17 des Ges.Entw:

Der besonderen Berücksichtigung des Rechts der Cession (Gebhard § 14 Anh. No. 312) bedarf es nicht. Insofern die Wirkung der Cession dem Schuldner gegenüber in Frage kommt,

sonnes interviendront ou seront intéressées dans une même relation juridique, on aura égard, le cas échéant, à celui des deux liens, nationalité ou domicile, qui sera commun entre elles, sauf toujours le respect dû au droit territorial.“ Revue du droit international 1889 p. 245. Eine Anwendung dieses Grundsatzes findet sich in dem vorliegenden Entwurf noch bezüglich der Ansprüche der Mutter des unehelichen Kindes gegen dessen Vater (§ 27).

ist das für die Forderung überhaupt massgebende Recht ohne Weiteres anwendbar; insofern das zwischen dem Cedenten und dem Cessionar bestehende Rechtsverhältnis zu beurtheilen ist, ist für dieses selbst das massgebende Recht nach den Vorschriften über Schuldverhältnisse aus Rechtsgeschäften zu ermitteln.

2. Für die Inhaberpapiere[10]) gestaltet sich die Anwendung der vorgeschlagenen Sätze folgendermassen:

a. Das für die Beurtheilung des Schuldverhältnisses massgebende Recht bestimmt sich nach dem am Ort der Datirung (Emission) geltenden internationalen Privatrecht (Ges.Entw. § 15 Abs. 2). Aus dem hiernach massgebenden Rechte ist zu entnehmen, ob auf Grund desselben in Verbindung mit dem in der Urkunde ausgedrückten Willen des Ausstellers der Urkunde die Eigenschaft eines Inhaberpapiers innewohnt und ob diese Eigenschaft fortdauert oder in Folge Vinkulirung, Oppositionseinlegung oder dergl. wieder verloren gegangen ist.[10])

b. So lange der Urkunde die Eigenschaft als Inhaberpapier innewohnt, und somit in derselben die Forderung verkörpert ist, erfolgt die Uebertragung und Verpfändung der Forderung mittels Uebertragung bezw. Verpfändung der Urkunde; das massgebende Recht bestimmt sich gemäss § 14 des Ges.Entw. nach der *lex rei sitae* der Urkunden.[11])

c. Von dem Zeitpunkt ab, in welchem in Gemässheit des nach a. massgebenden Rechts der Urkunde die Eigenschaft als Inhaberpapier verloren geht, hört auch die Verkörperung der Forderung in der Urkunde auf; die Forderung untersteht unabhängig von dem Papier auch für Uebertragung und Verpfändung lediglich den für Forderungen überhaupt massgebenden Normen.

3. Das Zurückbehaltungsrecht dient zum Schutze gegen einen *dolus* des Gegners, welcher darin besteht, dass dieser, indem er einen Anspruch ohne Rücksicht auf einen dem anderen Theile zustehenden Gegenanspruch erhebt, durch diese Loslösung seines Anspruches von dem gesetzlichen oder natürlichen Zusammenhange mit dem Gegenanspruche gegen Treu und Glauben ver-

[10]) Entsch. des R.G. vom 19. März 1881 (Entsch. Bd. 4 S. 138) und vom 27. April 1895 (Jur. Wochenschr. 1895 S. 302 No. 36; Goldschmidt in der Zeitschr. für Handelsrecht Bd. 9 S. 60; Keyssner, das. Bd. 24 S. 552 f.

[11]) S. 82 und Entsch. des R.G. Bd. 11 S. 55.

stösst.[12]) Insoweit es sich um konnexe Ansprüche handelt, kann es keinem Zweifel unterliegen, dass dem für diese Ansprüche massgebenden Rechte die Voraussetzungen des Retentionsrechts zu entnehmen sind. Sind die Ansprüche nicht konnex, so ist für das Retentionsrecht dasjenige Recht massgebend, nach welchem die zurückzubehaltende Leistung zu beurtheilen ist; nur dieses Recht kann die rechtlichen Voraussetzungen bestimmen, unter denen die Leistung, obwohl an sich geschuldet, dennoch aus Billigkeits- oder Zweckmässigkeitsgründen zurückbehalten werden darf. Eine besondere gesetzliche Aussprache erscheint nicht erforderlich.

Eherecht.

Eheschliessungsrecht.

I. Die Form der Eheschliessung.

[Ges. Entw. § 18.]

Für das deutsche internationale Privatrecht ist die Stellungnahme zu den die Form der Eheschliessung betreffenden Bestimmungen klar gegeben.

§ 41 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875:

> „Innerhalb des Gebiets des Deutschen Reiches kann eine Ehe rechtsgiltig nur vor dem Standesbeamten geschlossen werden",

findet sich in dem § 1222 des II. Entw. des bürgerl. Gesetzbuchs

> „die Ehe kann nur vor einem Standesbeamten geschlossen werden"

wieder.

Nimmt der deutsche Gesetzgeber für sich das ausschliessliche Recht in Anspruch, die Form der im Inlande zu bewirkenden Eheschliessungen zu bestimmen, so wird er auch jedem Gesetzgeber das gleiche Recht zusprechen müssen.

Hieraus folgt nicht der Satz, dass die am Orte der Eheschliessung geltenden Formvorschriften bindend sein müssen, sondern nur der, dass das am Ort der Eheschliessung geltende

[12]) Mot. zum I. Entw. II. S. 41; Entsch. des R.G. Bd. 14 S. 233.

internationale Privatrecht das für die Form massgebende Recht zu bestimmen hat.

Wenn z. B. dieses internationale Privatrecht Fremden die nach Heimathrecht zulässige oder gebotene religiöse Trauung oder die Eheschliessung vor einem zuständigen Konsul gestattet, so wird die so geschlossene Ehe als gültig erachtet werden müssen, auch wenn sonst am Eheschliessungsorte die obligatorische Civilehe gilt.

Ein Vorbehalt ist jedoch zu machen für den Fall, dass eine nach dem Rechte des Eheschliessungsortes nicht anerkannte Eheschliessung durch einen Reichskonsul in Gemässheit des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1870 stattgefunden hat; eine nach deutschem Recht formgültig geschlossene Ehe muss im Inlande unbedingt anerkannt werden.

Die Frage der internationalen Anerkennung der vor diplomatischen oder konsularischen Beamten geschlossenen Ehen eignet sich in hervorragendem Maasse zu einer Regelung durch Staatsverträge; bis zu einer solchen Erledigung erscheint es angemessen, dieselbe unter dem Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit zu beantworten.[1])

II. Die Erfordernisse der Eheschliessung

[Ges. Entw. § 19.]

Als die für die materiellen Erfordernisse der Eheschliessung massgebenden Gesetze kommen in Betracht:

[1]) Entsch. des R.G. Bd. 9 S. 398: „In den meisten Staaten des Auslandes, namentlich in dem grossen Gebiete der Geltung des englischen Rechts und des damit verwandten Rechts in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, sowie des französischen Rechts und der demselben nachgebildeten ausländischen Gesetzbücher ist thatsächlich die Rechtsauffassung die herrschende, dass vor diplomatischen oder konsularischen Vertretern eines Staates (in Uebereinstimmung mit dem Rechte des von ihnen vertretenen Staates in Bezug auf die Eheschliessungsform, aber ohne Beobachtung der durch das Recht desjenigen Staates, in dessen Gebiet jene Vertreter akkreditirt sind und die Eheschliessung erfolgt, als wesentlich verordneten bezw. durch Staatsvertrag genehmigten Form der Eheschliessung) abgeschlossene Ehen keineswegs von demjenigen Staate, in welchem sie abgeschlossen sind, oder von irgend einem anderen Staate als Ehen anzuerkennen seien, als von demjenigen, dessen diplomatische oder konsularische Vertreter die Ehe geschlossen hätten". — Zu vgl. Bar, Theorie und Praxis Bd. I § 166; Jettel S. 41 f.

1. das Gesetz des Ortes, an welchem die Eheschliessung erfolgt;
2. das persönliche Recht des Ehemannes zur Zeit der Eheschliessung;
3. hinsichtlich eines Jeden der Verlobten dessen persönliches Recht.

Die Lösung zu 1, welche den Vorzug der Einfachheit hat, ist von einigen nordamerikanischen Staaten und der Schweiz (Anh. No. 329 ff.) ohne Einschränkung angenommen; andere nordamerikanische Staaten (Anh. No. 335 f.) lassen dies Recht nur massgebend sein, wenn nicht eine Umgehung des am Wohnsitze geltenden Rechts durch die Wahl eines anderen Abschliessungsortes bewirkt werden soll.

Argentinien (Anh. No. 333.) lässt selbst in diesem Falle das Recht des Eheschliessungsortes gelten, wenn nur gewisse nach dem eigenen Rechte bestehende Ehehindernisse nicht vorliegen.

Für das deutsche Recht kommt diese Lösung nicht ernstlich in Betracht; sie steht mit der deutschen Rechtsauffassung in Widerspruch und würde die Wahl des massgebenden Rechts in die Willkür des Einzelnen setzen.

Für das persönliche Recht des Ehemannes zur Zeit der Eheschliessung[2]) wird angeführt, dass der Ehemann das Haupt der Ehe sei, und dass die Staatsangehörigkeit der Frau durch die des Mannes bestimmt werde. Bar[3]) unterscheidet zwischen den Vorschriften, die im öffentlichen Interesse, und solchen, die im Interesse der Eheleute selbst gegeben sind; für erstere will er, in Anerkennung der Auswanderungsfreiheit der Ehefrau, da die Ehefrau durch die Verheirathung dem Staate des Ehemannes zugeführt werde, mithin der bisherige Heimathstaat kein Interesse mehr an der Geltendmachung der für seine öffentlichen Zwecke gegebenen Vorschriften habe, das Recht des Ehemannes auch für die Ehefrau gelten lassen.

Gegen die Zugrundelegung des persönlichen Rechts des Ehemannes allein spricht die Erwägung, dass seine Stellung als Haupt der Ehe, sowie die Aenderung der Staatsangehörigkeit der Ehefrau in dem hier fraglichen Zeitpunkt des Eheabschlusses

[2]) Savigny S. 326; Sächs. bürgerl. Gesetzbuch § 13; Mommsen. Entwurf § 9. (Anh. No. 338 f.)

[3]) Theorie und Praxis Bd. I § 160; Lehrbuch S. 70.

noch nicht vorliegen; Voraussetzung für diese Wirkungen der Eheschliessung ist vielmehr das Vorliegen einer gültigen Ehe. Ob die Voraussetzungen einer gültigen Eheschliessung gegeben sind, kann sachgemäss nur geprüft werden hinsichtlich eines Jeden der beiden Verlobten auf Grund seines persönlichen Rechts; nur wenn nach beiden Rechten sich die Gültigkeit ergiebt, liegt eine rechtsbeständige Ehe vor.

Diese Lösung entspricht dem Wesen des Eherechts, welches in hervorragendem Masse auf der ethischen und socialen Anschauung des Volkes beruht; es ist deshalb angemessen, diese Rechtssätze auch denjenigen weiblichen Staatsangehörigen gegenüber zur Geltung zu bringen, welche sich mit Ausländern verheirathen. Insofern übrigens die Eheschliessung als ein Mittel der Nationalitätsveränderung für die Ehefrau in Betracht kommt, werden ihre Voraussetzungen und Erfordernisse ebenso nach dem bisherigen persönlichen Rechte beurtheilt werden müssen, wie dies hinsichtlich der Naturalisation im § 8 des Reichsgesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 für die Dispositionsfähigkeit des zu Naturalisierenden vorgeschrieben ist.

Es kann denn auch die Anwendung des Rechts eines Jeden der Verlobten für die Beurtheilung, ob in seiner Person die Voraussetzungen zur Abschliessung der Ehe vorhanden sind, als der herrschenden Meinung entsprechend bezeichnet werden.[4])

Derselbe Standpunkt ist von der internationalen Konferenz im Haag 1893/1894 eingenommen und von dem II. Enw. des bürgerl. Gesetzbuchs § 2245 gebilligt worden.

Nach den oben (S. 29.) gegebenen grundlegenden Ausführungen ist indess hiermit zunächst das für die Bestimmung des massgebenden Rechtes zuständige internationale Privatrecht gegeben. Daselbst ist auch bereits darauf hingewiesen, dass bezüglich dieser eherechtlichen Frage der Beschluss der Konferenz und der II. Entw. d. bürgerl. Gesetzbuchs mit dem hier principiell vertretenen Standpunkt übereinstimmt. Es würde also, wenn die

[4]) Wächter, Archiv für civ. Praxis Bd. 25 S. 186; Stobbe, Deutsches Privatrecht Bd. 1 S. 204; Stölzel, Deutsches Eheschliessungsrecht S. 3; Hinschius, Kommentar zum Reichspersonenstandsgesetz 2. Aufl. S. 168 und 65; *Réglement international des conflits de lois en matière de mariage et de divorce, art. 5. (Anh. 346.)*

Ehefähigkeit eines Schweizers in Deutschland zu beurtheilen ist, nach dem Schweizer Rechte die Ehefähigkeit anzunehmen sein, wenn sie zwar nicht nach Heimathsrecht, wohl aber nach dem am Eheschliessungsorte geltenden Rechte vorhanden ist (Bundesgesetz betr. den Civilstand vom 24. Christmonat 1874 Art. 25. Anh. No. 331).

Für das deutsche internationale Privatrecht kann davon ausgegangen werden, dass in den Bestimmungen des bürgerl. Gesetzbuchs über die Erfordernisse der Eheschliessung die Hindernisse und Beschränkungen auf das geringste für zulässig zu erachtende Mass eingeschränkt sind, so dass eine Verweisung auf ein, für die Eheschliessung etwa grössere Freiheiten bietendes ausländisches Recht des Eheschliessungsortes oder Wohnsitzes ausgeschlossen erscheint; es muss vielmehr das deutsche Eheschliessungsrecht auch für die im Auslande sich verheirathenden Reichsangehörigen massgebend bleiben.

Von mehreren Gesetzgebungen, sowie vom *Institut de droit international* wird die Befolgung der heimathlichen Aufgebotsvorschriften für erforderlich erachtet. (Vergl. Anh. No. 334, 346, 347.) Im deutschen Eherechte gehört das Aufgebot zum Verfahren (Mot. zum I. Entw. Bd. IV. S. 9); es bezweckt die Ermittelung etwaiger Ehehindernisse; die Geltung der Ehe ist indess durch das Aufgebot nicht bedingt; es kann deshalb von besonderen Vorschriften über das Aufgebot für die im Auslande stattfindenden Eheschliessungen abgesehen werden. —

Einige Gesetzgebungen[5]) schreiben vor, dass innerhalb bestimmter Zeit nach der Rückkehr die im Auslande erfolgte Eheschliessung in das Heirathsregister des zuständigen Standesbeamten eingetragen werden soll. Grund dieser Vorschrift ist das dem deutschen Rechte unbekannte Princip „vollständiger“[6]) Standesregister.

Für Ausländer, welche im Inlande sich verheirathen, ist zunächst das massgebende Recht nach den internationalen Privatrechtsnormen ihres persönlichen Rechts zu bestimmen. Ausserdem sind für sie die zwingenden Vorschriften des inländischen Rechts über die Nothwendigkeit der Auflösung einer

[5]) Anh. No. 351—354.

[6]) Hinschius, in Holtzendorff's Rechtslexikon 3 Aufl. Bd. 1 S. 708 (s. v. „Familienstand“).

früheren Ehe, über die ehehindernden Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgrade, und über das Ehehindernis des Ehebruchs (§§ 1215—1218 des II. Entw. d. B.G.B.) massgebend; dementsprechend muss dem am Eheschliessungsorte geltenden internationalen Privatrechte die Entscheidung darüber zugewiesen werden, welche zwingenden Ehevorschriften des an diesem Orte geltenden Rechts auf die sich dort verheirathenden Fremden angewendet werden sollen.

Dispensationen (Befreiungen) von Ehehindernissen sind von denjenigen Stellen zu ertheilen, welche hierzu nach dem massgebenden Rechte zuständig sind; wenn beispielsweise das Ehehindernis des Ehebruchs als ein dispensables nach dem persönlichen (ausländischen) und nach dem inländischen Rechte der Eheschliessung entgegenstehen würde, so müsste die Befreiung von dieser Vorschrift sowohl seitens der, nach dem persönlichen als auch seitens der, nach dem inländischen Rechte zuständigen Behörde beigebracht werden. Dies bedarf nicht ausdrücklicher Festsetzung.

Für den Nachweis des ausländischen Rechts empfiehlt es sich, da den Standesbeamten die Ermittelung des inländischen Rechts nicht zugemuthet werden kann, denselben das Recht beizulegen, die Vornahme der Eheschliessung von der Beibringung eines behördlichen oder notariellen Attestes über den Inhalt des ausländischen Rechts abhängig zu machen; andererseits erscheint es nicht nothwendig, die Beschaffung eines solchen Attestes obligatorisch zu machen, weil Notorietät vorhanden sein kann, und auch zu erwarten steht, dass, wenn das Bedürfnis vorhanden ist, Zusammenstellungen über die geltenden Eherechte angefertigt und veröffentlicht werden.[7])

Die Beobachtung der Vorschriften über die Erfordernisse der Eheschliessung ist die Voraussetzung für die materielle Gültigkeit der Ehe. Hieraus ergiebt sich, dass dieselben Bestimmungen für die Gültigkeit und Anfechtbarkeit der Ehe massgebend zu sein haben.[8])

[7]) Eine solche Zusammenstellung giebt z. B. Stölzel in seinem Deutschen Eheschliessungsrecht.

[8]) Vgl. Entsch. des R.G. bei Bolze Bd. 11 No. 11.

Wirkungen der Ehe im Allgemeinen[1]) und eheliches Güterrecht im Verhältnis der Ehegatten zu einander.

[Ges.Entw. § 20.]

I. Wirkungen der Ehe im Allgemeinen.

Mit dem Abschluss der Ehe wird der Ehemann das Haupt der Ehe. Dem entspricht der allgemein anerkannte Satz, dass das persönliche Recht des Ehemannes massgebend ist für die persönlichen Beziehungen, welche zwischen den Ehegatten obzuwalten haben; es bestimmt mithin vor allem dasjenige Recht, nach welchem im Falle einer Kollision diese Beziehungen zu beurtheilen sind.

Das persönliche Recht des Ehemanns wird mit dem Eheabschluss hinsichtlich des ehelichen Verhältnisses das persönliche Recht der Ehegatten. Die Ehefrau hat ein Recht darauf, nach diesem Rechte ihre Beziehungen zu dem Ehemanne beurtheilt zu sehen. Dem Ehemanne die Befugnis zu geben, durch einen einseitigen Wechsel seines persönlichen Rechts das Recht der Ehegatten zu ändern, würde der Gerechtigkeit nicht entsprechen. Deshalb hat das bisherige persönliche Recht der Ehegatten massgebend zu bleiben, wenn der Ehemann sein persönliches Recht ohne Einwilligung der Ehefrau wechselt.[2]) Wenn auch im Allgemeinen angenommen werden kann, dass die Naturalisation einer Ehefrau nicht ohne deren ausdrückliche Einwilligung erfolgen wird, so ist dennoch mit Rücksicht auf die Fälle, in denen das persönliche Recht des Ehemannes in Ermangelung einer Staatsangehörigkeit nach dem Wohnsitze bestimmt wird, zum Schutze der Ehefrau zum Ausdruck gebracht, dass eine Aenderung des persönlichen Rechts des Ehemannes keine Aenderung des persönlichen Rechts der Ehegatten zur

[1]) In dem Titel: „Wirkungen der Ehe im Allgemeinen“ behandelt der II. Entw. des B.G.B. in §§ 1253—1262: Die eheliche Lebensgemeinschaft, die Stellung des Ehemannes in derselben, den Familiennamen und Stand der Ehefrau, die Stellung der Ehefrau in der häuslichen Gemeinschaft, die Schlüsselgewalt der Ehefrau, das Kündigungsrecht des Ehemanns bezüglich der von der Ehefrau Dritten gegenüber übernommenen Verpflichtung zu persönlichen Leistungen, die Diligenzpflicht der Ehegatten, die Unterhaltspflicht, die *Praesumtio Muciana*.

[2]) Ebenso die Haager Konferenz 1894 Ib Art. 3. (Anh. No. 369.)

Folge haben soll, wenn der Wechsel einseitig, d. h. ohne Einwilligung der Ehefrau erfolgt ist.

Wechselt der Ehemann sein persönliches Recht einseitig, nachdem die Eheleute bereits gemeinschaftlich ihr persönliches Recht gewechselt hatten, so bleibt das letzte gemeinschaftliche Recht das persönliche Recht der Ehegatten.

Da das persönliche Recht der Ehegatten als solches hiernach von dem persönlichen Recht der einzelnen Ehegatten verschieden sein kann, so ist zu besserer Unterscheidung für das erstere die Bezeichnung „das persönliche Eherecht der Ehegatten“ eingeführt.

Eine Bestimmung dahin, dass die Geltendmachung der den Ehegatten gegeneinander zustehenden Rechte nur nach Massgabe des am Orte der Geltendmachung geltenden Rechts erfolgen kann,[3]) erscheint überflüssig, da das öffentliche Recht des Inlandes, wozu die Vorschriften über das Verfahren gehören, durch ausländisches Recht nicht durchbrochen werden kann; aus demselben Grunde erscheint es überflüssig, den Vorbehalt zu machen, dass die Ausübung der ehemännlichen Rechte im Inlande nicht *contra bonos mores* verstossen dürfe. Eine Bestimmung, wie sie in Art. 24 des Vertrags von Montevideo[4]) vorgesehen ist, wonach dringliche Massnahmen *(Interimistica)* nach dem Rechte des Aufenthaltsortes zu beurtheilen sind, erübrigt

[3]) Haager Konferenz 1894 Ib Art. 2. (Anh. No. 369.)

[4]) Art. 24 lautet:

Las medidas urgentes que conciernen á las relaciones personales entre cónyuges, al ejercicio de la patria potestad y á la tutela y curatela se rigen por la ley del lugar en que residan los cónyuges, padres de familia, tutores y curadores.

Die dringlichen Massnahmen, welche die persönlichen Beziehungen zwischen Eheleuten, die Ausübung der väterlichen Gewalt, der Vormundschaft und der Kuratel betreffen, werden von den Gesetzen des Ortes regiert, an welchem die Eheleute, die Familienväter, die Vormünder und die Kuratoren sich aufhalten.

Vergl. auch Ungarisches Ehegesetz vom 18. Dezember 1894, dessen § 118 lautet:

Im Falle des Aufenthalts ausländischer Ehegatten in Ungarn können die ungarischen Gerichte auch dann die den §§ 98, 101—193 entsprechenden provisorischen Verfügungen treffen, wenn der Eheprozess nicht in ihre Kompetenz gehört.

sich ebenfalls, denn entweder ist der Inhalt des massgebenden Rechts dem Gericht bekannt oder kurzer Hand nachzuweisen, dann liegt kein Grund vor, es nicht anzuwenden, oder aber es ist den Gerichten nicht bekannt, dann findet nach § 7 des Ges.-Entw. die Vermuthung Anwendung, dass das ausländische Recht mit dem des Inlandes übereinstimmt.

Die Geltung der §§ 1260, 1261 des II. Entw. des B.G.B. (gegenseitige Unterhaltsverbindlichkeit der Ehegatten) für Ausländer, welche sich im Inlande finden, rechtfertigt sich durch Hinweis auf die Möglichkeit, dass, wenn nach dem persönlichen Rechte die Unterhaltspflicht nicht besteht, der vermögende Ehegatte zur Unterhaltung des nicht vermögenden, obwohl beide sich im Inlande befinden, nicht angehalten werden könnte, und der unterhaltsbedürftige Ehegatte der öffentlichen Armenpflege zunächst zur Last fiele (Bar I. § 172).

Unter das Kapitel der Wirkungen der Ehe fällt auch die Frage der Zulässigkeit der Schenkungen unter Ehegatten (Motive zum I. Entw. d. bürgerl. Gesetzbuchs Bd. IV. S. 113).

Für das deutsche internationale Privatrecht bedarf die Annahme des Satzes keiner weiteren Begründung, dass die persönlichen Beziehungen nach dem persönlichen Eherechte der Ehegatten zu beurtheilen sind.

II. Eheliches Güterrecht.

Für die Regelung des das eheliche Güterrecht betreffenden internationalen Privatrechts sind zwei Streitfragen von ausschlaggebender Bedeutung:

1. Ist für das eheliche Güterrecht das nationale Recht des Ehemannes oder das Recht seines Wohnsitzes massgebend?
2. Ist das eheliche Güterrecht für die ganze Dauer der Ehe das gleiche oder ändert es sich mit dem Wechsel des dasselbe bestimmenden Moments? (Wandelbarkeit oder Unwandelbarkeit des Güterrechts).

1. Die Streitfrage, ob Wohnsitz- oder Nationalitätsrecht massgebend sein soll, ist unabhängig von der Frage behandelt worden, welches dieser beiden Rechte als das persönliche Recht überhaupt anzuerkennen ist.

Die französisch-belgische Jurisprudenz, das bürgerliche Gesetzbuch für Sachsen und auch Bähr entscheiden sich trotz principieller Annahme des nationalen Rechts als des persönlichen Rechts hinsichtlich des ehelichen Güterrechts für das Wohnsitzrecht.

Bähr begründet das Domicilprincip dahin:[5]) Die Gesetze über das eheliche Güterrecht seien von den übrigen die Ehe beherrschenden Gesetzen sehr wesentlich dadurch verschieden, dass sie nicht absolutes, sondern nur vermittelndes Recht bilden. Den Ehegatten bleibe unbenommen, ihre Güterverhältnisse abweichend von dem durch das Gesetz bestimmten Rechte durch Vertrag zu ordnen. Wenn aber die Ehegatten durch ausdrücklichen Vertrag von dem ihre Ehe beherrschenden Rechte sich lossagen könnten, so dürfe auch die Frage nicht für unberechtigt gehalten werden, ob nicht eben darin, dass der Ehemann ausserhalb seines Heimathlandes seinen Wohnsitz genommen habe, und dass von dort aus die Ehe eingegangen werde, eine stillschweigende Unterwerfung der Ehegatten unter das Recht dieses Wohnsitzes gefunden werden könne. Dies sei zu bejahen. Dafür spreche auch der Umstand, dass bei dieser Annahme sowohl die sich verheirathende Frau, als auch dritte, bei dem Güterverhältnisse der Ehegatten betheiligte Personen am wenigsten Täuschungen unterliegen würden.

Die Gründe für die Zugrundelegung des nationalen Rechts gehen dahin, dass das unmittelbar kraft Gesetzes eintretende Güterrecht nichts anderes sei als eine Konsequenz der nationalen Rechtsanschauungen über die Ehe;[6]) dass den güterrechtlichen Normen die Aufgabe zufalle, der Ehe und der sich aus ihr entwickelnden Familie die ökonomische Basis zu sichern, welche sie befähige, den an sie gestellten ethischen, socialen und politischen Anforderungen zu genügen. Der Standpunkt des Gesetzgebers sei hierbei ein nationaler.

2. Die Frage der Wandelbarkeit oder Unwandelbarkeit des ehelichen Güterrechts ist in neuerer Zeit nur von Mommsen im Sinne der Wandelbarkeit beantwortet worden. Die herrschende Meinung[7]) geht auf Unwandelbarkeit des Güterrechts. Es wird

[5]) Gutachten des XVIII. Deutschen Juristentages Bd. 1 S. 90 f.

[6]) Bar, Lehrbuch S. 82.

[7]) Teichmann, Ueber die Wandelbarkeit und Unwandelbarkeit des ehelichen Güterrechts bei Wohnsitzwechsel. Basel 1879; Bar, Theorie und Praxis Bd. I. § 184; Silberschmidt in Böhm's Zeitschrift Bd. 3 S. 138; Beschluss des Institut Lausanne 1888 *(Annuaire 1888/9 S. 75 ff. art. 15)* Anh. No. 373; Entsch. des R.G. Bd. 6 S. 223 und S. 394.

dafür geltend gemacht, dass in der Eingehung der Ehe der stillschweigende Vertrag, das Güterrecht nach dem zur Zeit der Eheschliessung massgebenden Güterrecht unabänderlich einrichten zu wollen (Savigny S. 329), oder doch wenigstens eine durch blossen Nichtwiderspruch genügend bestätigte Unterwerfung unter dieses Güterrecht enthalten sei. Bar meint die Gesetze des ersten Domicils hätten die Absicht, das eheliche Güterrecht für immer zu regeln (I. S. 517).

Demgegenüber führt Mommsen (Archiv für civ. Praxis 61. Bd. S. 184) aus, die Annahme eines in der Eheschliessung enthaltenen stillschweigenden Vertrages über das Güterrecht scheitere schon daran, dass es Personen gebe, die gültig eine Ehe schliessen, aber vermögensrechtliche Verpflichtungen durch Verträge nicht gültig übernehmen können. Aus der Nichtabschliessung von Ehepakten könne ebenso gut Gleichgültigkeit wie Einverständnis hinsichtlich des gesetzlichen Güterrechts folgen. Aus der vermittelnden Natur der Vorschriften über das eheliche Güterrecht können keine Schlussfolgerungen gezogen werden, denn die vermittelnde Natur eines Rechtssatzes bestehe eben darin, dass derselbe dem Privatwillen weiche; ein bestimmter Privatwille lasse sich aber nicht nachweisen. Ebensowenig könne man sich darauf berufen, dass die Gesetze, welchen die Ehegatten zur Zeit der Abschliessung der Ehe unterworfen waren, die Absicht hätten, für alle Folgezeit das eheliche Güterrecht zu regeln. Der Gesetzgeber erlasse seine Gesetze nur für den Bereich seiner Herrschaft; dass er darüber hinausgehen wolle, sei nicht anzunehmen und würde, wenn er es gewollt hätte, ohne Bedeutung sein. Für die Wandelbarkeit sei entscheidend, dass die Normen, welche das eheliche Güterrecht gestalten, sich nicht nur auf den Erwerb und Verlust, sondern auf das Dasein und den Inhalt der Rechte beziehen; man könne sich deshalb für die streitige Frage nicht auf das Princip des Schutzes wohlerworbener Rechte berufen. Dennoch hält Mommsen es für billig, in dem Falle, dass der Ehemann allein die Staatsangehörigkeit wechselt, zum Schutze der Frau zu bestimmen, dass eine Aenderung des bisher geltenden ehelichen Güterrechts nicht eintreten soll, soweit sie der Frau nachtheilig sein würde.

3. Die Stellungnahme zu beiden vorangestellten Streitfragen hängt von der Beantwortung der Vorfrage ab: „Welches ist der

Rechtsgrund der Geltung des gesetzlichen Güterrechts, — der Wille der Eheschliessenden oder das blosse Gesetz."

Der Standpunkt des bürgerl. Gesetzbuchs ergiebt sich aus den Bestimmungen der §§ 1263, 1331 des II. Entw.:

> § 1263: Das Vermögen der Frau wird durch die Eheschliessung der Verwaltung und Nutzniessung des Mannes unterworfen.
>
> § 1331: Die Ehegatten können ihre güterrechtlichen Verhältnisse durch Vertrag regeln, insbesondere auch nach der Eingehung der Ehe den Güterstand durch Vertrag aufheben oder ändern.

Aus der Zulassung einer vertragsmässigen Abänderung des gesetzlichen ehelichen Güterrechts und aus der Annahme des Princips der Vertragsfreiheit für dieses Gebiet folgt, dass das gesetzliche eheliche Güterrecht nicht als eine Konsequenz der nationalen Rechtsanschauung über die Ehe anzusehen ist, sondern nur, dass der Gesetzgeber den gesetzlichen Güterstand als diejenige Regelung der ehelichen Güterrechtsverhältnisse erachtet, welche am meisten dem vermuthlichen Willen der Eheschliessenden, wenigstens bei normal liegenden Verhältnissen, entspricht.

Von dem Standpunkt der Vertragsfreiheit aus kann, ohne dass dem Eheschliessungsakte selbst der, von Mommsen mit Recht abgelehnte, Inhalt gegeben zu werden braucht, die Annahme des gesetzlichen Güterrechts nicht ohne Weiteres als ein von dem Willen der Ehegatten völlig unabhängiges Geschehnis betrachtet werden; vielmehr ist davon auszugehen, dass entweder die Eheschliessenden die Unterwerfung unter das gesetzliche Güterrecht bewusst gewollt haben, oder unbewusst, indem sie darauf vertrauten, dass was auch immer der Gesetzgeber für Jedermann angeordnet habe, auch ihnen frommen würde, oder aber, wenn dieselben sich dieser Frage gegenüber völlig gleichgültig verhielten, dass der Gesetzgeber dasjenige Güterrecht für sie hat in Wirksamkeit treten lassen, welches ihrem vermuthlichen Willen entspricht, sodass die gesetzlichen dispositiven Normen an die Stelle des Parteiwillens treten.

Für die Vertragsnatur spricht endlich die Bestimmung des § 1264 des II. Entw.:

> „Die Verwaltung und Nutzniessung des Mannes tritt nicht ein, wenn er die Ehe mit einer minderjährigen oder sonst

in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Frau ohne Einwilligung ihres gesetzlichen Vertreters schliesst."

Die Regelung des ehelichen Güterrechts bleibt in diesem Falle bis zum Eintritt der Geschäftsfähigkeit ausgesetzt.

Aus dem in dem ehelichen Güterrecht demnach enthaltenen vertragsmässigen Elemente folgt, dass allerdings dem vermuthlichen Willen der Eheschliessenden eine ausschlaggebende Bedeutung für die Bestimmung des massgebenden Rechts beigemessen werden muss.

Es sind zwei Anschauungen über den Inhalt dieses vermuthlichen Willens vertreten; die eine geht, wie bereits oben erwähnt, davon aus, dass die Wahl des Wohnsitzes eine Unterwerfung unter das Recht dieses Ortes bedeute; die andere vertritt Bar[8]) dahin, dass die Annahme der Unterwerfung unter das Recht des Wohnsitzes eine willkürliche sei, selbst wenn man das entscheidende Gewicht auf den Willen der Ehegatten lege, da wer wirklich sich noch im Auslande als Deutscher fühle gerade in familien- und erbrechtlichen Beziehungen recht lange in Gemässheit der deutschen Anschauungen handeln werde; diese Ansicht Bar's ist an sich gewiss richtig; es wird aber übersehen, dass es nicht auf einen Willen ankommt, sondern auf den Willen beider Eheleute; seine Begründung der Massgeblichkeit des nationalen Gesetzes passt deshalb nur auf den Fall, dass die Ehe zwischen Landsleuten abgeschlossen wird. Man wird aber allgemein den Willen der Eheschliessenden, welche keine Ehepakten machen, dahin auslegen dürfen, dass sie auch in Ansehung des ehelichen Güterrechts sich demjenigen Rechte unterwerfen wollen, welches ihre ehelichen Verhältnisse überhaupt normirt.

Dies ist das persönliche Eherecht der Ehegatten, d. h. das mit der Eheschliessung beiden Ehegatten als persönliches Recht gemeinsam gewordene persönliche Recht des Ehemannes.

Das für das eheliche Güterrecht überhaupt massgebende Recht ist auch für die Beurtheilung eines dasselbe zum Gegenstand habenden Vertrages, des Ehevertrages, massgebend. (Ges. Entw. § 11.)

Das dem ehelichen Güterrecht innewohnende vertragsmässige

[8]) Gutachten S. 102 f.

Element beeinflusst ferner, wie schon oben dargelegt ist, in entscheidender Weise die Stellungnahme zu der Frage der Wandelbarkeit oder Unwandelbarkeit des ehelichen Güterrechts.

Wird das persönliche Eherecht als massgebend für das eheliche Güterrecht erachtet, so verliert der Gesichtspunkt der Sicherung der Ehefrau gegen einseitige Veränderungen des massgebenden Rechts Seitens des Ehemannes seine Bedeutung, da der Ehemann durch die einseitige Aenderung seines persönlichen Rechts eine Aenderung des persönlichen Eherechts der Ehegatten nicht herbeiführt. Ob die Aenderung des persönlichen Eherechts einen Wechsel des ehelichen Güterrechts mit sich bringt, hängt von dem Willensinhalt ab, welcher einem Wechsel des persönlichen Rechts zu entnehmen ist. Die Interpretation dieses Wechsels kann sachgemäss nur auf Grund des neuen persönlichen Rechts erfolgen, da dieses die Wirkungen seiner Annahme zu bestimmen hat. Hiernach ergiebt sich als Resultat: das eheliche Güterrecht richtet sich in Gemässheit des vermuthlichen Willens der Eheschliessenden nach ihrem persönlichen Eherechte, der Wechsel des persönlichen Eherechts, welcher nur Seitens beider Ehegatten gemeinsam eintreten kann, ist hinsichtlich seiner Wirkung auf das eheliche Güterrecht nach dem neuen persönlichen Recht auszulegen. Dies ist ausgedrückt in dem Satze, dass das eheliche Güterrecht nach dem jeweiligen persönlichen Eherechte der Ehegatten zu beurtheilen ist.

Nach dem persönlichen Eherecht ist in erster Linie das materiell massgebende eheliche Güterrecht zu bestimmen. Ist hiernach das deutsche Recht zur Bestimmung des materiellen Rechts berufen, so ist das deutsche eheliche Güterrecht massgebend.

Einer besonderen Entscheidung bedarf die Frage, wie der Wechsel des persönlichen Rechts hinsichtlich der Wandelbarkeit des ehelichen Güterrechts auszulegen ist, wenn während der Ehe das deutsche Recht als persönliches Eherecht angenommen wird. Gesetzgebung,[9]) Rechtsprechung und Rechtswissenschaft zeigen übereinstimmend, dass die Annahme des sich auch aus der Vertragsnatur ergebenden Princips der Unwandelbarkeit des Güterrechts die sachgemässe Entscheidung ist.

[9]) Vergl. Anh. No. 372 ff.; ferner Frankreich, code civil art. 1395 und Italien, cod. civile art. 1385.

Bei dem für die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und für das eheliche Güterrecht im Wesentlichen gleichen Ergebnis konnte die beide Punkte zusammenfassende Redigirung des § 20 gewählt werden.

Der für die *lex rei sitae* erforderliche Vorbehalt ist in § 32 des Ges.Entw. gemacht.

Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und des ehelichen Güterrechts nach aussen. (Schutzvorschriften.)

[Ges.Entw. § 21.]

Für die Lehre, dass sich das eheliche Güterrecht nach dem Wohnsitzrechte zu richten habe, ist nicht am wenigsten die Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs am Wohnsitz bestimmend gewesen. In den vorstehenden Ausführungen ist dieser Gesichtspunkt nicht gewürdigt worden. Diese Unterlassung beruht auf der Erwägung, dass die Sicherheit des Verkehrs von dem Rechtsverhältnisse der Eheleute zu einander völlig unabhängig ist, dass das letztere ohne Rücksicht auf den Verkehrsschutz um so eher geregelt werden kann, als die für den Verkehr nothwendigen Schutzmittel sich bereits im Entw. des B. G.B. vorfinden; es ist nur erforderlich, die Schutzmittel, welche dem gutgläubigen Dritten gegen die Folgen einer vertragsmässigen Abänderung des gesetzlichen Güterstandes gegeben werden (§ 1334 II. Entw. des B. G.B.), auf den vorliegenden Fall anzuwenden.

Danach können einem Dritten gegenüber aus dem von dem gesetzlichen Güterstande abweichenden Güterrechte Einwendungen gegen ein zwischen dem Dritten und einem Ehegatten vorgenommenes Rechtsgeschäft nur hergeleitet werden, wenn zur Zeit der Vornahme des Rechtsgeschäfts die Geltung des abweichenden Güterrechts im Güterrechtsregister eingetragen oder dem Dritten bekannt war.

In den Vorschlägen von Mommsen und Gebhard, denen sich nunmehr der II. Entw. des B. G.B. angeschlossen hat, wird der Schutz nur gegen im Inlande wohnhafte Ehegatten gegeben (Anh. No. 380 ff., 384.).

Bei Ablehnung des Wohnsitzprincips für das eheliche Güterrecht ist der Wohnsitz ein für die Frage des ehelichen Güterrechts belangloser Umstand. Es ist kein Grund ersichtlich, aus dem der Schutz des inländischen Verkehrs an diese Beziehung

geknüpft werden soll. Zwischen dem Verkehrsschutz und dem Wohnsitz besteht nur insofern ein Zusammenhang, als gegenüber einem im Inlande wohnhaften Ehepaare die Fälle des Schutzbedürfnisses vermuthlich zahlreicher sein werden als gegenüber einem im Inlande sich nur aufhaltenden Paare. Zwischen beiden Arten — im Inlande wohnhaften und daselbst sich aufhaltenden Eheleuten — besteht nur der Unterschied der Quantität der vermuthlich in Betracht kommenden Fälle, der sich um so mehr verwischen kann, je länger der Aufenthalt dauert.

Es empfiehlt sich deshalb nicht, den Schutz abhängig zu machen von dem Vorhandensein eines Wohnsitzes, sondern von der Art des rechtsgeschäftlichen Verkehrs, welchen der Ausländer im Inlande entwickelt.

Nach dem II. Entw. des B.G.B. ist bei dem gesetzlichen Güterstande der Ehemann berechtigt (§ 1275), ohne Zustimmung der Frau

1. über Geld und andere verbrauchbare Sachen zu verfügen,
2. Forderungen, die nicht auf Zinsen stehen, einzuziehen,
3. Forderungen gegen solche Forderungen an die Frau, deren Berichtigung aus dem eingebrachten Gute verlangt werden kann, aufzurechnen,
4. Verbindlichkeiten der Frau zur Leistung eines zum eingebrachten Gute gehörenden Gegenstandes durch Leistung desselben zu erfüllen.

Ferner kann er über das Inventar eines Grundstücks innerhalb der Grenzen einer ordnungsmässigen Wirthschaft verfügen (§ 1277) und erwirbt die Nutzungen des eingebrachten Gutes wie ein Niessbraucher (§ 1282).

Wie schon oben erwähnt, können nach § 1334 des II. Entw. des B.G.B. beim Vorliegen eines Ehevertrages einem Dritten gegenüber aus der Ausschliessung oder der Aenderung der ehemännlichen Verwaltung oder Nutzniessung Einwendungen gegen ein Rechtsgeschäft nur hergeleitet werden, wenn die vertragsmässige Aenderung des gesetzlichen Güterstandes dem Dritten bekannt oder im Güterrechtsregister eingetragen war.

Nach § 1453 des II. Entw. muss diese Eintragung in das Register des Bezirks erfolgt sein, in welchem der Mann seinen Wohnsitz hat. Nach den Motiven zu den entsprechenden Bestimmungen des I. Entw. (§ 1436) ist mit Rücksicht auf das

geringe praktische Interesse von einer Regelung des Falles, dass ein Wohnsitz im Inlande nicht vorhanden ist, Abstand genommen.

Demgegenüber mag der Fall einer besonderen Berücksichtigung empfohlen werden, dass die Ehefrau, ohne dass der Ehemann im Inlande einen Wohnsitz hat, daselbst ein Grundstück besitzt; es dürfte sich empfehlen, zum Schutze der Ehefrau die Bestimmung des § 1453 dahin zu ergänzen, dass in Ermangelung eines Wohnsitzes die Eintragung in das Register der belegenen Sache zu erfolgen hat. Andererseits handelt es sich in den Fällen 2—4 des § 1275 um bestimmte einzelne Personen, mit welchen der Ehemann zum Nachtheil der Frau in Verbindung treten kann. In solchen Fällen kann der Ehefrau zugemuthet werden, dass sie diesen Personen mittheilt, dass ihr Ehemann zu ihrer Vertretung nicht befugt ist, wenn sie hierauf Gewicht legt und sobald ihr Ehemann sich im Inlande befindet.

Was die Verfügung über Geld und andere verbrauchbare Sachen anlangt, so existirt zwar nicht ein bestimmter Dritter, dem eine Mittheilung gemacht werden kann; in diesem Falle aber muss der Dritte den Ehemann, welcher im Besitze der Sachen sich befindet, als zur Verfügung legitimirt ansehen dürfen; soll der Ehemann nicht zur Verfügung berechtigt sein, so muss es als Pflicht der Ehefrau angesehen werden, ihn von dem Besitz der Sachen fern zu halten.[1])

Setzt der inländische Gesetzgeber die Voraussetzungen fest, unter denen sich Ausländer im Inlande Dritten gegen-

[1]) Eine entsprechende Abänderung des § 1334 des II. Entw. ist auch für den inländischen Verkehr wünschenswerth. Ein Ehemann aus irgend einem Orte des deutschen Reiches bietet einem Banquier in Berlin Papiere zum Verkauf an mit dem beiläufigen Hinzufügen, dass dies die eingebrachten Papiere seiner Frau seien; der Banquier muss den Ehemann nach § 1275 für legitimirt zum Verkauf erachten und zahlt gegen Entgegennahme der Papiere den Kaufpreis. Nunmehr vindicirt die Ehefrau die Papiere mit der Behauptung, dass abweichendes Güterrecht im Eherechtsregister des gegenwärtigen oder des vor nicht länger als sechs Wochen (§ 1453 Abs. 2) aufgegebenen Wohnsitzes eingetragen sei. Der Banquier wird verurtheilt; er war nicht im guten Glauben, denn es war ihm bekannt, dass die Sachen nicht dem Veräusserer gehören. (§ 846.) In solchen Fällen, d. h. wenn der Ehemann im Besitz der Sachen ist, darf die Berufung auf das Eheregister nicht genügen, wenn nicht überhaupt der rechtsgeschäftliche Verkehr mit dem Ehemann als solchem bis zur Undurchführbarkeit erschwert werden soll.

über auf ausländisches Güterrecht berufen können, so wird er auch die entsprechenden Bestimmungen der ausländischen Gesetzgebungen anzuerkennen haben. Diese Anerkennung hat ohne die bezüglich der Geschäftsfähigkeit inländischer Geschäftsunfähiger (S. 77) angenommene Beschränkung zu erfolgen, weil die im Auslande rechtsgeschäftlich thätig werdenden Deutschen durchaus in der Lage sind, die dortigen, dem Verkehrsschutze dienenden Gesetze zu beobachten.

Die Rücksicht auf die inländische Verkehrssicherheit gebietet ebenso die Anwendung des inländischen Rechts über die Schlüsselgewalt und die Vertretungsmacht der Ehefrau, (§ 1257 des II. Entw. d. B.G.B.) sowie der *praesumtio Muciana*, (§ 1262) soweit sie sich auf das Verhältnis zu Dritten bezieht, auch auf Ausländer, welche sich im Inlande aufhalten.

Ehescheidung.

[Ges.Entw. § 22.]

Die Ehescheidung setzt voraus, dass die für das eheliche Verhältnis durch das Gesetz anerkannten Wirkungen der Ehe, die gesetzlich erwarteten und verlangten Beziehungen der Ehegatten zu einander verletzt, bezw. nicht vorhanden sind.

Es führt diese Auffassung unmittelbar auf das die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen regelnde persönliche Eherecht der Ehegatten (§ 20 des Ges.Entw.).

Ist das Prozessgericht ein inländisches, so ist indess davon auszugehen, dass die Regelung des Ehescheidungsrechts im bürgerlichen Gesetzbuch ein Ausfluss der sittlichen und rechtlichen Weltanschauung ist, welche das deutsche Volk beherrscht, und welcher von den inländischen Gerichten insofern Rechnung getragen werden muss, als sie bei dem Mangel eines von dem inländischen Rechte anerkannten Scheidungsgrundes ihre Mitwirkung zu einer Ehescheidung zu versagen haben. Hiermit in Uebereinstimmung steht die Auffassung, dass das Ehescheidungsrecht zwingendes Recht ist und dass eine Ehescheidung von einem inländischen Gericht nur ausgesprochen werden kann, wenn das inländische Recht dieselbe zulässt.

Unzutreffend ist es, wenn aus der Natur des Ehescheidungsrechts als eines zwingenden, der weitere Schluss gezogen wird, dass, obgleich nach dem persönlichen Recht die Ehescheidung

nicht begründet ist, diese dennoch auf Grund des Rechts des Prozessgerichts ausgesprochen werden müsse, weil es sittlich verwerflich sei, eine Ehe gegen den Willen eines Theiles fortbestehen zu lassen, wenn für dieselbe die gesetzlichen bezw. sittlichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen; es ist hierbei zu erwägen, dass der sittliche Masstab für die Beurtheilung der Ehe nur demjenigen Rechte entnommen werden kann, welches die Ehegatten beherrscht, und dass in ihren Personen ein sittlicher Zwang zur Lösung der Ehe nur eintreten kann, wenn der von ihrem persönlichen Rechte vorausgesetzte sittliche Inhalt der Ehe beeinträchtigt ist. Von einer Verletzung der sittlichen Volksanschauung kann denn auch nicht die Rede sein, wenn das Gericht mit Rücksicht auf das persönliche Recht der Ehegatten, obwohl nach inländischem Rechte ein Ehescheidungsgrund vorliegt, die Ehescheidung ablehnt. Hervorzuheben ist ferner der praktische Gesichtspunkt, dass es nicht angängig sein kann, Ehegatten die Scheidung, welche sie im Gebiete ihres persönlichen Rechtes nicht erlangen können, im Inlande dadurch, dass sie daselbst Wohnsitz nehmen, zu ermöglichen.

Dass die Beurtheilung, ob eine Thatsache einen Scheidungsgrund bildet, nur nach Massgabe desjenigen persönlichen Rechts erfolgen kann, unter dessen Herrschaft sie eingetreten ist, bedarf keiner Begründung (vgl. R.G. bei Bolze III. No. 24: Publikationspatent zum Pr. A.L.R. vom 9. September 1814, § 9. G.S. S. 89.; 9. November 1816, § 11. G.S. S. 217.).

Der diesseitige Vorschlag stimmt im Ergebnis mit den Beschlüssen der internationalen Konferenz im Haag 1894 überein.

Der II. Entw. des bürgerlichen Gesetzbuchs lässt in seinem Eherechte die beständige oder zeitweilige Trennung von Tisch und Bett nicht zu, gestattet aber dennoch in seinem internationalen Privatrecht ausdrücklich (§§ 2247 ff.), dass auf Grund ausländischen Rechts auch im Inlande auf Trennung erkannt werden könne. Für das geltende Reichsrecht ist die Frage, ob die deutschen Gerichte bei Ehen von Ausländern auf beständige Trennung von Tisch und Bett erkennen dürfen, bestritten, da über die Tragweite des § 77 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875:

> „Wenn nach bisherigem Recht auf beständige Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett zu erkennen sein würde, ist fortan die Auflösung des Bandes der Ehe auszusprechen,“

verschiedene Auffassungen bestehen.[1])

Das Reichsgericht erachtet es einerseits für unzulässig, dass von deutschen Gerichten auf Trennung von Tisch und Bett erkannt werde, und beruft sich dafür auf den Wortlaut, den Zweck und die Entstehungsgeschichte des cit. § 77, zumal auch die Civilprozessordnung weder ein Verfahren noch einen Gerichtsstand für diese Klage kenne. Andererseits gewährt es, da der Gesetzgeber den Ausländer, dessen nationales Recht die Ehescheidung dem Bande nach nicht zulasse, durch Versagung beider Rechte, der Trennung und der Scheidung, nicht habe schutzlos machen wollen, diesem Ausländer die von seinem Heimathsrechte nicht zugelassene Ehescheidungsklage.

Die Gesetzbuchkommission[2]) hat bei ihrem, die Trennung ausländischer Ehegatten zulassenden Beschlusse erwogen, dass der deutsche Gesetzgeber die beständige Trennung keineswegs als etwas Unsittliches verwerfe, dass die deutsche Ehescheidung der Ausländer, deren nationales Gesetz eine Scheidung dem Bande nach nicht zulasse, im Auslande nicht anerkannt und die unter Berücksichtigung derselben geschlossene weitere Ehe als Bigamie angesehen werden würde, und dass es auf eine Rechtlosigkeit der Ausländer hinauslaufen würde, wenn ihnen im Inlande weder Scheidung noch Trennung gewährt würde, falls das Heimathsgesetz nur die Trennung zulasse.

Seitens der Minderheit war — nach Ausweis der Protokolle — hiergegen geltend gemacht, dass es nicht gerechtfertigt erscheine, auf die Ausländer mehr Rücksicht zu nehmen als auf die konfessionellen Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung; so lange daher das bürgerliche Gesetzbuch nicht selbst die Trennung gestatte, dürften die deutschen Gerichte überhaupt nicht auf solche erkennen.

Für den vorliegenden Entwurf wird davon ausgegangen, dass die vorstehend zusammen erörterten Fragen unabhängig von einander zu behandeln sind.

Die Ausschliessung einer Ehescheidung, welche entgegen

---

[1]) Vgl. Entsch. des R.G. Bd. 3 S. 28 ff., Bd. 11 S. 29 ff.; Bähr in Ihering's Jahrbüchern Bd. 21 S. 390 ff.; Friedberg, Lehrbuch des kath. und evangel. Kirchenrechts, 2. Aufl. § 159 Anm. 35.

[2]) Protokolle der II. Lesung S. 8250 ff.

dem persönlichen Eherechte der Ehegatten wäre, führt nicht zur Zulassung der Trennung von Tisch und Bett.

Lehnt der II. Entw. für das deutsche Recht die Trennung von Tisch und Bett ab, so kann dies nur geschehen, weil ethische, sociale oder volkswirthschaftliche Gründe dagegen sprechen. Ist dies aber der Fall, dann trifft dieser Standpunkt auch den Ausländern gegenüber zu, und der Gesetzgeber kann dann nicht zulassen, dass der ihm unerwünschte Zustand durch seine Gerichte hervorgerufen wird; es kann hierbei keinen Unterschied machen, dass es sich um Ausländer handelt, da diese, wenn sie im Inlande klagen, hierselbst auch ihren Wohnsitz haben. Demgegenüber kann nicht von einer Rechtlosigkeit der Ausländer gesprochen werden, da es ihnen ja freisteht, ihr Recht in ihrer Heimath zu suchen; sollte aber für sie mangels eines Wohnsitzes in ihrem Heimathstaate ein Gerichtsstand daselbst nicht begründet sein, so dürfte der Heimathstaat sich nicht nur der Gerichtsbarkeit über den Staatsangehörigen entschlagen, sondern auch auf die Anwendung seines materiellen Rechts auf denselben verzichtet haben, sodass in einem solchen Falle nach dem heimathlichen internationalen Privatrecht das am Wohnsitz geltende Eherecht das massgebende sein dürfte; andernfalls kann sich der Ausländer schliesslich wegen seiner Rechtlosigkeit nur bei seinem nationalen Gesetzgeber beschweren.

Ein in letzter Zeit in Berlin praktisch gewordener Fall, bei welchem es in Frage kam, ob ein im Inlande sich aufhaltender türkischer Unterthan eine Scheidung der Ehe durch einen von Berlin aus abgesandten Scheidungsbrief, (welcher Scheidungsmodus in der Türkei anerkannt ist), bewirken und sich demgemäss vor inländischen Gerichten gegen den Unterhaltsanspruch der Ehefrau auf die erfolgte Scheidung berufen könne, würde zu einer entsprechenden Bestimmung Anlass geben können, wenn nicht § 1459 des II. Entw. des B. G.B. schon mit der wünschenswerthen Klarheit ausspräche, dass eine Ehe nur durch gerichtliches Urtheil geschieden werden könne. Dieser Bestimmung ist zu entnehmen, dass der Gesetzgeber jeder anderen in seinem Machtbereiche angewendeten Scheidungsart die beabsichtigte Wirkung versagt.

Die Rechtswirksamkeit einer ausserhalb des Heimathstaates des Ehepaares ausgesprochenen Ehescheidung ist nach dem

internationalen Privatrecht des persönlichen Eherechts zu bestimmen.

Die streitige Frage, ob die im Auslande ausgesprochene Ehescheidung eines dem inländischen Rechte unterstellten Ehepaares im Inlande anzuerkennen sei, beantwortet sich folgerichtig (entsprechend der Eheschliessung) dahin, dass die Ehescheidung dann anzuerkennen ist, wenn sie wegen eines vom inländischen Rechte zugelassenen Grundes erfolgt ist. Unzweckmässig erscheint die von Mommsen (vrgl. Anh. No. 401 ff.) vorgeschlagene Lösung, die im Auslande erfolgte Scheidung deutscher Staatsangehöriger anzuerkennen, sofern nicht die Anrufung des ausländischen Gerichtes in der Absicht, das inländische Recht zu umgehen, erfolgt ist. Diese Absicht wird sich vielfach so zu verbergen wissen, dass sie in greifbarer Form selten festgestellt werden kann; zudem ist der mit einer solchen Regelung verbundene Zustand der Unentschiedenheit, ob eine Ehe besteht oder nicht, ein wenig befriedigender.

Anmerkung: Das Verlöbnis.[3])

Die für das künftige deutsche Recht in Aussicht genommene rechtliche Beurtheilung des Verlöbnisses ergiebt sich aus § 1203 des II. Entw.:

> „Aus dem Verlöbnisse kann nicht auf Eingehung der Ehe geklagt werden.
>
> Das Versprechen einer Strafe für den Fall, dass die Eingehung der Ehe unterbleibt, ist nichtig."

Diese Regelung ist aus dem Wesen der Ehe abgeleitet, welche in erster Linie ein sittliches Verhältnis ist und nicht als eine Quelle für vermögensrechtliche Vortheile behandelt werden darf. (Mot. zum I. Entw. des B. G.B. Bd. IV S. 3).

Diesem zwingenden Rechte gegenüber wird der deutsche Richter seine Mitwirkung zur Durchsetzung von Ansprüchen der in § 1203 gedachten Art durch Abweisung der Klage *a limine* zu versagen haben.

---

[3]) Literaturübersicht bei Böhm, Räuml. Herrschaft § 7; Entsch. des R.G.: Urtheil vom 2. März 1885, Bolze I. No. 43; Urtheil vom 11. Juni 1887, Jur. Wochenschr. S. 357 No. 29 und Bolze V. No. 10; Urtheil vom 21. October 1887, Entsch. Bd. 20 S. 333; Urtheil vom 28. Febru r 1889, Entsch. Bd. 23 S. 172.

Besondere Bestimmungen über den Schadensersatz wegen Rücktritts vom Verlöbnisse sind in die Entw. des B. G.B. aufgenommen, weil wegen der Unverbindlichkeit des Verlöbnisses sich aus den allgemeinen Vorschriften über Verträge ein Anspruch auf Ersatz des negativen Interesses wegen ungerechtfertigten Rücktritts des anderen Theils nicht ableiten liesse. Es sind also dem Verlöbnisse, obwohl dasselbe nicht die Natur eines rechtsverbindlichen Vertrages hat, in einem gewissen Umfang die Wirkungen eines Vertrages beigelegt worden.

Diese Behandlung wird zweckmässig auch für das internationale Privatrecht beibehalten. Von einer ausdrücklichen Bestimmung, dass für die vermögensrechtlichen Wirkungen des Verlöbnisses die für Schuldverhältnisse aus Rechtsgeschäften unter Lebenden gegebenen Bestimmungen massgebend zu sein haben, kann abgesehen werden, da sich diese Beurtheilung unmittelbar aus der Auffassung des Verlöbnisses im B. G.B. ergiebt.

Verwandtschaft.

Eheliche Abstammung. Legitimation und Annahme an Kindesstatt.

[Ges.Entw. § 23. 24.]

Diejenigen Gesetzgebungen, welche das Nationalitätsprincip für die Beurtheilung der Familienbeziehungen angenommen haben, lassen die Nationalität des Ehemannes, wie für die Wirkungen der Ehe, so auch für die Voraussetzungen der Ehelichkeit eines Kindes entscheiden. In dem vorliegenden Entwurfe sind die Wirkungen der Ehe nicht dem persönlichen Recht des Ehemannes, sondern dem persönlichen Eherecht der Ehegatten (Ges. Entw. § 20) unterstellt; es muss deshalb dieses Recht auch für die Frage der Ehelichkeit massgebend sein.[1])

Als massgebender Zeitpunkt wird übereinstimmend der Moment der Geburt angenommen.

Da es sich bei der Legitimation und Annahme an Kindesstatt um Statusfragen handelt, so hat das persönliche Recht der Betheiligten massgebend zu sein. Dies hat kein Bedenken, wenn es sich um Personen handelt, denen das persönliche Recht gemeinsam ist. Bei Verschiedenheit der persönlichen

[1]) Asser-Cohn S. 70.

Rechte ist es, wie bei der Eheschliessung, erforderlich, dass in der Person eines jeden der Betheiligten die Erfordernisse und Voraussetzungen nach seinem persönlichen Rechte vorhanden sind. Dies ist um so mehr geboten, als nicht nur private, sondern auch öffentliche Interessen durch diese Rechtsgeschäfte berührt werden, insonderheit ist mit der Legitimation möglicherweise eine Aenderung der Staatsangehörigkeit des Legitimirten verbunden.[2]) Für die Annahme an Kindesstatt wird eine Bestätigung des Vertrages durch das zuständige Gericht (§ 1632 II. Entw. d. B. G.B.), für die Annahme an Kindesstatt und die Legitimation wird für den Hauptfall, nämlich den der Geschäftsunfähigkeit des Kindes, die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts vorgeschrieben.

Die Berücksichtigung entsprechender Vorschriften der ausländischen Staaten ist ebenso geboten, wie die Beachtung des inländischen Rechts gefordert werden muss.

Was die Form anlangt, so ergiebt die Konsequenz aus § 11 des Ges.Entw., wonach die Formgiltigkeit eines Rechtsgeschäfts nach dem überhaupt massgebenden Recht zu beurtheilen ist, dass hier die Formgültigkeit unter Berücksichtigung des internationalen Privatrechts beider Theile beurtheilt werden muss. Dies ist auch ohne Bedenken; die abweichende Bestimmung bezüglich der Eheschliessung rechtfertigt sich aus naheliegenden Gründen, welche bei der Legitimation und Annahme an Kindesstatt nicht vorliegen.

Die vorstehend entwickelten Gesichtspunkte sollen sowohl die Zuständigkeitsfrage als die Entscheidung für das deutsche internationale Privatrecht rechtfertigen.

Die Bestimmung des II. Entw. des B. G.B. § 1610 Abs. 2:

„die Ehelichkeitserklärung steht dem Staate zu, welchem der Vater angehört“

regelt die Zuständigkeit der einzelnen Bundesstaaten im Verhältnisse zu einander, erledigt diese Frage aber auch, sofern es sich um die Ehelichkeitserklärung eines Ausländers handelt.[3])

[2]) §§ 2, 4, § 12 des Reichsgesetzes über den Erwerb und den Verlust der Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870.

[3]) Nach den Protokollen der Kommission für die II. Lesung des Entw. des B. G.B. (S. 8276) soll § 1610 des II. Entw. dahin ergänzt werden, dass wenn der Vater ein keinem Bundesstaate angehöriger Deutscher ist, der Reichskanzler für die Ehelichkeitserklärung zuständig sein soll.

Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern. Elterliche Gewalt. Rechtliche Stellung der Kinder aus ungültiger Ehe.

[Ges.Entw. §§ 25, 25a.]

Die natürliche Abhängigkeit, in der das Kind von seinen Eltern steht, ist die Grundlage des zwischen ihnen bestehenden Rechtsverhältnisses. Regelmässig wird das persönliche Recht des Vaters, als des Familienhauptes zugleich das des Kindes sein.

Es entspricht der herrschenden Auffassung, wenn das persönliche Recht des Vaters als das, das Verhältnis beherrschende bezeichnet und ihm die Bestimmung des massgebenden Rechts zugewiesen wird.

Bei einem Wechsel des persönlichen Rechts, welcher sich auf das Kind miterstreckt, das neue Recht an Stelle des bisherigen Rechtes treten zu lassen, unterliegt keinem Bedenken.

Wenn hingegen das Kind sein bisheriges Recht behält, und nur das des Vaters wechselt, so liegt es nahe, zur Verhinderung eines Missbrauchs der väterlichen Stellung, das bisherige Recht in Wirksamkeit zu belassen. Eine Besserstellung des Kindes als Folge des Wechsels durch Berücksichtigung des neuen väterlichen Rechts, soweit es dem Kinde günstiger ist, eintreten zu lassen, wie Gebhard (Anh. No. 415) dies vorschlägt, ist durch die Natur der Sache nicht geboten.

Dass nach dem Tode des Vaters die Mutter an dessen Stelle tritt, und dass bei unehelichen Kindern die Mutter eintritt, entspricht der Auffassung des bürgerl. Gesetzbuches.

Wegen des Einflusses der *lex rei sitae* auf das Rechtsverhältniss zwischen Eltern und Kindern in vermögensrechtlicher Beziehung vgl. S. 143 f.

Die rechtliche Stellung der Kinder aus ungültigen, d. h. aus nichtigen, sowie aus anfechtbaren Ehen, welche angefochten sind, bedarf für die Regelung des internationalen Privatrechts deswegen einer Berücksichtigung, weil die Fälle der Ungültigkeit der Ehen naturgemäss am leichtesten eintreten können, wenn die Rechtslage in Folge der internationalen Komplikationen eine unsichere ist. [Ges.Entw. § 25a.]

Die Regelung hat von dem für das B. G.B. selbst von beiden Entwürfen angenommenen Standpunkt aus zu geschehen (§ 1562 ff. des I. Entw. und die Motive dazu, sowie §§ 1587 ff. des II. Entw.).

Das Princip ist im § 1587 Abs. 1 des II. Entwurfs ausgesprochen. Derselbe lautet:

> Kinder aus einer nichtigen Ehe, die im Falle der Gültigkeit der Ehe eheliche Kinder sein würden, gelten als ehelich, sofern nicht beide Ehegatten die Nichtigkeit der Ehe bei der Eheschliessung gekannt haben.

§ 1592 überträgt dieses Princip auf die Kinder aus einer anfechtbaren Ehe, welche angefochten ist.

In § 1587 Abs. 2 ist die Einschränkung beigefügt:

> Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Nichtigkeit der Ehe auf einem Formmangel beruht und die Ehe nicht in das Heirathsregister eingetragen worden ist.

Wird mit gutem Grunde der Mangel der Formgültigkeit der Ehe anders behandelt, wie ein materiell-rechtlicher Mangel, so erscheint es angezeigt, die Folgen dieses Mangels nach demselben Rechte zu beurtheilen, welches für die Formgültigkeit überhaupt massgebend ist (§ 18 des Ges.Entw.).

Die für das deutsche internationale Privatrecht vorgeschlagene Regelung schliesst sich der Vorschrift des § 1587 Abs. 2 des II. Entw. an, zu dessen Verständniss auf § 1230 zurückgegangen werden muss, welcher lautet:

> Eine Ehe ist nichtig, wenn die im § 1226 vorgeschriebene Form nicht beobachtet worden ist.
>
> Ist die Ehe in das Heirathsregister eingetragen worden, und haben die Ehegatten nach der Eheschliessung 10 Jahre als Ehegatten mit einander gelebt, so ist die Ehe als von Anfang an gültig anzusehen.

Unterhaltsanspruch.

[Ges.Entw. § 26, § 27.]

Für die Beurtheilung der Unterhaltspflicht ist in der Rechtsprechung auf verschiedene Rechte zurückgegangen worden.

Das preussische Ober-Tribunal (Entsch. Bd. 56 S. 10) ist durch Auslegung des § 23 Einl. A.L.R. von dem persönlichen Recht des Berechtigten ausgegangen. Diese Ansicht ist aufgegeben, weil nach ihr der Berechtigte sich — namentlich unter Herrschaft des Wohnsitzprincips — ein ihm günstiges Recht heraussuchen könne; an ihre Stelle ist die von Windscheid, Bar, Eccius, Böhm u. A. vertretene Meinung als herrschende getreten, dass, wie über-

haupt bei Forderungsrechten, das persönliche Recht des Verpflichteten massgebend sei.[1])

In dem oben erwähnten Ober-Tribunalserkenntnis ist die Ausführung des Appellationsgerichts dahin wiedergegeben, dass die Rechte und Pflichten der Familienglieder mit der Geburt derselben entstehen und bis zum Tode des anderen Blutsverwandten fortdauern, wenn sie sich auch möglicherweise erst später bethätigen; die mit der Geburt entstehende Alimentationspflicht ruhe bis zum Eintritt der Hilfsbedürftigkeit und sei nach dem am Geburtsorte geltenden Rechte zu beurtheilen.

Hiergegen ist von Böhm (Räumliche Herrschaft S. 62) hervorgehoben worden, dass der Alimentationsanspruch nicht schon mit der Geburt, sondern erst mit dem Eintritte des Bedürfnisses auf der einen, und dem Vorhandensein der Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite existent werde; entscheidend aber sei, dass der Schuldner ein anderes als das Recht seines Wohnsitzes anzuerkennen nicht verpflichtet sei.

Dieser letzte Beweisgrund erscheint so, wie er aufgestellt ist, nicht zutreffend. Denn es würde durchaus angängig sein, einen Inländer, welcher im Auslande seinen Wohnsitz, im Inlande aber Vermögen und somit einen Gerichtsstand hat, auf Grund des inländischen Gesetzes auf Unterhalt in Anspruch zu nehmen, ohne dass das Wohnsitzrecht in Betracht zu ziehen wäre.

Die Unterhaltspflicht hängt, wie ihre Stellung im System der Entw. des B. G.B. und die Motive IV. S. 677 erkennen lassen, auf das innigste mit dem Familienrechte insofern zusammen, als sie auf dem durch die Einheit des Blutes und die Bande der Familie hervorgerufenen natürlichen und sittlichen Verhältnisse beruht. Ein auf dieser Grundlage beruhendes Rechtsverhältnis ist naturgemäss dem, die Parteien dauernd beherrschenden, also ihrem persönlichen Rechte zu unterstellen, insofern dieses für beide Parteien dasselbe ist; ist ihr persönliches Recht verschieden, so wird man dem Rechte des Verpflichteten die ausschlaggebende Bedeutung beimessen dürfen.

Es kommt indess als weiterer Umstand, welcher auf die Anerkennung und die rechtliche Gestaltung der Unterhaltspflicht ein-

[1]) Vgl. Entsch. des R.G. Bd. 17 S. 227; Windscheid, Pandekten Bd. 1 S. 76; Bar, Theorie und Praxis Bd. I § 203; Förster-Eccius, Theorie und Praxis 5. Aufl. S. 62; Böhm, räuml. Herrschaft § 11.

wirkt, die Rücksicht auf das öffentliche Interesse des Staates, insbesondere die Rücksicht auf die Verminderung der Armenlast in Betracht (vgl. Motive IV. S. 679). Dieses öffentliche Interesse muss allen Personen gegenüber gleichmässig gewahrt werden, insoweit dieselben dem staatlichen Machtbereich unterstehen. Hieraus folgt, dass die gesetzliche Unterhaltspflicht auch dann als begründet angesehen werden muss, wenn der nach Maassgabe des inländischen Gesetzes Berechtigte im Inlande seinen Wohnsitz hat, und die Klage gegen den Verpflichteten im Inlande (einen Gerichtsstand desselben natürlich vorausgesetzt) erhoben wird. In diesem Falle erscheint es angemessen, das inländische Recht insoweit anzuwenden, als das persönliche Recht den nach dem inländischen Recht begründeten Anspruch nicht anerkennt.

Zu demselben Resultate führt die Erwägung, dass der inländische Richter nicht wohl einen Anspruch abweisen kann, dessen Erfüllung nach Auffassung seines Rechts durch eine rechtlich anerkannte sittliche Pflicht gefordert wird.

Bezüglich des Unterhaltsanspruchs des unehelichen Kindes [Ges.Entw. § 27] sind die Meinungen über die Lösung der hierbei in Frage kommenden Kollisionen sehr getheilt.[2]) Entscheidend für die privatinternationale Behandlung ist die Auffassung, welche die eigene Gesetzgebung von dem Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes hat.

Von den Vorschriften des II. Entw. d. B.G.B. kommen für die Ermittelung dieser Auffassung in Betracht:

> § 15, Abs. 2: Zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Vater besteht keine Verwandtschaft.
>
> § 1216. Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Verwandten in gerader Linie, zwischen vollbürtigen und halbbürtigen Geschwistern sowie zwischen Verschwägerten in gerader Linie.
>
> Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abkömmlingen der anderen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat.
>
> Verwandtschaft im Sinne dieser Vorschriften besteht auch zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Abkömmlingen einerseits und dem Vater und dessen Abkömmlingen andererseits.

[2]) Eine übersichtliche Darstellung der verschiedenen Meinungen giebt Voigt, die räuml. Kollision der Gesetze bei Feststellung der Rechtsverhältnisse zwischen einem ausserehelichen Kinde und seinem natürlichen Vater, unter Zugrundelegung des Allgem. Landrechts in Böhm's

Der Entwurf erkennt demnach zum mindesten eine Verwandtschaft im natürlichen Sinne zwischen dem unehelichen Kinde und seinem Erzeuger an. Diese Auffassung kehrt auch bei der Regelung der Unterhaltspflicht wieder, wie dies durch die Aufnahme dieses Kapitels in das Familienrecht bethätigt und durch die Bezeichnung des Erzeugers als „Vaters" des unehelichen Kindes zum Ausdruck gebracht werden soll.[3])

Der Rechtsgrund für diese Unterhaltspflicht ist demnach im Wesentlichen derselbe, wie der für die unter ehelichen Verwandten bestehende. Hieraus ergäbe sich auch eine principiell gleichartige Behandlung für das internationale Privatrecht.

Die rechtliche Ausgestaltung der beiden Unterhaltsansprüche in den Entw. des B. G.B. weist indess einen erheblichen Unterschied auf. Während nämlich der Unterhaltsanspruch der Verwandten sich wie die sittliche Pflicht, auf welcher er beruht, fortdauernd erneuert und deshalb auch nicht durch eine Vorausleistung auf ungemessene Zeit beseitigt werden kann (§ 1509 des II. Entw.), kann der Anspruch des unehelichen Kindes durch eine einmalige Abfindung beseitigt werden (§ 1601), ohne dass eine spätere Nothlage den Anspruch wieder erstehen lässt (§ 1601; vgl. Motive IV. S. 677, 709). Dieser Unterschied ist für die Bestimmung des zuständigen Rechts insofern erheblich, als für den Anspruch der Verwandten dementsprechend das massgebende Recht durch die Verhältnisse zur Zeit seiner jedesmaligen Entstehung bezw. Geltendmachung bestimmt werden muss, während der Anspruch des unehelichen Kindes einem ein für alle Mal bestimmten Rechte zu unterstellen ist.

Für die Bestimmung des massgebenden Rechts scheidet nach Vorstehendem die Auffassung aus, welche den Unterhaltungsanspruch als Anspruch aus einer unerlaubten Handlung ansieht. Inwieweit die sittliche Pflicht zur Unterhaltung des unehelichen Kindes als Rechtspflicht anerkannt ist, hat sich in erster Linie nach dem persönlichen Rechte des unehelichen Vaters, bezw. nach dem von diesem als massgebend bezeichneten Rechte zu richten; da die Unterhaltspflicht nicht in dem Zeitpunkt der Beischlafsvollziehung, sondern in dem Moment der Geburt des Kindes entsteht, so ist das zu dieser Zeit geltende persönliche Recht massgebend.

Zeitschrift Bd. 1 S. 304 ff.; ferner zu vgl. Bar, Theorie und Praxis Bd. I §§ 204 ff.; Böhm, räuml. Herrschaft S. 63 ff.

[3]) Motive zum I. Entw. des B. G.B. Bd. 4 S. 868, 871, 874, 895.

Ebenso wie bei der Unterhaltspflicht der Verwandten ist indess noch die Rücksichtnahme auf die Verminderung der Armenlast und auf die Natur der Unterhaltspflicht als einer rechtlich anerkannten sittlichen Pflicht geboten (S. 125). Es wird deshalb, wenn die Mutter des unehelichen Kindes zur Zeit der Geburt ihren Wohnsitz im Inlande hat und wenn gegen den unehelichen Vater ein Gerichtsstand im Inlande begründet ist, das inländische Recht, soweit es dem Kinde ein Mehr als das persönliche Recht des Vaters zuspricht, massgebend sein müssen.

Der Anspruch der Mutter eines unehelichen Kindes gegen dessen Vater wird von den Entw. des B. G.B. nicht als Unterhaltsanspruch, sondern als ein auf Billigkeits- und Zweckmässigkeitsgründen gegebener Ersatzanspruch charakterisirt (Mot. d. I. Entw. Bd. IV. S. 907.)

Die Regelung kann deshalb zweckmässig in der Art der in Ges.Entw. § 17 behandelten Schuldverhältnisse *ex lege* erfolgen, d. h. es bestimmt sich das massgebende Recht nach dem internationalen Privatrecht des gemeinschaftlichen Wohnsitzrechts und in Ermangelung eines solchen nach demjenigen des gemeinschaftlichen persönlichen Rechts der Betheiligten; ist auch das persönliche Recht nicht gemeinsam, so würde das am Orte des gepflogenen Beischlafs geltende internationale Privatrecht massgebend sein. Ist hiernach das deutsche internationale Privatrecht zur Entscheidung berufen, so würde auch materiell das deutsche Recht anzuwenden sein (vgl. Entsch. des Pr. Obertribunals vom 27. September 1875, Seufferts Archiv N. F. Bd. I. No. 196; Unger, System S. 189; Bornemann, Erörterung. S. 136).

Vormundschaftsrecht.

[Ges.Entw. § 28.]

1. Voraussetzungen des Eingreifens des inländischen Vormundschaftsgerichts.

Die Vormundschaft hat den Zweck, dem zur eigenen Vertretung Unfähigen einen gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen.

Das deutsche Recht nimmt das Recht und die Pflicht zur

Bestellung eines Vormundes für seine Angehörigen als Ausfluss der Staatshoheit in Anspruch. Dementsprechend ist auch bezüglich der Ausländer dasselbe Princip anzuerkennen und in erster Linie dem auswärtigen Staate die Fürsorge für seine in Deutschland befindlichen Schutzbedürftigen anheimzugeben. Wenn indess der Heimathstaat, dessen Gesetzgebung vielleicht die Fürsorge für seine im Auslande befindlichen Angehörigen den ausländischen Behörden überlässt, nicht in der Lage ist, einen Vormund zu bestellen, oder aber die Staatsangehörigkeit eines Fremden nicht mit Sicherheit zu ermitteln ist oder andere thatsächliche oder rechtliche Hindernisse für die Thätigkeit des Heimathstaates vorliegen, so kann sich der inländische Gesetzgeber der Fürsorge für den schutzbedürftigen Ausländer nicht entschlagen; er muss seine Behörden zur Aushülfe eintreten lassen.

Dieser Standpunkt, welcher sowohl dem bewährten Preussischen Vormundschaftsrecht[1]) als auch den Hamburger Beschlüssen des *Institut de droit international* von 1891, wie auch den Beschlüssen der Haager Konferenz von 1894 und der in der Literatur herrschenden Meinung[2]) entspricht, ist auch von dem II. Entw. des B. G.B. (§ 2259) angenommen worden; wenn indess dieser Entwurf die Bevormundung des Ausländers im Inlande davon abhängig macht, dass der Heimathstaat die Fürsorge ablehnt, so erscheint dies nicht praktisch, weil eine Ablehnungserklärung des Heimathstaates nicht immer zu erzielen sein wird, und weil hinsichtlich eines Schutzbedürftigen, welcher keinem Staate angehört, ein zur Ablehnung legitimirter Heimathstaat überhaupt nicht vorhanden ist.

Es wird deshalb in dem hier vorliegenden Ges.Entw. vorgeschlagen, dem Heimathstaate eine den Verhältnissen nach angemessene Zeit zur Bestellung einer Vormundschaft zu lassen und nach Ablauf der Frist die vormundschaftliche Fürsorge für die dauernd im Inlande befindlichen Ausländer in die Hand zu nehmen, vorbehaltlich der Pflicht der inländischen Behörde, die Vormundschaft an den Heimathstaat auf dessen Verlangen jederzeit abzugeben. Die Zulassung vorläufiger Massregeln zum Schutze der Person und des Vermögens des ausländischen Schutzbedürftigen ist nothwendig, sowohl bei dauernd als auch bei vorübergehend sich im Inlande aufhaltenden Ausländern; solche Massregeln, insonderheit auch die Anordnung einer Pflegschaft, müssen auch zulässig sein, wenn der Ausländer, ohne sich im Inlande aufzuhalten, Vermögen daselbst besitzt.

[1]) Preuss. Vormundschaftsordnung § 6. (Vrgl. Anh. No. 432 ff.)

[2]) Zu vgl. Bar, Theorie und Praxis Bd. 1 S. 208.

Für eine allgemeine Regelung der vormundschaftsbehördlichen Befugnisse der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertreter hinsichtlich ihrer im Inlande befindlichen vormundschaftsbedürftigen Angehörigen ist das bürgerliche Gesetzbuch nicht der geeignete Ort. Diese Frage eignet sich vielmehr zu vertragsmässiger Erledigung[3]) auf der Grundlage der Reciprocität, wenn auch nach der gegenwärtigen Lage der Reichsgesetzgebung den Reichskonsuln eine vormundschaftsbehördliche Thätigkeit noch nicht zugewiesen ist.

Die materiellen Voraussetzungen für die Einleitung und Beendigung einer Vormundschaft anlangend, so ist streitig, ob dieselben lediglich nach dem persönlichen Recht des zu Bevormundenden zu beurtheilen sind, oder ob im Inlande eine Vormundschaft nur anzuordnen und zu führen ist, wenn und so lange dies dem inländischen Gesetze entspricht.

Das *Institut de droit international* (Hamburg 1891) sowie die Haager Konferenz von 1894 haben die Frage in ersterem Sinne entschieden; Gebhard verlangt neben den Voraussetzungen des heimathlichen auch diejenigen des inländischen Rechts (§ 26).

Die Beschlüsse des Instituts und der Konferenz haben vom Standpunkt des Nationalitätsprincips die Folgerichtigkeit für sich. Indess liegt doch die Sache praktisch so, dass das inländische Vormundschaftsgericht zunächst zum Zwecke der Durchführung des inländischen Vormundschaftsrechts besteht, und dass die Mitwirkung anderer Behörden, insbesondere ihre Anzeigepflicht lediglich dem inländischen Vormundschaftsrechte angepasst ist; unter diesen Umständen würde es ein blosser Zufall sein, wenn ein Ausländer, der zwar nach heimathlichem, nicht aber nach inländischem Recht eines Vormunds bedarf, dem Gericht zur Bevormundung zugeführt würde; dieser Zustand ist wenig zu-

[3]) Zu vgl. die Deutschen Consularverträge mit Italien, Spanien, Griechenland, Serbien u. a. m. bei Böhm, Handbuch der internationalen Nachlassbehandlung 2, Aufl. S. 43.

friedenstellend. Es könnnte deshalb vielleicht als ein Vermittelungsvorschlag in Erwägung kommen, dass auf Ersuchen der ausländischen Behörden die Vormundschaft, welche lediglich nach ausländischem Rechte erforderlich ist, auch im Inlande geführt werden kann. Indess würde diese Regelung nur unter Berücksichtigung der Gegenseitigkeit durch Staatsverträge herbeizuführen sein. Der vorliegende Ges.Entw. geht davon aus, dass kein Grund vorliegt, den vormundschaftlichen Schutz eines Ausländers über dasjenige Mass hinaus zu gewähren, welches einerseits von dem inländischen Recht für die Inländer und andererseits von dem persönlichen Recht des Ausländers für diesen für ausreichend erachtet wird.

2. Errichtung der Vormundschaft im Inlande und Führung derselben.

Die Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts hat auf Grund des deutschen zwingenden Vormundschaftsrechts zu erfolgen; die auf Grund des deutschen Vormundschaftsrechts eingerichtete Vormundschaft kann auch nur in Gemässheit desselben Seitens des Vormundes geführt und Seitens des Gerichts beaufsichtigt werden.

3. Die durch die Vormundschaft veranlassten Rechtsverhältnisse.

Die Frage, nach welchem Recht die durch die Vormundschaft veranlassten Rechtsverhältnisse zu beurtheilen sind, bezieht sich auch auf Vormundschaften, welche im Auslande eingeleitet sind, wenn auf Grund derselben Ansprüche im Inlande (etwa den im Inlande wohnhaften Vormund gegenüber) geltend gemacht werden.

Das für die Beurtheilung dieser Rechtsverhältnisse massgebende Recht kann nur von demjenigen Rechte bestimmt werden, welches für die Vormundschaftsbehörde gilt. Würde etwa aus Art. 9 des italienischen *codice civile* (Anh. No. 280) zu entnehmen sein, dass das Verhältnis des in Italien bestellten Vormundes zu seinem Mündel nach dem nationalen Recht zu beurtheilen ist, wenn beide demselben Staate angehören, so müsste auch, wenn der Anspruch aus der Vormundschaftsführung vor inländischen Gerichten anhängig wird, naturgemäss dieses Recht massgebend bleiben.

Für das deutsche internationale Privatrecht, d. h. also für die in Deutschland bestellten Vormundschaften ergiebt sich die Beurtheilung nach deutschem Recht aus dem zu 2. Gesagten.

4. Die extraterritoriale Anerkennung der Vormundschaft.

Da nach dem zu 1. Ausgeführten der Heimathstaat in erster Linie berechtigt und verpflichtet ist, für den vormundschaftlichen Schutz seiner Angehörigen zu sorgen, so ergiebt sich hieraus, dass die von dem Heimathstaat angeordnete Vormundschaft im Inlande anzuerkennen ist, und dass über die Rechtsbeständigkeit einer ansserhalb des Heimathstaates eingeleiteten Vormundschaft das internationale Privatrecht des persönlichen Rechts entscheidet.

Für die über einen Deutschen im Auslande eingeleitete Vormundschaft haben die für die Bevormundung von Ausländern im Inlande gegebenen Vorschriften entsprechende Anwendung zu finden; es wird demnach die Vormundschaft anzuerkennen sein, wenn das inländische Gericht trotz erhaltener Anzeige eine Vormundschaft nicht bestellt hat. Ebenso kann es einem Bedenken nicht unterliegen, die im Interesse des Mündels entwickelte vorläufige Thätigkeit des ausländischen Vormundschaftsgerichts gelten zu lassen.

Ueber die auf Grund der *lex rei sitae* eingeleitete Vormundschaft vgl. S. 143.

5. Der Umfang der Vormundschaft.

Aus der Natur der Vormundschaft folgt, dass der Umfang der Vertretungsbefugnis des Vormundes sich nach demjenigen Rechte zu bestimmen hat, auf welchem die Vormundschaft überhaupt beruht, d. i. dem für die Vormundschaftsbehörde massgebenden, bezw. von diesem als massgebend bezeichneten Rechte.

Die so bestimmte Vertretungsmacht findet indess eine Grenze an der *lex rei sitae* von Vermögensgegenständen, welche dieser vormundschaftlichen Einwirkung eine Grenze zieht.[4])

Dem deutschen Recht sind solche Grenzen für eine auswärtige Vormundschaft nicht bekannt.

6. Oertliche Zuständigkeit.

Die örtliche Zuständigkeit des inländischen Vormundschaftsgerichts hinsichtlich der Ausländer ist in dem — nach Mot. zum

[4]) Bar, I. § 208 und unten S 143.

I. Entw. des bürgerl. Gesetzb. Bd. IV. S. 1008 — in Aussicht genommenen besonderen Reichsgesetze zu regeln.

Entmündigung und Wiederaufhebung derselben.

[Ges.Entw. §§ 29, 30.]

Die Entmündigung, durch welche ein Bevormundungsgrund geschaffen wird, erfolgt ebenso wie die Bevormundung selbst zunächst ausschliesslich im Interesse des zu Entmündigenden und seiner Angehörigen. Hieraus ergiebt sich die gleichartige Behandlung des Entmündigungs- und des Vormundschaftsrechts.

Die Wirkung der Entmündigung eines Ausländers auf seine Geschäftsfähigkeit ist für das vermögensrechtliche Gebiet in § 13 des Ges.Entw. geregelt.

Die Frage, ob die Entmündigung eines Ausländers zulässig ist, wird fast allgemein, insonderheit auch durch den II. Entwurf des B.G.B. (§ 2239 Anh. No. 445.) bejaht.[1]) Die Kommission hat sich für die Zulassung entschieden, weil ein nicht abzuweisendes praktisches Bedürfnis vorliege. (Prot. S. 8217.)

Zweckmässig erscheint eine vertragsmässige internationale Regelung, wie solche zwischen Russland und Oesterreich besteht und die dahin geht, dass die in Oesterreich unter Zuziehung eines russischen Botschafts- oder Konsulardelegirten ausgesprochene Entmündigung eines Russen auch für Russland wirksam ist (Jettel S. 62; vgl. auch die Preuss. A. V. vom 11. Dezember 1860 J.M.Bl. S. 459. *Ueber Zuziehung russischer Gesandtschafts- oder Konsulardelegirter zu den Entmündigungsverhandlungen gegen russische Unterthanen).*

Im Uebrigen ergeben sich die Gründe der vorgeschlagenen Regelung aus den für das Vormundschaftsrecht gegebenen Motiven.

Die Wirkungen der Entmündigung haben sich nach dem Recht des die Entmündigung aussprechenden Gerichts zu bestimmen, da dieses Recht als die Grundlage für das Verfahren überhaupt, dessen Zweck und Wirkungen bestimmen muss.

Zum Schutze gutgläubiger Dritter ist zu fordern, dass die Berücksichtigung einer im Auslande erfolgten Entmündigung hinsichtlich der Verkehrsgeschäfte nur stattfindet, wenn den inländischen Vorschriften über die Veröffentlichung Genüge geschehen ist. Dies entspricht dem in Preussen geltenden Rechte. (Entsch. des Kammergerichts XI. Civil-Senats vom 9. März 1894, abgedruckt in den Blättern für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts 1894 S. 91 ff.)

[1]) Vgl. Wilmowski und Levy Civilprozessordnung Note 1 zu § 594.

Erbrecht.

[Ges.Entw. § 31, § 31a.]

1. Das Princip.

Für die deutsche Rechtswissenschaft und Rechtsprechung besteht darüber kein Streit mehr,[1]) dass auch für das internationale Privatrecht von der dem bürgerlichen Rechte innewohnenden Auffassung des Erbrechts als einer Universalsuccession auszugehen ist.

Der Grundsatz der Einheit des Nachlasses führt zunächst zur Ablehnung des durch die Sätze: „*Quot sunt bona diversis territoriis obnoxia, totidem patrimonia intelliguntur*“ oder „*Tot hereditates, quot regiones*“ gekennzeichneten Princips, mag dasselbe auf Mobiliar- und Immobiliarnachlass erstreckt oder nur auf den letzteren eingeschränkt werden.

Wenn auch in dem deutsch-russischen Konsularvertrage vom 12. November/31. October 1874 (Art. 10 Anh. No. 469.) die Trennung des Mobiliar- und Immobiliarnachlasses durchgeführt ist, so kann hierin dennoch nicht eine reichsrechtliche Anerkennung dieses Princips als eines gesetzgeberisch zu billigenden gefunden werden; diese Regelung ist offenbar auf Verlangen Russlands eingetreten; es gilt als absolutes russisches Princip, dass auf russische Grundstücke nur russisches Erbrecht Anwendung finden könne.[2]) Das Princip der Einheit der Erbschaft findet sich denn auch in anderen Konsularverträgen des deutschen Reiches anerkannt, so

[1]) Savigny, S. 302; im übrigen kann auf die von Böhm, Handbuch S. 32 Note 6 u. 7 gegebene Uebersicht der diese Frage betreffenden Literatur und Judikatur verwiesen werden.

[2]) In diesem Sinne äusserte sich der russische Delegirte Martens auf der Haager Konferenz von 1894 (Actes S. 118 a. E.). Ferner zu vgl. die Regelung der erbrechtlichen Kollision im Privatrecht der russischen Ostseeprovinzen Anh. No. 468.

in denjenigen mit Griechenland vom 26. November 1881, Serbien vom 6. Januar 1883 und der Südafrikanischen Republik vom 22. Januar 1885.

Wird von der Einheit des Nachlasses als dem grundlegenden Princip ausgegangen, so kommen für die Wahl des massgebenden Rechts das Wohnsitzrecht und das Heimathrecht in Frage. Die diesbezügliche Entscheidung ist nicht immer davon abhängig gemacht, welches Recht als das persönliche Recht überhaupt zu Grunde gelegt wurde. So hat das Sächsische bürgerliche Gesetzbuch zwar für das persönliche Recht überhaupt sich dem Heimathsprincip zugewendet, während es für das Erbrecht das Recht des letzten Wohnsitzes als massgebend bezeichnet. (Art. 17 Anh. No. 450.)

Diese Entscheidung beruht offenbar auf der Berücksichtigung des vermuthlichen wirklichen Willens des Erblassers.

Nach den oben (S. 39) für das persönliche Recht überhaupt gemachten Ausführungen ist indess nur zuzugeben, dass der im Auslande Wohnende sich lediglich für seine laufenden Geschäfte dem Wohnsitzrechte habe unterwerfen wollen, während er im Uebrigen, so lange er seine Staatsangehörigkeit beibehält, sich von dem Rechte seiner Heimath beherrscht erachtet.

Wenn somit die Geltung des Nationalgesetzes auch für das Erbrecht in Vorschlag gebracht wird, so geschieht dies in Uebereinstimmung nicht nur mit den von Mommsen und Gebhard aufgestellten Entwürfen und mit der Bar'schen Beurtheilung (Theorie und Praxis § 362, Lehrbuch S. 159), sondern auch mit den Beschlüssen des *Institut de droit international (Oxford 1880 Art. 8)* und denen der Haager Konferenz von 1894. Anh. No. 452 ff.

Nach der Anlage des vorliegenden Entwurfs ist somit das persönliche Recht des Erblassers, und zwar das für ihn im Momente des Todes geltende, dasjenige, welches den Erbfall beherrscht und also zunächst das für die materielle Beurtheilung desselben maassgebende Recht bestimmt.

Diese Lösung der Kollision erstreckt sich auf das ganze Erbrecht, d. h. auf alle diejenigen Thatbestände, welche in dem 5. Buch des bürgerl. Gesetzbuches ihre ausdrückliche oder stillschweigende Erledigung finden, und betrifft andererseits nicht diejenigen Fragen, welche zwar bei Gelegenheit des Erbfalls hervortreten, aber ihrer Natur nach nicht erbrechtliche sind, wie

z. B. die Frage, ob eine Ehe besteht, ein Kind ehelich ist u. s. w.[3]) Für solche Fragen sind die für diese Thatbestände aufgestellten Bestimmungen massgebend (vgl. S. 24 a. E.).

Aus dem angenommenen Principe ergeben sich die beiden Sätze, dass das für die Beurtheilung eines Erbfalls massgebende Recht, durch das internationale Privatrecht des für den Erblasser zur Zeit seines Todes massgebenden persönlichen Rechts bestimmt wird, und dass das inländische Recht hierfür massgebend ist, wenn der Erblasser im Augenblicke des Todes inländisches Recht als sein persönliches hatte.

2. Einzelheiten.

In Anwendung der vorstehenden Sätze in Verbindung mit der Vorschrift des § 11 des Ges.Entw. würde die Formgiltigkeit letztwilliger Verfügungen eines Ausländers in Gemässheit des nach dem internationalen Privatrecht seines persönlichen Rechts massgebenden Gesetzes und die Formgiltigkeit der letztwilligen Verfügungen eines Deutschen nach deutschem Rechte zu beurtheilen sein.

Der erste Satz ist unbedenklich, er entspricht der Auffassung, dass der Erblasser sein Haus im Hinblick auf sein persönliches Recht bestellt. Die ausschliessliche Beurtheilung der letztwilligen Verfügung eines Deutschen nach deutschem Recht widerspricht dem auf dem Gebiete der Rechtsgeschäfte von Todeswegen besonders wichtigen Satze *locus regit actum.* Vergl. S. 68 ff.

Das Erbrecht des II. Entwurfs d. B.G.B. verlangt die gerichtliche oder notarielle Form für:

1. die Errichtung und den Widerruf eines Testaments in ordentlicher Form (§§ 2049, 2121);
2. den (auf Erbeinsetzung, Anordnung von Vermächtnissen oder Auflagen gerichteten) Erbvertrag, sowie die vertragsmässige Aufhebung desselben (§§ 1818, 2143, 2156);
3. die Schenkung auf den Todesfall (§ 2167);
4. den Erbverzichtsvertrag (hinsichtlich der gesetzlichen Erb-

[3]) Zweifelhaft kann zuweilen die Frage sein, ob der Anspruch auf den Nachlass des erstverstorbenen Ehegatten aus erbrechtlichem Fundament oder auf Grund des fortwirkenden ehelichen Güterrechts gegeben ist; vgl. Savigny S. 336.

folge) und den auf Aufhebung des Erbverzichts gerichteten Vertrag (§§ 2213, 2216);

5. den Erbverzichtsvertrag (zwischen dem Erblasser und seinem Testamentserben, Vermächtnissnehmer oder Vertragserben) (§ 2217);
6. die Erklärung, durch welche der Erblasser seinen Rücktritt vom Erbvertrage bewirkt (gerichtliche oder notarielle Beurkundung) (§ 2162).

Diese Formvorschriften sind zweifellos als das Mindestmaass dessen anzusehen, was der Gesetzgeber zur Feststellung des Vorhandenseins und der Ernstlichkeit des Willens des Erblassers unter normalen Verhältnissen für erforderlich erachtet; dieselben bedeuten eine erhebliche Milderung der Form gegenüber der nach bisherigem Recht vielfach (z. B. im Gebiete des Preuss. Allgem. Landrechts) obligatorisch erforderten gerichtlichen Form.

Dem Satze *locus regit actum* ist in § 11 des vorliegenden Ges.Entw. insoweit Rechnung getragen, als hinsichtlich der nach deutschem Rechte zu beurtheilenden Rechtsgeschäfte, für welche die gerichtliche oder notarielle Form erfordert wird, die Zuständigkeit der Behörden und das Verfahren sich nach dem am Orte der Errichtung für die Aufnahme öffentlicher Urkunden geltenden Vorschriften bestimmt.

Durch diese Bestimmung ist ermöglicht, da alle Staaten öffentliche Urkunden kennen, überall unter normalen Verhältnissen die formalisirten Rechtsgeschäfte des Erbrechts vorzunehmen. Für die besonderen Fälle ist von den Entw. d. B.G.B. die ausserordentliche Testamentsform mit zeitlicher Beschränkung der Giltigkeit zugelassen. II. Entw. §§ 2113 ff. Insonderheit ist für die Testamentserrichtung während einer Seereise (§ 2115) die Errichtung des Testaments durch eine unter Angabe des Ortes und Tages der Ausstellung eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung, oder durch mündliche Erklärung zu Protokoll vor drei Zeugen zugelassen.

Will man, um allen Möglichkeiten zu begegnen, solche nicht formalisirten Testamente für die im Auslande befindlichen Deutschen zulassen, so sprechen dieselben Gründe gegen die dauernde Anerkennung eines solchen Testaments, welche zu der zeitlichen Beschränkung der Giltigkeit bei der ausserordentlichen Inlandsform geführt haben.

Wenn in den Protokollen der Kommission für die II. Lesung des Entwurfs (S. 8296) gegen die zeitlich beschränkte Giltigkeit solcher in ausländischer Form errichteten Testamente auf die mangelnde Rechtskenntnis weiter Kreise, die um so entschuldbarer sei, als der Erblasser sein Testament im Ausland als regelrechtes, nicht in ausserordentlicher Form und unter ausserordentlichen Umständen gemacht habe, und ferner auf die thatsächlichen Schwierigkeiten hingewiesen wird, welche darin beständen, dass Jemand, der nach längerem Verweilen im Auslande seinen Wohnsitz wieder im Inlande aufschlage, oft noch nicht wisse, ob er nun dauernd dort bleiben werde, dass ihn zunächst dringendere Geschäfte in Anspruch nähmen, dass er häufig auch nicht darüber klar sein werde, ob er noch die deutsche Staatsangehörigkeit besitze, so muss diesen Erwägungen gegenüber betont werden, dass dieselben sich im Widerspruch mit den Anschauungen befinden, welche, wie oben (S. 38 ff.) dargelegt ist, zur Wahl des nationalen Rechts als des persönlichen Rechts führen.

Wenn die Geltung des deutschen Rechts als des persönlichen im Wesentlichen auch damit gerechtfertigt wird, dass die Deutschen im Auslande sich als Deutsche fühlen und namentlich in ihren Familienbeziehungen, wozu die Verhältnisse des Erbrechts zu zählen sind, sich als dem deutschen Recht unterworfen erachten, so wird, wenn diese Anschauung zutreffend ist, die im Auslande erfolgte Testamentserrichtung immer als unter ausserordentlichen Umständen erfolgt angesehen werden, und der aus dem Auslande zurückkehrende Deutsche wird die Prüfung der Rechtsgültigkeit seines Testaments auf Grund des deutschen Rechts für nothwendig erachten und hierzu auch innerhalb einer vom Gesetz verordneten angemessenen Frist Zeit finden.

Dem Satze *locus regit actum* ist auch von der Haager Konferenz von 1894 (V. Art. 3. Anh. No. 482) die Einschränkung hinzugefügt worden: „Wenn indess das Nationalgesetz des Verfügenden als wesentliches Erfordernis der Testamente oder der Schenkungen von Todeswegen die beglaubigte oder holographische oder eine andere bestimmte Form vorschreibt, so können dieselben in einer anderen Form nicht errichtet worden."

Bar endlich konstatirt die gewohnheitsrechtliche Geltung der Regel *locus regit actum* in dem Sinne, dass die Beobachtung der *lex loci actus* oder die Beobachtung der *lex domicilii* genügt, vor-

ausgesetzt, dass der Wille des Erblassers, zu testiren, nicht zweifelhaft ist.

Gerade die Zweifelhaftigkeit, ob ein sich im Nachlass des Erblassers befindlicher Aufsatz als wirksames Testament gelten soll, oder ob in ihm nur der Entwurf eines solchen zu sehen ist, steht der Zulassung des holographischen Testaments neben anderen schwerwiegenden Bedenken entgegen.[4])

In den Beschlüssen der Haager Konferenz wird vorgeschlagen, die Beschränkungen des Willens des Erblassers, insbesondere hinsichtlich der Zuwendungen an gewisse Personen, nach dem Nationalgesetze des Erblassers, hingegen die Fähigkeit des Bedachten zum Erwerbe der Zuwendungen nach dessen Nationalgesetz zu beurtheilen (V. Art. 5 und 6). Anh. No. 460.

Gegen den ersten Vorschlag ist nichts einzuwenden, er ist eine Konsequenz der Unterstellung des gesammten Erbfalls unter das persönliche Recht des Erblassers; insoweit von französischen und belgischen Schriftstellern[5]) mit Recht in gewissen erbrechtlichen Beschränkungen (wie z. B. *Les docteurs en médecine . . . ne pourront pas profiter des dispositions*) nicht eine Beschränkung des Erblassers, sondern eine Beschränkung des Bedachten gefunden wird, würden diese Fälle zu den in dem zweiten Vorschlage geregelten gehören. Wenn als einziger Grund für diesen die Fähigkeit des Bedachten betreffenden Vorschlag der Konferenz (*Actes* S. 126 No. 5 Abs. 2) die übereinstimmende Meinung der Schriftsteller angegeben wird, so kann für den Standpunkt des vorliegenden Entwurfs, welcher sich für das, den Erbfall überhaupt beherrschende Recht entscheidet und oben S. 60 f. dargelegt ist, auf Bar (I § 367) und Jettel (S. 65.) Bezug genommen werden.

Die Haager Konferenz (V. Art. 7) schlägt vor, dass der Antritt der Erbschaft mit der Rechtswohlthat des Inventars sowie die Ausschlagung der Erbschaft sich in Ansehung der Form nach dem Gesetze des Ortes, an welchem die Eröffnung der Erbschaft erfolgt ist, d. i. des letzten Wohnsitzes des Erblassers richten solle. Es wird erwogen (Actes, S. 126 No. 7), dass zwar vom Standpunkte des Berufenen das den Erbfall beherrschende Recht massgebend sei, dass aber im Interesse der Erbschaftsgläubiger der gemachte Vorschlag zu empfehlen sei.

[4]) Motive zum I. Entw. d. B.G.B. Bd. 5 S. 257 f.

[5]) Vgl. Bar, Theorie und Praxis Bd. 2 § 374 Note 38.

Diese Meinung entspricht dem von Laurent in seinem *Droit civil international privé Bd. VI. No. 377/78* vertheidigten Standpunkt.

In der heutigen Judikatur ist eine andere Auffassung vertreten.

Das Oberlandesgericht Kiel führt in einem Urtheil vom 23. October 1884 (abgedruckt in Seufferts Archiv Bd. 40 S. 257) aus:

> Die Bestimmungen über Delation und Erwerb einer Erbschaft richten sich nach dem Rechte des Ortes, wo die Erbschaft eröffnet ist. Wenn aber nach diesem Rechte ein Ausländer oder der Bewohner eines fremden Rechtsgebiets zur Erbschaft berufen wird, so kann es sich für einen solchen in erster Linie immer nur um die Befugnis zum Erwerb der Erbschaft handeln; eine Pflicht zur Antretung mit entsprechendem Zwang, die etwa am Domizil des Erblassers für Ausschlagung des Nachlasses geltenden Vorschriften zu erfüllen, widrigenfalls der Berufene auch wider seinen Willen als gebunden zu erachten, ist undenkbar, solange derselbe sich nicht durch Handlungen, welche eine Einmischung in den Nachlass enthalten, oder auf sonst eine Weise zuvor unter die Herrschaft des fremden Rechtes begeben hat. Es würde dies dem Grundsatze von der Territorialität des Rechtes und dem Princip des internationalen Rechts widersprechen, dass Inländer, welche sich im Inlande aufhalten, durch ausländische Gesetze ohne ihr Zuthun nicht verpflichtet werden können.

Diesen Standpunkt theilen Bar (II. § 362; Lehrbuch S. 165) und Böhm (Handbuch der internationalen Nachlassbehandlung 2. Aufl. S. 41).

Die beiden soeben wiedergegebenen Auffassungen bedeuten Abweichungen von der sich aus dem Satze, dass der Erbfall nach dem nationalen Rechte des Erblassers zu beurtheilen ist, sich ergebenden Konsequenz. Folgerichtig müsste auch die Frage der Haftung der durch dieses Recht berufenen Erben nach demselben beurtheilt werden, und da diese Beurtheilung auf Grund der Vorschrift des inländischen internationalen Privatrechts nach dem nationalen Rechte des Erblassers erfolgen würde, so wird man die Begründuug des Kieler Oberlandgerichts nicht gelten lassen können, welche auf der Annahme beruht, dass der Inländer durch ausländische Gesetze verpflichtet werde. Der deutsche Richter wendet das ausländische Recht auf Grund des deutschen Rechts an und der Inländer hätte wegen dieser Bestimmung des deutschen Rechts das ausländische Gesetz befolgen müssen, um sich vor der Schuldenhaftung zu schützen.

Dennoch ist es nicht angängig, dass der Gesetzgeber diese Konsequenz zieht, und seine Angehörigen in die Gefahr bringt, von den inländischen Gerichten in Folge Nichtbeachtung der von dem ausländischen Rechte vorgeschriebenen Fristen und Formen als Erben mit unbeschränkter Haftung verurtheilt zu werden, während er selbst,wie dies in § 1868 des II. Entw. des B.G.B. geschieht, die Haftung nur eintreten lässt, wenn der Erbe nicht trotz Aufforderung des Nachlassgerichts innerhalb einer ihm gesetzten Frist ein Inventar legt.

Der nothwendige Schutz kann sich indess nur auf solche Erben erstrecken, welche weder durch Antretung der Erbschaft noch durch Einmischung in dieselbe ihre Erbenqualität bethätigt haben; denn wer die Geltung des ausländischen Erbrechts für sich in Anspruch nimmt, muss konsequenterweise dasselbe auch gegen sich gelten lassen.

Anders steht der Erbe, welcher sich dem Erbfall gegenüber völlig unthätig verhalten hat; diesem muss wenigstens derjenige Schutz zu Theil werden, welchen ein nach inländischem Rechte berufener Erbe geniesst, d. h. eine Inventarfrist kann ihm nur laufen, wenn sie ihm gesetzt ist; darüber hinaus aber wird noch verlangt werden müssen, dass auch die für eine Erklärung über die Aussschlagung der Erbschaft vorgeschriebene Frist erst zu laufen beginnt, nachdem der inländische Erbe von der Nachlassbehörde zur Erklärung unter Fristsetzung aufgefordert ist, da dem Inländer die Kenntnis des ausländischen Erbrechts nicht zugemuthet werden kann.

Andererseits muss von dem Erben verlangt werden, dass er nach erhaltener Aufforderung seine Erklärung über Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft zur Vermeidung von Nachtheilen abgiebt.

Die für diese Erklärung vorgeschriebenen Formen sind in verschiedenen Rechten verschieden; in Frankreich z. B. (*code civil Art. 784*) soll die Erklärung *an greffe du tribunal de première instance, dans l'arrondissement duquel la succession est ouverte* abgegeben werden; natürlich kann von dem Inländer nicht verlangt werden, dass er sich auf dieses Gericht zur Abgabe seiner Erklärung begebe; es muss vielmehr stets genügen, wenn die Erklärung in öffentlich beglaubigter Form der Nachlassbehörde übersandt wird.

Regelt der Gesetzgeber für den Inländer die Frage der Haftung für Nachlassschulden, so muss er die sich in demselben Umfange haltende Regelung jedes anderen Gesetzgebers hinsichtlich dessen Unterthanen anerkennen.

Schliesslich ist als Konsequenz der obigen Ausführungen noch die Aufnahme einer Bestimmung geboten, dass die Ausschlagungsfrist aus § 1821 des II. Entw. des B.G.B. einem Ausländer gegenüber erst zu laufen beginnt, nachdem sie ihm durch das Nachlassgericht gesetzt worden ist.

Ein weiterer das Erbrecht des Fiscus betreffender Vorschlag der Konferenz (*Actes* S. 127 No. 9), dass der Nachlass dem Staate, in dessen Gebiete er sich befindet, nur dann zufallen solle, wenn nach dem persönlichen Rechte des Erblassers ein Erbberechtigter nicht vorhanden ist, geht von dem in Deutschland allgemein — insbesondere auch von dem II. Entw. des B.G.B. § 1813 — abgelehnten Standpunkt aus, dass der Staat auf Grund eines Occupationsrechtes — und nicht eines Erbrechts — den Nachlass an sich nehme.[6]) Diese Frage wird, bis sie durch Staatsverträge ihre Regelung gefunden haben wird, nur nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit behandelt werden können.[7])

Besondere Berücksichtigung erfordert der Fall, dass der Erblasser in der Zeit zwischen der Vornahme eines Rechtsgeschäftes von Todeswegen und seinem Ableben einen Wechsel seines persönlichen Rechts bewirkt hat und unter der Geltung des inländischen Rechts als seines persönlichen verstirbt.

Bezüglich des wechselseitigen Erbvertrages will Bar (Theorie und Praxis § 380) das persönliche Recht des erst Versterbenden zur Zeit des Todes auf alle Beziehungen angewendet wissen, obwohl alsdann die Möglichkeit gegeben sei, durch Aenderung des Personalstatuts einen anfangs gültigen Erbvertrag ungültig oder doch anfechtbar zu machen, wenn das neue persönliche Recht Erbverträge durchaus verwerfe oder den Notherben weitergehende Anfechtungsrechte gewähre; wenn Bar seinen Standpunkt damit begründet, dass die Freiheit der Aenderung des Wohnortes, der Auswanderung, und des Wechsels der Staatsangehörigkeit durch einen Erbvertrag, der immerhin als ein

[6]) Motive zum I. Entw. Bd. 5 S. 378 § 1974.

[7]) Vgl Art. 39 des Vertrags zwischen Deutschland und Brasilien vom 10. Januar 1882.

ganz sicheres Vermögensrecht sich nicht darstelle, nicht beeinträchtigt werden dürfe, so übersieht er, dass diese Freiheit nicht in Frage gestellt werden soll, dass es sich vielmehr umgekehrt darum handelt, die Wirkung der Aenderung des persönlichen Rechts auf den Erbvertrag festzustellen.

Gebhard will das Recht des Erblassers zur Zeit der Errichtung des Erbvertrages anwenden, indess das Pflichttheilsrecht nach dem zur Zeit des Todes für den Erblasser geltenden persönlichen Recht beurtheilen (§ 29).

Mit letzterem Vorschlage stimmen wohl auch die Motive des I. Entw. des B.G.B. Bd. V. S. 325 überein, wenn sie sagen, es verstehe sich von selbst, dass das Anfechtungsrecht der Pflichttheilsberechtigten nicht davon abhänge, ob sie diese Eigenschaft schon vor dem Abschluss des Erbvertrages oder erst nachher erlangt haben.

Die Vertragsnatur des Erbvertrages erfordert, dass die Beurtheilung desselben, was Zulässigkeit, Form und Inhalt anlangt, nach dem zur Zeit des Abschlusses massgebenden Recht erfolgt. Danach würde ein diesem Recht nicht entsprechender Erbvertrag hinfällig sein, auch wenn er dem später geltenden Recht genügt. Das später für den Erblasser in Geltung getretene Recht wird dem seiner Zeit gültig zu Stande gekommenen Erbvertrage nur insoweit entgegenstehen, als derselbe mit zwingenden Vorschriften in Widerspruch tritt; hierzu gehören aber in hervorragendem Masse die Vorschriften über das Pflichttheilsrecht.

Handelt es sich um eine einseitige letztwillige Verfügung, so muss dieselbe unwirksam bleiben, wenn sie zur Zeit der Errichtung ungültig war (vgl. Beschlüsse der Haager Konferenz Art. 4); war die letztwillige Verfügung zwar nach dem zur Zeit der Errichtung massgebenden Recht gültig, entspricht sie aber nicht dem zur Zeit des Todes geltenden Recht, so muss die Entscheidung darüber, welchen Einfluss der Wechsel des persönlichen Rechts auf die Gültigkeit des Testaments hat, naturgemäss nach dem neuen persönlichen Recht erfolgen, da nur dieses die Wirkungen seiner Annahme festsetzen kann. Gebhard will das zur Zeit der Errichtung geltende Recht entscheiden lassen. Hiergegen bestehen indess Bedenken. Der Satz „*Ambulatoria est voluntas hominis usque ad extremum*“ erscheint besonders beachtenswerth, wenn der Erblasser zwischen der Zeit der Testamentserrichtung und dem Tode eine die ganze Persönlichkeit so erfassende Veränderung erlitten hat, wie solche der Wechsel der Staatsangehörigkeit mit sich bringt. Es wird deshalb nicht jedes im Nachlass befindliche Schriftstück, welches vielleicht ein nach früherem Rechte gültiges holographisches Testament darstellt, als wirkliches Testament angesprochen werden können. Nach dem Vorgange des Publikationspatents zum A.L.R. vom 9. September 1814 wird deshalb in Vorschlag gebracht, einem formalisirten Testamente seine frühere Formgültigkeit zu belassen, indess dem mündlichen oder holographischen, ohne eine weitere Form bisher gültig gewesenen Testamente nach Ablauf einer zuzubilligenden Frist die Rechtsbeständigkeit zu nehmen. Die Frist von einem Jahre und ihre Hemmung für den Fall der Behinderung des Erblassers entspricht sowohl den Bestimmungen des Publikationspatents von 1814 als auch den Bestimmungen des II. Entw. §§ 2116. 2118.

Die Einwirkung der lex rei sitae auf das Familiengüterrecht, die vormundschaftliche Verwaltung und das Erbrecht.

[Ges.Entw. § 32.]

Das bürgerliche Gesetzbuch geht von der Einheitlichkeit des dem ehelichen Güterrecht, dem elterlichen Niessbrauchs- und Verwaltungsrechte, sowie der vormundschaftlichen Verwaltung unterworfenen Vermögens und von dem Charakter des Erbrechts als einer Universalsuccesion in das als Einheit gedachte Vermögen des Erblassers aus.

Dementsprechend ist auch bei Regelung des diese Rechtsverhältnisse betreffenden internationalen Privatrechts zunächst auf die für das Gesammtvermögen angemessene Lösung der Kollisionen Bedacht genommen worden.

Es sind indess noch Fälle zu berücksichtigen, bei welchen die Zugrundelegung der Einheit des Vermögens durch die Macht der Thatsachen ausgeschlossen ist, weil die *lex rei sitae* des Vermögens oder einzelner Vermögensgegenstände, insonderheit für Immobilien, zwingende Vorschriften enthält, welche die Geltung des nach deutschem internationalen Privatrecht zuständigen

Rechts ausschliessen; in solchen Fällen muss der Natur der Sache nach mit Rücksicht auf die territoriale Souveränität und auf die Unmittelbarkeit ihrer Einwirkung der *lex rei sitae* der Vorrang eingeräumt werden.

Die Einwirkungen können sehr verschiedener Art sein; es würde die inländische Fideikommisserbfolge oder das Anerbenrecht dem persönlichen Recht des Erblassers vorzugehen haben; es würde (auch ohne Anerkennung dieses Rechtszustandes im Deutsch-Russischen Konsularvertrage) die Erbfolge in russische Grundstücke nur nach russischem Erbrecht, welches ausschliesslich herrschen will, zu beurtheilen sein.

Es würde der nach dem persönlichen Recht des Mündels bestellte Vormund, welcher nach dem für diese Vormundschaft massgebenden Rechte zur Vertretung des Mündels überall befugt ist, von dieser Befugniss keinen Gebrauch machen können, wenn, wie dies in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (vgl. Bar, Theorie und Praxis § 208 Note 7) der Fall ist, die *lex rei sitae* die Bestellung eines Vormundes nach ihrem Rechte verlangt.

Diese durch die Natur der Sache gebotene Einschränkung der Kollisionsnormen zu Gunsten der *lex rei sitae* ist nach dem Vorgange von Mommsen und Gebhard in dem § 32 zum Ausdrucke gebracht. (Anh. No. 489 ff.)

Gewillkürte Anwendung ausländischen Rechts.[1]

Der Gebhard'sche Entwurf hebt in § 34 hervor, dass, soweit es sich um Rechtsverhältnisse handelt, die durch die Willkür der Betheiligten bestimmt werden können, es den letzteren gestattet sein solle, festzusetzen, dass statt des an sich massgebenden Rechts ein anderes Recht zur Anwendung komme.

Eine solche Vorschrift ist zu entbehren, da Mangels eines Verbots, die Zulässigkeit einer vertragsmässigen Anwendung fremden Rechts sich von selbst ergiebt; zumal aus dem von dem II. Entw. des B.G.B. aufgenommenen ausdrücklichen Verbot (§ 1332), das eheliche Güterrecht durch Verweisung auf ein fremdes Recht zu bestimmen, die Zulässigkeit solcher Verweisung im Uebrigen beim Mangel eines Verbotes entnommen werden kann.

[1]) Vergl. Anh. No. 493 ff.

Grenzen der Anwendung ausländischen Rechts.

[Ges.Ent. § 33.]

Bereits oben (S. 21) ist betont, dass der Gesetzgeber auf Grund seiner Souveränität die Grenzen zu ziehen hat, inwieweit und unter welchen Umständen er die durch die Natur der Sache geforderte Anwendung ausländischen Rechts als seinen Staatszwecken und Rechtsanschauungen zuwiderlaufend oder aus Erwägungen politischer Natur etwa ausschliessen will.

Die Mehrzahl der gesetzlichen Bestimmungen und Vorschläge (Anh. No. 58 ff) schliessen die Anwendung ausländischen Rechts aus, wenn diese Anwendung nach dem Zwecke und der Vorschrift oder nach dem Geiste des inländischen Rechtes ausgeschlossen ist oder mit dem öffentlichen oder Strafrecht, der Moral, den guten Sitten oder mit dem *ordre public* oder dem *ordre social* (wozu Laurent auch die Verjährungsvorschriften zählt) in Widerspruch steht, oder wenn sie nur ein Vorrecht für die Ausländer bilden würde. Bar will nicht unter allen Umständen ausländisches Recht, welches mit unseren rechtlichen und sittlichen Auffassungen in Widerspruch steht, von der Anwendung ausschliessen, sondern nur insoweit als die Wirkung des fraglichen Rechtssatzes oder Rechtsverhältnisses, welche im Bereich unserer Rechtsordnung zu Tage tritt, in Widerspruch steht mit unseren zwingenden Rechtsvorschriften oder mit den bei uns herrschenden sittlichen Grundsätzen (Theorie und Praxis § 36, ebenso Jettel S. 9). Es wird darauf hingewiesen, dass der Grundsatz, dass fremdes Recht nicht anzuwenden sei, wenn dasselbe mit inländischen Prohibitivgesetzen in Widerspruch stehe, nicht zu einer Negation des Bestandes dieser fremden Normen und der darin begründeten Rechtsverhältnisse führen könne. Der Bestand der von einem Mohamedaner in der Türkei eingegangenen zweiten oder dritten Ehe werde nicht gänzlich ignorirt, und beispielsweise der aus einer solchen Ehe hervorgegangene Sohn nicht ohne Weiteres als illegitim und zur gesetzlichen Erbfolge nicht berufen, angesehen werden können. Die Ausschliessung des fremden Rechts mit Rücksicht auf einheimische Prohibitivgesetze werde also nur soweit zu gehen haben, dass der Richter zur Durchsetzung eines von der einheimischen Gesetzgebung nicht zugelassenen Rechtsverhältnisses seine Mithilfe nicht zu gewähren habe, ohne dass

damit der Frage nach dem Bestande desselben präjudizirt werden könnte. Bar schlägt folgende gesetzliche Formulirung vor (Theorie und Praxis I. S. 132):

„Die Anwendung ausländischer Rechtsnormen ist insoweit ausgeschlossen, als sie dazu dienen würde, im Gebiete des Staates Rechtsverhältnisse zu verwirklichen oder Handlungen und Leistungen zu erzwingen, welche nach der Gesetzgebung des Staates daselbst nicht geduldet, bezw. daselbst nicht erzwungen werden sollen."

Der vorliegende Ges.Entw. geht von dem Standpunkte aus, dass die inländischen Gerichte ihre Mitwirkung zu versagen haben, wenn Ansprüche geltend gemacht werden, welche mit dem inländischen Rechte oder den Grundsätzen der Sittlichkeit in Widerspruch stehen. Diese Mängel können dem Anspruch anhaften, sowohl mit Rücksicht auf den Erfolg, dessen Herbeiführung beabsichtigt wird, als auch mit Rücksicht auf seine Begründung. Sobald ein solcher Anspruch dem Gericht unterbreitet wird, hat es ohne Weiteres, gleichgültig auf welches Recht derselbe gestützt wird, und ebenso gleichgültig, ob der Anspruch klage- oder einredeweise erhoben wird, durch Zurückweisung desselben zum Ausdruck zu bringen, dass es seine Mitwirkung bei Geltendmachung dieses Anspruches zu leihen nicht in der Lage ist; der Frage nach dem Bestande des Rechtsverhältnisses soll und kann damit nicht präjudicirt werden; der Richter erklärt nur, dass nach seinem Rechte dem Anspruche der Rechtsschutz versagt ist, und es bleibt dahingestellt, ob ein anderes (ausländisches) Gericht ihm den im Inlande verweigerten Rechtsschutz zu Theil werden lassen wird.

Die vorgeschlagene Fassung soll die Möglichkeit des Missverständnisses ausschliessen, dass bei Beurtheilung des streitigen Rechtsverhältnisses der von der Anwendung ausgeschlossene fremde Rechtssatz einfach als nicht vorhanden anzusehen oder gar durch einen inländischen Rechtssatz zu ersetzen sei. Eine solche Beurtheilung würde falsch sein, weil sie mit dem Grundsatze in Widerspruch träte, dass das Urtheil nicht neues Recht zu schaffen, sondern nur das vorhandene klar zu stellen hat.

In gleicher Weise sind Ansprüche zu behandeln, welche als zulässiger Gegenstand einer Klage im inländischen Rechte eine Anerkennung überhaupt nicht gefunden haben, mag diese Anerkennung ausdrücklich oder stillschweigend versagt sein; wenn aus dem Verlöbnisse nach § 1203 auf Eingehung der Ehe nicht geklagt werden kann, wenn eine Klage auf Trennung von Tisch und Bett dem inländischen Rechte nicht bekannt ist, so wird diese Regelung auf die Beurtheilung des Wesens der Ehe durch den inländischen Gesetzgeber zurückgeführt werden müssen. Von solchen Klagen will der Gesetzgeber seine Gerichte freihalten.

Ob der Gesetzgeber bei den einzelnen Geschäften, welche als nichtig (z. B. § 262 des II. Entw. des B.G.B. Vertrag über das ganze künftige Vermögen) oder als eine Verbindlichkeit nicht begründend (z. B. § 704 Spiel und Wette) bezeichnet sind, eine absolute Nichtanerkennung aussprechen oder dieselbe nur auf die seiner Herrschaft unterstehenden Rechtsgeschäfte beschränken will, ist Sache der Auslegung. Zweckmässig wäre es, wenn für das bürgerliche Gesetzbuch eine diese Absicht zum Ausdruck bringende feste Terminologie eingeführt würde.

Wenn die Haager Konferenz den Artikel 11. des ihrer Berathung zu Grunde gelegten Kommissionentwurfs, in welchem die Berücksichtigung des ausländischen Rechts ausgeschlossen war, wenn seine Anwendung eine Verletzung des öffentlichen Rechts oder der guten Sitten darstellte, (Actes S. 129) durch eine ins Einzelne gehende Aufzählung der Ausschliessungsgründe ersetzt hat, dahin:

Nonobstant les articles qui précèdent, les tribunaux d'un pays n'auront pas égard aux lois étrangères, dans le cas où leur application aurait pour résultat de porter atteinte, soit au droit public de ce pays, soit à ses lois concernant les substitutions ou fidéicommis, la capacité des Etablissements d'utilité publique, la liberté et l'égalité des personnes, la liberté des héritages, l'indignité des successibles ou légataires, l'unité du mariage, les droits des enfants illégitimes vgl. Anh. No. 460.

so ist dies in dem ausgesprochenen Bewusstsein geschehen, dass diese Aufzählung eine unvollständige ist, und mit der Absicht, zu fernerem Studium dieser Frage anzuregen (*Actes* S. 123).

Retorsion.

[Ges.Entw. § 34.]

Der Gesetzgeber muss davon ausgehen, dass eine sachgemässe und der Gerechtigkeit entsprechende Rechtsprechung

um ihrer selbst willen zu erstreben ist, ohne Rücksicht darauf, ob Ausländer an dem Rechtsstreite betheiligt sind oder nicht; er erkennt die Gleichberechtigung der Fremden auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes an, weil er darin ein Gebot der Vernunft und der Ethik zu erfüllen meint. Für den möglichen Fall der Verletzung dieses Gebotes durch einen anderen Staat, ist das Mittel der Vergeltung als Gebot der Politik und als völkerrechtliches Mittel der Einwirkung auf einen fremden Staat nicht ganz zu entbehren.

Die dem Gebhard'schen Entwurf entnommene Fassung entspricht im Wesentlichen der Bestimmung des § 4 der Reichskonkursordnung.

Zusatzbemerkung.

Die Bestimmung des zuständigen internationalen Privatrechts ist gleichbedeutend mit der Bestimmung des Geltungsbereiches der einzelnen Gesetzgebungen hinsichtlich ihrer internationalen Privatrechtsvorschriften. Wie bei den übrigen Privatrechtsvorschriften (vgl. S. 25) kann nach dem Princip der Koordination der Gesetzgebungen die Bestimmung des Geltungsbereiches nur auf Grund der für die eigene Gesetzgebung gefundenen Grenzen erfolgen; diese Grenzen sind — vorbehaltlich der durch die zwingenden Vorschriften des eigenen Rechts gebotenen Einschränkungen — auch für die fremden Gesetzgebungen entsprechend anzuerkennen.

Ist dies Princip richtig, so kann eine einfachere Fassung des vorliegenden Gesetzentwurfes in der Weise erzielt werden, dass die einzelnen Vorschriften unter Fortlassung der Zuständigkeitsbestimmung lediglich auf diejenigen Kollisionsthatbestände abgestellt werden, für deren Lösung die Zuständigkeit des inländischen internationalen Privatrechts gegeben ist und dass im Uebrigen das Princip etwa dahin ausgesprochen wird:

> Liegen bei einem Thatbestande diejenigen Beziehungen zum Inlande, von welchen die Anwendbarkeit der §§ . . . abhängt, nicht vor, so wird das zur Beurtheilung dieses Thatbestandes massgebende Recht durch das internationale Privatrecht desjenigen Rechtsgebietes bestimmt, für welches diese Beziehungen vorliegen.

Einer Einschränkung bedarf dieser Satz, abgesehen von der allgemeinen Vorschrift des Ges.-Entw. § 33 in folgenden Beziehungen:

1. Die Geschäftsfähigkeit eines Inländers kann nicht über die von dem inländischen Recht gezogenen Schranken erweitert werden. (Ges.Entw. §§ 12, 13.)
2. Die Zuerkennung einer nach ausländischem Strafrecht verwirkten Privatstrafe ist unzulässig. (Ges.-Entw. § 16 Abs. 4)
3. Die Haftpflicht eines Inländers für fremdes Thun und Unterlassen oder für Beschädigung durch Thiere darf niemals über das am Orte der Schadenszufügung hierfür festgesetzte Maass hinausgehen. (Ges.-Entw. § 16 Abs. 5.)
4. Eine dem deutschen Recht entsprechende Eheschliessung ist stets als formgiltig zu erachten.

Materialien-Anhang.

Allgemeine Bestimmungen über den Geltungsbereich des Inlandsrechts.

Kanton Aargau.

a) Civilgesetzbuch (1847) § 6. (1)

Die bürgerlichen Gesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die sich im Gebiete des Kantons befinden und seiner Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

b) Entwurf Käppeli's (1888) § 17. (2)

Die Bestimmungen dieses Gesetzbuches beziehen sich auf alle Personen, die sich im Gebiete des Kantons befinden und dessen Gerichtsbarkeit unterworfen sind, soweit nicht durch besondere Vorschriften etwas Anderes festgesetzt ist.

Argentinien, Civilgesetzbuch (1871) Art. 1. (3)

Las leyes son obligatorias para todos los que habitan el territorio de la República, sean ciudadanos ó estranjeros, domiciliados ó transeuntes.	Die Gesetze sind verbindlich für alle Diejenigen, welche das Territorium der Republik bewohnen, seien es Bürger oder Fremde, Sesshafte oder Aufenthalter.

Kanton Bern.

a) Civilgesetzbuch (1824) Satzung 4 Abs. 1. (4)

Unsere Civilgesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die Unserer Botmässigkeit unterworfen sind.

b) Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871) Art. 1. (5)

Das bernische Privatrecht beherrscht alle Personen, welche sich in unserm Kanton aufhalten oder daselbst ihr Recht suchen, sowie alle privatrechtlichen Verhältnisse, die in unserm Lande wirksam werden, unter den in den folgenden Artikeln enthaltenen nähern Bestimmungen und Ausnahmen.

Art. 12. Vorbehalten für alle Verhältnisse des interkantonalen und internationalen Privatrechts (Art. 1 bis und mit 10) bleiben:

1) die Staatsverträge und Konkordate;
2) die Bestimmungen der Bundesverfassung und Bundesgesetzgebung;
3) abweichende Bestimmungen oder Vereinbarungen der Betheiligten, insofern nicht bindende gesetzliche Vorschriften dadurch verletzt werden.

Chile, código civile (1855) Art. 14 siehe No. 138. (6)

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen 1879 § 1. (7)

Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches gelten für das Gebiet und die Angehörigen des deutschen Reiches, soweit nicht nach Staatsverträgen oder aus den nachfolgenden Bestimmungen Ausnahmen sich ergeben.

b) Entwurf Rocholl 1890 § 2a. (8)

Die Gesetze fremder Staaten kommen, soweit nicht durch öffentliches Recht und Staatsverträge etwas anderes bestimmt ist, in Deutschland nur in folgenden Beziehungen zur Anwendung.

c) Entwurf Niemeyer 1895 § 1. (9)

Die Vorschriften dieses Gesetzbuches sind unter Ausschluss ausländischen Rechts anzuwenden, soweit ihr Sinn und Zweck ausschliessliche Anwendung erfordert.

(Abs. 2 siehe zu No. 67.)

Im Uebrigen entscheiden über das Verhältniss dieses Gesetzbuches zum ausländischen Recht in erster Linie die in den §§ 2—23 aufgestellten Regeln.

So weit diese keine Lösung gewähren, ist dasjenige Recht massgebend, dessen Anwendung gemäss dem Wesen und der Aufgabe der Rechtspflege im Sinne internationaler Rechtsgemeinschaft angemessen erscheint.

Kanton Freiburg, Civilgesetzbuch (1834) Art. 1. (10)

Den Gesetzen des Kantons Freiburg sind unterworfen alle in dessen Gebiete befindliche Personen und Güter, in Allem, was nicht durch das Völkerrecht, durch das Staatsrecht und die bestehenden Verträge oder durch besondere Verfügungen ausgenommen ist.

Kanton Graubünden, Civilgesetzbuch (1862) § 1. (11)

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden ihre Anwendung:

1. Mit Bezug auf das Personenrecht:
   a) auf alle Kantonsangehörige, selbst wenn sie ausser dem Kanton wohnen;
   b) auf die im Kanton bestehenden juristischen Personen;
   c) auf im Kanton niedergelassene oder aufhältliche Kantonsfremde dagegen nur soweit, als nicht etwa das Gesetz oder die Natur des betreffenden Rechtsverhältnisses die Anwendung eines fremden Rechts fordert.
2. Mit Bezug auf das Sachenrecht: auf alle im Gebiete des Kantons befindlichen Sachen.
3. Mit Bezug auf das Forderungsrecht: auf alle nach Massgabe der Civilprozessordnung bei den hiesigen Gerichten klagbaren Forderungen.
4. Mit Bezug auf das Erbrecht:
   a) auf alle von Kantonsangehörigen herrührende (wenn auch im Auslande gefallene) Erbschaften und Vermächtnisse, sofern Kantonsangehörige dabei betheiligt sind;

   b) auf im Kanton gefallene, von Nichtbündnern herrührende Erbschaften und Vermächtnisse nur insofern nicht die heimatlichen Gesetze des Erblassers die Anwendung der letzteren verlangen.

Die Vorschriften über gerichtliche Verwahrung und Liquidation sind jedoch auf alle im Kanton gefallene Erbschaften anwendbar.

Liv-, Esth- und Kurländisches Privatrecht (1864) Art. 27. (12)

Jedes Gericht ist verbunden, sich nach den für das ihm angewiesene Rechtsgebiet geltenden Rechtsnormen zu richten, selbst wenn Ausländer dabei betheiligt sind, falls nur die in Frage kommenden Personen ihrem Domizil und Stande nach der Jurisdiction des Gerichts unterliegen (Art. 6—12). Wenn jedoch die Rechtsverhältnisse von Personen in Rede stehen, welche nicht in dem betreffenden Jurisdictionsbezirke domizilirt sind, sie mögen ihren Wohnsitz in anderen Jurisdictionsbezirken der Ostseeprovinzen, oder in den inneren Gouvernements des Reichs oder im Auslande haben, desgleichen wenn es auf die Rechtsverhältnisse von Immobilien ankommt, welche ausserhalb des bezüglichen Jurisdictionsbezirkes belegen sind, so sind — auf Grundlage der nachstehenden Bestimmungen (Art. 28—36) — die für jene Personen und Immobilien geltenden fremden Gesetze in Anwendung zu bringen.

Kanton Luzern, Civilgesetzbuch (1831) § 6 (Umfang der Gesetze) Abs. 1. (13)

Die bürgerlichen Gesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die in dem Gebiete des Kantons sich befinden und der hiesigen Botmässigkeit unterworfen sind.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). (14)

Art. 5. Die montenegrinischen Gesetze und Anordnungen haben im Allgemeinen in dem ganzen Staatsgebiete Montenegros Geltung; sie gelten in Vermögensverhältnissen sowohl für Montenegriner als auch für Ausländer, welche sich in diesem Lande aufhalten, oder denen daselbst Recht gesprochen wird.

Art. 6. Der Handel und der Verkehr mit dem Auslande bedingen besondere Verhältnisse, für welche Ausnahmen von der im vorstehenden Artikel aufgestellten allgemeinen Regel gestattet werden. Es giebt demnach Fälle, in denen an Stelle montenegrinischer ausländische Gesetze in Montenegro selbst angewendet werden, wie denn andererseits montenegrinische Gesetze in anderen Staaten zur Anwendung gelangen. Die hierher gehörigen einzelnen Fälle sind in den Artikeln 786—800 dieses Gesetzbuches aufgezählt und daselbst die besonderen Anweisungen gegeben; diese Anordnungen gelten jedoch nur insofern, als sie durch die Bestimmungen der folgenden Artikel 7, 8 und 9, durch Staatsverträge oder durch ein besonderes Gesetz nicht eingeschränkt oder geändert werden.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 6. (15)

Im Inlande kommen die inländischen Gesetze zur Anwendung, soweit sich nicht nach dem öffentlichen Rechte, inbesondere nach Staatsverträgen, und nach den nachfolgenden Bestimmungen eine Ausnahme ergiebt.

Kanton Solothurn, Civilgesetzbuch (1841). (16)

§ 4. Unsere Civilgesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die sich im Gebiete unseres Kantons befinden und unserer Botmässigkeit unterworfen sind.

§ 9. Die Gerichte haben sich in allen Fällen nach den Verträgen zu richten, die, in Bezug auf bürgerliche Angelegenheiten, mit andern Staaten bestehen.

Wenn ein Zweifel entsteht, ob ein Vertrag in Kraft sei, oder, ob ohne ausdrücklichen Vertrag, über gewisse Rechtsverhältnisse der Bürger eines anderen Staates, bestimmte Uebungen bestehen, so entscheidet darüber der Regierungsrath.

Kanton Unterwalden, Personenrecht (1852) § 4. (17)

Die bürgerlichen Gesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die sich im Gebiete des Kantons befinden und seiner Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

Kanton Zug, Privatrechtliches Gesetzbuch (1861) § 1. (18)

Das Zugerische Privatrecht bezieht sich, soweit nicht die eigenthümliche Natur des besondern Rechtsverhältnisses eine Ausnahme macht, auf alle Personen und Sachen, welche im Gebiete des Kantons sich befinden und seiner Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

Kanton Zürich, Civilgesetzbuch (1854/1887). (19)

§ 1. Das züricherische Privatrecht gilt zunächst und nur für alle Personen, Einheimische und Fremde, die im Kanton Zürich wohnen oder sich aufhalten oder darin ihr Recht suchen, und für alle Privatverhältnisse, welche im Lande wirksam werden, soweit nicht die eigenthümliche Natur des besondern Rechtsverhältnisses entweder die Anwendung eines fremden Rechts auf hiesigem Gebiete oder die Ausdehnung des hiesigen Rechts auf fremdes Gebiet erfordert.

§ 6. (1887). Vorbehalten bleiben für alle obigen Regeln:

a) die Bestimmungen der Staatsverträge;
b) die Vorschriften des eidgenössischen Rechts;
c) besondere Bestimmungen kantonaler Gesetze;
d) abweichende ausdrückliche oder aus schlüssigen Thatsachen hervorgehende Bestimmungen der Vertragspersonen oder der Verfügenden, insoweit nicht andere gesetzliche Vorschriften dadurch verletzt werden.

Stellung der Ausländer. Gegenseitigkeit.

Baden.

a) Landrecht (1810) Satz 11. (20)

Der Fremde geniesst im Lande die gleichen bürgerlichen Rechte, welche das Ausland, zu welchem er gehört, dem hiesigen durch Verträge eingeräumt hat oder einräumen wird.

b) Konstitutionsedikt vom 4. Juni 1808. (21)

§ 2. „Recht der Gäste." Das Recht, dass sein (des Fremden) Vermögen im Lande, wenn er darin stirbt, gleicher Fürsorge, wie jenes der Staatsbürger anvertraut und an jene, denen es durch gültige letzte Willensverordnungen oder durch die Erbfolge nach den Rechten seines Heimathsstaates angehörig ist, ausgeliefert werde.

c) Gesetz vom 4. Juni 1864 siehe No. 474a. (22)

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. Art. 1. (23)

L'étranger qui se trouve sur le territoire de l'Etat Indépendant du Congo y jouit de la plénitude des droits civils. — Il est protégé dans sa personne et dans ses biens au même titre que les nationaux.

Der im Gebiete des Congostaates befindliche Ausländer hat daselbst den Vollgenuss des bürgerlichen Rechts. Er hat auf Schutz seiner Person und seines Vermögens denselben Rechtsanspruch wie die Staatsangehörigen.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard § 39. (24)

Sind in einem Staate Angehörige des Deutschen Reichs kraft Rechtens schlechter gestellt, als die Einheimischsn, so kann unter Zustimmung des Bundesraths durch Anordnung des Reichskanzlers bestimmt werden, dass gegen die Angehörigen dieses Staates und die Rechtsnachfolger derselben ein Vergeltungsrecht zur Anwendung gebracht werde.

b) Entwurf des B.G.B. II. Lesung § 2265. (25)

Unter Zustimmung des Bundesraths kann durch Anordnung des Reichskanzlers bestimmt werden, dass gegen die Angehörigen eines ausländischen Staates und deren Rechtsnachfolger ein Vergeltungsrecht zur Anwendung gebracht wird. (Entwurf I sachlich übereinstimmend, Vorentwurf § 26.)

c) Entwurf Niemeyer (1895) § 23 = dem vorstehenden § 2265. (26)

Frankreich code civil (1804) Art. 11. (27)

L'étranger jouira en France des mêmes droits civils que ceux qui sont ou seront accordés aux Français par les traités de la nation à laquelle cet étranger appartiendra.

Der Ausländer geniesst in Frankreich die gleichen bürgerlichen Rechte, welche den Franzosen durch Verträge mit der Nation, welcher der Ausländer angehört, eingeräumt sind oder sein werden.

Japan Civ.Ges.B. (1890) I. Art. 6. (28)

Der Fremde geniesst alle Privatrechte, soweit er nicht ausdrücklich durch Gesetz oder Vertrag davon ausgeschlossen ist.

Italien, codice civile (1865) Art. 3. (29)

Lo straniero e ammesso a godere dei diritti civili attribuiti ai cittadini.

Der Fremde und der Aufgenommene erfreuen sich derselben bürgerlichen Rechte wie die Inländer.

Lima Entwurf (1878) Art. 1. (30)

Fremde geniessen im Staate dieselben bürgerlichen Rechte wie Einheimische (nacionales).

Louisiana, civil code (1838) Art. 9. (31)

The law is obligatory upon all inhabitants of the state indiscriminatly; the foreigner, whilst residing there, and his property, within its limits are subject to it.

Das Gesetz ist unterschiedslos für alle Bewohner des Staates verbindlich; der Ausländer, so lange er sich daselbst aufhält und sein innerhalb der Grenzen befindliches Eigenthum sind ihm unterworfen.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888) Art. 9. (32)

Falls ein Staat in seinen gesetzlichen Anordnungen in Beziehung auf Vermögensverhältnisse die eigenen Staatsangehörigen und Montenegriner verschieden und zwar zum Nachtheile der Letzteren behandelt, so hat das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Staatsrathe zu verordnen, dass mit den Staatsangehörigen jenes Staates nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit vorzugehen sei, d. i. es wird in Montenegro zu ihrem Nachtheile derselbe Unterschied gemacht.

Niederlande, Wet houdende Algemeene Bepalingen van Wetgeving (Gesetz, betreffend Allgemeine Gesetzgebungsvorschriften (1829) Art. 9. (33)

Het burgerlijk recht van het Koningrijk is hetzelfde voor vreemdelingen, als voor de Nederlanders, zoolang de wet niet bepaaldelijk het tegendeel vaststelt.

Soweit nicht das Gesetz ein Anderes bestimmt, gilt das Civilrecht des Königreichs sowohl für Ausländer als auch für Niederländer.

Portugal, codigo civil (1868). (34)

Art. 26°. Os estrangeiros, que viajam ou residem em Portugal, teem os mesmos direitos e obrigações civis dos cidadãos portuguezes, em quanto aos actos que hão de produzir os seus effeitos n'este reino; excepto nos casos em que a lei expressamente determine o contrario, ou se existir tratado ou convenção especial, que determine e regule de outra forma os seus direitos.

Art. 26. Die Fremden, welche in Portugal reisen oder wohnen, haben dieselben bürgerlichen Rechte und Verpflichtungen wie die portugiesischen Bürger mit Bezug auf die Akte, welche ihre Wirkungen in unserem Königreiche hervorbringen sollen, mit Ausnahme der Fälle, in welchen das Gesetz ausdrücklich das Gegentheil bestimmt, oder wenn ein spezieller Vertrag oder eine bestimmte Uebereinkunft besteht, welche ihre Rechte auf andere Weise bestimmen und regeln.

Preussen, Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten (1794). (35)

Einleitung. — Von den Gesetzen überhaupt.

§ 40. Wem die Gesetze auf der einen Seite Verbindlichkeiten auflegen, dem kommen sie auf der andern Seite durch ihren Schutz auch wieder zu Statten.

§ 41. Fremde Unterthanen haben also, bei dem Betriebe erlaubter Geschäfte in hiesigen Landen, sich aller Rechte der Einwohner zu erfreuen, so lange sie sich des Schutzes der Gesetze nicht unwürdig machen.

§ 42. Die Verschiedenheit der Rechte auswärtiger Staaten macht von dieser Regel noch keine Ausnahme.

§ 43. (Vom Retorsionsrecht.) Wenn aber der fremde Staat, zum Nachtheil des Fremden überhaupt, oder der hiesigen Unterthanen insbesondere, beschwerende Verordnungen macht, oder dergleichen Missbräuche wissentlich gegen diesseitige Unterthanen duldet, so findet das Wiedervergeltungs-Recht statt.

§ 44. Unterrichter sollen, ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten, gegen Fremde niemals auf Retorsion erkennen.

§ 45. Dagegen können aber auch Fremde durch Abtretung ihrer Rechte an hiesige oder andere mehr begünstigte Unterthanen sich dem Retorsionsrechte nicht entziehn.

§ 40. I. 12. (Von der persönlichen Fähigkeit, aus letzwilligen Verordnungen zu erwerben.) So weit hiesige Einwohner zur Erwerbung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses in fremden Staaten nach den Gesetzen derselben für unfähig geachtet werden, so weit sind auch dortige Einwohner von hiesigen Unterthanen Erbschaften und Vermächtnisse zu erwerben nicht fähig.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 20. (36)

Bestimmen die Gesetze eines fremden Staates eine Rechtsverschiedenheit zwischen Inländern und Ausländern, so ist, soweit es die hierüber bestehenden Vorschriften des Inlandes gestatten, dieselbe Rechtsverschiedenheit auch im Inlande gegen die Unterthanen jenes Staates anzuwenden. Diese Erwiderung kann durch Abtretung der Rechte an Andere nicht umgangen werden.

Hierzu § 3 der Verordnung vom 9. Januar 1865, die Ein- und Ausführung des bürgerlichen Gesetzbuchs betreffend:

Die Untergerichte dürfen das in § 20 des bürgerlichen Gesetzbuchs erwähnte Erwiderungsrecht gegen Ausländer nur zur Anwendung bringen, wenn sie zuvor bei dem Ministerium der Justiz angefragt haben und dieses die Genehmigung dazu ertheilt hat.

Serbien, code civil (1844). (37)

Art. 45. Das Gesetz nimmt auch die Ausländer, welche sich in Serbien aufhalten, rücksichtlich der Rechte, welche sich auf ihre Person und ihr Vermögen beziehen, unter seinen vollen Schutz, sofern nicht für den Genuss eines speziellen Rechts etwa das Gesetz die Eigenschaft eines serbischen Bürgers erfordert.

Art. 47. Der Ausländer geniesst in Serbien dieselben bürgerlichen Rechte, wie solche den Serben durch den Staat, welchem der Fremde angehört, eingeräumt sind. Im Zweifelsfalle muss der Ausländer Beweise beibringen.

Verhältnis zu dem ausländischen internationalen Privatrecht.

a) Bezeichnung eines zuständigen fremden internationalen Privatrechts.

Nieder-Canada, civil code. (1866.) Art. 8. (38)

Deeds are construed according to the laws of the country where they were passed, unless there is some law to the contrary, or the parties have agreed otherwise, or by the nature of the deed or from other circumstances, it appears that the intention of the parties was to be governed by the law of another place; in any of which cases, effect is given to such law, or such intention expressed or presumed.

Kontrakte werden beurtheilt nach den Gesetzen des Landes, in welchem dieselben abgeschlossen sind, es sei denn, dass das dortige Gesetz eine abweichende Bestimmung enthält, oder dass die Parteien anderweit übereingekommen sind, oder dass nach der Natur des Vertrages oder aus anderen Umständen erhellt, dass die Absicht der Parteien auf Unterwerfung unter das Gesetz eines anderen Ortes ging; in diesen Fällen ist solchem Gesetz oder solcher ausgesprochenen oder vorausgesetzten Parteiabsicht zu entsprechen.

Deutschland.

a) Entwurf des B. G.B. II. Lesung. (39)

§ 2240. Die Form eines Rechtsgeschäfts bestimmt sich nach den Gesetzen, welche für das den Gegenstand des Rechtsgeschäfts bildende Rechtsverhältniss massgebend sind. Es genügt jedoch, sofern nicht diese Gesetze entgegenstehen, die Beobachtung der Gesetze des Ortes, an welchem das Rechtsgeschäft vorgenommen ist.

§ 2245 Abs. 1. Die Eingehung der Ehe wird in Ansehung eines Jeden der Verlobten nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Verlobte angehört. Gestattet das Recht dieses Staates, dass der Verlobte die Ehe nach den Gesetzen des Ortes eingeht, an welchem die Ehe geschlossen wird, so genügt für ihn die Beobachtung dieser Gesetze.

§ 2247 (betrifft Auflösung der Ehe, Ehescheidung und Trennung der Ehegatten).

Abs. 4. Sind nach dem Rechte des Staates, dessen Gesetze nach diesen Vorschriften Anwendung finden würden, die am Wohnsitze des Mannes geltenden Gesetze anzuwenden, so sind diese Gesetze massgebend.

b) Entwurf Niemeyer. (1895.) (40)

§ 4. Die Todes-, Verschollenheits- oder Abwesenheitserklärung eines Ausländers ist anzuerkennen, wenn sie von einem Gericht ausgesprochen ist, welches nach den Gesetzen des Staates zuständig ist, dem der Verschollene zuletzt angehört hat.

§ 9. Für die Eingehung der Ehe sind hinsichtlich jedes der Eheschliessenden die Gesetze des Staates massgebend, dem er angehört. Ist nach diesen Gesetzen die Ehe eines Angehörigen des betreffenden Staates gültig, wenn sie den an seinem Wohnsitz oder den am Orte der Eheschliessung geltenden Gesetzen entspricht, so genügt die Beobachtung dieser Gesetze.

Haager Conferenz 1893. I. Art. 1. (41)

Le droit de contracter mariage est réglé par la loi nationale de chacun des futurs époux, à moins que cette loi ne s'en rapporte soit à la loi du domicile, soit à la loi du lieu de la célébration.

Das Recht der Eheschliessung richtet sich nach dem Nationalgesetze eines Jeden der Verlobten, es sei denn, dass dieses Gesetz selbst sich auf das Gesetz des Wohnsitzes oder auf das des Eheschliessungsortes beruft.

Haager Conferenz 1894. I. Art. 1. (42)

Le droit de contracter mariage est réglé par la loi de chacun des futurs époux, sauf à tenir compte, soit de la loi du domicile, soit de la loi du lieu de la célébration, si la loi nationale le permet.

Das Recht der Eheschliessung richtet sich nach dem Nationalgesetze eines Jeden der Verlobten, mit dem Vorbehalte, dass das am Wohnsitze oder am Orte der Eheschliessung geltende Recht anzuwenden ist, wenn das nationale Gesetz dies zulässt.

Italien, codice civile (1865) Art. 7. (43)

I beni mobili sono soggetti alla legge della nazione de proprietario, salve le contrarie disposizioni della legge del paese nel quale si trovano.

Die beweglichen Sachen sind dem Nationalgesetze des Eigenthümers unterworfen, unbeschadet der entgegenstehenden Bestimmungen der Gesetze des Landes, in welchem sich die Sachen befinden.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1891.*) (44)

§ 28. Soweit nicht Staatsverträge besondere Bestimmungen enthalten, gelten für personen-, familien- und erbrechtliche Verhältnisse der Schweizer, welche im Auslande ihren Wohnsitz haben, folgende Regeln:

1. Sind die Schweizer nach Massgabe der ausländischen Gesetzgebung dem ausländischen Recht unterworfen, so erstreckt sich die Anwendung des ausländischen Rechts nicht auf ihre in der Schweiz gelegenen Liegenschaften; es gilt vielmehr in Bezug auf solche Liegenschaften das Recht und der Gerichtstand des Heimatkantons.
2. Sind die Schweizer nach Massgabe der ausländischen Gesetzgebung dem ausländischen Rechte nicht unterworfen, so unterstehen sie dem Recht und Gerichtsstand des Heimathkantons.

Ungarn, Ehegesetz vom 18. Dezember 1894, § 108. (45)

Die Gültigkeit der im Auslande geschlossenen Ehe muss hinsicht-

*) Vergl. auch Bern, Entwurf § 7 Abs. 2, abgedruckt unter No. 448 und Graubünden (4b), abgedruckt unter No. 11.

lich der Ehemündigkeit und Handlungsfähigkeit jedes der beiden Ehegatten ausschliesslich nach den Gesetzen seines Heimathstaates, in übriger Hinsicht aber nach den Gesetzen der Heimathstaaten beider Theile beurtheilt werden, ausgenommen, wenn diese die Anwendung eines anderen Gesetzes verfügen, oder wenn dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

Kanton Zürich. (46)

a) Civilgesetzbuch von 1854.

§ 2. Die rechtlichen Eigenschaften der Kantonsbürger (Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit) richten sich selbst im Auslande nach dem Rechte ihrer Heimath. Ebenso wird in dieser Hinsicht den Kantonsfremden die Anwendung ihres heimathlichen Rechts hierorts gewährt, wenn solches nach dem Rechte des Staates, dem sie angehören, vorgeschrieben wird.

§ 3. . . . . Die Familienverhältnisse der Kantonsfremden, welche im Kanton wohnen, und die Beerbung von Kantonsfremden, welche im Kanton gewohnt haben, werden insofern nach dem Rechte ihrer Heimath beurtheilt, als das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt.

b) Civilgesetzbuch von 1887 hat entsprechende Vorschriften in §§ 3 u. 4

b) Die sogenannte Zurückverweisung.

Deutschland. (47)

Entwurf Gebhard § 31.

Die Vorschriften in § 7 Abs. 1, § 16 Abs. 1, §§ 17, 18, 19 Abs. 1 u. 3, §§ 21, 22, 23 Satz 1, § 26 Abs. 1 und § 29 kommen nicht zur Anwendung, wenn nach den Rechtsgrundsätzen des Staates, welchem der Ausländer angehört, nicht das Recht dieses Staates, sondern das deutsche Recht Anwendung zu finden hat. In diesem Falle ist das deutsche Recht massgebend.

Anwendung und Ermittelung ausländischen Rechts.

Argentinien, código civil (1871). Art. 13. (48)

La aplicacion de las leyes estranjeras, en los casos en que este Código la autoriza, nunca tendrá lugar sinó á solicitud de parte interesada, á cuyo cargo será la prueba de la existencia de dichas leyas. Exceptúanse las leyes estranjeras que se hicieren obligatorias en la República por convenciones diplomáticas, ó en virtud de ley especial.

Die Anwendung fremder Gesetze findet in den Fällen, in welchen sie dieses Gesetzbuch zulässt, niemals ohne Antrag der interessirten Partei statt, welcher auch der Beweis für die Existenz der behaupteten Gesetze obliegt. Ausgenommen hiervon sind diejenigen ausländischen Gesetze, deren Anwendung in Folge diplomatischer Verträge oder auf Grund speziellen Gesetzes obligatorisch ist.

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871) Art. 11. (49)

Wer sich vor den hiesigen Gerichten auf ausländisches Recht beruft, hat sowohl den Inhalt desselben als seine dermalige Geltung genügend zu bescheinigen.

Deutschland.

a) Civilprozessordnung (1877). § 265. (50)

Das in einem anderen Staate geltende Recht, die Gewohnheitsrechte und Statuten bedürfen des Beweises nur insofern, als sie dem Gericht unbekannt sind. Bei Ermittelung dieser Rechtsnormen ist das Gericht auf die von den Parteien beigebrachten Nachweise nicht beschränkt; es ist befugt, auch andere Erkenntnissquellen zu benutzen und zum Zwecke einer solchen Benutzung das Erforderliche anzuordnen.

b) Entwurf Gebhard. § 38. (51)

Wird im Laufe des Rechtsstreits von den Parteien nicht nachgewiesen, dass das massgebende ausländische Recht von dem inländischen Rechte abweiche, so hat das Gericht, wenn ihm das ausländische Recht unbekannt ist, bei Erlassung des Urtheils davon auszugehen, dass das ausländische Recht mit dem inländischen übereinstimme.

Die Befugniss des Gerichts, ausländische Rechtsnormen von Amtswegen zu ermitteln (C.P.O. § 265), wird durch diese Vorschrift nicht berührt.

c) Entwurf Niemeyer (1895). § 22. (52)

Soweit in einem Rechtsstreit der Inhalt des nach vorstehenden Vorschriften anzuwendenden ausländischen Rechtes nicht festzustellen ist (§ 265 Civilprozessordnung), hat das Gericht anzunehmen, dass das ausländische Recht mit dem inländischen übereinstimme.

Haager Conferenz (1894). I. a. Art. 3 = I. Art. 3 von 1893. (53)

Les étrangers doivent, pour se marier, établir, que les conditions, nécessaires d'après leurs lois nationales pour contracter mariage, sont remplies. Ils pourront faire cette preuve soit par un certificat des agents diplomatiques ou consulaires ou bien des autorités compétentes de leur pays, soit par tout autre mode jugé suffisant par l'autorité locale qui aura sauf convention internationale contraire toute liberté d'appréciation dans les deux cas.

Ausländer haben zum Zwecke der Eheschliessung darzuthun, dass die nach ihrem nationalen Gesetze zum Abschluss einer Ehe nothwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. Sie können diesen Beweis entweder durch ein von den diplomatischen, konsularischen oder sonst zuständigen Behörden ihres Landes ausgestelltes Zeugniss oder auch auf jede andere Weise führen, welche von der Behörde am Eheschliessungsort für ausreichend erachtet wird. Letztere hat, unbeschadet entgegenstehender internationaler Vereinbarung, in jedem Falle das Recht freiester Würdigung.

Lima Entwurf (1878). Art. 55. (54)

Wer ein ausländisches Gesetz anruft und dessen Anwendung nach Massgabe der vorstehenden Titel verlangt, muss das Bestehen dieses Gesetzes beweisen.

Mexico, código civil (1871). Art. 19. (55)

El que funde su derecho en leyes extranjeras deberá probar la existencia de estes y que son aplicables al caso.

Wer sein Recht auf ausländische Gesetze stützt, muss die Existenz derselben und dass sie auf den Fall anwendbar sind nachweisen.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). Art. 7. (56)

Selbst in jenen Fällen, in denen nach dem vorstehenden Artikel ausländische Gesetze zur Anwendung gelangen, haben die montenegrinischen Gerichte nach ihrer Amtspflicht nur jene ausländischen Gesetze zu berücksichtigen, welche nach einem Staatsvertrage oder einem zwingenden montenegrinischen Gesetze (§ 775) ausdrücklich Anwendung zu finden haben.

Entsteht über den Inhalt aller sonstigen ausländischen Gesetze ein Zweifel, so haben die Gerichte ihre Uebereinstimmung mit den montenegrinischen Gesetzen vorauszusetzen, so lange die Parteien eine Abweichung und den Inhalt jener fremden Gesetze nicht nachweisen.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863). § 172. (57)

Im Inlande bekannt gemachte Gesetze bedürfen keines Beweises. Ausländische Rechte hat derjenige zu beweisen, welcher sich darauf beruft; sie können aber ohne diesen Beweis von dem Richter angewendet werden, wenn sie ihm glaubhaft bekannt geworden sind.

Grenzen der Anwendung ausländischen Rechts.

Argentinien, codigo civil (1871). (58)

Art. 14. Las leyes estranjeras no serán aplicables:

1.° Cuando su aplicacion se oponga al derecho público ó criminal de la República, á la Religion del Estado, á la tolerancia de cultos, ó á la moral y buenas costumbres;

2.° Cuando su aplicacion fuere incompatible con el espíritu de la legislacion de este Código.;

3.° Cuando fueren de mero privilegio;

4.° Cuando las leyes de este Código, en colision con las leyes estranjeras, fuesen mas favorables á la validez de los actos.

Die fremden Gesetze sind nicht anzuwenden:

1. Wenn ihre Anwendung im Widerspruch mit dem öffentlichen oder Strafrecht der Republik, mit der Staatsreligion, mit der Cultustoleranz, oder der Moral und den guten Sitten stehen würde;

2. Wenn ihre Anwendung unvereinbar wäre mit dem Geiste des gegenwärtigen Gesetzbuches;

3. Wenn sie bloss ein Privileg bilden würden;

4. Wenn die Bestimmungen dieses Gesetzbuches in Kollision mit den fremden Gesetzen der Gültigkeit der Rechtsgeschäfte günstiger wären.

Art. 9. Las incapacidades contra las leyes de la naturaleza, como la esclavitud, ó las que revistan el carácter de penales, son meramente territoriales.

Die gegen die Gesetze der Natur verstossenden Unfähigkeiten, wie die Sklaverei, oder diejenigen, welche strafrechtlichen Charakter besitzen, sind nur territorial.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882). (59)

Des lois d'ordre social.

Art. 26.

Les lois relatives aux droits de la société reçoivent leur application quelle que soient le lieu du contrat, la nationalité des parties intéressées et la nature des biens.

Cette règle s'applique:

1) aux lois qui dépendent du droit public et du droit pénal.

2) aux lois qui concernent les bonnes moeurs.

3) aux lois qui abolissent les privilèges politiques en matière de succession.

4) aux lois qui régissent les prescriptions. La prescription acquisitive est régie par la loi de la situation des biens et la prescription extinctive par la loi du lieu où l'obligation a été contractée.

Gesetze der socialen Ordnung.

Art. 26.

Die den rechtlichen Schutz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung bezweckenden Gesetze erleiden Anwendung, welches auch immer der Ort des Vertragsschlusses, die Nationalität der betheiligten Parteien und die Natur der Güter sein möge.

Diese Regel bezieht sich:

1) auf die Gesetze, welche zum öffentlichen Recht und zum Strafrecht gehören.

2) auf die Gesetze, welche die guten Sitten betreffen.

3) auf die Gesetze, welche politische Privilegien auf dem Gebiete des Erbrechts beseitigen.

4) auf die Gesetze, welche die Verjährung regeln. Die erwerbende Verjährung untersteht dem Gesetze des Ortes, an welchem die Sachen sich befinden, und die erlöschende Verjährung dem Gesetze des Ortes, an welchem die Obligation kontrahirt worden ist.

b) Entwurf der belgischen Gesetzesrevisionskommission. (60)

Art. 3. Les lois penales, les lois de police et de sûreté obligent tous ceux qui se trouvent sur le territoire du royaume.

Art. 14. Nonobstant les articles qui précèdent, il ne peut être pris égard aux lois étrangères dans le cas où leur application aurait pour résultat porter atteinte aux lois du royaume qui consacrent ou garantissent un droit ou un intérêt social.

3. Die Straf-Polizei- und Sicherheitsgesetze verpflichten Jedermann, der sich in dem Gebiete des Königreichs befindet.

14. Unbeschadet der Geltung der vorstehenden Artikel, können ausländische Gesetze nicht berücksichtigt werden, wenn ihre Anwendung den Gesetzen des Königreichs, welche einen Rechtsschutz im Interesse der gesellschaftlichen Wohlfahrt gewähren, Abbruch thun würde.

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871) Art. 10. (61)

Gesetze, welche die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten betreffen, machen in unserem Staatsgebiete unter Ausschluss jeder fremden Gesetzgebung Regel.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. (62)

Art. 8. Les lois pénales ainsi que les lois de police et de sûreté publique obligent tous ceux qui se trouvent sur le territoire de l'État.

Art. 8. Die Strafgesetze verbinden ebenso wie die Polizei- und Sicherheitsgesetze Jeden, der sich im Staatsgebiete befindet.

Art. 9. Les lois, les jugements des pays étrangers, les conventions et dispensions privées ne peuvent en aucun cas avoir d'effet dans l'État Indépendant du Congo en ce qu'ils sont contraires au droit public de cet État ou à celles de ses lois qui ont en vue l'intérêt social ou la morale publique.

Art. 9. Ausländische Gesetze und Urtheile, Verträge und Privatverfügungen haben im Congostaate keine Wirkung, insofern sie dem öffentlichen Rechte dieses Staates oder denjenigen seiner Gesetze zuwiderlaufen, welche die Wohlfahrt der Gesellschaft oder die öffentliche Moral im Auge haben.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen § 19. (63)

Ausländische Gesetze sind nicht anzuwenden, wenn deren Anwendung durch inländische Gesetze nach der Vorschrift oder nach dem Zwecke derselben ausgeschlossen ist.

Ingleichen ist die Anwendung des ausländischen Rechts ausgeschlossen, wenn dieselbe dahin führen würde, den Ausländern ein Vorrecht vor den Inländern zu gewähren.

b) Entwurf Gebhard § 35. (64)

I.

Ausländisches Recht wird nicht angewandt, wenn dessen Anwendung durch das inländische Recht nach der Vorschrift oder nach dem Zwecke desselben ausgeschlossen ist.

II.

Ein ausländisches Gesetz wird nicht angewandt, wenn dessen Anwendung gegen die guten Sitten oder die öffentliche Ordnung verstösst.

c) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (§ 24 des Vorentwurfs). (65)

Die Anwendung eines ausländischen Gesetzes ist ausgeschlossen, wenn die Anwendung gegen die guten Sitten oder die öffentliche Ordnung verstossen würde.

d) Entwurf des B.G.B. II. Lesung § 2264. (66)

Die Anwendung eines ausländischen Gesetzes ist ausgeschlossen, wenn die Anwendung gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstossen würde oder wenn das ausländische Gesetz die Rechte der Fremden in unbilliger Weise beeinträchtigt.

e) Entwurf Niemeyer (§ 1 Abs. 2). (67)

Ausländisches Recht ist ferner nicht anzuwenden, soweit dadurch im Inlande Rechtseinrichtungen oder Rechtsansprüche Verwirklichung finden würden, welche sittlich verwerflich sind und ferner soweit das auswärtige Recht auf einer so niedrigen Entwicklungsstufe steht, dass eine Anwendung im Inlande nicht angemessen erscheint.

Haager Conferenz 1894. V. Art. 11. (68)

Nonobstant les articles qui précèdent les tribunaux d'un pays n'auront pas égard aux lois étrangères, dans le cas où leur application aurait pour résultat de porter atteinte, soit au droit public de ce pays, soit à ses lois concernant les substitutions ou fidéicommis, la capacité des Établissements d'utilité publique, la liberté et l'égalité des personnes, la liberté des héritages, l'indignité des successibles ou légataires, l'unité du mariage, les droits des enfants illégitimes.

Unbeschadet der Geltung der vorstehenden Artikel ist seitens der Gerichte eines Landes von der Beachtung ausländischen Rechtes abzusehen, wenn sich aus dessen Anwendung ergeben würde eine Verletzung des öffentlichen Rechts dieses Landes oder der gesetzlichen Vorschriften über die Zulässigkeit von Substitutionen oder Fideikommissen, über die Erwerbsfähigkeit der juristischen Personen und Stiftungen, über die Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen, über die freie Veräusserlichkeit der Nachlassgegenstände, über die Erbunwürdigkeit der Erben oder Legatare, über die monogamische Natur der Ehe und die Rechte der unehelichen Kinder.

Institut de droit international (Oxford 1880). (69)

En aucun cas les lois d'un état ne pourront obtenir reconnaissance et effet dans le territoire d'un autre état, si elles sont en opposition avec le droit public ou avec l'ordre public.

Keinesfalls können die Gesetze eines Staates Anerkennung und Wirkung in dem Gebiete eines anderen Staates beanspruchen, wenn sie sich im Widerspruch mit dem öffentlichen Recht oder der öffentlichen Ordnung befinden.

Italien, codice civile (1865) Art. 12. (70)

Non ostante le disposizioni degli articoli precedenti, in nessun caso le leggi, gli atti e le sentenze di un paese straniero, e le private disposizioni e convenzioni potranno derogare alle leggi proibitive del regno che concernano le persone, i beni o gli atti, nè alle leggi riguardanti in qualsiasi modo l'ordine pubblico ed il buon costume.

Unbeschadet der Bestimmungen der vorhergehenden Artikel können in keinem Falle die Gesetze, die Rechtsakte und die Entscheidungen eines fremden Staates oder die Rechtsgeschäfte Privater die Prohibitiv-Gesetze des Königreichs, welche die Personen, das Vermögen und die Rechtsgeschäfte betreffen oder in irgend einer Weise auf die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten Bezug haben, durchbrechen.

Lima Entwurf (1878) Art 54. (71)

Gesetze, Urtheile, Verträge und juristische Akte, welche ihren Ursprung im Auslande hatten, werden im Inlande nur beachtet, soweit sie nicht mit der politischen Verfassung, den Gesetzen der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten unverträglich sind.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888) Art. 8. (72)

Fremde Gesetze werden bei den montenegrinischen Gerichten in jenem Falle gar nicht berücksichtigt, wenn sie mit den montenegrinischen Gesetzen in Bezug auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Widerspruch stehen. Desgleichen werden jene fremden Gesetze nicht anerkannt, welche gegen die gute Sitte verstossen, oder eine unmenschliche Einrichtung (etwa die Sklaverei), welche in Montenegro nicht geduldet wird, billigen.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 19. (73)

Ausländische Gesetze sind nicht anzuwenden, wenn deren Anwendung durch inländische Gesetze nach der Vorschrift oder nach dem Zwecke derselben ausgeschlossen ist.

Spanien, código civil (neu promulgirt 1889) Art. 11 Abs. 3. (74)

No obstante lo dispuesto en este artículo y en el anterior, las leyes prohibitivas concernientes á las personas, sus actos, ó sus bienes, y las que tienen por objeto el orden público y las buenas costumbres, no quedarán sin efecto por leyes ó sentencias dictadas, ni por disposiciones ó convenciones acordadas en país estranjero.

Ungeachtet der Bestimmungen dieses und des vorhergehenden Artikels können Verbotgesetze, welche die Personen, Rechtsgeschäfte und das Vermögen betreffen, und diejenigen Gesetze, welche die öffentliche Ordnung und die guten Sitten zum Gegenstand haben, nicht unwirksam gemacht werden durch auswärtige Gesetze, Urtheile und Rechtsgeschäfte.

Vorschriften über Wohnsitz und Staatsangehörigkeit zur Ermittelung des massgebenden Rechts.

A. Wohnsitz.

1. Voraussetzungen des Wohnsitzes.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Art. 5. (75)

La ley del lugar en el cual reside la persona determina las condiciones requeridas para que la residencia constituya domicilio.

Das Gesetz desjenigen Ortes, in welchem die Person sich aufhält, setzt die Bedingungen fest, unter welchen der Aufenthalt Domizil begründet.

(Artt. 6—8 geben speziellere Vorschriften über den Wohnsitz der Vormünder als solcher, der Handlungsunfähigen und Ehegatten.)

Schweiz, Bundesgesetz betr. die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter vom 25. Mai 1891. (76)

Art. 3. Der Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes befindet sich an dem Orte, wo Jemand mit der Absicht, dauernd zu verbleiben, wohnt. (Folgen spezielle Vorschriften über den Wohnsitz der Insassen von Pflege-, Straf- und Lehranstalten.)

Der einmal begründete Wohnsitz dauert bis zum Erwerb eines neuen Wohnsitzes fort.

Niemand hat an zwei oder mehreren Orten zugleich seinen Wohnsitz.

(Art. 4 giebt Bestimmungen über den abgeleiteten Wohnsitz der Ehefrau, der Kinder und der Bevormundeten.)

2. Mangel einer einheitlichen Privatrechtsgesetzgebung am Wohnsitze.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Mai 1891. Art. 6. (77)

Wenn in den Gebietstheilen eines und desselben Kantons nicht dieselben Rechtsnormen in Kraft bestehen, so gilt als Wohnsitzrecht eines Niedergelassenen oder Aufenthalters das Recht desjenigen Kantonsgebietes, in welchem derselbe wohnt.

3. Mehrfacher Wohnsitz.

Deutschland, Entwurf Niemeyer (1895). § 21 Abs. 5 Satz 1. (78)

Wenn eine Person mehrere Wohnsitze hat, die in verschiedenen Rechtsgebieten liegen, so entscheidet der zuerst begründete Wohnsitz.

4. Mangel eines Wohnsitzes.

Deutschland, Entwurf Niemeyer (1895). § 21 Abs. 5 Satz 2. (79)

Hat eine Person keinen Wohnsitz, so entscheidet der zuletzt innegehabte Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen der Aufenthaltsort.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Art. 9. (80)

Las personas que no tuvieren domicilio conocido lo tienen en el lugar de su residencia.

Für Personen, welche kein bekanntes Domizil besitzen, ist als solches der Ort ihres Aufenthaltes zu betrachten.

B. Staatsangehörigkeit.

1. Mangel einer einheitlichen Privatrechtsgesetzgebung im Heimathstaate.

Deutschland, Entwurf Niemeyer. § 21 Abs. 4. (81)

An Stelle der Staatsangehörigkeit tritt der Wohnsitz:

3. soweit innerhalb des Staates, dem eine Person angehört, örtliche Rechtsverschiedenheiten bestehen.

Japan, Civ. G.B. (1890). Allgem. Vorschriften. Art. 8. (82)

In allen Fällen, in denen das Heimathsgesetz anzuwenden ist, ist . . . für denjenigen, in dessen Heimathsstaat verschiedene Gesetzgebungen neben einander bestehen, das Gesetz seines Wohnsitzes.

Institut de droit international (Oxford 1880). (83)

(VI) Dans le cas où différentes lois civiles coexistent dans un même État, les questions relatives à l'état et à la capacité de l'étranger seront décidées selon le droit intérieur de l'État auquel il appartient.

Wenn in einem Staate verschiedene Civilgesetzgebungen nebeneinander existiren, so sind die den Status und die Handlungsfähigkeit der Ausländer betreffenden Fragen, in Gemässheit des inneren Rechts des Staates, dem der Ausländer angehört, zu entscheiden.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1891. Art. 6. (84)

Wenn in den Gebietstheilen eines und desselben Kantons nicht dieselben Rechtsnormen in Kraft bestehen, so gilt . . . als Heimathsrecht eines Niedergelassenen oder Aufenthalters das Recht, welches in derjenigen Gemeinde in Kraft besteht, deren Bürger er ist.

2. Mehrfache Staatsangehörigkeit.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882). Art. 18 Abs. 1 u. 2. (85)

Le statut personnel est déterminé par la nationalité des personnes.

Celui qui a deux nationalités, dont l'une lui est reconnue par la loi belge a pour statut la loi belge tant qu'il n'a pas fait d'option.

Das Personalstatut wird durch die Nationalität der Person bestimmt.

Wer zwei Nationalitäten hat, von denen eine durch das belgische Gesetz anerkannt wird, hat als Personalstatut das belgische Gesetz, so lange er nicht optirt hat.

b) Entwurf der belgischen Gesetzesrevisionskommission. Art. 12 Abs. 2, 3. (86)

. . . . . celui qui appartient, à la fois, à la nationalité belge et à une nationalité étrangère, a pour statut personnel la loi belge.

Celui qui appartient à deux nationalités étrangères a pour statut personnel celle des deux lois étrangères dont les dispositions, applicables à la contestation, s'éloignent le moins des dispositions de la loi belge.

Wer zu gleicher Zeit die belgische und eine ausländische Nationalität besitzt, hat als Personalstatut das belgische Gesetz.

Wer zwei ausländische Nationalitäten besitzt, hat als Personalstatut diejenige der beiden Gesetzgebungen, deren auf den Fall anwendbare Bestimmungen sich am wenigsten von der belgischen Gesetzgebung entfernen.

Deutschland, Entwurf Niemeyer (1895). § 21 Abs. 1, 2, 4 No. 1. (87)

Wenn eine Person die deutsche Staaatsangehörigkeit und ausserdem diejenige eines anderen Staates besitzt, so ist im Sinne vorstehender Bestimmung allein die deutsche Staatsangehörigkeit massgebend.

Gehört eine Person mehreren nichtdeutschen Staaten an, so ist die zuletzt erworbene Staatsangehörigkeit massgebend.

An Stelle der Staatsangehörigkeit tritt der Wohnsitz:

1. für Personen, auf welche die Bestimmung in Abs. 2 nicht anwendbar ist, weil sie die mehrfache Staatsangehörigkeit gleichzeitig erworben haben.

Japan, Civil-G.B. (1890). Allgem. Vorschriften. Art. 8 Abs. 2. (88)

Wer gleichzeitig die japanische und eine fremde Staatsangehörigkeit hat, ist dem inländischen Gesetze unterworfen; wer in mehreren fremden Staaten staatsangehörig ist, ist dem Rechte desjenigen Staates unterworfen, dessen Staatsangehörigkeit er zuletzt erworben hat.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1891. Art. 5. (89)

Wenn Jemand in mehreren Kantonen heimathberechtigt ist, so gilt für die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes als Heimath derjenige Heimathkanton, in welchem er seinen letzten Wohnsitz gehabt hat, und falls er seinen Wohnsitz niemals in einem der Heimathkantone gehabt hat, derjenige Kanton, dessen Bürgerrecht er oder seine Vorfahren zuletzt erworben haben.

Kanton Unterwalden, Personenrecht (1852). § 6 Abs. 3. (90)

Besitzt einer das Kantonsbürgerrecht in mehreren Kantonen, so sind folgende Bestimmungen massgebend:

a) Ist der Betreffende in einem dieser Kantone angesessen, so wird er als unter dem Gesetze dieses seines Wohnorts stehend angesehen.

b) Ist er aber in keinem derjenigen Kantone niedergelassen, deren Bürgerrecht er besitzt, so wird er als unter den Gesetzen desjenigen Kantons stehend angesehen, aus welchem er oder seine Vorfahren sich an ihren Wohnort begeben haben. (Folgt eine Vorschrift von lokaler Bedeutung.)

3. Nichtnachweisbarkeit oder Mangel der Staatsangehörigkeit.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882). Art. 18 Abs. 3. (91)

Le statut de celui qui n'a point de nationalité est déterminé par son domicile et, s'il n'a pas de domicile certain, par sa résidence.

Das Statut dessen, der keinem Staate angehört, wird durch seinen Wohnsitz, und in Ermangelung eines bestimmten Wohnsitzes durch seinen Aufenthalt bestimmt.

b) Entwurf der belg. Gesetzesrevisionskommission. Art. 12 Abs. 1. (92)

Celui qui ne justifie d'aucune nationalité déterminée a pour statut personnel la loi belge.

Wer keine bestimmte Staatsangehörigkeit darthut, hat als Personalstatut das belgische Gesetz.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. § 2. (93)

L'état et la capacité de l'étranger aussi que les rapports de famille sont régis par la loi du pays auquel il appartient ou à defaut de nationalité connue par la loi de l'État Indépendant du Congo.

Der Status, die Fähigkeit des Ausländers werden ebenso wie die Familienbeziehung nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem er angehört, oder in Ermangelung einer bekannten Staatsangehörigkeit nach dem Rechte des Congostaates.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen. § 17. (94)

Personen, welche ihre bisherige Staatsangehörigkeit verloren und noch keine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, werden, so lange Letzteres der Fall ist, in Beziehung auf ihre bürgerlichen Rechte als Angehörige des Staates, dem sie bisher angehört haben, betrachtet.

Im Uebrigen werden Personen, welche keinem Staate oder doch keinem an dem geordneten völkerrechtlichen Verkehr theilnehmenden Staate angehören, in Ansehung der Rechte, für welche dem Vorstehenden zufolge die Staatsangehörigkeit massgebend ist, nach dem Recht des Staates beurtheilt, in dessen Gebiet sie ihren Wohnsitz haben oder, falls sie einen festen Wohnsitz überhaupt nicht haben, sich aufhalten.

b) Entwurf Gebhard. § 32. (95)

Personen, welche ihre bisherige Staatsangehörigkeit verloren und eine andere noch nicht erworben haben, werden in Verhältnissen, bezüglich deren das massgebende Recht durch die Staatsangehörigkeit bestimmt ist, nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem sie zuletzt angehört haben.

c) Entwurf d. B. G.B. II. Lesung. (§ 2263.) (96)

Gehört eine Person keinem Staate an, so werden ihre Rechtsverhältnisse, soweit die Gesetze des Staates, welchem eine Person angehört, für massgebend erklärt sind, nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Person zuletzt angehört hat, und, wenn sie auch früher keinem Staate angehört hat, nach den Gesetzen des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz und in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren Aufenthalt hat oder zu der massgebenden Zeit gehabt hat. (Entwurf I sachlich übereinstimmend, Vorentwurf § 23.)

d) Entwurf Niemeyer. § 21 Abs. 3, Abs. 4 Nr. 2. (97)

Besitzt eine Person keine Staatsangehörigkeit, so ist die frühere Staatsangehörigkeit, und wenn sie solche niemals besessen hat, diejenige des ehelichen Vaters oder der unehelichen Mutter massgebend.

An Stelle der Staatsangehörigkeit tritt der Wohnsitz:

2. für Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht zu ermitteln ist.

Institut de droit international (Oxford 1880). (98)

(VI) Lorsqu'une personne n'a pas de nationalité connue, son état et sa capacité sont régis par les lois de son domicile.

Wenn eine Person keine bekannte Staatsangehörigkeit hat, wird ihr Status und ihre Fähigkeit nach dem Gesetze ihres Domicils beurtheilt.

Japan, Civil-G.B. (1890). Allgem. Vorschriften. Art. 8. (99)

In allen Fällen, in denen das Heimathsgesetz anzuwenden ist, ist für denjenigen, der eine Staatsangehörigkeit nicht hat . . ., das Gesetz seines Wohnsitzes und, wenn sein Wohnsitz unbekannt ist, das Gesetz seines Aufenthaltsortes massgebend.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). Art. 800. (100)

Hat die Staatsbürgerschaft darauf Einfluss, nach welchen Rechtsnormen ein Rechtsgeschäft beurtheilt werden soll, so ist in dem Falle, dass Jemand seines früheren Staatsbürgerrechtes verlustig geworden wäre, ohne ein anderes erworben zu haben, während der Fortdauer dieses Zustandes ein solches Rechtsgeschäft nach den Gesetzen jenes Staates zu beurtheilen, dessen Staatsbürgerschaft jene Person früher hatte.

Ungarn, Ehegesetz vom 18. Dezember 1894. § 119. (101)

Auf die Ehe eines Ausländers, dessen Staatsangehörigkeit nicht festgestellt werden kann, sind in allen Fällen, in welchen nach dem gegenwärtigen Gesetze die Gesetze des Heimathstaates des Ausländers massgebend wären, die Gesetze seines Wohnortes anzuwenden.

4. Staatsangehörigkeit im Sklavenstaate.

Deutschland, Entwurf Gebhard. § 33. (102)

Personen, welche im Auslande der Sklaverei unterworfen sind, aber im Inlande oder in einem anderen, jenes Institut nicht anerkennenden Staate verweilen, werden in Verhältnissen, bezüglich deren auf Grund ihrer Staatsangehörigheit oder des Wohnsitzes das Recht des Sklavenstaates massgebend sein würde, nach dem Rechte des Staates beurtheilt, in welchem sie den Wohnsitz haben oder, falls sie einen solchen ausserhalb des Sklavenstaates nicht besitzen, sich aufhalten.

5. Wechsel der Staatsangehörigkeit.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882). Art. 18 Abs. 4 u. 5. (103)

Le statut personnel se perd avec la perte de la nationalité à laquelle il est attaché.

Le changement de nationalité ne modifie le statut que pour l'avenir; il n'a point d'effet rétroactif.

Das Personalstatut fällt fort mit dem Verlust der Nationalität, an welche es geknüpft ist.

Der Wechsel der Nationalität ändert das Personalstatut nur für die Zukunft und hat keine rückwirkende Kraft.

b) Entwurf der belgischen Gesetzesrevisonskommission. Art. 13. (104)

Les changements de nationalité n'ont pas d'effet rétroactif. On ne peut s'en prévaloir qu'après avoir rempli les conditions et les formalités imposées par la loi et seulement pour l'exercice des droits ouverts depuis cette époque.

Die Veränderung der Nationalität hat keine rückwirkende Kraft. Man kann sich auf dieselbe nur berufen, nachdem alle Bedingungen und Formalitäten, welche das Gesetz aufstellt, erfüllt sind, und lediglich zur Ausübung von Rechten, welche nach diesem Zeitpunkt eröffnet sind.

Deutschland, Entwurf Niemeyer. § 21 Abs. 6. (105)

Massgebend ist die Staatsangehörigkeit oder der Wohnsitz oder der Aufenthaltsort der Person in dem Zeitpunkt, in welchem der zu beurtheilende Thatbestand sich vollzogen hat.

Rechts- und Handlungsfähigkeit der Menschen. Status. Verschollenheit.

A. Rechtsfähigkeit (und Verschollenheit) gesondert behandelt.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. (106)

§ 5. Die Rechtsfähigkeit wird nach dem Rechte beurtheilt, welches über das Rechtsverhältniss, bei dem sie in Frage kommt, entscheidet.

§ 8. Die Vorschriften des inländischen Rechtes über die Todeserklärung erstrecken sich nur auf Deutsche.

Die inländischen Gerichte sind für das Verfahren ausschliesslich zuständig.

b) Entwurf des B.G.B. II. Lesung § 2236. (107)

Ein Verschollener kann im Inlande nach Massgabe der deutschen Gesetze für todt erklärt werden, wenn er bei dem Beginne der Verschollenheit ein Deutscher war.

Gehörte der Verschollene bei dem Beginne der Verschollenheit einem fremden Staate an, so kann er im Inlande nach Massgabe der deutschen Gesetze mit Wirkung für diejenigen Rechtsverhältnisse, welche sich nach den deutschen Gesetzen bestimmen, sowie mit Wirkung für das im Inlande befindliche Vermögen für todt erklärt worden; die Vorschriften des § 2234 Abs. 2 finden entsprechende Anwendung. [§ 2234 Abs. 2: Ein Gegenstand, für den von einer deutschen Behörde ein zur Eintragung des Berechtigten bestimmtes Buch oder Register geführt wird, gilt als im Inlande befindlich. Ein Anspruch gilt als im Inlande befindlich, wenn für die Klage ein deutsches Gericht zuständig ist.]

c) Entwurf Niemeyer (1895) § 4. (108)

Die Todeserklärung von Personen die vor ihrer Verschollenheit zuletzt die deutsche Reichsangehörigkeit besassen, findet nur durch deutsche Gerichte gemäss den deutschen Gesetzen statt. Die im Auslande erfolgte Todeserklärung solcher Personen ist ohne Wirkung.

Die Todeserklärung von Ausländern durch deutsche Gerichte und gemäss dem deutschem Rechte findet statt, wenn in dem Staate, dem ein verschollener Ausländer zuletzt angehörte, die Todeserklärung oder eine im wesentlichen gleichartige Einrichtung nicht bekannt ist, oder doch für den gegebenen Fall nicht Anwendung findet, und wenn entweder deutsche Reichsangehörige ein rechtliches Interesse an der Todeserklärung glaubhaft machen oder Vermögen des Verschollenen sich in Deutschland befindet.

Die Todes-, Verschollenheits- oder Abwesenheitserklärung eines Ausländers ist anzuerkennen, wenn sie von einem Gericht ausgesprochen ist, welches nach den Gesetzen des Staates zuständig ist, dem der Verschollene zuletzt angehört hat. Die Wirkungen bestimmen sich nach den Gesetzen des Gerichtsortes.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888) Art. 786. (109)

Handelt es sich um die Feststellung des Umfanges der Rechtsfähigkeit, ob beispielweise Jemand und in welchem Masse Eigenthümer von Sachen einer bestimmten Art sein kann, so sind die Gesetze des Ortes anzuwenden, unter welche die bestimmte Art von Sachen oder Geschäften fällt.

Vertrag von **Montevideo** (1889) Art. 10. (110)

Los efectos jurídicos de la declaracion de ausencia respecto á los bienes del ausente se determinan por la ley del lugar en que esos bienes se hallan situados.

Las demas relaciones jurídicas del ausente seguirán gobernándose por la ley que anteriormente las regía.

Die rechtlichen Wirkungen der Abwesenheits-Erklärung bestimmen sich bezüglich des Vermögens des Abwesenden nach dem Gesetze des Landes, in welchem die Sachen gelegen sind.

Die übrigen Rechtsverhältnisse des Abwesenden sollen auch in Zukunft dem Gesetze, welches sie vordem geregelt hatte, unterworfen bleiben.

B. Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit, Status gemeinsam behandelt.

1. Domicilprincip.

a) reines Domicilprincip.

Liv-, Esth- und Kurländisches Privatrecht (1864) Art. 28. (111)

Die Rechts- und Handlungsfähigkeit einer Person ist nach demjenigen Rechte zu beurtheilen, welches an dem Orte ihres Domicils für die Personen desselben Standes gilt, welchem sie angehört.

Vertrag von **Montevideo** (1889) Art. 1. (112)

La capacidad de las personas se rige por las leyes de su domicilio.

Die Handlungsfähigkeit der Personen wird von den Gesetzen ihres Domicils regiert.

Schweiz, Bundesgesetz, betr. die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter vom 25. Juni 1891 Art. 6. (113)

Die persönliche Handlungsfähigkeit der Ehefrau wird für die Dauer der Ehe durch das Recht des Wohnsitzes bestimmt.

b) Domicilprincip mit Berücksichtigung der lex rei sitae.

Argentinien, Código civil (1871). (114)

Art. 6. La capicidad ó incapacidad de las personas domiciliadas en el territorio de la República, sean nacionales ó estranjeras, será juzgada por las leyes de este Código, aun cuando se trate de actos ejecutados ó de bienes existentes en país estranjero.

Art. 7. La capacidad ó incapacidad de las personas domiciliadas fuera del territorio de la República, será juzgada por las leyes de su respectivo domicilio, aun cuando se trate de actos ejecutados ó de bienes existentes en la República.

Art. 8. Los actos, contratos hechos y los derechos adquiridos fuera del lugar del domicilio de la persona, son redigos por las leyes del lugar en que se han verificado; pero no tendrán ejecucion en la República, respecto de los bienes situados en el territorio, si no son conformes á las leyes del país, que reglan la capacidad, estado y condicion de las personas.

Art. 6. Die Handlungsfähigkeit oder Handlungsunfähigkeit der auf dem Territorium der Republik wohnhaften Personen, seien es Bürger oder Fremde, soll nach den Bestimmungen dieses Gesetzbuches beurtheilt werden, auch wenn es sich um Handlungen, die im Auslande vollzogen wurden, oder um Güter, die im Ausland liegen, handelt.

Art. 7. Die Handlungsfähigkeit oder Handlungsunfähigkeit der ausserhalb des Territoriums der Republik wohnenden Personen soll nach den Gesetzen ihres jeweiligen Wohnortes beurtheilt werden, auch wenn es sich um Handlungen, die in der Republik vollzogen werden, oder um Güter, die in der Republik liegen, handelt.

Art. 8. Die ausserhalb des Domicils der Person vollzogenen Handlungen, geschlossenen Verträge und erworbenen Rechte werden von den Gesetzen des Landes regiert in welchem sie entstanden sind; doch können sie in der Republik bezüglich der im Inlande liegenden Güter nichtrechtlich verfolgt werden, wenn sie nicht den Landesgesetzen entsprechen, welche die Fähigkeit, den Status und die Eigenschaften der Personen normiren.

2. Nationalitätsprincip.

a) reines Nationalitätsprincip.

Kanton Argau, Civilgesetzbuch (1847). (115)

§ 8. Die Kantonsbürger bleiben in Handlungen und Geschäften, die sie ausser dem Kanton vornehmen, an dessen Gesetze gebunden, insoweit ihre persönliche Fähigkeit, jene Geschäfte und Handlungen zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird, und dieselben zugleich in dem Kanton rechtliche Folgen hervorbringen sollen.

§ 9. Die persönliche Fähigkeit der Fremden zu Rechtsgeschäften ist insgemein nach den Gesetzen ihrer Heimat zu beurtheilen.

Baden, Landrecht Satz 3 Abs. 3. (116)

Die Gesetze, welche den Zustand und die Rechtsfähigkeit der Personen bestimmen, erstrecken sich auf die Inländer selbst alsdann, wenn sie im Auslande sich aufhalten.

Belgien, Entwurf der belgischen Gesetzesrevisionskommission Art. 4. (117)

L'état et la capacité des personnes ainsi que les rapports de famille sont régis par les lois de la nation à laquelle les personnes appartiennent.

Der Status und die Fähigkeit der Personen werden ebenso wie die Familienbeziehungen nach dem Recht des Staates beurtheilt, welchem die Personen angehören.

Kanton Bern, Civilgesetzbuch (1824) Satzung 4 Abs. 2. (118)

Für Handlungen und Geschäfte jedoch, welche Staatsbürger im Auslande und Fremde ausserhalb Unserer Botmässigkeit vornehmen, bleiben die einen und die anderen in Betreff der persönlichen Fähigkeit, dieselben vorzunehmen, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891 Art. 2 siehe No. 93. (119)

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861) Art. 177. (120)

La loi civile de l'État dont l'individu est le sujet règle tout ce qui concerne l'état et la capacité de sa personne.

Das Civilrecht des Staates, dessen Unterthan das Individuum ist, regelt alles, was den Status und die Fähigkeit der Person anlangt.

Frankreich, code civil (1804) Art. 3 Satz 3. (121)

Les lois concernant l'état et la capacité des personnes régissent les Français, même résidant en pays étranger.

Die den Status und die Fähigkeit der Personen betreffenden Gesetze, beherrschen die Franzosen selbst alsdann, wenn sie sich im Auslande aufhalten.

Kanton Freiburg, Civilgesetzbuch (1834). (122)

Art. 2. Die Angehörigen dieses Kantons sind den hiesigen Gesetzen, die den Stand der Personen und ihre Fähigkeit zu den bürgerlichen Rechtsgeschäften betreffen, auch dann unterworfen, wenn sie im Ausland angesessen sind.

Art. 3. Die im Kanton angesessenen Fremden sind in Betreff ihres Standes und ihrer Fähigkeit zu den bürgerlichen Rechtsgeschäften, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Institut de droit international (Oxford 1880). (123)

L'état et la capacité d'une personne sont régis par les lois de l'État auquel elle appartient par sa nationalité.

Der Status und die Fähigkeit einer Person werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Person ihrer Nationalität nach angehört.

Italien, codice civile (1865) Art. 6. (124)

Lo stato e la capacità delle persone ed i rapporti di famiglia sono regolati dalla legge della nazione a cui esse appartengono.

Der Status und die Fähigkeit der Personen und die Familienverhältnisse werden durch das Gesetz der Nation, dem die Personen angehören, geregelt.

Lima Entwurf (1878) Art. 2. (125)

Der Status und die juristische Fähigkeit der Personen werden nach ihrem Nationalgesetze beurtheilt, auch wenn es sich um Akte handelt, welche in einem anderen Lande zu Stande gekommen sind, oder um Vermögen (bienes), welches sich in einem andern Lande befindet.

Kanton Luzern, Civilgesetzbuch (1831) § 6 Abs. 2. (126)

Für Handlungen und Geschäfte jedoch, welche Staatsbürger im Auslande und Fremde innerhalb des Kantons vornehmen, bleiben die einen und die andern, in Betreff der persönlichen Fähigkeit, dieselben vorzunehmen, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Mexico, código civil (1871). Art. 13. (127)

Las leyes concernientes al estado y capacidad de las personas, son obligatorias para los mexicanos del Estado, aun cuando residan en el estranjero, respecto de los actos que deban ejecutarse en todo ó en parte en la mencionada demarcazion.

Die den Stand und die Fähigkeit der Personen betreffenden Gesetze sind hinsichtlich der Akte, welche im gesammten Inlande oder in einem Theile desselben Wirkung haben sollen, für die Angehörigen des mexikanischen Staates verbindlich, auch wenn dieselben im Auslande sich aufhalten.

Niederlande.

a) Wet houdende Algemeene Bepalingen van Wetgeving (1829). (Gesetz betr. allgemeine Gesetzgebungsvorschriften) Art. 6. (128)

De wetten, betreffende de rechten, den Staat en de bevoegdheid der personen, verbinden de Nederlanders, ook wanneer zij zich buiten 's lands bevinden.

Die Gesetze betreffend die Rechte, den Status und die Handlungsfähigkeit der Personen gelten für Niederländer, auch wenn dieselben im Auslande sich aufhalten.

b) Entwurf eines Gesetzes über die Handelspapiere (1886) Art. 2. (129)

Die Wechselfähigkeit des Niederländers wird beurtheilt nach niederländischem Recht, die von Fremden nach dem Rechte ihres Landes.

Portugal.

a) código civil (1868). (130)

Art. 24 Satz 1. Os portuguezes, que viajam ou residem em paiz estrangeiro, conservam-se sujeitos ás leis portuguezas concernentes á sua capacidade civil, ao seu estado e á sua propriedade immobiliaria situada no reino, em quanto aos actos que houverem de produzir nelle os seus effeitos.

Die Portugiesen, welche im Auslande reisen oder wohnen, bleiben den portugiesischen Gesetzen, welche ihre civilrechtliche Fähigkeit, ihren Status und ihr im Königreich belegenes Grundeigenthum betreffen, unterworfen, insoweit Rechtsakte im Inlande Wirkungen hervorbringen sollen.

Art. 27. O estado e a capacidade civil dos estrangeiros são regulados pela lei do seu paiz.

Der Status und die bürgerliche Handlungsfähigkeit der Fremden werden von dem Gesetze ihres Landes regulirt.

b) Handelsgesetzbuch (1888) Art. 12. (131)

A capacidade commercial dos portuguezes que contrahem obrigações mercantis em paiz estrangeiro, e a dos estrangeiros que as contrahem em territorio portuguez, será regulada pela lei do paiz de cada um, salvo quanto aos ultimos n'aquillo em que fôr opposta ao direito publico portuguez.

Für das Gebiet des Handelsrechts bestimmt sich die Handlungsfähigkeit der Portugiesen, welche Handelsgeschäfte im Auslande abschliessen, und diejenige der Ausländer, welche solche im Inlande eingehen, nach dem nationalen Rechte eines Jeden von ihnen, ausgenommen hinsichtlich der letzteren der Fall, dass das inländische Recht mit dem portugiesischen öffentlichen Recht im Widerspruch steht.

Kanton Solothurn, Civilgesetzbuch (1841) § 5. (132)

Bei Handlungen und Geschäften, welche Kantonsbürger im Auslande und Fremde innerhalb des Kantons vornehmen, bleiben die einen und die anderen in Betreff der persönlichen Fähigkeit, dieselben vorzunehmen, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Spanien, código civil (neu promulgiert 1889) Art. 9. (133)

Las leyes relativas á los derechos y deberes de familia, ó al estado, condición y capacidad legal de las personas, obligan á los españoles, aunque residan en país extranjero.

Die Gesetze, welche das Familienrecht, den Status, die Eigenschaft und rechtliche Fähigkeit der Personen betreffen, verbinden die Spanier, auch wenn sie im Auslande wohnen.

Kanton Unterwalden, Personenrecht (1852) § 5. (134)

Für Handlungen und Geschäfte, welche Kantonsbürger im Auslande und Fremde innerhalb des hiesigen Kantons vornehmen, bleiben die einen und die andern in Betreff der persönlichen Fähigkeit dieselben vorzunehmen, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Kanton Wallis, Civilgesetzbuch (1853) Art. 2 Abs. 3. (135)

Die Gesetze in Betreff des Standes und der Rechtsfähigkeit der Personen erstrecken sich selbst auf die im Auslande sich aufhaltenden Walliser.

b) Nationalitätsprinzip nur für die Inländer.

Oesterreich, Allgemeines Gesetzbuch (1811) (vergl. hierzu Jettel S. 23/24). (136)

§ 4. Die bürgerlichen Gesetze verbinden alle Staatsbürger der Länder, für welche sie kundgemacht worden sind. Die Staatsbürger bleiben

auch in Handlungen und Geschäften, die sie ausser dem Staatsgebiete vornehmen, an diese Gesetze gebunden, insoweit als ihre persönliche Fähigkeit, sie zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird, und als diese Handlungen und Geschäfte zugleich in diesen Ländern rechtliche Folgen hervorbringen sollen. Inwiefern die Fremden an diese Gesetze gebunden sind, wird in dem folgenden Hauptstücke bestimmt.

§ 34. Die persönliche Fähigkeit der Fremden zu Rechtsgeschäften ist insgemein nach den Gesetzen des Ortes, denen der Fremde vermöge seines Wohnsitzes, oder, wenn er keinen eigentlichen Wohnsitz hat, vermöge seiner Geburt als Unterthan unterliegt, zu beurtheilen; insofern nicht für einzelne Fälle in dem Gesetze etwas anderes verordnet ist.

Kanton Graubünden (abgedruckt No. 11). **(137)**

3. Territorialitätsprincip.

Chile, código civil (1855).*) **(138)**

Art. 14. La ley es obligatoria para todos los habitantes de la República, inclusos los estranjeros.

Art. 15. A las leyes patrias que reglan las obligaciones y derechos civiles, permanecerán sujetos los chilenos, no obstante su residencia ó domicilio en país estranjero:

1°. En lo relativo al estado de las personas y a su capacidad para ejecutar ciertos actos, que hayan de tener efecto en Chile.

Art. 14. Das Gesetz ist obligatorisch für alle Bewohner des Staates mit Einschluss der Ausländer.

Art. 15. Den vaterländischen Gesetzen, welche die civilrechtlichen Verbindlichkeiten und Rechte regeln, bleiben die Chilenen unterworfen, trotz ihres Aufenthalts oder Wohnsitzes im Auslande:

1. In Ansehung des Status der Person und deren Handlungsfähigkeit zur Vornahme gewisser Akte, welche in Chile Wirksamkeit haben sollen.

*) Zur Erläuterung diene der zu dieser Bestimmung in der Note des chilenischen Ministers Verga vom 20. August 1882 (mitgetheilt von Neubauer: Regelung des internat. Privatrechts bei Goldschmidt, Zeitschrift für Handelsrecht Bd. 36 S. 411) gegebene Kommentar: Nach § 14 wird die civilrechtliche Geschäftsfähigkeit des Ausländers, welcher in Chile ein Rechtsgeschäft vornimmt oder einen Vertrag schliesst, nach dem chilenischen Gesetze beurtheilt, soweit das Rechtsverhältniss oder der Vertrag in Chile Wirkungen haben soll oder die Entscheidung chilenischer Gerichte angerufen wird, um Rechte oder Verbindlichkeiten, welche sich daraus ergeben, aufrecht zu erhalten oder zu schützen. Wenn also ein Franzose, Oesterreicher oder Preusse, welcher in Chile sich aufhält, nach dem Heimathsgesetze als volljährig anzusehen ist, wird er, wenn er in Chile ein Rechtsgeschäft vornimmt oder einen Vertrag schliesst, als minderjährig behandelt, solange er nicht 25 Jahre alt ist.

4. Recht des Vertragortes.

Georgia, code of the state. Art. 2738. **(139)**

Sometimes persons are capable to contract by the law of the place of contract, but incapable under the law of this state. In such case the law, generally, of the place of the contract is enforced, unless the circumstanes show an attempt to evade the law of this state, or the contract is of such a character as contravenes the policy of our law.

Zuweilen sind Personen nach dem Gesetze des Vertragortes fähig, nach dem Gesetze dieses Staates aber unfähig, einen Vertrag zu schliessen. In solchem Fall ist in der Regel das Recht des Vertragsortes massgebend, es sei denn, dass die Umstände den Versuch erkennen lassen, das Gesetz dieses Staates zu umgehen, oder dass sich der Vertrag als eine Zuwiderhandlung gegen die Absicht unseres Gesetzes darstellt.

5. Favor negotii

a) auf Grundlage des Domicilprincips.

Preussen, Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten (1794) **(140)**

Einleitung.

§ 23. Die persönlichen Eigenschaften und Befugnisse eines Menschen werden nach den Gesetzen der Gerichtsbarkeit beurtheilt, unter welcher derselbe seinen eigentlichen Wohnsitz hat.

§ 24. Eine blosse Entfernung aus seiner Gerichtsbarkeit, bei welcher die Absicht, einen andern Wohnsitz zu wählen, noch nicht mit Zuverlässigkeit erhellet, verändert die persönlichen Rechte und Pflichten dieses Menschen nicht.

§ 25. So lange Jemand noch keinen bestimmten Wohnsitz hat, werden seine persönlichen Rechte und Verbindlichkeiten nach dem Orte seiner Herkunft beurtheilt.

§ 26. Ist der Ort seiner Herkunft unbekannt, oder ausserhalb der Königlichen Lande, so gelten die Vorschriften des A.L.R., oder die besondern Gesetze seines jedesmaligen Aufenthaltes, so wie nach den einen, oder den andern, eine von ihm unternommene Handlung am füglichsten bestehen kann.

§ 27. Hat Jemand einen doppelten Wohnsitz, so wird seine Fähigkeit zu handeln, nach den Gesetzen derjenigen von beiden Gerichtsbarkeiten beurtheilt, welche die Gültigkeit des Geschäfts am meisten begünstigen.

§ 34. (In Ansehung der Fremden.) Auch Unterthanen fremder Staaten, welche in hiesigen Landen leben, oder Geschäfte treiben, müssen nach obigen Bestimmungen beurtheilt werden.

§ 35. Doch wird ein Fremder, der in hiesigen Landen Verträge über daselbst befindliche Sachen schliesst, in Ansehung seiner Fähigkeiten zu handeln, nach denjenigen Gesetzen beurtheilt, nach welchen die Handlung am besten bestehen kann.

b) auf Grundlage des Nationalitätsprincips.

Japan, Civilgesetzbuch (1890) (141)

Art. 3. (Der allg. Vorschriften.) Für den Status und die Fähigkeit einer Person ist das Nationalgesetz derselben entscheidend.

Art. 6. (Der allg. Vorschriften.) Wenn ein Ausländer im Gebiete des Kaiserreichs mit einem Japaner einen Vertrag schliesst, so ist für die Beurtheilung seiner Handlungsfähigkeit dasjenige der beiden Gesetze, das heimathliche oder das japanische, massgebend, welches die Gültigkeit des Vertrages am meisten begünstigt.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888) Art. 788. (142)

Der Umfang der gesetzmässigen Handlungsfähigkeit einer Person zur Verfügung in ihren Vermögensverhältnissen ist nach ihren Heimathsgesetzen zu beurtheilen. Auf diejenigen Rechtsgeschäfte über Vermögen, welche Ausländer mit einander oder mit Montenegrinern in Montenegro eingehen, und welche in diesem Lande erfüllt und beurtheilt werden sollen, sind bezüglich der Handlungsfähigkeit die montenegrinischen Gesetze jedesmal anzuwenden, wenn sie für den Bestand und die Festigkeit des abgeschlossenen Rechtsgeschäfts günstiger sind.

6. Schutz des inländischen Verkehrs (auf Grundlage des Nationalitätsprincips).

Belgien, Entwurf Laurent (1882). (143)

Art. 11. Les lois concernant l'état et la capacité des personnes régissent les Belges partout où ils se trouvent.

Les lois étrangères concernant l'état et la capacité régissent les étrangers qui se trouvent en Belgique jusqu'à ce qu'ils aient acquis la nationalité belge.

Art. 15. L'étranger qui contracte en Belgique doit déclarer son statut personnel et, s'il y a lieu, l'incapacité dont il est frappé. S'il ne fait point cette déclaration, les tiers qui traitent avec lui pourront demander l'application du statut belge, pourvu qu'ils soient de bonne foi.

Art. 11. Die den Status und die Fähigkeit der Personen betreffenden Gesetze beherrschen die Belgier überall, wo sie sich befinden.

Die ausländischen Gesetze, welche den Status und die Fähigkeit betreffen, beherrschen die in Belgien befindlichen Ausländer so lange, bis sie die belgische Staatsangehörigkeit erworben haben.

Art. 15. Der Ausländer, welcher in Belgien kontrahirt, muss sein Personalstatut und gegebenenfalls die Unfähigkeit, mit welcher er behaftet ist, darlegen. Wenn er diese Darlegung nicht gemacht hat, so können die Dritten, welche mit ihm verhandeln, die Anwendung des belgischen Gesetzes verlangen, vorausgesetzt, dass sie sich im guten Glauben befinden.

Quand les parties dressent en Belgique un acte authentique de leurs conventions, le notaire devra, sous sa responsabilité, exiger qu'elles déclarent si elles sont étrangères et quel est leur statut.

Wenn die Parteien in Belgien eine öffentliche Vertragsurkunde aufnehmen lassen, so muss der Notar unter eigener Verantwortlichkeit eine Erklärung darüber erfordern, ob sie Ausländer sind und welches Gesetz ihr Personalstatut ist.

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871) Art. 2. (144)

Die persönlichen Eigenschaften der bernischen Staatsbürger, welche deren Recht und Handlungsfähigkeit bestimmen, richten sich selbst ausserhalb des Kantons nach dem hierseitigen Heimatsrechte. In gleicher Weise wird auch dem Nichtkantonsbürger in dieser Beziehung die Anwendung seines heimathlichen Rechtes gewährt.

Immerhin wird ein Fremder, der nach hiesigem Rechte handlungsfähig wäre, mit Bezug auf solche Verpflichtungen, die er in unserm Kanton eingegangen, als handlungsfähig auch dann angesehen, wenn ihm diese Fähigkeit nach seinem Heimathsrechte überall gar nicht, oder nur in beschränkterem Masse zukäme.

Deutschland.

a) Deutsche Wechselordnung (1848) Art. 84. (145)

Die Fähigkeit eines Ausländers, wechselmässige Verpflichtungen zu übernehmen, wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem derselbe angehört. Jedoch wird ein nach den Gesetzen seines Vaterlandes nicht wechselfähiger Ausländer durch Uebernahme von Wechselverbindlichkeiten im Inlande verpflichtet, insofern er nach den Gesetzen des Inlandes wechselfähig ist.

b) Entwurf Mommsen (1879). (145)

§ 2. Die Rechtsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit einer Person sind ohne Rücksicht auf den Ort, wo sie ihren Wohnsitz hat, nach dem Recht des Staates zu beurtheilen, dem sie angehört.

§ 3. Sofern die Verpflichtung eines Ausländers aus einer im Inlande vorgenommenen Handlung in Frage steht, wird die Handlungsfähigkeit desselben auch dann angenommen, wenn sie zwar nicht nach dem Rechte des Staates, dem er angehört, wohl aber nach den Bestimmungen des inländischen Rechtes vorhanden ist, — es sei denn, dass die Verpflichtung einem, demselben Staate angehörenden Ausländer gegenüber übernommen ist und dass der Letztere zugleich eine Kunde davon gehabt hat, dass der sich Verpflichtende demselben Staate, wie er selbst, angehört.

Bei Verpflichtungen aus unerlaubten Handlungen, welche von Ausländern im Inlande vorgenommen sind, entscheidet allein das inländische Recht über die Voraussetzungen der Handlungsfähigkeit.

c) Entwurf Gebhard § 7 Abs. 1 u. 3. (147)

I.

Die Handlungsfähigkeit wird nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem die Person angehört.

Ausländer, welche nach dem Rechte ihres Staates handlungsunfähig oder in der Handlungsfähigkeit beschränkt sind, gelten in Ansehung der im Inlande vorgenommenen Handlungen als handlungsfähig, wenn sie dies nach inländischem Rechte sind. Auf die dem Gebiete des Familien- und Erbrechts angehörenden Rechtsgeschäfte findet diese Vorschrift keine Anwendung.

II.

Die Geschäftsfähigkeit wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Person angehört.

Ein Ausländer, welcher im Inlande ein dem vermögensrechtlichen Gebiete angehörendes Rechtsgeschäft unter Lebenden vornimmt, in Ansehung dessen er nach den Gesetzen des Staates, dem er angehört, nicht geschäftsfähig ist, gilt als geschäftsfähig, wenn er nach den deutschen Gesetzen geschäftsfähig sein würde.

d) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (§ 2 Abs. 1 u. 3 des Vorentwurfs) und II. Lesung (§ 2238 Abs. 1 u. 3). (148)

Die Geschäftsfähigkeit einer Person wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Person angehört.

Nimmt ein Ausländer im Inland ein Rechtsgeschäft vor, in Ansehung dessen er geschäftsfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, so gilt er für dieses Rechtsgeschäft insoweit als geschäftsfähig, als er nach den deutschen Gesetzen geschäftsfähig sein würde. Auf familienrechtliche und erbrechtliche Rechtsgeschäfte [sowie auf Rechtsgeschäfte, durch die über ein ausländisches Grundstück verfügt wird]*), findet diese Vorschrift keine Anwendung.

e) Entwurf Rocholl (1890). § 2a. (149)

a. Die Rechts- und Handlungsfähigkeit des Ausländers wird, sofern nicht eine im Inlande vorgenommene Rechtshandlung in Frage steht, nach den Gesetzen seines Heimathsstaats beurtheilt.

f) Entwurf Niemeyer (1895). § 6 Abs. 1 u. 3. (150)

Für die Geschäftsfähigkeit einer Person sind die Gesetze des Staates massgebend, dem sie angehört. Nimmt ein Ausländer im Inlande ein Rechtsgeschäft vor, bezüglich dessen er nach den Gesetzen seines Staates in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, während die Beschränkung nach diesem Gesetzbuche nicht begründet ist, so ist jene Beschränkung nicht wirksam. Auf familienrechtliche und erbrechtliche Rechtsgeschäfte findet diese Vorschrift keine Anwendung. Sie findet ferner keine Anwendung auf Verträge zwischen Ausländern, die demselben Staate angehören.

*) [ ] Zusatz des Entwurfs II. Lesung.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863). (151)

§ 7. Die Rechts- und Handlungsfähigkeit einer Person ist nach den Gesetzen des Staates zu beurtheilen, deren Unterthan dieselbe ist.

§ 8. Die Handlungsfähigkeit eines Ausländers wird nach den Gesetzen des Inlandes beurtheilt, wenn eine Verpflichtung desselben aus einer im Inlande vorgenommenen Handlung in Frage ist.

Schweiz, Bundesgesetz, betr. die persönliche Handlungsfähigkeit vom 22. Brachmonat 1881. Art. 10. (152)

Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten für alle Schweizer, seien sie im Inlande oder im Auslande wohnhaft.

Die persönliche Handlungsfähigkeit der Ausländer richtet sich nach dem Rechte des Staates, dem sie angehören.

Wenn jedoch ein nach dem Rechte seines Landes nicht handlungsfähiger Ausländer in der Schweiz Verbindlichkeiten eingeht, so wird er verpflichtet, insofern er nach schweizerischem Rechte handlungsfähig wäre.

Kanton Tessin, codice civile (1882). Art. 6. (153)

Gli atti che si intraprendono da un ticinese all'estero, se hanno a produrre effetto nel Cantone devono regolarsi colle disposizioni della legge nazionale in ciò che concerne lo stato e la capacità delle persone.

La capacità civile degli esteri è regolata dalla legge del paese cui appartengono.

Se però un estero, che, secondo la legge del suo paese, non ha la capacità civile, contrae impegni nella Svizzera, egli si obbliga validamente in quanto possieda questa capacità secondo la legge svizzera.

Die Rechtsgeschäfte, welche von einem Tessiner im Auslande vorgenommen werden, müssen hinsichtlich des Status und der Handlungsfähigkeit sich nach den Bestimmungen des Nationalgesetzes richten, wenn sie im Kanton Wirkung haben sollen.

Die Handlungsfähigkeit der Ausländer richtet sich nach dem Gesetze des Landes, dem sie angehören.

Wenn indess ein Ausländer, welcher die Handlungsfähigkeit nach dem Rechte seines Landes nicht hat, in der Schweiz Verpflichtungen eingeht, so verpflichtet er sich gültig, insofern er diese Fähigkeit nach dem schweizerischen Gesetz besitzt.

Kanton Zürich, Civilgesetzbuch (1854). § 2. Siehe No. 46a. (154)

C. Einfluss des Wechsels des Wohnsitzes bezw. der Nationalität auf die Handlungsfähigkeit.

1. des Wohnsitzes.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Art. 2. (155)

El cambio de domicilio no altera la capacidad adquirida por eman-

Die Aenderung des Domicils hat keinen Einfluss auf die Handlungs-

cipacion, mayor edad ó habilitacion judicial.

fähigkeit, welche durch Emanzipation, Volljährigkeit oder gerichtliche Habilitirung erlangt wurde.

2. der Nationalität.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. § 7 Abs. 2. (156)

I.

Ausländer, welche nach dem Rechte ihres Staates das Volljährigkeitsalter oder die Stellung Volljähriger erlangt haben, behalten, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und nach deutschem Rechte minderjährig sein würden, den Zustand der Volljährigkeit.

II.

Erwirbt ein Ausländer, welcher nach den Gesetzen des Staates, dem er angehört, das Alter der Volljährigkeit erreicht oder die rechtliche Stellung der Volljährigen erlangt hat, die deutsche Staatsangehörigkeit, so behält er den Zustand der Volljährigkeit, auch wenn dieser Zustand nach den deutschen Gesetzen nicht begründet sein würde.

b) Entwurf des B.G.B. II. Lesung. (157)

§ 2238 Abs. 2. Erwirbt ein Ausländer, der volljährig ist oder die rechtliche Stellung eines Volljährigen hat, die Reichsangehörigkeit, so behält er die rechtliche Stellung eines Volljährigen, auch wenn er nach den deutschen Gesetzen nicht volljährig ist. (Entwurf I sachlich hiermit übereinstimmend. Vorentwurf § 2 Abs. 2.)

§ 2261 Abs. 3. Erwirbt ein Ausländer, der die Fähigkeit zur Errichtung einer Verfügung von Todeswegen erlangt hat, die Reichsangehörigkeit, nachdem er eine solche Verfügung errichtet hat, so behält er die Fähigkeit auch, wenn er das nach den deutschen Gesetzen erforderliche Alter noch nicht erreicht hat.

c) Entwurf Niemeyer (1895). § 6 Abs. 2. (158)

Die einmal begründete Volljährigkeit, die Verleihung der Rechte eines Volljährigen, sowie die Befreiung von der väterlichen Gewalt gehen durch späteren Wechsel der Staatsangehörigkeit nicht wieder verloren.

Juristische Personen.

Argentinien, código civil. Art. 44. (159)

Las personas jurídicas, nacionales ó estranjeras, tienen su domicilio en el lugar en que se hallaren, ó donde funcionen sus direcciones ó administrationes principales, no siendo el caso de competencia especial.

Die juristischen Personen des In- und Auslandes haben ihren Sitz an dem Orte, an welchem sie sich befinden, oder wo ihre Direktion oder Hauptverwaltung funktionirt, sofern nicht der Fall einer besonderen Kompetenz vorliegt.

Belgien, Gesetz vom 18. Mai 1873. Art. 128. (160)

Les sociétés anonymes et les autres associations commerciales, industrielles ou financières constituées et ayant leur siège en pays étranger, pourront faire leurs opérations et ester en justice en Belgique.

Die Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche im Auslande errichtet sind und dort ihren Sitz haben, können in Belgien ihre Geschäfte betreiben und als Partei vor Gericht auftreten.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. § 6. (161)

I.

Die Rechtsbeständigkeit der juristischen Person wird nach dem Rechte des Ortes beurtheilt, an welchem sie ihren Sitz hat.

II.

Die juristische Persönlichkeit wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem der Personenverein oder die Stiftung den Sitz hat.

b) Entwurf des B.G.B. II. Lesung. § 2237. (162)

Die juristische Persönlichkeit wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem die juristische Person ihren Sitz hat. (Abs. 1 = dem § 1 des Vorentwurfes I. Lesung.)

Ein Verein, der nach den deutschen Gesetzen Rechtsfähigkeit nur durch Eintragung in das Vereinsregister oder durch staatliche Verleihung erlangen kann, ist, wenn er seinen Wohnsitz im Auslande hat, nur dann rechtsfähig, wenn seine Rechtsfähigkeit in einem Bundesstaate anerkannt ist. Die Anerkennung und Zurücknahme der Anerkennung bestimmen sich nach den Gesetzen dieses Staates.

c) Entwurf Niemeyer (1895). § 5. (163)

Die §§ 23—77 dieses Gesetzbuches*) finden keine Anwendung auf juristische Personen, welche ihren Sitz im Auslande haben. Hinsichtlich dieser sind die Gesetze des Ortes massgebend, an dem sie ihren Sitz haben.

d) Handelsvertrag zwischen Deutschland und Russland vom $\frac{\text{10. Februar}}{\text{29. Januar}}$ 1894. Art. 4. (164)

Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle, finanzielle Gesellschaften, welche in einem der beiden Länder nach den bestehenden Gesetzen rechtsgültig errichtet worden sind und dort ihren Sitz haben, sollen in dem anderen Lande als gesetzlich bestehend anerkannt werden und dort namentlich das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder als Beklagte Prozesse zu führen.

Japan, Civil-Gesetzbuch (1890). I. Art. 6. (165)

Die fremden juristischen Personen, deren Existenz anerkannt ist, geniessen dieselben Privatrechte, wie die entsprechenden im Inlande bestehenden juristischen Personen, mit Ausnahme der Fälle, in denen Vertrag oder Autorisation diese Rechte beschränkt.

---

*) D. s. die gesammten Vorschriften über die juristischen Personen.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). Art. 787. (166)

Bei der Entscheidung darüber, ob der Bestand einer rechtsfähigen Gesellschaft, einer Stiftung oder Person gesetzmässig ist, werden im Allgemeinen einer juristischen Richtschnur genommen. die Gesetze ihres Wohnsitzes zur

Vertrag von **Montevideo** (1889). (167)

Art. 3. El Estado en el carácter de persona juridica tiene capacidad para adquirir derechos y contraer obligaciones en el territorio de otro Estado, de conformidad á las leyes de este último.

Art. 4. La existencia y capacidad de las personas jurídicas de carácter privado se rige por las leyes del país en el cual han sido reconocidas como tales.

El carácter que revisten las habilita plenamente para ejercitar fuera del lugar de su institucion todas las acciones y derechos que les correspondan. Mas, para el ejercicio de actos comprendidos en el objeto especial de su institucion, se sujetarán á las prescripciones establecidas por el Estado en el cual intenten realizar dichos actos.

Der Staat, welcher den Charakter einer juristischen Person besitzt, ist fähig, in dem Gebiete eines andern Staates Rechte zu erwerben und Verbindlichkeiten einzugehen in Gemässheit der Gesetze des letztern.

Die Existenz und die Handlungsfähigkeit der juristischen Personen privaten Charakters werden von den Gesetzen des Landes regiert, in welchem sie als solche anerkannt worden sind.

Der ihnen innewohnende Charakter macht sie vollständig fähig, ausserhalb des Ortes ihrer Errichtung alle ihnen zustehenden Handlungen und Rechte auszuüben.

Für die Ausführung solcher Rechtsgeschäfte jedoch, welche zum Spezialgegenstande ihrer Einrichtung gehören, sollen sie den Vorschriften des Staates unterworfen sein, in welchem sie die genannten Rechtsgeschäfte zur Ausführung bringen wollen.

Sachenrecht.

I. Massgebendes Recht das Personalstatut des Eigenthümers

a) bei beweglichen Sachen.

Nieder-Canada, civil code (1866) Preliminary Title. Art. 6. Abs. 2. (168)

.... Moveable property is governed by the law of the domicile of its owner. But the law of Lower Canada is applied whenever the question involved relates to the distinction or nature of the property, to privileges and rights of lien, contestations as to possession, the jurisdiction of the courts and procedure, to the mode of execution and attachment, to public policy and the rights of the crown, and also in any other cases specially provided for by this code.

Bewegliche Sachen unterstehen dem am Wohnsitze des Eigenthümers geltenden Rechte. Jedoch findet das Recht von Nieder-Canada Anwendung, wenn die streitige Frage betrifft: die Unterscheidung oder die Natur des Vermögens, Privilegien und Pfandrechte, Besitzstreitigkeiten, die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte, das Verfahren der Zwangsvollstreckung und des Arrestes, die öffentliche Ordnung und die Kronrechte, und auch in allen anderen, in diesem Gesetzbuche besonders vorgesehenen Fällen.

Italien, codice civile (1865). Art. 7. (169)

I beni mobili sono soggetti alla legge della nazione del proprietario, salve le contrarie disposizioni della legge del paese nel quale si trovano.

Die beweglichen Güter sind dem Gesetze der Nation des Eigenthümers unterworfen, unbeschadet der entgegenstehenden Bestimmungen der Gesetze des Landes, wo sie sich befinden.

Liv-, Esth-, Kurländisches Privatrecht (1864). Art. 33 Satz 2. (170)

. . . Rechte an beweglichen Sachen und deren Besitz dagegen (richten sich) nach denjenigen Gesetzen, denen der Eigenthümer oder Besitzer, seinem persönlichen Gerichtsstande nach, unterworfen ist.

Oesterreich, Civilgesetzbuch (1811). § 300 Satz 2. (171)

. . . Alle übrigen Sachen (im Gegensatz zu den unbeweglichen) hingegen stehen mit der Person ihres Eigenthümers unter gleichen Gesetzen.

Preussen, Allg. Landrecht für die Preuss. Staaten (1794). Einleitung. (172)

§ 28. Das bewegliche Vermögen eines Menschen wird, ohne Rücksicht seines gegenwärtigen Aufenthaltes, nach den Gesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit desselben beurtheilt.

§ 29. Bei einer doppelten Gerichtsbarkeit haben die Rechte des Ortes, wo sich die Sache befindet, den Vorzug.

§ 30. Ist aber in einem solchen Falle (§ 29) das Mobiliarvermögen, zur Zeit der sich darauf beziehenden Handlung, an einem dritten Orte, so finden die Gesetze desjenigen Ortes Anwendung, welche dem gemeinen Rechte der preussischen Staaten am nächsten kommen.

§ 31. Das bewegliche Vermögen eines Menschen, der keinen bestimmten Wohnsitz hat, wird nach den Gesetzen seines jedesmaligen Aufenthaltes, jedoch mit Rücksicht auf seinen persönlichen Stand, beurtheilt.

Spanien, código civil (neu promulgirt 1889). Art. 10 Abs. 1 Satz 1. (173)

Los bienes muebles están sujetos á la ley de la nación del proprietario.

Die beweglichen Sachen sind dem nationalen Gesetze des Eigenthümers unterworfen.

b) bei beweglichen und unbeweglichen Sachen.

Belgien, Entwurf Laurent (1882). Art. 13. (174)

Les biens meubles et immeubles sont régis par la loi nationale de celui à qui ils appartiennent.

Die beweglichen und unbeweglichen Sachen werden von dem nationalen Gesetze dessen, dem sie gehören, beherrscht.*)

II. Massgebendes Recht die lex rei sitae.

a) bei beweglichen und unbeweglichen Sachen.

Kanton Aargau, Entwurf Käppeli (1888). (175)

Art. 18. Für die Rechte an Liegenschaften gelten die Vorschriften des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden.

Art. 19. Bei der Beurtheilung der Rechte an beweglichen Sachen ist deren Lage und Beziehung zu den an denselben berechtigten Personen hinsichtlich der örtlichen Geltung des Gesetzes massgebend.

Belgien, Entwurf der Gesetzesrevisionskommission. Art. 5. (176)

Les biens meubles et immeubles sont soumis à la loi du lieu de leur situation en ce qui concerne les droits réels dont ils peuvent être l'objet.

Les droits de créance sont réputés avoir leur situation au domicile du débiteur; toutefois, si ces droits sont représentés par des titres cessibles au moyen de la tradition ou de l'endossement, ils sont censés être au lieu où les titres se trouvent.

Lorsque, à raison du changement survenu dans la situation des biens meubles, il y a conflit de législation, la loi de la situation la plus récente est appliquée.

Die beweglichen und unbeweglichen Sachen sind hinsichtlich der dinglichen Rechte, deren Gegenstand sie sein können, dem Gesetze des Ortes ihrer Lage unterworfen.

Die Forderungsrechte gelten als am Wohnsitze des Schuldners gelegen; wenn indess diese Forderungsrechte durch Urkunden, welche mittels Tradition oder Indossament übertragbar sind, verkörpert werden, so werden sie als an dem Orte gelegen erachtet, an welchem sich die Urkunden befinden.

Wenn eine Gesetzeskollision in Folge eines in der Lage der beweglichen Sache eingetretenen Wechsels vorhanden ist, so wird das Gesetz der jüngeren Lage angewendet.

Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871). Art. 4. (177)

Die Rechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen, desgleichen der Besitz an solchen, werden nach den Gesetzen des Ortes der gelegenen Sache beurtheilt. Nach den gleichen Gesetzen richten sich auch Form und Wirkungen der Uebertragung von Rechten an Sachen.

*) Ueber die Einschränkung dieses Satzes durch Laurent vergl. S. 78 Anmerkung.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. Art. 3. (178)

Les droits sur les biens tant meubles qu'immeubles sont régis par la loi du lieu où ces biens se trouvent.

Die Rechte an beweglichen sowohl wie an unbeweglichen Sachen werden nach dem Gesetze des Ortes beurtheilt, an welchem die Sachen sich befinden.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen. § 5. (179)

Die Rechte an Sachen, beweglichen wie unbeweglichen Sachen, sowie der Besitz derselben sind nach dem Recht des Ortes zu beurtheilen, wo die Sachen sich befinden.

Insofern es sich um den Erwerb oder Verlust solcher Rechte handelt, ist das Recht des Gebietes entscheidend, in welchem die betreffende Sache sich zur Zeit des Eintretens der Thatsache befunden hat, welche den Erwerb oder Verlust zur Folge gehabt haben soll.

b) Entwurf Gebhard. § 10. (I. Abs. 1, 2, 4. — II. Abs. 1, 2 Satz 1, 3.) (180)

I.

Rechtsverhältnisse an Sachen werden nach dem Rechte des Ortes beurtheilt, an welchem sich die Sachen befinden.

Für den Erwerb oder Verlust von Rechten an beweglichen Sachen ist das Recht des Ortes entscheidend, an welchem sich die Sache zur Zeit der Verwirklichung des Thatbestandes befunden hat, welcher den Erwerb oder Verlust begründet haben soll. . . .

Die Vorschrift des § 9 Satz 2*) findet auf Rechtsgeschäfte, welche die Begründung, Uebertragung oder Aufhebung von Rechten an Sachen zum Gegenstande haben, keine Anwendung.

II

Die Rechte an einer Sache und der Besitz einer Sache werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem die Sache sich befindet.

Der Erwerb oder Verlust eines Rechtes an einer beweglichen Sache bestimmt sich nach den Gesetzen des Ortes, an welchem die Sache sich zur Zeit der Verwirklichung des Thatbestandes befunden hat, auf welchen der Erwerb oder Verlust gestützt wird. . . .

Die Vorschrift des § 9 Satz 2 findet keine Anwendung auf Rechtsgeschäfte, durch welche ein Recht an einer Sache begründet, übertragen oder aufgehoben wird.

c) Entwurf des B.G.B. II. Lesung § 2241. [Vorentwurf I. Lesung § 4]. (181)

Die Rechte an einer Sache sowie der Besitz [und die Inhabung einer Sache] werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem sich die Sache befindet. Der Erwerb und der Verlust eines Rechtes an einer beweglichen Sache sowie des Besitzes [und der Inhabung] einer solchen Sache werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem sich die Sache zur Zeit der Verwirklichung des für den Erwerb und Verlust in Betracht kommenden Thatbestandes befunden hat.

*) No. 248.

Die Vorschrift des § 2240 Satz 2*) [§ 3 Satz 2] findet keine Anwendung auf ein Rechtsgeschäft, durch das ein Recht an einer Sache begründet oder über ein solches Recht verfügt wird [oder ein solches Recht begründet, übertragen oder aufgehoben wird].

d) Entwurf Niemeyer (1895) § 8. (182)

Entstehung, Inhalt, Veränderung, Aufhebung der Rechte an einer Sache, sowie deren Besitz sind nach den Gesetzen des Ortes zu beurtheilen, wo die Sache sich jeweilig befindet. Ausgenommen hiervon sind die durch das eheliche Güterrecht, das Elternverhältniss und das Erbrecht nach Massgabe der §§ 12, 14, 19 bedingten Rechtsveränderungen, vorbehaltlich jedoch der Vorschriften, welche die Eintragung der durch jene Verhältnisse bewirkten Rechtsveränderungen an unbeweglichen Sachen in Grund-, Hypotheken- oder ähnliche Bücher betreffen.

Kanton Graubünden, Civilgesetzbuch (1862) § 1 (vergl. No. 11). (183)

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden ihre Anwendung:

2. Mit Bezug auf das Sachenrecht: auf alle im Gebiete des Kantons befindlichen Sachen.

Japan, Civil-G.B (1890). Allgem. Vorschriften. Art. 4. (184)

Bewegliche und unbewegliche Sachen werden nach dem am Orte ihrer Lage geltenden Gesetze beurtheilt.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). (185)

Art. 790. Das Eigenthum an unbeweglichen Gütern und andere dingliche Rechte an solchen (870) sind nur den Gesetzen jenes Ortes, wo sie sich befinden, und keinen anderen unterworfen.

Art. 791. Desgleichen gilt für das Eigenthum und andere dingliche Rechte an beweglichen Sachen im Allgemeinen die im vorstehenden Artikel aufgestellte Regel.

Für die Erwerbung oder Abtretung einer beweglichen Sache oder eines dinglichen Rechts an derselben dienen zur Richtschnur die Gesetze des Ortes, wo sich die Sache in jenem Zeitpunkte befindet, in dem die Handlung oder das Rechtsgeschäft, welches die Grundlage jener Erwerbung oder Abtretung bildet (z. B. ein Kauf) zu Stande gekommen ist.

Vertrag von **Montevideo** (1889). (186)

Art. 26. Los bienes, cualquiera que sea su naturaleza, son exclusivamente regidos por la ley del lugar donde existen en cuanto á su calidad, á su posesion, á su enajenabilidad absoluta ó relativa y á todas las relaciones de derecho de carácter real de que son susceptibles.

Die Güter werden, welcher Natur sie auch sein mögen, ausschliesslich von dem Gesetze des Ortes, an welchem sie sich befinden, regiert und zwar bezüglich ihrer Qualität, ihres Besitzes, ihrer absoluten oder relativen Fähigkeit, veräussert zu werden, und aller Rechtsverhältnisse dinglichen Charakters, zu denen sie in Beziehung treten können.

*) Die Regel locus regit actum No. 39.

Art. 27. Los buques, en aguas no jurisdiccionales, se reputan situados en el lugar de su matrícula.

Die Schiffe auf den nicht jurisdictionalen Gewässern werden als am Orte ihrer Matrikel liegend betrachtet.

Art. 28. Los cargamentos de los buques, en aguas no jurisdiccionales, se reputan situados en el lugar del destino definitivo de las mercaderías.

Die Schiffsladungen auf den nicht-jurisdictionalen Gewässern werden als am definitiven Bestimmungsort der Waaren gelegen betrachtet.

Art. 29. Los derechos creditorios se reputan situados en el lugar en que la obligacion de su referencia debe cumplirse.

Die Forderungsrechte werden als an dem Orte gelegen betrachtet, an welchem die entsprechende Verbindlichkeit erfüllt werden muss.

Art. 30. El cambio de situacion de los bienes muebles no afecta los derechos adquiridos con arreglo á la ley del lugar donde existían al tiempo de su adquisicion.

Der Wechsel der Lage der beweglichen Güter berührt diejenigen Rechte nicht, welche kraft des Gesetzes des Landes erworben wurden, in welchem jene Güter im Zeitpunkte des Erwerbes dieser Rechte sich befunden haben.

Sin embargo, los interesados están obligados á llenar les requisitos de fondo ó de forma exigidos por la ley del lugar de la nueva situacion para la adquisicion ó conservacion de los derechos mencionados.

Indessen sind die Betheiligten gehalten, die materiellen und formellen Bedingungen zu erfüllen, welche das Gesetz des Ortes der neuen Lage vorschreibt, wenn es sich um den Erwerb oder die Erhaltung der erwähnten Rechte handelt.

Art. 31. Los derechos adquiridos por terceros sobre los mismos bienes de conformidad á la ley del lugar de su nueva situacion, despues del cambio operado y antes de llenarse los requisitos referidos, priman sobre los del primer adquirente.

Die Rechte, welche Dritte an den Gütern selbst in Gemässheit des Gesetzes des Ortes der neuen Lage nach vollzogenem Wechsel, jedoch vor der Erfüllung der oben erwähnten erforderlichen Bedingungen, erworben haben, gehen denjenigen des früheren Erwerbes vor.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 10. (187)

Die Rechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen, ingleichen der Besitz derselben, werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, wo die Sachen liegen.

Kanton Zürich, Civil-G.B. (1854) § 4 = § 2 des Civil-G.B. (1887).*) (188)

Für Rechte an Liegenschaften gilt das Landrecht, in dessen Gebiet die Liegenschaften gelegen sind. Auch bei der Beurtheilung der Rechte

*) Diese Vorschrift findet sich wörtlich im Civilgesetzbuch des Kantons Schaffhausen (1864) und sachlich im Recht des Kantons Zug (1861).

an beweglichen Sachen ist die jeweilige Lage der Sache und die natürliche Beziehung derselben zu den verschiedenen Orts- und Landesrechten zu beobachten.

b) bei unbeweglichen Sachen.

Argentinien, código civil (1871) Art. 10. (189)

Los bienes raíces situados en la República son esclusivamente regidos por las leyes del país, respecto á su calidad de tales, á los derechos de las partes, á la capacidad de adquirirlos, á los modos de transferirlos, y á las solemnidades que deben acompañar esos actos. El título, por lo tanto, á una propriedad raíz, solo puede ser adquirido, transferido ó perdido de conformidad con las leyes de la República.

Die unbeweglichen Güter, die in der Republik liegen, werden ausschliesslich von den Landesgesetzen regiert bezüglich ihrer Eigenschaft als solche, bezüglich der Rechte der Parteien, der Fähigkeit sie zu erwerben, der Arten sie zu übertragen, und der Förmlichkeiten, welche diese Handlungen begleiten müssen. Das Recht auf unbewegliches Eigenthum indessen kann nur in Gemässheit der Gesetze der Republik erworben, übertragen oder verloren werden.

Baden, Landrecht (1810). Satz 3 Abs. 2. (190)

Die Liegenschaften, auch jene nicht ausgenommen, welche Ausländer inne haben, werden in allen Fällen nach den inländischen Gesetzen gerichtet.

Nieder-Canada, civil code (1866). Preliminary title. Art. 6. Abs. 1. (191)

The laws of Lower Canada govern the immoveable property situate within its limits.

Die Gesetze von Nieder-Canada regieren das in seinen Grenzen belegene unbewegliche Vermögen.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861) Art. 186. (192)

Les immeubles et leurs accessoires sont régis par la loi du lieu de leur situation. Cette loi décide aussi si certains objets sont meubles ou immeubles.

Die Immobilien und ihr Zubehör werden durch das Gesetz des Ortes ihrer Lage beherrscht. Dieses Gesetz entscheidet auch, ob gewisse Sachen beweglich oder unbeweglich sind.

Frankreich, code civil (1803) Art. 3 Satz 2. (193)

Les immeubles, même ceux possédés par des étrangers, sont régis par la loi française.

Die Immobilien, selbst die von Ausländern besessenen werden von dem französischen Gesetz regiert.

Italien, codice civile (1865) Art. 7. Abs. 2. (194)

I beni immobili sono soggetti alle leggi del luogo dove sono situati.

Die unbeweglichen Güter unterstehen den Gesetzen des Ortes, wo sie gelegen sind.

Lima Entwurf (1878) Art 3 siehe No. 206. (195)

Liv-, Est- und Kurländisches Privatrecht (1864) Art. 33 Satz 1. (196)

Rechte an unbeweglichen Sachen, desgleichen der Besitz solcher Sachen, richten sich nach den Gesetzen des Rechtsgebietes, in welchem sie belegen sind.

Mexico, código civil (1871). Art. 14. (197)

Respecto de los bienes immuebles sitos en el Estado regirán las leyes mexicanas, aunque sean poseidos par estranjeros.

Hinsichtlich des unbeweglichen Vermögens, welches im Inlande gelegen ist, sind die mexikanischen Gesetze massgebend, auch wenn Ausländer Besitzer sind.

Niederlande.

a) Wet houdende Algemeene Bepalingen van Wetgeving (1829). Art. 7. (198)

Ten opzichte van onroerende goederen, geldt de wet van het land of der plaats, alwaar die goederen gelegen zijn.

Immobilien unterliegen dem Gesetze des Landes oder der Orte, wo sie belegen sind.

b) Burgerlijk Wetboek Art. 1218. (199)

Uit kracht van eene overeenkommst in een vreemd land verleden, kan geen hypothek worden ingeschreven op goederen binnen het Koningrijk gelegen, ten ware het tegendeel by tractaten mogt zijn bepaald.

Auf Grund eines im Auslande abgeschlossenen Vertrages kann die Eintragung von Hypotheken auf Güter, welche im Königreich belegen sind, nicht erfolgen, es sei denn dass das Gegentheil durch Verträge festgesetzt ist.

Oesterreich, Civilgesetzbuch (1811) § 300 Satz 1. (200)

Unbewegliche Sachen sind den Gesetzen des Bezirkes unterworfen, in welchem sie liegen.

Preussen, Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten (1794) Einleitung § 32. (201)

In Ansehung des unbeweglichen Vermögens gelten, ohne Rücksicht auf die Person des Eigenthümers, die Gesetze der Gerichtsbarkeit, unter welcher sich dasselbe befindet.

Spanien, código civil (neu promulgirt 1889) Art. 10. Abs. 1 Satz 2. (202)

(estan sujetos) los bienes inmuebles, á las leyes del país en que están sitos.

Die Immobilien sind den Gesetzen des Landes unterworfen, in welchem sie belegen sind.

Kanton Wallis, Civilgesetzbuch (1853) Art. 2 Abs. 2. (203)

Die Liegenschaften, selbst die im Besitze von Ausländern, sind dem Gesetze des Kantons unterworfen.

III. Besondere Behandlung der Mobilien von dauernder Lage.

Argentinien, código civil (1871) Art. 11. (204)

Los bienes muebles que tienen situacion permanente y que se con-

Die beweglichen Güter, welche eine beständige Lage haben und

servan sin intencion de trasportarlos, son regidos por las leyes del lugar en que están situados; pero los muebles que el proprietario lleva siempre consigo, ó que son de su uso personal esté ó no en su domicilio, como tambien los que se tienen para ser vendidos ó trasportados á otro lugar, son regidos por las leyes del domicilio del dueño.

die man ohne die Absicht, sie zu transportiren, hält, werden von dem Gesetze des Ortes regiert, in welchem sie gelegen sind; diejenigen Mobilien jedoch, welche der Eigenthümer stets mit sich trägt, oder die zu seinem persönlichen Gebrauche dienen, befinden sie sich an seinem Wohnorte oder nicht, wie ebenfalls diejenigen, welche man hält, um sie zu verkaufen oder an einen andern Ort zu transpotiren, werden von den Gesetzen des Wohnortes des Eigenthümers regiert.

Deutschland, Entwurf Rocholl (§ 2a). (205)

c. Die Rechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen sind nach dem Rechte desjenigen Staates zu beurtheilen, wo die Sache sich befindet. Ausgenommen sind solche Sachen, welche dazu bestimmt sind, von Ort zu Ort fortbewegt zu werden, oder welche sich auf dem Transporte befinden. Für diese gilt das Recht des Staates, welchem ihr Besitzer angehört.

Lima Entwurf (1878) Art. 3. (206)

Die Rechtsverhältnisse in Ansehung der unbeweglichen Güter, welche sich in einem Staate befinden, und der beweglichen Güter, welche in demselben eine dauernde Lage (situacion) haben, bestimmen sich nach dem Gesetze des betreffenden Staates, wenn auch die Eigenthümer Ausländer sind oder nicht in dem Staate ihren ständigen Aufenthalt haben, abgesehen von den Vorschriften im Titel von der Erbfolge.

Uruguay, código civil (1868) Titulo preliminar. Art. 5. (207)

Los bienes raices situados en la República son esclusivamente regidos por las leyes orientales, aunque sus duenos sean estranjeros y non residan en el país.

Esta disposición se extiende á los bienes muebles que tienen una situacion permanente en la República.

Die in der Republik gelegenen Immobilien werden ausschliesslich von den inländischen Gesetzen beherrscht, auch wenn ihre Eigenthümer Ausländer sind und nicht im Inlande wohnen.

Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf Mobilien, welche eine dauernde Lage in der Republik haben.

IV. Ersitzung.

Belgien, Entwurf Laurent (1882) Art. 26 No. 4. (208)

La prescription acquisitive est régie par la loi de la situation des biens.

Die Ersitzung richtet sich nach dem Gesetze des Ortes, an welchem die Sache belegen ist.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard § 10 (I. Abs. 3, II. Abs. 2 Satz 2). (209)

I.

Hat eine Ersitzung begonnen, so bleibt bei beweglichen Sachen das Recht des Ortes, an welchem sich die Sache beim Beginne derselben befand, auch für die Vollendung und Wirkung der Ersitzung massgebend.

II.

Gelangt eine Sache, nachdem die Ersitzung derselben begonnen hat, in ein anderes Rechtsgebiet, so bleiben die Gesetze des Ortes, an welchem die Sache bei dem Beginne der Ersitzung sich befunden hat, für die Vollendung und Wirkung der Ersitzung massgebend.

b) Entwurf Niemeyer (1895) § 8 Abs. 3. (210)

Die Ersitzung einer Sache ist vollendet, wenn sie gemäss den Gesetzen des Ortes vollendet ist, wo die Sache sich befindet. Die Wirkungen der hiernach einmal vollendeten Ersitzung werden durch einen späteren Ortswechsel nicht beseitigt.

Lima Entwurf (1878) Art. 32. (211)

Die Verjährung als Mittel, Vermögen (bienes) zu erwerben, wird nach dem Gesetze des Ortes, wo sich das Vermögen befindet (situacion), beurtheilt.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). Art. 791 Abs. 3. (212)

Handelt es sich um die Ersitzung (845) einer beweglichen Sache, so entscheiden die Gesetze des Ortes, wo sich die Sache im Zeitpunkte des Beginnes der Ersitzung befunden hatte; die Gesetze dieses Ortes gelten auch für die Beendigung der Ersitzung, sowie für alle daraus entspringenden Verhältnisse.

Vertrag von **Montevideo** (1889). (213)

Art. 54. La prescription adquisitiva de bienes muebles ó inmuebles se rige por la ley del lugar en que están situados.

Art. 55. Si el bien fuese mueble y hubiese cambiado de situacion, la prescripcion se rige por la ley del lugar en que se haya completado el tiempo necesario para prescribir.

Art. 54. Die Acquisitivverjährung bezüglich beweglicher oder unbeweglicher Güter unterliegt dem Gesetze des Ortes, an welchem dieselben gelegen sind.

Art. 55. Ist der Gegenstand eine bewegliche Sache und hat sie ihre Lage gewechselt, so wird die (Acquisitiv-)Verjährung von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem die zur Verjährung erforderliche Zeit abgelaufen sein wird.

Recht der Schuldverhältnisse.

A. Form der Rechtsgeschäfte unter Lebenden.

1. locus regit actum.

Kanton Aargau.

a) Civilgesetzbuch (1847). § 10. (214)

Die Form eines Rechtsgeschäftes ist nach den Gesetzen des Ortes zu beurtheilen, wo es vorgenommen worden.

b) Entwurf Käppeli (1888). § 24. (215)

Die Formen eines Rechtsgeschäftes oder einer sonstigen Rechtshandlung sind nach den Vorschriften des Ortes zu beurtheilen, wo sie vorgenommen werden.

Argentinien, código civil (1871). Art. 12. (216)

Las formas y solemnidades de los contratos y de todo instrumento público, son regidas por las leyes del país donde se hubieren otorgado.

Die Formen und Solemnitäten der Verträge und aller öffentlicher Urkunden werden von den Gesetzen des Landes, in welchem sie errichtet worden sind, regiert.

Baden, Landrecht. 180 Satz 3a. (217)

Die Gesetze über das Gerichtsverfahren und jene über Form und Gültigkeit der im Lande verrichteten Rechtsgeschäfte sind anwendbar auf Inländer und Ausländer.

. . . . . (218)

Kanton Bern, Civilrecht (1824). Satzung 4 Abs. 3. (219)

Die Form eines Rechtsgeschäfts ist nach den Gesetzen des Landes zu beurtheilen, wo es vorgenommen worden.

Nieder-Canada, civil code (1866). Preliminary title. Art. 7. (220)

Acts and deeds made and passed out of Lower Canada, are valid, if made according to the forms required by the law of the country where they were passed or made.

Die Akte und Verträge, welche ausserhalb Nieder-Canadas geschehen oder gethätigt sind, sind gültig, wenn sie in den Formen gethätigt sind, welche von dem Gesetze des Landes erfordert werden, in welchem sie geschehen oder gethätigt sind.

Lima Entwurf (1878). Art. 5. (221)

Die Formen und äusseren Solennitäten der Verträge oder irgend welcher anderer juristischer Akte bestimmen sich nach dem Gesetze des Ortes des Abschlusses.

Louisiana, code civil (1838). Art. 10 Abs. 1. (222)

Die Form und Wirkung öffentlicher und privatschriftlicher Urkunden werden beherrscht von den Gesetzen und Gewohnheiten des Ortes, an welchem sie entstanden oder vollzogen sind. (Urtext siehe No. 283.)

Kanton Luzern, Civilgesetzbuch (1831). § 6 Abs. 3. (223)

Die Form eines Rechtsgeschäfts ist nach den Gesetzen des Landes zu beurtheilen, wo es vorgenommen worden.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Art. 39 Abs. 1. (224)

Las formas de los instrumentos públicos se rigen por la ley del lugar en que se otorgan.

Die Formen der öffentlichen Urkunden richten sich nach dem Gesetze des Landes, in welchem sie errichtet werden.

Niederlande, Wet houdende Algemeene Bepalingen van Wetgeving (1829). Art. 10. (225)

De vorm van alle handelingen wordt beordeeld naar de wetten van het land of de plaats, alwaar die handelingen zijn verricht.

Die Form aller Akte wird beurtheilt nach den Gesetzen des Landes oder Ortes, wo die Akte errichtet sind.

Preussen, Allgem. Landrecht für die Preussischen Staaten (1794). Theil I Titel 5. (226)

§ 111. Die Form eines Vertrages ist nach den Gesetzen des Ortes, wo er geschlossen worden, zu beurtheilen.

§ 115. In allen Fällen, wo unbewegliche Sachen, deren Eigenthum, Besitz oder Nutzung der Gegenstand eines Vertrages sind, müssen wegen der Form die Gesetze des Ortes, wo die Sache liegt, beobachtet werden.

§ 148. Wenn über bewegliche, körperliche Sachen ausserhalb Landes an einem Orte, wo mündliche Verträge ohne Unterschied gültig sind, dergleichen Verträge geschlossen werden, so kann der Mangel der schriftlichen Abfassung auch in den hiesigen Gerichten nicht vorgeschützt werden.

Kanton Solothurn (1841). Civilgesetzbuch § 7. (227)

Die Form eines Rechtsgeschäfts ist nach den Gesetzen des Ortes zu beurtheilen, wo es vorgenommen worden.

Spanien, Civilgesetzbuch (neu promulgirt 1889). Art. 11 Abs. 1. (228)

Las formas y solemnidades de los contratos, testamentos y demás instrumentos públicos, se rigen por las leyes del país en que se otorguen.

Die Formen und Förmlichkeiten der Verträge, Testamente und der übrigen öffentlichen Urkunden bestimmen sich nach dem Gesetze des Landes, in welchem sie errichtet werden.

Kanton Unterwalden, Personenrecht (1852). § 5 Abs. 3. (229)

Die Form eines Rechtsgeschäfts ist nach den Gesetzen des Ortes zu beurtheilen, wo es vorgenommen worden.

Kanton Wallis, Civilgesetzbuch (1853). Art. 3. (230)

Im Auslande vorgenommene Akte (Rechtshandlungen) können für gültig erklärt werden, wenn sie dem Gesetze jenes Landes gemäss sind, in dem sie abgeschlossen worden.

2. Recht des Vertragsortes oder des Ortes der Wirksamkeit.

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871). Art. 6. (231)

Die Form eines Rechtsgeschäftes richtet sich nach den Gesetzen des Ortes, wo es vorgenommen wird. Doch genügt auch die Beobachtung des Gesetzes des Ortes, an welchem das Geschäft in Wirksamkeit treten soll.

Vorbehalten bleiben solche Formvorschriften, die aus öffentlichen Rücksichten ihres bindenden Charakters wegen durch Abschluss des Geschäftes ausserhalb des Kantons nicht umgangen werden können.

Kanton Freiburg, Civilgesetzbuch (1834). Art. 4. (232)

Die bürgerlichen Rechtsgeschäfte, für welche gewisse Formen vorgeschrieben sind, müssen in diesen Formen abgeschlossen werden; jedoch können deswegen Rechtsgeschäfte, die es den Kantonsangehörigen nicht verboten ist im Auslande vorzunehmen, die aber ihre Vollziehung in hiesigem Kanton erhalten sollen, von ihnen entweder in den Formen vorgenommen werden, die in diesem Kanton vorgeschrieben sind, oder aber in denjenigen, die in den Ländern üblich sind, wo diese Geschäfte statthaben.

Liv-Esth-Kurländisches Privatrecht (1864). Art. 36. (233)

In Betreff der Form der Rechtsgeschäfte (der Verträge, sowie letzter Willensverordnungen) können ebensowohl die Vorschriften für denjenigen Jurisdiktionsbezirk beobachtet werden, in welchem das Rechtsgeschäft in Wirksamkeit treten soll, als auch die Gesetze des Ortes, an welchem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird.

Mexico, código civil (1871). Art. 15. (234)

Respecto de la forma ó solemnidades externas de los contratos, testamentos y de todo instrumento público, regirán las leyes del país en que se hubieren otorgado. Sin embargo, los mexicanos ó estranjeros residentes fuera del Estado quedan en libertad para se sujetarse á las formas y solemnidades prescritas por la ley mexicana, en los casos en que el acto haya de tener ejecucion en aquella demarcacion.

Hinsichtlich der Form und der äusseren Förmlichkeiten der Verträge, Testamente und aller öffentlicher Urkunden sind die Gesetze des Landes massgebend, in welchem sie errichtet sind. Dennoch ist Inländern und Ausländern, welche sich im Auslande aufhalten, gestattet, sich den von dem Mexikanischen Gesetzbuche vorgeschriebenen Formen und Förmlichkeiten zu unterwerfen, wenn es sich um Rechtsgeschäfte handelt, welche im Inlande Wirkung haben sollen.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863). § 9. (235)

Die bei Rechtsgeschäften zu beobachtende Form richtet sich nach den Gesetzen des Ortes, wo dieselben vorgenommen werden. Es genügt jedoch die Beobachtung der Gesetze des Ortes, an welchem das Geschäft in Wirksamkeit treten soll.

3. Recht des Vertragsortes oder das den Parteien gemeinsame Heimathsrecht.

Belgien, Entwurf Laurent (1882). (236)

Art. 19. Les formes extrinsèques des actes authentiques et sous seing privé sont réglées par la loi du pays où ils sont faits ou passés.

Art. 19. Die äusseren Formen der öffentlichen und privatschriftlichen Akte werden durch das Gesetz des Landes geregelt, in welchem sie gethätigt sind.

Art. 20. Ces formes sont obligatoires, quelle que soit la nationalité des parties. Toutefois, quand il s'agit d'écrits sous seing privé, dressés par une seule personne ou par plusieurs ayant la même nationalité, les parties peuvent suivre les formes prescrites par leur loi nationale. Cette disposition reçoit exception quand la loi nationale des parties défend de recevoir un acte dans la forme olographe ou ne le permet que sous les conditions qu'elle prescrit.

Art. 20. Diese Formen sind obligatorisch, welches auch immer die Nationalität der Parteien ist. Bei einer Privaturkunde indess, welche durch eine einzige Person oder durch mehrere demselben Staate angehörige Personen ausgestellt ist, können die Parteien die von ihrem nationalen Recht vorgeschriebenen Formen befolgen. Diese Bestimmung erleidet eine Ausnahme, wenn das nationale Gesetz der Parteien die Aufnahme eines Aktes in holographischer Form verbietet oder dieselbe nur unter bestimmten vorgeschriebenen Bedingungen zulässt.

Art. 21. S'il s'agit d'un contrat ou d'un acte solennel, la solennité est déterminée par la loi qui régit le contrat ou l'acte.

Si l'ecrit est dressé à l'étranger, on suit la loi locale pour les formes extrinsèques des actes authentiques ou sous seing privé.

Art. 21. Die Förmlichkeit eines Vertrages oder eines Aktes wird durch das den Vertrag oder den Akt beherrschende Recht bestimmt.

Bei Aufnahme einer Urkunde im Auslande ist hinsichtlich der äusseren Formen der öffentlichen oder privatschriftlichen Akte das örtliche Gesetz zu befolgen.

Art. 22. Les actes reçus à l'étranger n'auront d'effet en Belgique qu'après qu'ils auront été visés par le président du tribunal du lieu où les biens sont situés, s'il s'agit d'actes translatifs de droits réels, et par le président du tribunal du domicile ou de la résidence de la partie intéressée, s'il s'agit de droits de créance.

Art. 22. Die im Auslande aufgenommenen Akte sollen in Belgien erst Wirksamkeit haben, wenn sie von dem Präsidenten des Gerichts der belegenen Sache, wenn es sich um einen Uebertragungsakt dinglicher Rechte, und v. d. Präsidenten des Gerichts des Wohnsitzes oder des Aufenthalts der interessirten Partei, wenn es sich um Forderungsrechte handelt, visirt worden sind.

Le président est chargé de verifier si les actes sont dressés dans

Der Präsident hat festzustellen, ob die Akte in der von dem Ge-

les formes prescrites par la loi du pays où ils ont été reçus.

Absatz 4 betrifft das Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Präsidenten.

Art. 23. Les formalités concernant l'état et la capacité sont régies par la loi nationale de la personne.

Art. 24. Les formalités prescrites dans l'interêt de tiers pour la translation de la propriété ou des droits personnels et réels, sont régies par la loi territoriale.

setze des Landes, in welchem sie aufgenommen sind, vorgeschriebenen Form aufgenommen sind.

Art. 23. Die den Status und die Fähigkeit betreffenden Förmlichkeiten richten sich nach dem nationalen Gesetze der Person.

Art. 24. Die im Interesse Dritter für die Uebertragung des Eigenthums oder persönlicher oder dinglicher Rechte vorgeschriebenen Formen werden durch das territoriale Recht bestimmt.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. § 5 Abs. 1. (237)

La forme des actes entre vifs est régie par la loi du lieu où ils sont faits. Néanmoins les actes sous seing privé peuvent être passés dans les formes également admises par les lois nationales de toutes les parties.

Die Form der Geschäfte unter Lebenden richtet sich nach dem Gesetze des Ortes, an welchem sie gethätigt sind. Nichtsdestoweniger können die privatschriftlichen Akte in den von den Nationalgesetzen aller Parteien zugelassenen Formen vorgenommen werden.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861). (238)

Art. 188. Tous actes entre vifs ou à cause de mort seront en ce qui concerne leur validité quant à la forme appréciés selon la loi du lieu où ils ont été consentis.

Art. 188. Alle Rechtsgeschäfte unter Lebenden oder von Todeswegen werden hinsichtlich ihrer Formgültigkeit nach dem Gesetze des Ortes, wo sie zu Stande gekommen sind, beurtheilt.

Art. 190. Pour l'acquisition d'un droit réel (tel que la propriété, la possession, une hypothèque ou une servitude) sur un immeuble par un acte passé en pays étranger il y faut encore ajouter les conditions prescrites pour l'acquisition d'un tel droit dans le pays où l'immeuble est situé. Jusqu'à tant on n'a acquis qu'un droit personnel.

Art. 190. Für den Erwerb eines dinglichen Rechts (Eigenthum, Besitz, Hypothek, Servitut) an einem Immobile durch ein im Ausland vorgenommenes Rechtsgeschäft, ist erforderlich, noch die für den Erwerb eines solchen Rechtes in dem Lande, in welchem das Immobile liegt, vorgeschriebenen Voraussetzungen hinzuzufügen. Bis dahin ist nur ein persönliches Recht erworben.

Art. 191. L'acte passé en étranger suivant les formes prescrites dans la patrie de celui qui l'a passé (ou des plusieurs qui l'ont passé s'ils sont compatriotes) est aussi formellement valable.

Art. 191. Das im Auslande in Gemässheit der Formvorschriften des nationalen Rechts des Handelnden (oder der mehreren Handelnden, wenn sie Landsleute sind) vorgenommene Rechtsgeschäft ist ebenfalls formgültig.

Japan, Civilgesetzbuch (1890). Allg. Vorschriften. (239)

Art. 9. Die Förmlichkeiten öffentlicher und privater Urkunden werden durch das Recht des Landes bestimmt, in dem sie errichtet sind. Privaturkunden, welche von einer einzigen Person oder von mehreren Personen, welche demselben Staate angehören, errichtet sind, können in Gemässheit der Formvorschriften des Landes, dem die Handelnden angehören, errichtet werden.

Art. 10. Der Vertrag und selbst das formalisirte Rechtsgeschäft ist formgültig, wenn es in Gemässheit des am Orte der Vornahme geltenden Rechts aufgenommen ist, ausgenommen der Fall der Umgehung des inländischen Gesetzes.

Art. 11. Die im Auslande unter Beobachtung der vorgeschriebenen Formen aufgenommenen Rechtsgeschäfte bedürfen zur Wirksamkeit im Inlande der Beglaubigung und zwar, wenn es sich um Rechte an einem Grundstücke handelt, durch den Präsidenten des für das Grundsück zuständigen Gerichts, und des für den Wohnsitz oder den Aufenthaltsort der Partei zuständigen Gerichts, wenn es sich um ein anderes Geschäft handelt.

Art. 12. Die Formen der Publizität, welche im Interesse Dritter vorgeschrieben sind, werden bezüglich der Grundstücke nach dem Gesetze der belegenen Sache, in anderen Fällen nach dem am Orte der Geschäftsvornahme geltenden Rechte beurtheilt.

Italien, codice civile (1865) Art. 9 Abs. 1. (240)

Le forme estrinseche degli atti tra vivi e di ultima volontà sono determinate dalla legge del luogo in cui sono fatti. È però in facoltà de' disponenti o contraenti di seguire le forme della loro legge nazionale, purchè questa sia comune a tutte le parti.

Die äusseren Formen der Rechtsgeschäfte unter Lebenden und der letztwilligen Anordnungen werden durch das Gesetz des Ortes ihrer Errichtung bestimmt Es steht jedoch den Anordnenden oder Vertragsschliessenden frei, die durch das Gesetz ihrer Nation bestimmten Formen zu beobachten, jedoch nur dann, wenn dieses allen Parteien gemeinsan ist.

4. Recht des Vertragsortes oder des Prozessgerichts.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). (241)

Art. 798. In Bezug auf die Form, d. i. auf welche Weise die äussere Seite eines Rechtsgeschäfts über Vermögen geregelt sein soll, ist nach den Gesetzen desjenigen Ortes vorzugehen, wo das Geschäft abgeschlossen wird.

Wenn jedoch ein Geschäft in der Form den Vorschriften der montenegrinischen Gesetze entspricht, so können die montenegrinischen Gerichte die Gesetzmässigkeit desselben anerkennen, wenn es selbst allen gesetzlichen Anforderungen des Ortes, wo es zu Stande gekommen ist, nicht entsprechen sollte.

Art. 799. Die Form und jene Förmlichkeiten, welche bei Erwerbung des Eigenthums oder eines anderen dinglichen Rechts, sowie bei einem Wechsel des Trägers eines solchen Rechts zu beobachten sind, unterliegen den Rechtsnormen jenes Ortes, wo sich diese Sachen befinden.

Kanton Zürich, Civilgesetzbuch (1854) § 6 = § 5 des Civilgesetzbuchs (1887).*) (242)

Die äussere Form eines Rechtsgeschäftes oder einer Rechtshandlung wird in der Regel nach dem Rechte des Orts bestimmt, wo das Rechtsgeschäft abgeschlossen oder die Rechtshandlung vorgenommen worden ist. Im Interesse des Bestandes eines Rechtsgeschäftes kann indessen eine im Auslande vorgenommene Handlung als gültig anerkannt werden, auch wenn zwar nicht den dortigen Rechtsformen, wohl aber den hierorts für derlei Geschäfte vorgeschriebenen formellen Erfordernissen ein Genüge geschehen ist.

Vorbehalten bleibt die Ungültigkeit derjenigen Handlungen, welche zur Umgehung der hier nothwendigen Rechtsformen ausserhalb des Kantons, wenn auch in einer auswärts genügenden Form, vorgenommen worden oder für welche aus öffentlichen Rücksichten, damit sie im Kanton wirksam werden, bindende Vorschriften erlassen worden sind (z. B. Pfandrechte an Fahrniss, Leibdingsverträge).

5. Recht des Vertragsortes mit Vorbehalt für das Recht des Prozessgerichts.

Chile, código civil (1855). (243)

Art. 17. La forma de los instrumentos públicos se determina por la ley del país en que hayan sido otorgados. Su autenticidad se probará segun las reglas establecidas en el Código de Enjuiciamiento.

La forma se refiere a las solemnidades esternas, y la autenticidad al hecho de haber sido realmente otorgados y autorizados por las personas y de la manera que en los tales instrumentos se exprese.

Die Form der öffentlichen Urkunden bestimmt sich nach dem Gesetz des Landes, in welchem sie errichtet sind. Ihre Echtheit ist in Gemässheit der in der Prozessordnung aufgestellten Regeln zu beweisen.

Die Form bezieht sich auf die äusseren Förmlichkeiten und die Echtheit auf die Thatsache, dass die Instrumente wirklich durch die Personen und in der Weise errichtet und beglaubigt sind, wie es in denselben zum Ausdruck gebracht ist.

*) Mit dieser Vorschrift stimmt das Civilgesetzbuch des Kantons Schaffhausen (1864) und dasjenige des Kantons Zug (1861) überein.

Art. 18. En los casos en que las leyes chilenas exijieren instrumentos públicos para pruebas que han de rendirse y producir efecto en Chile, no valdràn las escrituras privadas, cualquiera que sea la fuerza de éstas en el país en que hubieren sido otorgadas.

In den Fällen, in welchen die chilenischen Gesetze für Beweise, welche in Chile erbracht werden und Wirkung haben sollen, öffentliche Urkunden erfordern, haben Privatschriften keine Geltung, welches auch immer die Kraft derselben in dem Lande ihrer Errichtung sein mag.

Deutschland, Entwurf Rocholl § 2a. (244)

Die Gültigkeit der Form eines Rechtsgeschäfts richtet sich nach dem Rechte desjenigen Orts, wo es zum Abschlusse kommt, mit Ausnahme des Falles, wo das B.G.B. die Folge der Nichtigkeit an den Mangel einer bestimmten Form knüpft.

Georgia, code of the State (1873). § 8. (245)

The validity, form and effects of all writings or contracts are determined by the laws of the place where executed. When such writing or contract is intended to have effect in this State, it must be executed in conformity to the laws of this State, excepting wills of personalty of persons domiciled in another State or country.

Die Gültigkeit, die Form und die Wirkung aller Urkunden und Kontrakte bestimmt sich nach dem Rechte des Errichtungsotres. Wenn eine solche Urkunde oder Kontrakt im Inlande Wirkung haben soll, so müssen sie in Gemässheit des inländischen Rechts errichtet werden, ausgenommen letztwillige Verfügungen von Personen, welche in einem anderen Staate oder Lande domicilirt sind.

6. Recht des Vertragsortes oder das nationale Recht der Parteien mit Vorbehalt für das das Rechtsverhältnis überhaupt beherrschende Recht.

Belgien, Entwurf der Gesetzesrevionskommission. (246)

Art. 9. Les formes des actes authentiques et des actes sous seing privé sont réglées par la loi du pays où ils sont faits. Néanmoins, l'acte sous seing privé peut être dressé dans les formes admises par les lois nationales de toutes les parties.

Art. 9. Die Formen der beglaubigten und der privatschriftlichen Akte richten sich nach dem Recht des Landes, in welchem sie gethätigt sind; nichtsdestoweniger kann der privatschriftliche Akt in den Formen, welche von den nationalen Rechten sämmtlicher Betheiligten zugelassen sind, vorgenommen werden.

Art. 10. Lorsque la loi qui régit une disposition exige, comme condition substantielle, que l'acte ait la

Art. 10. Wenn das Gesetz, welches eine Verfügung beherrscht, als wesentliches Erforderniss aufstellt,

forme authentique ou la forme olographe, les parties ne peuvent suivre une autre forme, celle-ci fût-elle autorisée par la loi du lieu où l'acte est fait.

dass ein Akt die beglaubigte oder holographische Form habe, so können die Parteien keine andere Form befolgen.

7. Das das Rechtsverhältnis überhaupt beherrschende Recht oder das Recht des Vertragsortes.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen § 4. (247)

Die bei Rechtsgeschäften zu beobachtende Form richtet sich nach dem Recht des Ortes, wo die Geschäfte vorgenommen werden. Es genügt jedoch die Beobachtung der Form, welche das Recht, dem das Geschäft überhaupt unterworfen ist, verlangt.

b) Entwurf Gebhard § 9.*) (248)

I.

Die bei Rechtsgeschäften zu beobachtende Form richtet sich nach dem Rechte, welchem das Rechtsgeschäft unterworfen ist. Es genügt jedoch die Beobachtung der Form, welche dem Rechte des Ortes, an dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird, entspricht.

II.

Die für ein Rechtsgeschäft erforderliche Form bestimmt sich nach den Gesetzen, welche für das Rechtsgeschäft massgebend sind. Es genügt jedoch, wenn das Rechtsgeschäft in Ansehung der Form den Gesetzen des Ortes entspricht, an welchem das Rechtsgeschäft vorgenommen worden ist.

c) Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs I. Lesung*) (Vorentwurf § 3). (249)

Die Form eines Rechtsgeschäftes bestimmt sich nach den Gesetzen, welche für das den Gegenstand des Rechtsgeschäftes bildende Rechtsverhältniss massgebend sind. Es genügt jedoch, wenn die Form den Gesetzen des Ortes entspricht, an welchem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird.

d) Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs II. Lesung § 2240.*) (249 a)

Die Form eines Rechtsgeschäftes bestimmt sich nach den Gesetzen, welche für das den Gegenstand des Rechtsgeschäfts bildende Rechtsverhältniss massgebend sind. Es genügt jedoch, sofern nicht diese Gesetze entgegenstehen, die Beobachtung der Gesetze des Ortes, an welchem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird.

e) Entwurf Niemeyer (1895). § 5 Abs. 1, 2, 4. (250)

Für die Form eines Rechtsgeschäftes sind die Gesetze massgebend, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzbuches das betreffende Rechtsverhältniss bestimmen. Es genügt jedoch, wenn die Formvorschriften des Ortes beobachtet sind, an dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird.

*) Ausnahmen für sachenrechtliche Rechtsgeschäfte und Ehelichkeitserklärung siehe bei No. 180 ff und No. 407 ff.

Ausgenommen von der letzteren Vorschrift sind die Rechtsgeschäfte, welche auf Begründung, Uebertragung, Aufhebung von dinglichen Rechten gerichtet sind.

Die im Auslande vor diplomatischen oder konsularischen Vertretern des deutschen Reichs entsprechend den deutschen Gesetzen errichteten Rechtsgeschäfte sind hinsichtlich der Form als gültig anzusehen.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Vgl. No. 287. (251)

Art. 32. La ley del lugar donde los contratos deben cumplirse decide si es necesario que se hagan por escrito y la calidad del documento correspondiente.

Art. 39 Abs. 2. Los instrumentos privados (se rigen) por la ley del lugar del cumplimiento del contrato respectivo.

Art. 32. Das Gesetz des Erfüllungsortes entscheidet, ob es nothwendig ist, dass die Kontrakte schriftlich gemacht werden und die Beschaffenheit der betreffenden Urkunde.

Art. 39 Abs. 2. Die Privaturkunden richten sich nach dem Rechte des Erfüllungsortes des betreffenden Vertrages.

8. Besondere Vorschriften für Verträge unter Abwesenden.

Argentinien, código civil (1871) Art. 1181. (252)

La forma de los contratos entre ausentes, si fueren hechos por instrumento particular firmado por una de las partes, será juzgada por las leyes del lugar indicado en la fecha del instrumento. Si fuesen hechos por instrumentos particulares firmados en varios lugares, ó por medio de agentes, ó por correspondencia epistolar, su forma será juzgada por las leyes que sean mas favorables á la validez del contrato.

Die Form der Verträge unter Abwesenden wird, wenn sie in einer von einer Partei unterschriebenen Privaturkunde gethätigt sind, nach den Gesetzen des bei der Datirung angegebenen Ortes beurtheilt. Wenn sie mittels mehrerer an verschiedenen Orten vollzogener Urkunden gethätigt sind, oder mittels eines Vertreters oder durch Briefwechsel, so wird ihre Form nach den Gesetzen beurtheilt, welche der Gültigkeit des Kontrakts günstiger sind.

Preussen, Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten (1794) I. Theil 5. Titel. (253)

§ 112. Ist unter Abwesenden ein förmlicher Vertrag errichtet worden, so wird die Form desselben nach den Gesetzen desjenigen Ortes beurtheilt, von welchem das Instrument datirt ist.

§ 113. Ist aber der Vertrag unter Abwesenden bloss durch Briefwechsel, ohne Errichtung eines förmlichen Instruments geschlossen worden, und waltet in den Wohnörtern der Kontrahenten eine Verschiedenheit der gesetzlichen Formen ob, so ist die Gültigkeit der Form nach den Gesetzen desjenigen Ortes zn beurtheilen, nach welchen das Geschäft am besten bestehen kann.

§ 114. Eben dieses findet statt, wenn der Vertrag von mehreren Orten, welche in Ansehung der Form verschiedene Rechte haben, datirt ist.

B. Zulässigkeit der Rechtsgeschäfte.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861). (254)

Art. 200. Aucun acte n'est valable ni quant à sa forme ni quant à sa substance s'il est contraire aux bonnes mœurs, ou au droit public, aux institutions et prohibitions existant dans le pays où il doit recevoir son exécution, si les contractants se sont obligés à des actes défendus dans leur patrie, par les lois ou par des règlements tels que les règlements de douanes ou enfin s'ils ont eu l'intention d'éluder les lois de leur patrie.

Art. 200. Kein Rechtsgeschäft ist gültig weder hinsichtlich der Form noch des Inhalts, wenn es gegen die guten Sitten verstösst, oder dem öffentlichen Rechte, den Einrichtungen und Verbotsgesetzen des Landes, in welchem die Ausführung geschehen soll, zuwider ist, wenn die Kontrahirenden sich zu Handlungen, die in ihrer Heimath durch Gesetze, Reglements wie Zollreglements verboten sind, verpflichtet haben, oder wenn ihre Absicht auf Umgehung der heimathlichen Gesetze geht.

Art. 218. Tout acte de juridiction volontaire valable au lieu de sa rédaction le sera partout si les exceptions de l'art. CC n'y viennent en considération.

Art. 218. Jeder Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welcher am Orte seiner Aufnahme gültig ist, hat überall Gültigkeit, wenn nicht die Ausnahmen des Art. 200 gegeben sind.

C. Wesen und Wirkungen der Rechtsgeschäfte.

1. Schuldverhältnisse aus einseitigen Rechtsgeschäften

a) massgebend das Nationalgesetz der Verfügenden.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882) Art. 16. (255)

Les dispositions unilatérales entre vifs ou à cause de mort sont régies par la loi nationale du disposant à moins qu'il n'ait manifesté une volonté contraire.

Einseitige Verfügungen unter Lebenden oder von Todeswegen werden geregelt durch das Nationalgesetz des Verfügenden, sofern er nicht einen anderen Willen an den Tag gelegt hat.

b) Entwurf der belgischen Gesetzesrevisionskommission Art. 6 siehe No. 453. (256)

Japan, Civilgesetzbuch (1890.) Allgemeine Vorschriften. Art. 4. (257)

Erbfälle und Schenkungen werden nach dem (nationalen) Gesetze des Erblassers und Schenkers beurtheilt.

Italien, codice civile (1865). Art. 9 Abs. 2 Satz 1. (258)

La sostanza e gli effetti delle donazioni e delle disposizioni di ultima volontà si reputano regolati dalla legge nazionale dei disponenti.

Das Wesen und die Wirkungen der Schenkungen und der letztwilligen Anordnungen werden als durch das Gesetz der Nation, welcher die Verfügenden angehören, geregelt angesehen.

Lima Entwurf (1878). Art. 23. (259)

Schenkungen unter Lebenden sind den in den vorstehenden Artikeln enthaltenen (erbrechtlichen) Bestimmungen unterworfen (d. i. dem Nationalgesetze des Schenkers).

b) massgebend das Nationalgesetz des Verfügenden oder das Recht des (inländischen) Vertragsortes nach dem Princip des favor negotii.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861). Art. 193. (260)

Un engagement pris dans un état quelconque par un étranger et en vertu duquel il confère des droits à des tiers sans les obliger réciproquement envers lui sera jugé dans cet état soit d'après la loi de cet état soit d'après la loi de la patrie de l'étranger, suivant que l'une ou l'autre favorise le plus la validité de cet engagement.

Eine in einem Staate durch einen Ausländer eingegangene Verpflichtung, durch welche er Dritten Rechte überträgt, ohne sich dieselben gegenseitig zu verpflichten, wird in diesem Staate nach dem Gesetze dieses Staates oder nach dem Heimathsrechte des Ausländers beurtheilt, je nachdem das eine oder das andere die Gültigkeit dieser Verpflichtung mehr begünstigt.

Kanton Luzern, Civilgesetzbuch (1831). § 25. (261)

Ein von einem Fremden in dem Kanton unternommenes Geschäft, wodurch er Anderen Rechte einräumt, ohne dieselben sich gegenseitig zu verpflichten, d. h. ohne dass diese etwas dagegen leisten müssen, ist entweder nach dem gegenwärtigen Gesetzbuche oder nach dem Gesetz seiner Heimath zu beurtheilen; je nachdem das eine oder andere die Gültigkeit des Geschäftes am meisten begünstigt.

Oesterreich, Civilgesetzbuch (1811). § 35. (262)

Ein von einem Ausländer in diesem Staate unternommenes Geschäft, wodurch er Anderen Rechte gewährt, ohne dieselben gegenseitig zu verpflichten, ist entweder nach diesem Gesetzbuche, oder aber nach dem Gesetze, dem der Fremde als Unterthan unterliegt, zu beurtheilen, je nachdem das eine oder das andere Gesetz die Gültigkeit des Geschäftes am meisten begünstigt.

2. Schuldverhältnisse aus Verträgen.

a) Das massgebende Recht ist nach einer allgemeinen Anweisung im Einzelfalle zu bestimmen.

α. ohne Verweisung auf ein besimmtes Recht.

Deutschland, Entwurf Rocholl. § 2a. (263)

e) Sofern die Vorschrift des B.G.B. nicht zwingender Natur ist, muss

der Inhalt eines persönlichen Rechtsverhältnisses nach ausländischem Rechte beurtheilt werden, wenn das Rechtsverhältniss im Auslande seinen Sitz hat.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). Art. 792. (264)

Die aus einem Vertrage entstehenden Rechte und Verbindlichkeiten werden nach den Gesetzen jenes Ortes beurtheilt, den die Parteien bestimmt haben, oder von welchem nach der Natur des Rechtsgeschäftes oder anderen Umständen anzunehmen ist, dass ihn die Parteien bei der Vertragsschliessung im Sinne hatten, oder der bestimmt worden wäre, wenn sie daran gedacht hätten.

Es kann dies sein: der Ort des Vertragsschlusses oder der Ort der Erfüllung oder der Ort, wo über das aus dem Vertrage entspringende Rechtsverhältniss entschieden wird, oder endlich jener Ort, welcher sonst nach den vorliegenden Umständen als Mittelpunkt des betreffenden Rechtsgeschäfts angesehen werden kann. Diese allgemeine Regel gilt jedoch nur für die obligatorische Seite des Rechtsgeschäftes (871), während alle dinglichen aus demselben entspringenden Rechte immer dem Gesetze jenes Ortes unterworfen bleiben, wo sich die Sache befindet (790, 791).

Kanton Zürich, Civilgesetzbuch (1854).*) § 5. (265)

Forderungen und Schulden werden regelmässig nach dem örtlichen Recht beurtheilt, welches nach der besonderen Uebereinkunft der Kontrahenten oder nach der inneren Natur des Verhältnisses als einverstanden erscheint.

β. mit Vermuthung für das Ortsrecht der Geschäftserrichtung.

Deutschland, Entwurf Niemeyer (1895). § 7 Abs. 2. (266)

Im Uebrigen (d. h. abgesehen von Schuldverhältnissen aus unerlaubten Handlungen) sind Schuldverhältnisse nach denjenigen Gesetzen zu beurtheilen, deren Anwendung nach Lage des einzelnen Falles gemäss dem Wesen und der Aufgabe der Rechtspflege im Sinne internationaler Rechtsgemeinschaft angemessen erscheint. Im Zweifel gilt als solches für Rechtsgeschäfte unter Lebenden das Ortsrecht der Geschäftserrichtung.

γ. mit Vermuthung für das gleiche nationale Recht der Parteien.

Japan, Civilgesetzbuch (1890). Allgemeine Bestimmungen Art. 5. (267)

Bei Verträgen, welche im Auslande abgeschlossen sind, wird das anwendbare Gesetz nach dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Willen der Parteien bestimmt. Im Zweifel wird das nationale Recht der Parteien angewendet, wenn sie dieselbe Nationalität haben und das Gesetz des Landes, welches die meisten thatsächlichen Beziehungen zu dem Vertrag hat, wenn sie verschiedener Nationalität sind.

*) Hiermit übereinstimmend Kanton Schaffhausen (§ 5) und Kanton Zug (§ 4).

b) massgebend das Recht des Wohnsitzes des Schuldners mit Vorbehalt für die Umstände des Einzelfalles.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen. § 6. (268)

Forderungen aus Schuldverträgen sind nach dem Recht des Gebietes zu beurtheilen, in welchem der Schuldner zur Zeit der Abschliessung des Vertrages seinen Wohnsitz gehabt hat, ausgenommen wenn aus den Umständen sich ergiebt, dass die Vertragschliessenden die Anwendung eines anderen Rechts, sei es des Rechts des Ortes der Vertragschliessung oder des Rechts des Erfüllungsortes, vorausgesetzt haben.

b) Entwurf Gebhard. § 11. (269)

I.

Forderungen aus Schuldverträgen werden nach dem Rechte des Ortes beurtheilt, an welchem der Schuldner zur Zeit der Schliessung des Vertrages seinen Wohnsitz gehabt hat, sofern sich nicht aus den Umständen ergiebt, dass die Vertragschliessenden auf Grund derselben vernünftigerweise die Anwendung eines anderen Rechtes voraussetzen mussten.

Sind beide Vertragschliessende Schuldner, so kann jeder Theil verlangen, dass seine Verbindlichkeit nach dem für die Verbindlichkeit des anderen Theiles massgebenden Rechte beurtheilt wird.

II.

Schuldverhältnisse aus Rechtsgeschäften unter Lebenden werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem der Schuldner zur Zeit der Vornahme des Rechtsgeschäftes seinen Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthalt hatte. Ergeben bei einem Vertrage die Umstände, dass die Vertragschliessenden die Anwendung der Gesetze eines anderen Ortes voraussetzen mussten, so sind die Gesetze dieses Ortes massgebend.

Entstehen aus einem Vertrage für beide Theile Verpflichtungen und sind für die letzteren die Gesetze verschiedener Orte massgebend, so kann jeder Theil verlangen, dass seine Verpflichtung nach den für die Verpflichtung des anderen Theiles massgebenden Gesetzen beurtheilt wird. (270)

Serbien, code civil (1844). Art. 6.

Si un étranger a contracté avec un Serbe ou avec un autre étranger en Serbie, justice lui sera faite d'après les dispositions de ce Code, à moins qu'il n'ait contracté en pays étranger, qu'il n'ait eu en vue la loi étrangère, ou que les suites de l'affaire contractée ne dussent se produire en pays étranger.

Wenn ein Fremder mit einem Serben oder mit einer anderen in Serbien wohnhaften Person kontrahirt hat, so soll ihm Recht werden in Gemässheit dieses Gesetzbuches, es sei denn, dass im Auslande kontrahirt worden ist, dass im Hinblick auf das ausländische Gesetz kontrahirt wurde oder dass das Geschäft seine Wirkungen im Auslande haben sollte.

c) massgebend das Recht des Vertragsortes.

α. vorbehaltlich entgegenstehenden Parteiwillens.

Kanton Aargau, Civilgesetzbuch (1847). § 11. (271)

Wenn Fremde mit Fremden oder mit Kantonsbürgern, oder Kantonsbürger unter sich, ausser dem Kanton Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen, insofern bei der Abschliessung nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist, und den Kantonsbürgern die in § 8 enthaltene Vorschrift [über die Handlungsfähigkeit] nicht entgegensteht.

Nieder-Canada, civil code. Art. 8. (Abgedruckt No. 38.) (272)

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. Art. 5 Abs. 2. (273)

Sauf intention contraire des parties, les conventions sont régies, quant à leur substance, à leurs effets et à leur preuve, par la loi du lieu où elles sont conclues.

Vorbehaltlich entgegenstehenden Parteienwillens, werden die Verträge hinsichtlich ihres Inhalts, ihrer Wirkungen und ihres Beweises nach dem Gesetze des Ortes, an welchem sie abgeschlossen sind, beurtheilt.

Deutschland.

a) Entwurf des bürgerl. Gesetzbuchs I. Lesung. (Vorentwurf § 5). (274)

Das Schuldverhältniss aus einem Rechtsgeschäfte unter Lebenden wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem das Rechtsgeschäft zum Abschlusse gelangt ist.

Wenn nach den Umständen des Falles die Anwendbarkeit der Gesetze eines anderen Ortes als gewollt anzusehen ist, so sind die Gesetze dieses Ortes massgebend. Ist jedoch das Rechtsgeschäft im Inlande errichtet, so bleiben für dasselbe die am Orte der Errichtung über das Erforderniss einer besonderen Form geltenden Gesetze massgebend.

b) Entwurf des bürgerl. Gesetzbuchs II. Lesung. § 2242. (274a)

Abs. 1 wie § 5 des Vorentwurfs I. Lesung (vorige No.).

Ist nach den Umständen des Falles anzunehmen, dass von den Betheiligten die Anwendung der Gesetze eines anderen Ortes vorausgesetzt sein muss, so sind die Gesetze dieses Ortes massgebend.

Kanton Solothurn, Civilgesetzbuch (1841). § 6. (275)

Wenn ein Fremder im hiesigen Kanton ein Geschäft eingeht, so wird es nach hiesigen Gesetzen beurtheilt, wenn nicht bewiesen wird, dass bei der Abschliessung ein anderes Recht zu Grunde gelegt worden sei.

Kanton Unterwalden, Personenrecht (1852). § 6 Abs. 1. (276)

Wenn Fremde mit Kantonsbürgern oder hier niedergelassenen Fremden oder Kantonsbürger unter sich ausser dem Kanton Rechtsgeschäft vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Ortes, wo das

Geschäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen, insofern bei der Abschliessung nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist und den Kantonsbürgern die in § 5 enthaltene Vorschrift hinsichtlich der persönlichen Fähigkeit nicht entgegensteht.

β. vorbehaltlich entgegenstehenden Parteiwillens oder gleicher Nationalität der Kontrahenten.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882). Art. 14. (277)

Les conventions conclues en pays étranger sont régies par la loi à laquelle les parties contractantes ont entendu se soumettre. A défaut d'une déclaration expresse, le juge recherchera l'intention des parties dans les faits et circonstances de la cause.

Si les parties dressent un acte authentique en Belgique, le notaire leur fera connaître les dispositions du présent article.

En cas de doute, le juge appliquera la loi personelle des parties, si elles ont la même nationalité et la loi du lieu où le contrat se passe, si les parties appartiennent à des nations différentes.

Die im Auslande geschlossenen Verträge unterstehen dem Rechte, welchem die Parteien sich haben unterwerfen wollen. In Ermangelung einer ausdrücklichen Erklärung hat der Richter die Absicht aus den thatsächlichen Umständen des Falles zu ermitteln.

Wenn die Parteien einen öffentlichen Akt in Belgien thätigen, hat der Notar ihnen die Bestimmungen dieses Artikels bekannt zu machen.

Im Zweifelsfalle hat der Richter das persönliche Recht der Parteien, wenn sie die gleiche Nationalität haben, und das Recht des Vertragsortes anzuwenden, wenn die Parteien verschiedenen Staaten angehören.

b) Entwurf der Gesetzesrevisionskommission. Art. 7. (278)

Les obligations conventionnelles et leurs effets sont réglés par la loi du lieu du contrat.

Toutefois, préférence est donnée aux lois nationales des contractants, si ces lois disposent d'une manière identique.

Ces règles ne sont pas applicables si, de l'intention des parties, constatée expressément ou manifestée par les circonstances, il résulte qu'elles ont entendu soumettre leur convention à une loi déterminée. La faculté accordée, à cet égard, aux parties contractantes, ne peut avoir pour objet que la loi nationale de l'une d'entre elles au moins, la

Die Vertragsobligationen und ihre Wirkungen sind durch das Recht des Vertragsortes geregelt. Es wird indess den nationalen Gesetzen der Kontrahirenden der Vorzug gegeben, wenn diese Gesetze die gleichen Vorschriften enthalten.

Diese Regeln sind nicht anwendbar, wenn aus der ausdrücklich ausgesprochenen oder durch die Umstände klargelegten Absicht der Parteien sich ergiebt, dass sie ihren Vertrag einer bestimmten Gesetzgebung unterstellen wollten. Die den Kontrahirenden in dieser Beziehung zugebilligte Bestimmungsfreiheit kann nur das nationale Gesetz min-

loi du lieu du contrat ou la loi du lieu où celui-ci doit être exécuté.

Les dispositions du présent article sont suivies quels que soient la nature des biens qui font l'objet de la convention et le pays où ils se trouvent.

destens einer Partei oder das Recht des Vertragsortes oder das Recht des Erfüllungsortes zum Gegenstand haben.

Die Bestimmungen dieses Artikels sind anzuwenden, welches auch immer die Natur der den Gegenstand des Vertrages bildenden Vermögensstücke und das Land sein möge, in welchem sich dieselben befinden.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861). (279)

Art. 194. La convention synallagmatique passée dans un état quelconque entre un citoyen et un étranger sera jugée dans cet état d'après ses propres lois, mais lorsque les deux contractants seront étrangers la convention synallagmatique ne sera jugée d'après ces lois qu'autant qu'il ne sera pas prouvé que les parties en contractant avaient entendu se régler d'après une autre législation. Si les deux étrangers étaient compatriotes il sera même supposé qu'ils voulaient se régler selon leurs lois nationales, en cas que leur engagement n'est pas valide selon la loi du lieu du contrat, mais l'est bien selon la législation à laquelle ils étaient soumis en leur qualité de sujets.

Art. 194. Der in einem Staate zwischen einem Angehörigen und einem Ausländer abgeschlossene synallagmatische Vertrag wird in diesem Staate nach den eigenen Gesetzen desselben beurtheilt; aber wenn die beiden Kontrahenten Ausländer sind, wird der synallagmatische Vertrag nach diesen Gesetzen nur beurtheilt, wenn nicht dargethan wird, dass die Parteien beim Abschlusse die Absicht hatten, sich nach einer anderen Gesetzgebung auseinanderzusetzen. Wenn die beiden Kontrahenten Landsleute sind, wird vermuthet, dass sie sich nach ihren nationalen Gesetzen benehmen wollten, in dem Falle, dass ihr Abkommen nicht gültig ist nach dem Rechte des Vertragsortes, wohl aber nach derjenigen Gesetzgebung, welcher sie als Unterthanen unterstehen.

Art. 195. Les conventions passées en pays étranger, soit entre des étrangers, soit entre des étrangers et des sujets de l'état qui en doit juger, soit entre les derniers eux-mêmes, seront jugées d'après les lois du lieu du contrat à moins qu'il ne soit manifeste qu'une autre législation a servi de base à ce contrat et à moins que la présomption de

Art. 195. Die im Auslande abgeschlossenen Verträge, sei es zwischen Ausländern, sei es zwischen Ausländern und Unterthanen des zur Beurtheilung berufenen Staates, sei es zwischen letzteren selbst, werden nach dem Rechte des Vertragsortes beurtheilt, sofern nicht erhellt, dass eine andere Gesetzgebung dem Vertrage als Grundlage

l'art. précédent ne vienne en considération.

gedient hat und sofern nicht die Vermuthung des vorigen Art. in Betracht kommt.

Italien, codice civil (1865) Art. 9 Abs. 2 Satz 2. (280)

La sostanza e gli effetti delle obbligazioni si reputano regolati dalla legge del luogo in cui gli atti furono fatti, e, se i contraenti stranieri appartengono ad una stessa nazione, dalla loro legge nazionale. E salva in ogni caso la dimostrazione di una diversa volontà.

Das Wesen und die Wirkungen der Verbindlichkeiten werden als durch das Gesetz des Ortes geregelt angesehen, wo sie eingegangen wurden, und, wenn die fremden vertragsschliessenden Parteien einer und derselben Nation angehören, durch das Gesetz der letzteren. In jedem Falle bleibt der Nachweis einer andern Absicht vorbehalten.

γ. vorbehaltlich der Geltung des Rechts des Erfüllungsortes.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861) Art. 202. Vrgl. No. 279. (281)

L'effet des actes passés pour être exécutés dans un autre pays se règle par les lois de ce pays.

Die Wirkung der Rechtsgeschäfte, welche abgeschlossen, sind um in einem anderen Lande ausgeführt zu werden, richtet sich nach den Gesetzen dieses Landes.

Lima Entwurf (1878) Art. 4. (282)

Verträge, welche ausserhalb des Staates geschlossen sind, werden in Bezug auf ihre innere Rechtsbeständigkeit und die juristischen Wirkungen der Verabredungen nach dem Gesetze des Ortes des Abschlusses beurtheilt; aber wenn diese Verträge nach ihrer Natur oder nach Uebereinkunft der Parteien gerade in dem Inlande erfüllt werden sollen, sind sie dessen Gesetzen unterworfen. In dem einen wie in dem andern Falle bestimmt sich die Art der Erfüllung nach den Gesetzen des Inlandes.

Louisiana, code civil (1838). Art. 10 Abs. 1 u. Abs. 2. (283)

The form and effect of public and private written instruments are governed by the laws and usages of the places where they are passed or executed.

But the effect of acts passed in one country, to have effect in another country is regulated be the laws of the country where they are to have effect.

Die Form und Wirkung öffentlicher und privatschriftlicher Urkunden werden beherrscht von den Gesetzen und Gewohnheiten des Ortes, an welchem sie entstanden oder vollzogen sind.

Die Wirkung von Akten, welche in einem Lande vorgenommen sind, um in einem anderen Wirkung zu haben, wird beurtheilt nach dem Rechte des Landes in welchem sie die Wirkung haben sollen.

d) massgebend für den Inlandverkehr das inländische Recht mit Vorbehalt für den Willen der miteinander kontrahirenden Ausländer, für den Auslandsverkehr das Recht des Vertragsortes mit Vorbehalt für den Parteiwillen.

Oesterreich, Civilgesetzbuch (1811). (284)

§ 36. Wenn ein Ausländer hier Landes ein wechselseitig verbindendes Geschäft mit einem Staatsbürger eingeht, so wird er ohne Ausnahme nach diesem Gesetzbuche, dafern er es aber mit einem Ausländer schliesst, nur dann nach demselben beurtheilt, wenn nicht bewiesen wird, dass bei der Abschliessung auf ein anderes Recht Bedacht genommen worden sei.

§ 37. Wenn Ausländer mit Ausländern oder mit Unterthanen dieses Staats im Auslande Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen; dafern bei Abschliessung nicht offenbar ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist und die oben im § 4 enthaltene Vorschrift (über die Handlungsfähigkeit) nicht entgegensteht.

Kanton Luzern, Civilgesetzbuch (1831). (285)

§ 26. Wenn ein Fremder im Kanton ein wechselseitig verbindliches Geschäft, wo nämlich jeder dem andern etwas zu leisten hat, mit einem Kantonsbürger eingeht, so wird es ohne Ausnahme nach gegenwärtigem Gesetzbuche, dafern er es aber mit einem Fremden schliesst, nur dann nach demselben beurtheilt, wenn nicht bewiesen wird, dass bei Abschliessung ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden sei.

§ 27. Wenn Fremde mit Fremden oder mit Kantonsbürgern ausser dem Kanton Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Orts, wo das Geschäft abgeschlosen wurde, zu beurtheilen, dafern bei der Abschliessung nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist und den Kantonsbürgern die in § 6 enthaltene Vorschrift hinsichtlich der persönlichen Fähigkeit nicht entgegensteht.

e) massgebend das Recht des Erfüllungsortes

α. schlechthin.

Chile, code civil (1855) Art. 15 Abs. 3. (286)

Pero los efectos de los contratos otorgados en pais estraño para cumplirse en Chile, se arreglará a las leyes chilenas.

Die Wirkungen der im Auslande geschlossenen Verträge bestimmen sich, wenn die Verträge in Chile erfüllt werden sollen, nach den chilenischen Gesetzen.

Vertrag von **Montevideo** (1889). (287)

Art. 33. La misma ley (del lugar donde los contratos deben cumplirse No. 251) rige:

su existencia, su naturaleza, su validez, sus efectos, sus consecuencias, su ejecucion, en suma, todo cuanto concierne á los contratos, bajo cualquier aspecto que sea.

Dasselbe Gesetz (des Erfüllungsortes der Verträge) regelt:

ihre Existenz, Natur, Gültigkeit, Wirkungen, Folgen, Ausführung, überhaupt alles was die Verträge, unter welchem Gesichtspunkt auch immer, betrifft.

Art. 34 und 35 enthalten Bestimmungen über den für die einzelnen Verträge anzunehmenden Erfüllungsort.

Art. 36. Los contratos accesorios se rigen por la ley de la obligacion principal de su referencia.

Die accessorischen Verträge werden von dem Gesetze regiert, welchem die Hauptobligation, auf welche sie sich beziehen, unterliegt.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 11. (288)

Forderungen werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem sie zu erfüllen sind.

β. vorbehaltlich entgegenstehenden Parteiwillens.

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871) Art. 5 Abs. 1. (289)

Forderungen und Verbindlichkeiten werden, wenn nichts Anderes vereinbart ist, nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, wo die Verbindlichkeit erfüllt werden soll.

Liv-, Est-, Curländisches Privatrecht (1864) Art. 35. (290)

Bei Forderungsrechten aus Verträgen kommt es zunächst darauf an, ob nicht die Kontrahenten über das für die Beurtheilung ihrer gegenseitigen Rechtsverhältnisse in Anwendung zu bringende Recht sich ausdrücklich geeinigt haben. Eine solche Uebereinkunft ist bei Kraft zu erhalten, sofern ihr nicht absolut gebietende oder verbietende Gesetze entgegenstehen. Ist eine Uebereinkunft der Art nicht getroffen, so ist anzunehmen, dass sich die Parteien dem Rechte desjenigen Jurisdictionsbezirkes unterworfen haben, in welchem die aus dem Rechtsgeschäft entspringende Verbindlichkeit erfüllt werden soll. Nach diesem Rechte ist insbesondere die materielle Gültigkeit und die Wirkung des Rechtsgeschäftes zu beurtheilen.

Mexico, código civil (1871). (291)

Art. 17. Las obligaciones y derechos que naczan de los contratos ó testamentos otorgados en el extranjero por mexicanos del Estado, se regirán por las disposiciones de este Código, en caso de que dichos actos deban cumplirse in dicha demarcacion.

Art. 18. Si los contratos ó testamentos de que habla el articulo anterior fueren otorgados por un estranjero y hubieren de ejecutarse en el Estado, será libre el otorgante para elegir la ley a que

Art. 17. Die Verbindlichkeiten und Rechte, welche aus Kontrakten oder Testamenten entstehen, die im Auslande durch Inländer errichtet sind, werden nach dem inländischen Gesetz beurtheilt, wenn diese Rechtsgeschäfte im Inlande erfüllt werden sollen.

Art. 18. Wenn die im vorhergehenden Artikel erwähnten Kontrakte oder Testamente durch einen Ausländer errichtet sind und im Inlande erfüllt werden sollen, so steht es dem Errichtenden frei, das

haya de sujetarse la solemnidad interna del acto en el cuanto al interés que consista en bienes muebles.

Gesetz zu bestimmen, welchem der Inhalt des Rechtsgeschäftes unterstehen soll, insoweit es sich um bewegliche Sachen handelt.

f) Besondere Vorschriften für Verträge inter absentes.

Vertrag von **Montevideo** (1889) Art. 37. (292)

La perfeccion de los contratos celebrados por correspondencia ó mandatario se rige por la ley del lugar del cual partió la oferta.

Das Zustandekommen der durch Briefwechsel oder Zwischenhändler abgeschlossenen Verträge wird nach dem Gesetze des Ortes beurtheilt, von welchem die Offerte ausging.

D. Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen.

1. massgebend das am Ort der That geltende Recht.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882) Art. 17 Abs. 3. (293)

Les délits civils et les quasi-délits sont régis par la loi du pays où le fait se passe.

Die civilrechtlichen Delikte und Quasidelikte werden nach dem Rechte des Landes, in welchem die That erfolgt ist, beurtheilt.

b) Entwurf der Gesetzesrevisionskommission Art. 8. (294)

Les quasi-contrats, les délits civils et les quasi-délits sont régis par la loi du lieu où le fait qui est la cause de l'obligation s'est passé.

Die Quasikontrakte, die civilrechtlichen Delikte und Quasidelikte werden nach dem Recht des Ortes beurtheilt, an welchem die Thatsache, welche der Grund des Schuldverhältnisses ist, eingetreten ist.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891 Art. 5 Abs. 3. (295)

Les obligations qui naissent d'un fait personel à celui qui se trouve obligé (quasicontrats, délits ou quasi-délits) sont soumises à la loi du lieu où le fait s'est accompli.

Die Obligationen, welche aus einer persönlichen Handlung dem Verpflichteten entstehen (Quasikontrakte, Delikte und Quasidelikte) sind nach dem Gesetze des Ortes zu beurtheilen, an welchem sich der Thatbestand verwirklicht hat.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. (296)

I.

§ 13. Forderungen aus unerlaubten Handlungen werden nach dem Rechte des Ortes beurtheilt, an welchem die unerlaubte Handlung begangen worden ist

II.

§ 12. Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem die unerlaubte Handlung begangen worden ist.

Die Zuerkennung einer nach ausländischem Rechte verwirkten Privatstrafe ist nur statthaft, wenn und soweit das inländische Recht eine solche als Folge der unerlaubten Handlung anerkennt.

Auf eine bei Anwendung eines ausländischen Gesetzes sich ergebende Privatstrafe darf nicht erkannt werden.

b) Entw. des B.G.B. I. Lesung. (Vorentwurf § 6.) (296a)

Das Schuldverhältniss aus einer unerlaubten Handlung wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem die unerlaubte Handlung begangen ist.

c) Entwurf Niemeyer (1895) § 7 Abs. 1. (297)

Für die Entstehung von Schuldverhältnissen aus unerlaubten Handlungen sind die Gesetze des Ortes massgebend, an dem die Handlung begangen ist.

Japan, Civilgesetzbuch (1890). Allgemeine Vorschriften. Art. 7. (298)

Bereicherung, Schadenszufügungen durch unerlaubte Handlungen und auf Gesetz beruhende Verwaltung werden nach dem Gesetz des Ortes beurtheilt, an welchem die verpflichtende Thatsache eingetreten ist.

Lima Entwurf (1878) Art. 38. (299)

Die bürgerliche (Civil-) Verantwortlichkeit für Delikte oder Quasidelikte bestimmt sich nach den Gesetzen des Ortes, wo die das Delikt etc. ausmachenden Thatsachen vorgekommen sind.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888). Art. 793. (299a)

Schadenersatzansprüche aus einer unerlaubten Handlung werden nach den Gesetzen jenes Ortes beurtheilt, wo die Handlung, aus welcher der Schade entstanden ist, begangen wurde. Eine Ausnahme hiervon bilden die im Artikel 796 lit. c angeführten Fälle.

Vertrag von **Montevideo** (1889) Art. 38. (300)

Las obligaciones que nacen sin convencion se rigen por la ley del lugar donde se produjo el hecho lícito ó lícito de que proceden.

Die Verbindlichkeiten, welche ohne Vertrag entstehen, sind dem Gesetze des Ortes unterstellt, an welchem die erlaubte oder unerlaubte Handlung, aus welcher sie entspringen, geschehen ist.

2. massgebend das am Ort der That geltende Recht mit Vorbehalt für das inländische Recht.

Deutschland. (301)

a) Entwurf Mommsen § 7.

Forderungen aus unerlaubten Handlungen sind nach dem Recht des Ortes zu beurtheilen, an welchem die unerlaubte Handlung vorgenommen ist.

Das inländische Recht findet jedoch auch dann Anwendung, wenn die unerlaubte Handlung zwar im Auslande, aber von einem Inländer einem Inländer gegenüber vorgenommen ist.

Auf Zahlung einer Strafe an den Verletzten kann, auch wo im Uebrigen ausländisches Recht zur Anwendung kommt, nur erkannt werden, wenn und soweit das inländische Recht eine solche als Folge der unerlaubten Handlung festsetzt.

b) Entwurf Rocholl § 2a e. Satz 2. (302)

. . . und unter derselben Voraussetzung [d. h. wenn die Vorschrift des B.G.B. nicht zwingender Natur ist No. 263] richtet sich die privatrechtliche Folge einer unerlaubten Handlung nach dem Thatorte.

c) Entwurf des B.G.B. II. Lesung § 2243. (303)

Das Schuldverhältniss aus einem Rechtsgeschäft unter Lebenden wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem die unerlaubte Handlung begangen worden ist.

Soweit ein Deutsches Gesetz sich auf eine im Ausland begangene unerlaubte Handlung erstreckt, findet das Deutsche Gesetz Anwendung.

E. Schuldverhältnisse aus sonstigen Gründen.

1. massgebend das Recht des Ortes, an welchem der verpflichtende Thatbestand sich verwirklicht hat.

a) schlechthin.

Belgien, Gesetzesrevisionskommission siehe No. 294. (304)

Congostaat siehe No. 295. (305)

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen § 8. (306)

Sonstige Forderungen werden nach dem Recht des Ortes beurtheilt, an welchem die, die Verpflichtung begründende Thatsache eingetreten ist.

Die Bestimmung des § 7 Abs. 3 (No. 301) findet auch auf diese Forderungen sinngemässe Anwendung.

b) Entwurf des B.G.B. II. Lesung. § 2244, inhaltlich gleich dem § 7 des Vorentwurfs I. Lesung. (307)

Ein Schuldverhältniss, das auf einem anderen Grunde als auf einem Rechtsverhältniss unter Lebenden oder einer unerlaubten Handlung beruht, wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem der für die Entstehung des Schuldverhältnisses in Betracht kommende Thatbestand sich verwirklicht hat, sofern sich nicht nach deutschen Gesetzen ein Anderes ergiebt.

Japan, siehe No. 298. (308)

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch. Art. 794. (308a)

Desgleichen sind Schuldverhältnisse aus verschiedenen Geschäften, Handlungen, Verhältnissen (Verträge und unerlaubte Handlungen ausgenommen, 792, 793) nach den Gesetzen des Ortes zu beurtheilen, wo die Handlung oder das Ereigniss, aus dem die Schuld entsteht, vorgefallen ist.

Vertrag von **Montevideo**, siehe No. 300. (309)

b) mit Vorbehalt für das den Parteien gemeinsame Heimathsrecht.

Belgien, Entwurf Laurent (1882). § 17 Abs. 1 u. 2. (310)

Les quasi-contrats sont régis par la loi personnelle des parties si elles ont la même nationalité, et par la loi du lieu où le quasi-contrat se forme si elles appartiennent à des nations différentes.

Les obligations qui résultent de l'autorité seule de la loi sont régies par la loi personnelle de celui dans l'intérêt duquel sont établis les administrateurs légaux.

Die Quasikontrakte richten sich nach dem persönlichen Recht der Parteien, wenn sie dieselbe Nationalität haben und nach dem Rechte des Ortes, an welchem der Quasikontrakt entsteht, wenn die Parteien verschiedenen Staaten angehören.

Die ausschliesslich auf Vorschrift des Gesetzes beruhenden Obligationen richten sich nach dem persönlichen Rechte desjenigen, in dessen Interesse die gesetzlichen Verwalter eingesetzt sind.

2. massgebend das am Wohnsitze des Schuldners geltende Recht.

Deutschland, Entwurf Gebhard. (311)

I. § 12.

Forderungen aus Schuldverhältnissen, welche auf vertragsähnlichen Vorgängen oder unmittelbar auf dem Gesetze beruhen, werden nach dem Recht des Ortes beurtheilt, an welchem der Schuldner zur Zeit des Eintritts der Thatsache, aus welcher das Schuldverhältniss abgeleitet wird, seinen Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthalt gehabt hat.

Liegt der Forderung ein dauerndes Verhältniss (Vermögensgemeinschaft, Vormundschaftsführung u. s. w.) zu Grunde, so entscheidet das Recht des Ortes, an welchem das Verhältniss besteht.

II. § 13.

Schuldverhältnisse aus anderen Gründen werden, soweit nicht für Schuldverhältnisse auf Grund von Verfügungen von Todes wegen aus der Vorschrift des § 29 und für sonstige Schuldverhältnisse, aus deren besonderen Natur sich ein anderes ergiebt, nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem der Schuldner zur Zeit der Verwirklichung des Thatbestandes, aus welchem das Schuldverhältniss abgeleitet wird, seinen Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthalt hatte.

F. Abtretung der Forderungen.

Deutschland, Entwurf Gebhard. § 14. (312)

I.

Die Abtretung einer Forderung wird nach dem Rechte beurtheilt, welches über die Forderung entscheidet.

II.

Die Abtretung einer Forderung wird nach den Gesetzen beurtheilt, welche für die Forderung massgebend sind.

G. Anfechtung von Rechtshandlungen.

Deutschland, I. Entwurf Gebhard. § 15. (313)

Die Anfechtung von Rechtshandlungen des Schuldners, welche die Gläubiger benachtheiligen, untersteht dem Rechte des Ortes, an welchem der Schuldner zur Zeit der Vornahme der Handlung seinen Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthalt gehabt hat.

H. Anspruchsverjährung.

Belgien, Entwurf Laurent (1882). Art. 26 No. 4 2. Halbsatz. (314)

La prescription extinctive est régie par la loi du lieu où l'obligation a été contractée.

Die erlöschende Verjährung richtet sich nach dem Gesetze des Ortes, an welchem die Obligation kontrahirt worden ist.

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871). Art. 5 Abs. 2. (315)

Die Verjährung richtet sich nach den Gesetzen des Wohnsitzes des Verpflichteten. Tritt während des Laufes der Verjährung ein Wechsel des Wohnsitzes mit abweichenden Verjährungsfristen ein, so wird eine verhältnissmässige Abgleichung der Fristen vorgenommen.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861). Art 197. (316)

L'objection de prescription est jugée d'après la loi selon laquelle la convention ou le droit en question lui-même est jugé.

Der Einwand der Verjährung wird nach dem Rechte beurtheilt, nach welchem der in Frage stehende Vertrag oder das in Frage kommende Recht selbst beurtheilt wird.

Lima Entwurf (1878). Art. 33. (317)

Die Verjährung als Mittel, Obligationen aufzuheben (extinguir), wird nach dem Gesetze des Ortes, wo die Obligationen ihren Ursprung genommen haben, beurtheilt.

Vertrag von **Montevideo** (1889). (318)

Art. 51. La prescripcion extintiva de las acciones personales se rige por la ley á que las obligaciones correlativas están sujetas.

Die Verjährung, welche die persönlichen Klagerechte vernichtet, wird regiert von dem Gesetze, welchem die entsprechenden Obligationen unterstellt sind.

Art. 52. La prescripcion extintiva de acciones reales se rige por la ley del lugar de la situacion del bien gravado.

Die Verjährung, welche die dinglichen Klagerechte vernichtet, wird regiert von dem Gesetze des Ortes, an welchem das belastete Objekt gelegen ist.

Art. 53. Si el bien gravado fuese mueble y hubiese cambiado de situacion, la prescripcion se rige por la ley del lugar en que se haya completado el tiempo necesario para prescribir.

Ist das belastete Objekt ein bewegliches Gut und hat es seine Lage gewechselt, so wird die Verjährung von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem die zur Verjährung erforderliche Zeit abgelaufen sein wird.

Familienrecht.

A. Allgemeine Bestimmungen.

1. Nationalitätsprincip schlechthin.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882) Art. 12 Abs. 1. (319)

Les rapports de famille et les droits qui en résultent sont régis par la loi du pays auquel les personnes appartiennent.

Die Familienbeziehungen und die auf ihnen beruhenden Rechtsverhältnisse werden nach dem Recht des Staates beurtheilt, dem die Personen angehören.

b) Entwurf der Gesetzesrevisionskommission siehe No. 117. (320)

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871) Art. 3. (321)

Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels [No. 144] finden unter Vorbehalt des Art. 10 [No. 61] auch auf die persönlichen Verhältnisse des Familienstandes zwischen Mann und Frau sowie zwischen Eltern und Kindern ihre Anwendung.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891 siehe No. 119. (322)

Deutschland, Entwurf Rocholl § 2a, b. (323)

. . . die sonstigen Familienbeziehungen [ausser persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnissen der Ehegatten und Erbrecht] bestimmen sich nach dem Rechte des Heimathsstaates.

Japan, Civilrecht (1890.) Allgem. Vorschriften. Art. 3 Abs. 2. (324)

Die Familienbeziehungen und die daraus entspringenden Rechte und Pflichten richten sich nach dem Rechte des Heimathsstaates.

Italien, codice civile siehe No. 124. (325)

Spanien, código civil siehe No. 133. (326)

Kanton Zürich, Civilgesetzbuch (1887) § 3. (327)

Das Recht des Heimathsortes gilt für die Familienverhältnisse (z. B. eheliche Vormundschaft und Güterrecht der Ehegatten, väterliche und obrigkeitliche Vormundschaft) der Kantonsbürger.

Die Familienverhältnisse von Kantonsfremden, welche im Kanton wohnen, werden insofern nach dem Rechte ihrer Heimath beurtheilt, als das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt.

2. Nationalitätsprincip den inländischen Verwandten gegenüber.

Chile, código civil (1855) Art. 15. (328)

A las leyes patrias que reglan las obligaciones y derechos civiles, permanecerán sujetos los chilenos no obstante su residencia ó domicilio en país estranjero:

2°. En las obligaciones y derechos que nacen de las relaciones de familia; pero solo respecto de sus conyujes i parientes chilenos.

Den vaterländischen Gesetzen, welche die civilrechtlichen Verbindlichkeiten und Rechte regeln, bleiben die Chilenen unterworfen unbeschadet ihres Aufenthaltes oder Wohnsitzes im Auslande:

2. In Ansehung der Verbindlichkeiten und Rechte, welche aus Familienbeziehungen entstehen, aber lediglich in Betreff der chilenischen Ehegatten und der chilenischen Verwandten.

B. Eherecht.

1 Eheschliessungsrecht.

a) Bestimmungen, welche die formellen und materiellen Voraussetzungen gleichmässig behandeln.

α. massgebend das Recht des Eheschliessungsortes.

Californien, Civil code (1872—76.) § 63. (329)

All mariages contracted without this state, which would be valid by the laws of the country in which the same were contracted, are valid in this state.

Alle ausserhalb dieses Staates geschlossenen Ehen, welche nach den Gesetzen des Eheschliessungsortes gültig sind, sind im Inlande gültig.

Kentucky, General statutes 1894, Chapter 52 article I § 6. (330)

Where persons resident in this commonwealth shall marry in another state, such marriage shall be valid here, if valid in the state where solemnized.

Wofern im Inlande wohnende Personen in einem anderen Staate heirathen sollten, so soll solche Ehe im Inlande gültig sein, wenn sie in dem Staate, in welchem sie abgeschlossen, gültig ist.

Schweiz, Bundesgesetz vom 23. Christmonat 1874 Art. 25 Abs. 3. (331)

Die in einem Kantone oder im Auslande nach der dort geltenden Gesetzgebung abgeschlossene Ehe soll im Gebiet der Eidgenossenschaft als Ehe anerkannt werden.

β. massgebend das Recht des Eheschliessungsortes oder inländisches Recht.

Chile, código civil Art. 119. (332)

El matrimonio celebrado en país estranjero en conformidad á las leyes del mismo país ó á las leyes chilenas, producirá en Chile los mismos efectos civiles que si se hubiese celebrado en territorio chileno.

Sin embargo, sie un chileno ó chilena contrajere matrimonio en país extranjero, contraviniendo de algun modo á las leyes chilenas, la contravencion producirá en Chile los mismos efectos que si se hubiese cometido en Chile.

Die in einem auswärtigen Staate in Gemässheit der Gesetze desselben oder der chilenischen Gesetze abgeschlossene Ehe, bringt in Chile dieselben rechtlichen Wirkungen hervor als wenn sie im Inlande abgeschlossen wäre.

Nichtsdestoweniger, wenn ein Chilene oder eine Chilenin im Auslande eine Ehe, unter Uebertretung irgend eines chilenischen Gesetzes abgeschlossen hat, so bringt die Uebertretung in Chile dieselben Wirkungen hervor, wie wenn dieselbe in Chile begangen wäre.

γ. massgebend das Recht des Eheschliessungsortes mit Vorbehalt für das inländische Recht.

Argentinien, Ley sobre el matrimonio civil (1888) Art. 2. (333)

La validez del matrimonio, no habiendo ninguno de los impedimentos establecidos en los incisos 1, 2, 3, 5 y 6 del articulo 9 será juzgada en la República por la ley del lugar en que se haya celebrado, aunque los contrayentes hubiesen dejado su domicilio para no sujetarse á las formas y leyes que en él rigen.

Die Gültigkeit der Ehe, welcher keins der in den Abschnitten 1, 2, 3, 5 und 6 des Artikel 9 aufgestellten Ehehindernisse entgegensteht, wird im Inland nach dem Gesetz des Eheschliessungsortes beurtheilt, selbst wenn die Eheschliessenden ihr Domicil verlassen haben, um nicht den daselbst geltenden Formvorschriften und Gesetzen unterworfen zu sein.

Frankreich, code civil (1803) Art. 170. (334)

Le mariage contracté en pays étranger entre Français et entre Français et étrangers sera valable s'il a été célébré dans les formes usitées dans le pays pourvu qu'ils aient été précédé des publications prescrites par l'article 63 au titre des actes civiles et que le Français n'ait point contrevenu aux dispositions contenues au chapitre précédent.

Die im Auslande zwischen Franzosen sowie zwischen Franzosen und Ausländern abgeschlossene Ehe ist gültig, wenn sie in den am Abschliessungsorte gebräuchlichen Formen eingegangen ist, vorausgesetzt, dass das im Art. 63 des Titels über die Civilstandsakte vorgeschriebene Aufgebotsverfahren voraufgegangen ist und dass der Franzose nicht den im vorhergehenden Kapitel enthaltenen Bestimmungen zuwidergehandelt hat.

Georgia, code of the State (1873.) § 1710. (335)

All marriages solemnized in another state by parties intending at the time to reside in this state shall have the same legal consequences and effect as if solemnized

Alle in einem anderen Staate von Parteien, welche zu jener Zeit daselbst zu wohnen beabsichtigen, abgeschlossenen Ehen, sollen dieselben gesetzlichen Folgen und Wir-

in this state. Parties residing in this state cannot evade any of the provisions of its laws as to marriage by going into another state for the solemnization of the marriage ceremony.

Maine, Revised statutes 1883, chapter 59 section 9. (336)

When residents of this state, with intend to evade the provisions of sections 1, 2 and 3 of this chapter, or of chapter 60 and to return and reside here, go into another state or country, and there have their marriage solemnized, and afterwards return and reside here, such marriage is void in this state.

Vertrag von **Montevideo** (188) Art. 11.

La capacidad de las personas para contraer matrimonio, la forma del acto y la existencia y validez del mismo, se rigen por la ley del lugar en que se celebra.

Sin embargo, los Estados signatarios no quedan obligados á reconocer el matrimonio que se hubiere celebrado en uno de ellos cuando se halle afectado de alguno de los siguientes impedimentos:

a) Falta de edad de alguno de los contrayentes, requiriéndose como mínimum catorce años cumplidos en el varon y doce en la mujer;
b) Parentesco en línea recta por consanguinidad ó afinidad, sea legítimo ó ilegítimo;
c) Parentesco entre hermanos legítimos ó ilegítimos;
d) Haber dado muerte á uno de los cónyuges, ya sea como autor principal ó como cómplice, para casarse con el cónyuge supérstite;

kungen haben, wie wenn der Abschluss im Inlande erfolgt wäre. Im Inlande wohnende Parteien können nicht dadurch die inländischen Ehevorschriften umgehen, dass sie in einen anderen Staat zur Vornahme der Eheschliessung gehen.

Wenn Einwohner dieses Staates, mit der Absicht die Bestimmungen der Abschnitte 1, 2, 3 dieses Kapitels oder das Kapitel 60 zu umgehen und zurückzukehren und hier zu wohnen, sich in einen anderen Staat begeben, dort die Ehe schliessen und dann zurückkehren und hier wohnen, so soll diese Ehe im Inlande als nichtig erachtet werden (337)

Die Fähigkeit der Personen zur Eheschliessung, die Form des Aktes sowie die Existenz und die Gültigkeit des letztern, werden von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem die Ehe geschlossen wird.

Indessen haben sich die Signaturstaaten nicht verpflichtet, eine in einem dieser Staaten abgeschlossene Ehe anzuerkennen, sofern dieselbe mit einem der folgenden Mängel behaftet ist:

a) Mangel des Alters bei einem der Kontrahenten.
b) Verwandtschaft in direkter Linie durch Blutsgemeinschaft oder Verschwägerung sei es legitime oder illegitime.
c) Verwandtschaft zwischen legitimen und illegitimen Geschwistern.
d) Wenn der eine Theil als Haupt- oder Mitthäter den einen Ehegatten getödtet hat, um den andern zu heirathen.

e) El matrimonio anterior no disuelto legalmente.

e) Eine vorhergegangene Ehe, die noch nicht gesetzlich aufgelöst ist.

δ. massgebend das persönliche Recht des Ehemannes.

Deutschland, Entwurf Mommsen § 9. (338)

Eingehung und Auflösung der Ehe sind nach dem Recht des Staates zu beurtheilen, dem der Ehemann zur Zeit der Eingehung bezw. Auflösung der Ehe angehört bezw. angehört hat.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 13. (339)

Eingehung und Auflösung der Ehe werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, dessen Unterthan der Ehemann ist.

b) Bestimmungen, welche die formellen und materiellen Erfordernisse der Eheschliessung gesondert behandeln.

α. Formelles Recht des Eheschliessungsortes, materielles Recht des Heimathsstaates eines jeden der Verlobten.

Belgien, Gesetz vom 20. Mai 1882. (340)

L'article 170 du Code civil est remplacé par les dispositions suivantes:

1. Les mariages en pays étranger entre Belges et entre Belges et étrangers seront célébrés dans les formes usitées dans le dit pays;

. . . . . .

5. Les mariages célébrés dans les formes prescrites par les nros 1 . . . . de la présente loi seront valables si les Belges n'ont point contrevenu aux dispositions prescrites sous peine de nullité du chapitre Ier titre V livre Ier du Code civil.
6. La capacité de la femme étrangère est réglée par son statut personnel.

Artikel 170 des code civil wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

1. Im Auslande sind Ehen zwischen Belgiern und zwischen Belgiern und Ausländern in den in dem betreffenden Lande gebräuchlichen Formen abzuschliessen.

. . . . . .

5. Die Ehen, welche in den durch No. 1 . . . des gegenwärtigen Gesetzes vorgeschriebenen Formen abgeschlossen sind, sind gültig, wenn die Belgier nicht gegen diejenigen Vorschriften des Kap. 1 Tit. 5 des code civil verstossen haben, welche die Strafe der Nichtigkeit vorsehen.
6. Die Ehefähigkeit der Ausländerin richtet sich nach ihrem Personalstatut.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891 Art. 6. (341)

Le mariage est régi:

(1) Quant à la forme par la loi du lieu où il est célébré.

Die Eheschliessung richtet sich, hinsichtlich der Form nach dem Gesetze des Ortes, an welchem sie erfolgt.

Deutschland.

a) Entw. Gebhard § 16. **(342)**

I.

Die Erfordernisse der Eheschliessung werden in Ansehung eines jeden der Eheschliessenden nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem er angehört.

Die bei der Eheschliessung zu beobachtende Form richtet sich nach dem Rechte des Ortes, an welchem die Eheschliessung vorgenommen wird.

II.

Die Eingehung einer Ehe wird in Ansehung eines jeden der Eheschliessenden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem derselbe angehört.

Die Form der Eheschliessung bestimmt sich ausschliesslich nach den Gesetzen des Ortes, an welchem die Eheschliessung vorgenommen wird.

b) Entwurf des B.G.B I. Lesung (Vorentwurf § 8). **(342a)**

übereinstimmend mit dem II. Gebhard'schen Entwurf (der letzte Relativsatz lautet: „an welchem die Ehe geschlossen wird.")

c) Entwurf des B.G.B. II. Lesung § 2245. **(342b)**

Die Eingehung der Ehe wird in Ansehung eines jeden der Verlobten nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Verlobte angehört. Gestattet das Recht dieses Staates, dass der Verlobte die Ehe nach den Gesetzen seines Wohnsitzes oder nach den Gesetzen des Ortes eingeht, an welchem die Ehe geschlossen wird, so genügt für ihn die Beobachtung dieser Gesetze.

Die Form einer im Inlande geschlossenen Ehe bestimmt sich ausschliesslich nach den deutschen Gesetzen. Ein Deutscher kann im Ausland die Ehe auch in der am Orte der Eheschliessung geltenden Form eingehen.

d) Entwurf Niemeyer (1895). **(343)**

§ 3 Abs. 3: Für die Form der Eheschliessung sind ausschliesslich die Gesetze des Ortes massgebend, an dem die Eheschliessung stattfindet.

§ 9. Für die Eingehung der Ehe sind hinsichtlich jedes der Eheschliessenden die Gesetze des Staates massgebend, dem er angehört. Ist nach diesen Gesetzen die Ehe eines Angehörigen des betreffenden Staates gültig, wenn sie den an seinem Wohnsitz oder den am Orte der Eheschliessung geltenden Gesetzen entspricht, so genügt die Beobachtung dieser Gesetze. Für die innerhalb des Deutschen Reiches zu schliessenden Ehen sind die §§ 1215, 1216, 1218 dieses Gesetzes schlechthin massgebend.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861). **(344)**

Art. 189. Cette règle (Art. 188, No. 238) est en vigueur aussi quant à la validité civile d'un mariage, en ce qui concerne la forme.

Die Vorschrift des Art. 188 (No. 238) gilt auch hinsichtlich der Formgültigkeit der Ehe.

Haager Conferenz 1894. **(345)**

Art. 1. Le droit de contracter mariage est réglé par la loi nationale de chacun des futurs époux, sauf à tenir compte, soit de la loi du domicile, soit de la loi du lieu de la célébration, si la loi nationale le permet. En conséquence et sauf cette réserve, pourque le mariage puisse être célébré dans un pays autre que celui des époux ou de l'un d'eux, il faut que les futurs époux se trouvent dans les conditions prévues par leur loi nationale respective.

Art. 1. Das Recht der Eheschliessung richtet sich nach dem Nationalgesetze eines jeden der Verlobten, mit dem Vorbehalte, dass das am Wohnsitze oder am Orte der Eheschliessung geltende Recht anzuwenden ist, wenn das nationale Gesetz dies zulässt. Demnach ist — unbeschadet dieses Vorbehaltes — Erforderniss für den Abschluss einer Ehe in einem für beide oder für einen Ehegatten fremden Lande, dass für einen jeden der Verlobten die in seinem nationalen Gesetze vorgesehenen Erfordernisse vorhanden sind.

Art. 2. La loi du lieu de la célébration peut interdire le mariage des étrangers, qui serait contraire à ses dispositions concernant:

1. la nécessité de la dissolution d'un mariage antérieur;
2. les degrés de parenté ou d'alliance, pour lesquels il y a une prohibition absolue;
3. la prohibition absolue de se marier, édictée contre le coupable d'adultère, à raison duquel le mariage de l'un deux a été dissout.

Art. 2. Das Gesetz des Eheschliessungsortes kann den Abschluss einer Ehe durch Ausländer verbieten, wenn dieselbe den daselbst geltenden Bestimmungen zuwiderlaufen würde, welche betreffen:

1. die Nothwendigkeit der Auflösung einer früheren Ehe;
2. die ein absolutes Ehehinderniss bildenden Grade der Verwandtschaft oder Schwägerschaft;
3. das Verbot der Ehe zwischen einem wegen Ehebruchs Geschiedenen und seinem Mitschuldigen.

Art. 3 (betreffend den Nachweis des fremden Rechts) ist abgedruckt unter No. 53.

Art. 4. Sera reconnu partout comme valable, quant à la forme, le mariage célébré suivant la loi du pays où il a eu lieu. Il est toutefois entendu, que les pays dont la législation exige une célébration religieuse, pourront ne pas reconnaître comme valables les mariages contractés par leurs nationaux à l'étranger sans observer cette prescription. Il est également entendu que les dispositions de la loi natio-

Art. 4. Eine Ehe, deren Abschliessung in Gemässheit des am Eheschliessungsorte geltenden Rechts erfolgt ist, ist hinsichtlich der Form überall als giltig anzuerkennen. Es wird indess vorbehalten, dass diejenigen Staaten, deren Gesetzgebung eine kirchliche Eheschliessung verlangt, nicht gehalten sein sollen, die von ihren Angehörigen im Auslande ohne Befolgung dieser Vorschrift abgeschlossenen Ehen

nale en matière de publications, devront être respectées.

Une copie authentique de l'acte de mariage sera transmise aux autorités du pays, auquel appartiennent les époux.*)

Institut de droit international. Lausanne 1888. **(346)**

Art. 1. La loi qui régit la forme de la célébration du mariage est celle du pays où le mariage est célébré.

Art. 5. Pour que le mariage puisse être célébré dans un pays autre que celui des époux ou de l'un d'eux, il faut que le futur et la future se trouvent dans les conditions prévues par leur loi nationale respective en ce qui concerne:

1. l'âge;
2. les degrés prohibés de parenté;
3. le consentement des parents ou tuteurs;
4. la publication des bans.

Il faut en outre, que le futur et la future se trouvent dans les conditions prévues par la loi du lieu de la célébration en ce qui concerne:

1. les degrés prohibés de parenté;
2. la publication des bans.

Art. 6. Les autorités du pays où le mariage est célébré pourront accorder dispense des empêchements résultant de la parenté ou de l'alliance entre les futurs époux, ou du défaut de consentement de leurs parents ou tuteurs, dans les cas et dans la mesure où cette faculté appartiendrait, en vertu de la loi nationale des futurs époux, aux autorités de leurs patries respectives (vergl. No. 443).

Als giltig anzuerkennen. Es wird ferner der Vorbehalt gemacht, dass die Bestimmungen des nationalen Gesetzes über das Aufgebot beobachtet sein müssen.

Eine beglaubigte Abschrift der Eheschliessungsverhandlung ist den Behörden des Heimathsstaates der Ehegatten zu übersenden.

Art. 1. Das Gesetz des Landes, in welchem die Ehe abgeschlossen wird, ist massgebend für die Form der Eheschliessung.

Art. 5. Voraussetzung für die Eheschliessung ausserhalb des Heimathstaates der Eheleute oder eines von ihnen ist, dass für einen jeden von ihnen die in seinem nationalen Gesetze vorgesehenen Erfordernisse vorhanden sind hinsichtlich

1. des Alters;
2. der ein Ehehinderniss bildenden Verwandtschaftsgrade;
3. der Zustimmung der Eltern oder Vormünder;
4. des Aufgebots.

Zudem müssen für die Verlobten die von dem am Eheschliessungsorte geltenden Rechte vorgesehenen Erfordernisse vorhanden sein hinsichtlich

1. der ein Ehehinderniss bildenden Verwandtschaftsgrade;
2. des Aufgebots.

Art. 6. Die Behörden am Eheschliessungsorte können von Ehehindernissen, welche sich auf die zwischen den Verlobten bestehende Verwandtschaft oder Schwägerschaft oder auf den Mangel des elterlichen oder vormundschaftlichen Konsenses gründen, Dispens ertheilen, insoweit diese Befugniss nach dem Heimathsgesetze der Verlobten ihren vaterländischen Behörden zustehen würde (vergleiche No. 443).

Art. 7. Les autorités diplomatiques ou consulaires seront admises à délivrer des certificats constatant que leurs nationaux qui si proposent de contracter mariage se trouvent dans les conditions voulues par leur loi nationale.

Art. 7. Die diplomatischen oder konsularischen Behörden sind ermächtigt zur Ertheilung von Zeugnissen darüber, dass für ihre Staatsangehörigen die von ihrem Rechte verlangten Voraussetzungen der Eheschliessung vorhanden sind.

Italien, codice civile. (1865.) **(347)**

Art. 100. Il matrimonio seguito in paese estero tra cittadini, o tra un cittadino ed uno straniero è valido, purchè sia celebrato secondo le forme stabilite in quel paese, e il cittadino non abbia contravvenuto alle disposizioni contenute nella sezione seconda del capo I di questo titolo.

Le pubblicazioni devono anche farsi nel regno a norma degli articoli 70 e 71. Se lo sposo cittadino non ha residenza nel regno, le pubblicazioni si faranno nel comune dell' ultimo domicilio.

Art. 102. La capacità dello straniero a contrarre matrimonio è determinata dalle leggi del paese a cui appartiene.

Anche lo straniero però è soggetto agli impedimenti stabiliti nella sezione seconda del capo I di questo titolo.

Art. 103. Lo straniero che voglia contrarre matrimonio nel regno deve

Die im Auslande zwischen Inländern oder zwischen einem Inländer und einem Ausländer abgeschlossene Ehe ist gültig, wenn sie in Gemässheit der in jenem Lande bestehenden Formvorschriften abgeschlossen ist und wenn der Inländer nicht den in dem I. Abschnitt des 2. Kapitels dieses Titels enthaltenen Bestimmungen zuwidergehandelt hat. Das Aufgebot soll auch im Inlande gemäss Art. 70, 71 erfolgen. Wenn der Verlobte Inländer ist und seinen Wohnsitz nicht im Inlande hat, so soll das Aufgebot auch in der Gemeinde seines letzten Wohnsitzes bewirkt werden.

Die Ehefähigkeit des Ausländers wird nach den Gesetzen seiner Heimath bestimmt.

Auch der Ausländer ist den im 2. Abschnitt des 1. Kapitels dieses Titels enthaltenen Bestimmungen unterworfen.

Der Ausländer, der sich im Inlande verheirathen will, hat dem

*) Die Beschlüsse der Haager Conferenz von 1893 stimmen mit den vorstehenden überein mit Ausnahme des Art. 1 Satz 1 und Art. 2.

Art. 1 Satz 1 der Fassung von 1893 ist unter No. 41 abgedruckt.

Art. 2 in der Fassung von 1893 lautet:

La loi du lieu de célébration peut interdire le mariage des étrangers, qui serait contraire à ses dispositions concernant les degrés de parenté ou d'alliance, pour lesquels il y a une prohibition absolue et la nécessité de la dissolution d'un mariage antérieur.

presentare all' uffiziale dello stato civile una dichiarazione dell'autorità competente del paese a cui appartiene, dal quale consti che giusta le leggi da cui dipende, nulla osta al divisato matrimonio.

Se lo straniero è residente nel regno, deve inoltre far seguire le pubblicazioni secondo le disposizioni di questo codice.

Standesbeamten eine Erklärung seiner zuständigen Heimathsbehörde darüber beizubringen, dass nach den massgebenden Gesetzen kein Ehehinderniss für die beabsichtigte Verheirathung besteht.

Wenn der Ausländer im Inlande wohnt, muss ausserdem das Aufgebot in Gemässheit der Bestimmungen dieses Gesetzbuches bewirkt werden.

Lima Entwurf (1878). **(348)**

Art. 7. Die Rechtsbeständigkeit der Ehe in Bezug auf ihre bürgerlichen Wirkungen wird nach dem Gesetze des Ortes der Eingehung beurtheilt.

Art. 10. Die juristische Fähigkeit, um eine Ehe einzugehen, wird nach dem Nationalgesetze der Kontrahenten beurtheilt.

Art. 11. Fremde, welche sich im Inlande zu verheirathen beabsichtigen, sind verpflichtet, ihre juristische Fähigkeit dazu von der Obrigkeit, welche das lokale Gesetz bezeichnet, darzuthun.

Art. 12. Nichtsdestoweniger bleiben sie in Bezug auf die trennenden Ehehindernisse den Gesetzen des Inlandes unterworfen.

Ungarn, Ehegesetz vom 18. Dezember 1894. **(349)**

§ 108. Die Gültigkeit der im Auslande geschlossenen Ehe muss hinsichtlich der Ehemündigkeit und Handlungsfähigkeit jedes der beiden Ehegatten ausschliesslich nach den Gesetzen seines Heimathstaates, in übriger Hinsicht aber nach den Gesetzen der Heimathstaaten beider Theile beurtheilt werden, ausgenommen wenn diese die Anwendung eines anderen Gesetzes verfügen, oder wenn dieses Gesetz anderes bestimmt.

§ 109. Wenn ein ungarischer Staatsbürger mit einer Ausländerin im Auslande oder in Ungarn eine Ehe schliesst, so ist die Gültigkeit der Ehe, mit Ausnahme der Ehemündigkeit und der Handlungsfähigkeit der Frau, nach ungarischen Gesetzen zu beurtheilen.

§ 110. Den ungarischen Staatsbürger verpflichten die §§ 14—27 und 124 dieses Gesetzes auch dann, wenn er im Auslande die Ehe schliesst.

§ 111. In Fällen von in Ungarn geschlossenen Ehen sind die gesetzlichen Eheverbote der §§ 11, 12 und 13 dieses Gesetzes auch auf die Ausländer anzuwenden.

Im Uebrigen sind die Bestimmungen der §§ 108 und 109 auch für die in Ungarn geschlossene Ehe der ausländischen Brautleute massgebend.

§ 113. Hinsichtlich der formellen Erfordernisse der Eheschliessung ist die Gültigkeit der Ehe nach dem zur Zeit und am Ort der Eheschliessung geltenden Gesetze zu beurtheilen.

Die im Auslande zu schliessende Ehe eines ungarischen Staatsbürgers muss auch in Ungarn verkündet werden.

Wenn ein Ausländer in Ungarn eine Ehe schliessen will, müssen auf das Aufgebot die Bestimmungen des ungarischen Gesetzes angewendet werden. Der Ausländer muss überdies noch bescheinigen, dass gegen seine Ehe im Sinne der Gesetze seines Heimathstaates (§ 108 Abs. 2, § 111) kein Hinderniss besteht. Der Justizminister kann von der Beibringung dieser Bescheinigung Dispensation ertheilen.

β. formelles Recht des Eheschliessungsortes, materielles Recht das Heimathsrecht des Ehemannes.

Deutschland, Entwurf Mommsen § 9. **(350)**

Abs. 1. Eingehung und Auflösung der Ehe sind nach dem Recht des Staates zu beurtheilen, dem der Ehemann zur Zeit der Eingehung bezw. Auflösung der Ehe angehört, bezw. angehört hat.

Abs. 3. In Ansehung der Form der Eheschliessung kommt die Bestimmung des § 4 [locus regit actum No. 247] zur Anwendung.

c) Bestimmungen über die Anzeige der erfolgten Eheschliessung im Heimathsstaate.

Haager Konferenz (1894) I. Art. 4 Abs. 4. **(351)**

Une copie authentique de l'acte de mariage sera transmise aux autorités du pays auquel appartiennent les époux (siehe No. 345).

Institut de droit international, Lausanne 1888 Art. 4. **(352)**

Chaque mariage contracté à l'étranger doit être constaté par un document officiel et communiqué aux autorités du pays d'origine du mari.

Jede im Auslande abgeschlossene Ehe muss officiell beurkundet und den Behörden des Heimathslandes des Ehemannes mitgetheilt werden.

Italien, codice civile Art. 101. **(353)**

Il cittadino che ha contratto matrimonio in paese estero, deve, nei tre mesi dal suo ritorno nel regno, farlo inscrivere nei registri dello stato civile del comune dove avrà fissata la sua residenza sotto pena di una multa estendibile a lire cento.

Der Inländer, welcher im Auslande eine Ehe eingegangen ist, muss zur Vermeidung einer Geldstrafe bis 100 Lire binnen 3 Monaten nach seiner Rückkehr in das Inland den Eheabschluss in das Civilstandsregister der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz genommen hat, einschreiben lassen.

Niederlande, Burgerlijk wetboek Art. 139. **(354)**

Binnen het jaar na de terugkomst der echtgenooten op het grondgebied van het Koningrijk, zal de acte van huwelijksvoltrekking, in een vremd land aangegaan, in het openbaar huwelijks register van hunne woonplaats moeten worden overgeschreven.

Innerhalb Jahresfrist nach der Rückkehr der Eheleute in das Gebiet des Königreichs, soll der im Auslande erfolgte Eheabschluss in das öffentliche Heirathsregister ihres Wohnsitzes eingetragen werden.

d) Vorschriften über besondere Eheschliessungsarten (konsularische, diplomatische, religiöse).

Deutschland, Entwurf Niemeyer § 3 Abs. 5. (355)

Die im Auslande vor diplomatischen oder konsularischen Vertretern nichtdeutscher Staaten stattgehabten Eheschliessungen sind als formgültig anzusehen, wenn sie den Gesetzen des Staates entsprechen, den der betreffende Beamte vertritt und wenn die beiden Eheschliessenden diesem Staate angehören.

Haager Konferenz 1893 und 1894 I. Art. 5. (356)

Sera également reconnu partout comme valable, quant à la forme, le mariage célébré devant un agent diplomatique ou consulaire, conformément à sa législation, si les deux parties contractantes appartiennent à l'État dont relève la légation ou le consulat, et si la législation du pays où le mariage a été célébré ne s'y oppose pas.

Ebenso ist eine Ehe, die vor einem diplomatischen oder konsularischen Beamten, in Gemässheit der Gesetzgebung seines Landes abgeschlossen ist, wenn die beiden Eheschliessenden dem Staate angehören, von welchem die Gesandtschaft oder das Konsulat bestellt ist, und wenn die Gesetzgebung des Staates, dessen Gebiet die Ehe abgeschlossen ist, einer solchen Eheschliessung nicht entgegensteht, überall als formgültig anzuerkennen.

vergl. ferner Art. 4 Abs. 2 (No. 345).

Institut de droit international, Lausanne 1888. (357)

Art. 2. Seront toutefois reconnus partout comme valables quant à la forme:

1. Les mariages célébrés en pays non chrétiens conformément aux capitulations en vigueur;
2. Les mariages diplomatiques ou consulaires célébrés dans les formes prescrites par la loi du pays de qui relève la légation ou le consulat, si les deux parties contractantes appartiennent à ce pays.

Art. 2. Es sind indess überall als formgültig anzuerkennen:

1. Die in nichtchristlichen Ländern in Gemässheit der in Geltung befindlichen Kapitulationen abgeschlossenen Ehen;
2. Die vor diplomatischen oder konsularischen Beamten in den von dem Recht des Staates, von welchem die Gesandtschaft oder das Konsulat bestellt ist, vorgeschriebenen Formen abgeschlossenen Ehen, wenn die Eheschliessenden diesem Lande angehören.

Art. 3. Si dans un pays la forme de la célébration est purement religieuse, les étrangers doivent être autorisés à célébrer leur mariage selon les formes légales de leur pays d'origine, ou devant les autorités diplomatiques ou consulaires du mari, même si dans le pays où ils sont accrédités leur qualité d'officier d'état civil n'est pas reconnue.

Art. 3. Wenn in einem Lande die Form der Eheschliessung ausschliesslich religiös ist, so müssen die Ausländer ermächtigt sein, die Ehe in den von den Gesetzen ihres Heimathstaates vorgeschriebenen Formen oder vor den diplomatischen oder konsularischen Beamten des Ehemannes abzuschliessen, selbst wenn deren Stellung als Civilstandsbeamte in dem Staat, in welchem die Eheschliessung stattfindet, nicht anerkannt ist.

Lima Entwurf (1878). (358)

Art. 8. In Bezug auf die bürgerlichen Wirkungen gilt die Ehe als gültig eingegangen, wenn sie von einem Inländer im Auslande vor dem diplomatischen oder Konsularagenten des Inlandes in Gemässheit der inländischen Gesetze geschlossen wurde.

Art. 9. Die Ehe, welche nach den geistlichen Gesetzen der katholischen Kirche geschlossen wurde, hat bürgerliche Wirkungen im Inlande, auch wenn sie solche am Orte der Eingehung nicht hätte.

Vereinigte Staaten von Amerika. Revidirte Statuten 1873/74. Section 4082. (359)

Marriages in the presence of any consular officer of United States in a foreign country, between persons who whould be authorized to marry if residing in the district of Columbia*) shall be valid to all intents and purposes and have the same force and effect, as if the said marriage had been solemnized within the United States.

Eheschliessungen vor einem Konsul der Vereinigten Staaten im Auslande zwischen Personen, welche einander heirathen dürften, wenn sie im Distrikt Columbia*) wohnten, sollen in jeder Beziehung gültig sein und dieselbe Kraft und Wirkung haben, wie wenn die gedachte Eheschliessung innerhalb der Vereinigten Staaten erfolgt wäre.

2. Wirkungen der Ehe im Allgemeinen.

a) massgebend das Recht des jeweiligen Ehedomizils.

Argentinien, Ley sobre el matrimonio civil (1888). Art. 3. (360)

Los derechos y las obligaciones personales de los cónyuges son regidos por las leyes de la República, mientras permanezcan em ella, cualquiera que sea el país en que hubieran contraido matrimonio.

Die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten richten sich nach den Gesetzen der Republik, so lange dieselben sich in derselben aufhalten, in welchem Lande sie auch immer die Ehe abgeschlossen haben mögen.

Deutschland, Entwurf Rocholl. § 2a. (361)

b) . . . Die persönlichen Verhältnisse der Eheleute [bestimmen sich] nach dem jeweiligen Ehedomizile.

Lima Entwurf (1878). Art. 13. (362)

Die persönlichen Rechte und Pflichten, welche durch die Ehe unter

*) Der Distrikt Columbia ist der unmittelbar dem Congress der Vereinigten Staaten unterstehende Distrikt, in welchem Washington liegt.

den Ehegatten und zwischen ihnen und ihren Kindern entstehen, werden durch das Gesetz des ehelichen Domizils bestimmt; wenn aber das Domizil verändert wird, durch die Gesetze des neuen Domizils.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Art. 12. (363)

Los derechos y deberes de los cónyuges en todo cuanto afecta sus relaciones personales, se rigen por las leyes del domicilio matrimonial.

Si los cónyuges mudaren de domicilio dichos derechos y deberes se regirán por las leyes del nuevo domicilio.

Die Rechte und Pflichten der Ehegatten werden mit Bezug auf alles, was ihre persönlichen Verhältnisse betrifft, von den Gesetzen des ehelichen Domizils regiert

Aendern die Ehegatten den Wohnsitz, so bestimmen sich die bezeichneten Rechte und Pflichten nach den Gesetzen des neuen Domizils.

b) massgebend das Nationalgesetz des Ehemannes schlechthin.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. § 17. (364)

I.

Die persönlichen Verhältnisse der Ehegatten untereinander werden nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann angehört.

II.

Die persönlichen Beziehungen der Ehegatten zu einander werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann angehört.

b) Entwurf des B.G.B. II. Lesung. § 2246. [I. Lesung Vorentwurf § 9.] (365)

Die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten zu einander werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Mann [Ehemann] angehört.

c) Entwurf Niemeyer (1895). § 10. (366)

Für die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten als solcher zu einander sind die Gesetze des Staates massgebend, dem jeweilig der Ehemann angehört.

Institut de droit international, Lausanne 1888. Art. 11. (367)

Les droits et devoirs du mari envers la femme et de la femme envers le mari sont reconnus et protégés selon la loi nationale du mari, sauf les restrictions du droit public du lieu de la résidence des époux.

indess Art. 10.

Les effets du mariage sur l'état de la femme, et sur l'état des enfants nés avant le mariage, se règlent d'après la loi de la nationalité

Die rechtlichen Beziehungen der Eheleute zu einander werden nach dem Nationalgesetze des Ehemanns beurtheilt, unbeschadet der Einschränkungen, welche durch das am Wohnsitze der Eheleute geltende öffentliche Recht geboten werden.

Die Wirkungen der Eheschliessung auf den Status der Ehefrau und der vor der Ehe geborenen Kinder richten sich nach dem Ge-

à laquelle appartenait le mari lorsque le mariage a été contracté.

setze des Staates, welchem der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung angehörte.

c) massgebend das Nationalgesetz des Ehemannes zur Zeit der Eheschliessung.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. Art. 6 Satz 2. (368)

Le mariage est régi:

(2) Quant à ses effets sur la personne des époux par la loi de la nationalité à laquelle appartenait le mari au moment de la célébration.

Die Eheschliessung wird beurtheilt:

hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Personen der Ehegatten nach dem Gesetze des Staates, welchem der Ehemann in dem Zeitpunkt der Eheschliessung angehörte.

d) massgebend das gemeinschaftliche Nationalgesetz der Ehegatten.

Haager Conferenz 1894. I. b. (369)

Art. 2. Les droits et les devoirs du mari envers la femme et de la femme envers le mari sont déterminés par la loi nationale du mari.

Toutefois ils ne peuvent être sanctionnés que par les moyens que permet également la loi du pays où la sanction est requise.

Art. 2. Die Rechte und Pflichten der Eheleute gegeneinander bestimmen sich nach dem nationalen Recht des Ehemannes.

Dieselben können indess nur auf dem Wege geltend gemacht werden, welchen gleicherweise die Gesetzgebung desjenigen Staates zulässt, in welchem die Geltendmachung erfolgen soll.

Art. 3. En cas de changement de nationalité du mari seul, les rapports des époux restent régis par leur dernière loi nationale commune. Mais l'état des enfants nés depuis le changement de nationalité est régi par la loi nationale nouvelle du père.

Art. 3. Wenn der Ehemann allein seine Staatsangehörigkeit wechselt, so bleibt für die Beziehungen der Ehegatten untereinander ihr letztes gemeinschaftliches Nationalgesetz massgebend. Der Status der nach dem Wechsel der Staatsangehörigkeit geborenen Kinder richtet sich nach der neuen, für den Vater massgebenden Gesetzgebung.

indess Art. 1.

Les effets du mariage sur l'état et la capacité de la femme ainsi que sur l'état de leurs enfants qui seraient nés avant le mariage, se règlent d'après la loi du pays auquel appartenait le mari lorsque le mariage a été contracté.

Art. 1. Die Wirkungen der Ehe auf die Statusrechte und die Handlungsfähigkeit der Ehefrau und auf die Statusrechte der vor der Eheschliessung geborenen Kinder regeln sich nach dem Rechte des Landes, welchem der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung angehörte.

3. Eheliches Güterrecht

a) massgebend das Recht des ersten Ehedomicils (Unwandelbarkeit).

Kanton Bern, Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871) Art. 9. **(370)**

Das Güterrecht unter Ehegatten wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem die Eheleute bei der Verheirathung ihren ersten Wohnsitz nehmen. Wechseln sie später ihren Wohnsitz, so bleibt dessenungeachtet für die Eheleute unter sich das einmal begründete Güterrecht massgebend, während gegenüber dritten Personen das Gesetz des neuen Wohnsitzes zur Anwendung kömmt.

Doch können sich Eheleute, welche anfänglich ausser dem Staatsgebiete wohnten und später im Kanton Wohnsitz nehmen, auch gegenüber Dritten die Beibehaltung ihres ursprünglichen Güterrechts dadurch sichern, dass sie bei ihrer Uebersiedlung in den Kanton binnen der Frist von 60 Tagen entweder den unter ihnen abgeschlossenen Heirathsvertrag oder die auf das eheliche Güterrecht bezüglichen Bestimmungen des ausländischen Gesetzes ihrem Hauptinhalte nach in das auf der Amtsschreiberei liegende Protokoll einschreiben und diese Thatsache, verbunden mit der Erklärung, dass sie bei ihrem bisherigen Güterrecht verbleiben, in der für Ediktalpublikationen bestimmten Form öffentlich bekannt machen lassen.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1881. **(371)**

Le mariage est régi:

(4) Quant à ses effets sur les biens, en l'absence de conventions matrimoniales, par la loi du premier établissement des époux, sauf la preuve d'une intention contraire.

Die Wirkung der Ehe auf das Vermögen richtet sich, beim Mangel von Eheverträgen nach dem Recht des ersten Ehedomicils der Gatten, vorbehaltlich des Nachweises eines anderen Willens.

Deutschland, Entwurf Rocholl § 2 a. **(372)**

b) Die ehelichen Güterrechte bestimmen sich nach dem ersten Ehedomicile.

Institut de droit international, Lausanne 1888. **(373)**

Art. 12. — Le régime des biens des époux embrasse tous les biens des époux, tant mobiliers qu'immobiliers, sauf les immeubles qui sont régis par une loi spéciale.

Art. 12. Der Güterstand der Eheleute umfasst das ganze, bewegliche wie unbewegliche Vermögen der Eheleute, mit Ausnahme der unter einem Spezialgesetz stehenden Immobilien.

Art. 13. — Les contrats matrimoniaux relatifs aux biens des époux sont régis, quant à la forme, par la loi du lieu où ces contrats on été conclus. Doivent toutefois être également considérés comme valables partout les contrats matrimoniaux faits dans les formes exigées par la loi nationale des deux parties.

Art. 13. Die das Vermögen der Eheleute betreffenden Eheverträge unterstehen hinsichtlich der Form dem Recht des Ortes, an welchem die Verträge geschlossen sind. Jedoch müssen die Eheverträge überall für formgültig erachtet werden, wenn sie den von dem nationalen Gesetze beider Theile aufgestellten Formvorschriften entsprechen.

Art. 14. — A défaut d'un contrat de mariage, la loi du domicile matrimonial — c'est à dire du premier établissement des époux — régit les droits patrimoniaux des époux, s'il n'appert pas des circonstances ou des faits l'intention contraire des parties.

Art. 14. In Ermangelung eines Ehevertrages ist das Recht des Ehedomicils, d. h. der ersten Niederlassung der Eheleute, für das eheliche Güterrecht massgebend, sofern nicht aus den Umständen oder den Thatsachen eine gegentheilige Absicht erhellt.

Art. 15. — Un changement du domicile ou de la nationalité des époux ou de mari n'a aucune influence sur le régime une fois établi entre les époux, sauf les droits des tiers.

Art. 15. Ein Wechsel des Domicils oder der Staatsangehörigkeit der Eheleute oder des Ehemannes hat unbeschadet der Rechte Dritter, keinen Einfluss auf den einmal begründeten Güterstand.

Vertrag von **Montevideo** (1889). **(374)**

Art. 40. Las capitulaciones matrimoniales rigen las relaciones de los esposos respecto de los bienes que tengan al tiempo de celebrarlas y de los que adquieran posteriormente, en todo lo que no esté prohibido por la ley del lugar de su situacion.

Die Eheverträge regeln die Verhältnisse der Eheleute bezüglich der Güter, welche die Eheleute in dem Zeitpunkte des Ehe-Abschlusses besitzen sowie bezüglich derjenigen Güter, welche die Eheleute später erworben haben, und zwar mit Bezug auf alles, was von dem Gesetze des Ortes, an dem sie gelegen sind, nicht verboten wird.

Art. 41. En defecto de capitulaciones especiales, en todo lo que ellas no hayan previsto y en todo lo que no esté prohibido por la ley del lugar de la situacion de los bienes, las relaciones de los esposos sobre dichos bienes, se rigen por la ley del domicilio conyugal que hubieren fijado, de comun acuerdo, antes de la celebracion del matrimonio.

In Ermangelung specieller Vereinbarungen werden mit Bezug auf alles, was die Eheleute nicht vorgesehen haben und mit Bezug auf alles, was von dem Gesetze des Ortes, an welchem die Güter gelegen sind, nicht verboten wird, die güterrechtlichen Verhältnisse der Eheleute vom Gesetze desjenigen ehelichen Domiziles regiert, welches die Eheleute übereinstimmend vor der Eheschliessung gewählt haben.

Art. 42. Si no hubiesen fijado de antemano un domicilio conyugal, las mencionadas relaciones se rigen por la ley del domicilio del marido

Wenn diese kein eheliches Domizil zum Voraus gewählt haben, so werden die erwähnten Rechtsverhältnisse von dem Gesetze des Wohn-

al tiempo de la celebracion del matrimonio.

Art. 43. El cambio de domicilio no altera las relaciones de los esposos en cuanto á los bienes, ya sean adquiridos antes ó despues del cambio.

ortes regiert, welchen der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung inne hatte.

Der Wechsel des Domizils hat keinen Einfluss auf die güterrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten, seien die Güter vor oder nach dem Wechsel erworben worden.

Preussen, Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten (1794). II. Theil. 1. Titel. (375)

§ 347. Ist Jemand einer doppelten persönlichen Gerichtsbarkeit unterworfen und in einer derselben findet Gütergemeinschaft statt, in der anderen aber nicht, so ist anzunehmen, dass unter diesen Eheleuten keine Gütergemeinschaft entstanden sei.

§ 350. Durch Provinzialgesetze und Statuten wird die Gemeinschaft der Güter nur alsdann begründet, wenn an dem Orte, wo die Eheleute nach vollzogener Heirath ihren ersten Wohnsitz nehmen, dergleichen Gesetze vorhanden sind.

§ 351. Die Veränderung dieses ersten Wohnsitzes verändert in der Regel nichts an den Rechten, welchen sich die Eheleute vorher unterworfen haben.

§ 352. Haben jedoch Eheleute ihren Wohnsitz von einem Orte, wo keine Gütergemeinschaft obwaltet, an einen anderen Ort, wo dieselbe stattfindet, verlegt, so müssen alle von ihnen an diesem letzteren Orte vorgenommenen Handlungen, in Beziehung auf einen Dritten, nach den Regeln der Gütergemeinschaft beurtheilt werden.

§ 355. Wenn jedoch Eheleute ihren Wohnsitz von einem Orte, wo keine Gütergemeinschaft obwaltet, an einen anderen, wo dieselbe stattfindet, verlegt haben, so können sie sich derselben, auch in Ansehung der Erbfolge, durch einen Vertrag unterwerfen.

§ 495. Haben die Eheleute die Erbfolge weder durch Verträge, noch durch letzte Willensverordnungen bestimmt, so wird nach den Statuten oder Provinzialgesetzen des letzten persönlichen Gerichtsstandes des Verstorbenen verfahren.

Anhang § 78:

Von dieser Bestimmung macht auch das unbewegliche Vermögen der Eheleute keine Ausnahme, ob dieses sich gleich unter einer anderen Gerichtsbarkeit befindet.

§ 496. Haben die Eheleute während der Ehe ihren Wohnsitz verändert, so hat der Ueberlebende die Wahl, ob er nach den Gesetzen des letzten persönlichen Gerichtsstandes des Verstorbenen oder nach den Gesetzen desjenigen Ortes, wo die Eheleute zur Zeit der vollzogenen Heirath ihren ersten Wohnsitz genommen haben, erben wolle.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 14. (376)

Die ehelichen Vermögensrechte werden nach den Gesetzen beurtheilt, welche zur Zeit der Eingehung der Ehe an dem Wohnsitze des Ehemannes gelten. Durch einen Wechsel des Wohnsitzes werden die ehelichen Vermögensrechte nicht geändert. Schenkungen unter Ehegatten werden nach den an dem jedesmaligen Wohnsitze des Ehemannes geltenden Gesetzen beurtheilt.

Schweiz, Bundesgetz vom 25. Juni 1891. (377)

Art. 19. Die Güterrechtsverhältnisse der Ehegatten untereinander werden, vorbehaltlich des Art. 20, für die ganze Dauer der Ehe, auch dann, wenndie Ehegatten in der Folge ihren Wohnsitz in den Heimathkanton verlegen, von dem Rechte des ersten ehelichen Wohnsitzes beherrscht. Im Zweifel ist als erster ehelicher Wohnsitz der Wohnsitz des Ehemannes zur Zeit der Eheschliessung anzusehen.

Für die Güterrechtsverhältnisse der Ehegatten gegenüber Dritten ist massgebend das Recht des jeweiligen ehelichen Wohnsitzes; dasselbe bestimmt insbesondere die Rechtsstellung der Ehefrau den Gläubigern des Ehemannes gegenüber im Konkurs des Ehemannes oder bei einer gegen denselben vorgenommenen Pfändung.

Art. 20. Wenn die Ehegatten ihren Wohnsitz wechseln, so können sie mit Genehmigung der zuständigen Behörde des neuen Wohnsitzes durch Einreichung einer gemeinschaftlichen Erklärung bei der zuständigen Amtsstelle ihre Rechtsverhältnisse auch unter sich dem Rechte des neuen Wohnsitzes unterstellen.

Die Erklärung wirkt auf den Zeitpunkt des Beginns des Güterrechtsverhältnisses zurück.

b) massgebend das Recht des jeweiligen Domicils (Wandelbarkeit).

Lima, Entwurf (1878). (378)

Art. 14. Eheverträge, welche im Auslande geschlossen sind, sind denjenigen Vorschriften unterworfen, welche für Verträge gelten.

Art. 15. Sind Eheverträge nicht geschlossen, so entscheidet in Betreff der Mobilien (bienes muebles) der Ehegatten das Gesetz des ehelichen Domicils, welches auch der Ort sei, wo sich die Mobilien befinden oder wo sie erworben wurden.

Art. 16. Die Rechtsverhältnisse in Ansehung der Immobilien (bienes immuebles) und der Mobilien von dauernder Lage (situacion permanente) bestimmen sich in jedem Falle nach dem Gesetze des Ortes, wo sie belegen sind, gemäss Art. 3.

Liv-Esth-Kurländisches Privatrecht (1864). Art. 29. (379)

Die ehelichen Güterrechte stehen unter der Herrschaft des Rechts, welchem der Ehemann zur Zeit der Eingehung der Ehe seinem Wohnsitze und Stande nach unterworfen war. Verändert der Ehemann in der Folge sein Domicil oder seinen Stand, so werden zwar auch die ehelichen Güterrechte demgemäss geändert, jedoch nur in so weit, als dadurch nicht die bis dahin erworbenen Rechte Dritter verletzt werden.

c) massgebend das Heimathsrecht des Ehemannes zur Zeit der Eheschliessung (Unwandelbarkeit).

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. (380)

I.

§ 19. Das Güterrecht der Ehegatten bestimmt sich nach dem Rechte des Staates, welchem der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung angehört.

Der Wechsel der Staatsangehörigkeit hat eine Aenderung des ehelichen Güterrechts nicht zur Folge, desgleichen nicht eine Aenderung derjenigen Rechte, welche auf Grund des Güterverhältnisses im Falle der Auflösung der Ehe dem einen Ehegatten an dem Vermögen des andern oder an dem Gemeinschaftsgute zustehen.

Schenkungen unter Ehegatten werden in Ansehung ihrer Zulässigkeit oder Widerruflichkeit nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann zur Zeit der Vornahme desselben angehört.

§ 20. Ausländer, welche ihren Wohnsitz im Inlande haben, können sich Dritten gegenüber auf das für ihr Güterverhältniss massgebende ausländische Recht nur unter den Voraussetzungen berufen, unter welchen Inländer Dritten gegenüber auf ein von dem gesetzlichen ehelichen Güterrechte abweichendes Güterverhältniss Bezug zu nehmen gestattet ist.

II.

§ 19. Das eheliche Güterrecht bestimmt sich nach den Gesetzen des Staates, welchem der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung angehört. Diese Gesetze bleiben auch bei einem Wechsel der Staatsangehörigkeit massgebend.

Eine Schenkung unter Ehegatten wird in Ansehung der Zulässigkeit oder Widerruflichkeit nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann zur Zeit der Vornahme der Schenkung angehört.

§ 20. Haben ausländische Ehegatten oder Ehegatten, welche nach Schliessung der Ehe die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, den Wohnsitz im Inlande, so finden die Vorschriften der §§ 1308, 1309 (K. E.) mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass der ausländische gesetzliche Güterstand einem von dem deutschen gesetzlichen Güterstande abweichenden vertragsmässigen Güterstande gleichsteht. Zur Wirksamkeit des ausländischen Güterstandes gegen Dritte genügt eine Eintragung in das eherechtliche Register, deren Inhalt besagt, dass dieser Güterstand bestehe.

Die Bestimmungen der §§ 1251, 1255, 1279 (K. E.) finden in Ansehung der im ersten Absatze bezeichneten Ehegatten ohne Rücksicht auf den bestehenden Güterstand entsprechende Anwendung.

b) Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs I. Lesung (Vorentwurf). (381)

§ 11. Das eheliche Güterrecht wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung angehört. Dies gilt auch dann, wenn eine Aenderung der Staatsangehörigkeit eingetreten ist.

§ 12. Haben ausländische Ehegatten, welche nach Schliessung der Ehe die Reichsangehörigkeit erwerben, den Wohnsitz im Inlande, so finden die Vorschriften der §§ 1336, 1337 des B.G.B. mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass der ausländische gesetzliche Güterstand einem vertragsmässigen Güterstande gleichsteht.

c) Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs II. Lesung. (381a)

§ 2250. Das eheliche Güterrecht wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung angehört. Dies gilt auch dann, wenn eine Aenderung der Staatsangehörigkeit eingetreten ist; das Verbot, einen Ehevertrag zu schliessen, verliert jedoch seine Kraft, wenn die Schliessung nach den Gesetzen des Staates zulässig ist, in welchem der Mann die Staatsangehörigkeit erwirbt.

Ein Deutscher kann im Ausland einen Ehevertrag auch in der Form schliessen, welche den am Orte des Vertragsabschlusses geltenden Gesetzen entspricht.

§ 2251. Haben ausländische Ehegatten oder Ehegatten, die nach der Schliessung der Ehe die Reichsangehörigkeit erwarben, den Wohnsitz im Inlande, so finden die Vorschriften des § 1334 entsprechende Anwendung; der ausländische gesetzliche Güterstand steht einem vertragsmässigen Güterstande gleich. Die Vorschriften der §§ 1257, 1262 finden Anwendung, soweit sie Dritten günstiger sind als die ausländischen Gesetze.

d) Entwurf Niemeyer (1895) § 12. (382)

Für das eheliche Güterrecht sind die Gesetze des Staates massgebend, dem der Ehemann zur Zeit der Eheschliessung angehört.

Eine Veränderung der Staatsangehörigkeit ändert den Güterstand nicht.

Die Zulässigkeit vertragsmässiger Aenderung des Güterstandes ist jedoch nach den Gesetzen des Staates zu beurtheilen, dem der Ehemann zur Zeit des Vertragsschlusses angehört.

Haben aber Ehegatten, für welche ein ausländischer Güterstand gilt, ihren Wohnsitz im Inlande, so findet hinsichtlich dritter Personen der § 1334 dieses Gesetzbuches in der Weise entsprechende Anwendung, dass der ausländische Güterstand gleich einem vertragsmässigen zu behandeln ist.

Die Vorschriften der §§ 1257, 1304 gelten für alle Ehegatten, die im Inlande ihren Wohnsitz haben.

Schenkungen unter Ehegatten werden hinsichtlich ihrer Zulässigkeit oder Widerruflichkeit nach den Gesetzen des Staates beurtheilt dem der Ehemann zur Zeit der Schenkung angehört.

Entwurf **Domin-Petrushevecz** (1861). Art. 179. (383)

La loi de la patrie du mari au moment du mariage régit l'association conjugale quant aux biens, sans qu'elle peut être modifiée par suite d'un changement de la patrie.

Das Gesetz des Heimathstaates des Ehemannes im Moment der Eheschliessung beherrscht die Ehe hinsichtlich des Vermögens, ohne dass in der Folge eine Abänderung durch einen Wechsel des Heimathstaates eintreten kann.

d) massgebend das jeweilige Heimathsrecht des Ehemannes (Wandelbarkeit).

Deutschland, Entwurf Mommsen. (384)

§ 10. Die ehelichen Vermögensrechte der Ehegatten bestimmen sich nach dem Recht des Staates, dem der Ehemann angehört.

Ein Wechsel der Staatsangehörigkeit hat einen Wechsel des in der angegebenen Beziehung für die Eheleute geltenden Rechts zur Folge. Wenn jedoch nur der Mann die Staatsangehörigkeit wechselt, die Frau aber in dem bisherigen Unterthanenverbande verbleibt, so tritt eine Aenderung des bisher geltenden ehelichen Güterrechts, soweit sie der Frau nachtheilig sein würde, nicht ein.

§ 11. Ausländer, welche ihren Wohnsitz im Inlande haben, können sich Dritten gegenüber, was ihre ehelichen Vermögensrechte betrifft, auf das ausländische Recht nur unter den Voraussetzungen berufen, unter denen Inländer Dritten gegenüber auf ein von dem gesetzlichen ehelichen Güterrecht abweichendes vertragsmässiges Güterrecht sich berufen können.

e) massgebend das Recht des Eheschliessungsortes.

Argentinien, Ley sobre matrimonio civil (1888). (385)

Art. 4. El contrato nupcial rige los bienes del matrimonio, cualesquiera que sean las leyes del país en que el matrimonio se celebró.

Der Ehevertrag ist massgebend für das eheliche Güterrecht, welches auch immer die Gesetze des Landes sein mögen, in welchem die Ehe geschlossen wird.

Art. 5. No habiendo convenciones nupciales, ni cambio del domicilio matrimonial, la ley del lugar donde el matrimonio se celebró rige los bienes muebles de los esposos, donde quiera que se encuentren ó donde quiera que hayan sido adquiridos.

Si hubiese cambio de domicilio, los bienes adquiridos por los esposos ántes de mudarlo, son regidos por los leyes del primero. Los que hubiesen adquirido despues del cambio son regidos por las leyes del nuevo domicilio.

Art. 5. Wenn kein Ehevertrag und kein Wechsel des Ehewohnsitzes vorliegt, so ist das Gesetz des Ortes, an welchem die Ehe geschlossen ist, für das bewegliche Vermögen der Ehegatten massgebend, wo es sich auch immer befindet oder erworben ist.

Wenn ein Domicilwechsel stattgefunden hat, so wird das von den Ehegatten vor dem Wechsel erworbene Vermögen nach den bisherigen Gesetzen beurtheilt. Das nach dem Wechsel erworbene wird nach den Gesetzen des neuen Domicils beurtheilt.

Art. 6. Los bienes raíces son regidos por la ley del lugar en que están situados.

Art. 6. Das unbewegliche Vermögen wird nach den Gesetzen des Ortes, an welchem es gelegen ist, beurtheilt.

4. Auflösung der Ehe.

a) Voraussetzungen des Eheprozesses zwischen Ausländern.

Schweiz, Bundesgesetz vom 24. Christmonat 1874 Art. 56. (386)

In Bezug auf Ehen zwischen Ausländern darf eine Scheidungs- oder Nichtigkeitsklage von den Gerichten nur dann angenommen werden, wenn nachgewiesen wird, dass der Staat, dem die Eheleute angehören, das zu erlassende Urtheil anerkennt.

Ungarn, Ehegesetz vom 18. Dezember 1894 § 116. (387)

Im Eheprozesse von Ausländern kann das ungarische Gericht nur in dem Falle vorgehen, wenn Urtheile ungarischer Gerichte in jenem Staate, dessen Unterthanen die Ehegatten sind, als wirksam anerkannt werden.

b) massgebendes Recht.

α. das Recht des Prozessgerichts.

Argentinien, Ley sobre el matrimonio civil (1888). (388)

Art. 86. El matrimonio valido no se disuelve sino por la muerte de uno de los esposos.

Art. 97. El matrimonio que puede disolverse segun las leyes del país en que se hubiese celebrado, no se disolverá en la República sino de conformidad al artículo anterior.

Die gültig abgeschlossene Ehe wird nur durch den Tod eines der Ehegatten gelöst.

Die Ehe, welche nach den Gesetzen des Landes, in welchem sie geschlossen ist, gelöst werden kann, ist innerhalb der Republik nur auflösbar in Gemässheit des vorangehenden Artikels.

β. das am Sitze des Prozessgerichts und das am Orte der Eheschliessung geltende Recht.

Chile, código civil (1871,) Art. 121. (389)

El matrimonio que segun las leyes del país en que se contrajo pudiera disolverse en él, no podrá, sin embargo, disolverse en Chile, sino en conformidad á las leyes chilenas.

Die Ehe, welche nach den Gesetzen des Landes, in welchem sie eingegangen ist, in diesem Lande getrennt werden könnte, kann dennoch in Chile nur in Gemässheit der chilenischen Gesetze getrennt werden.

Schweiz, Bundesgesetz vom 24. Christmonat 1878 Art. 54. (390)

Eine im Ausland unter der dort geltenden Gesetzgebung abge-

schlossene Ehe wird nur dann als ungiltig erklärt, wenn die dagegen erhobene Nichtigkeitsklage sowohl nach der Gesetzgebung, unter welcher die Ehe abgeschlossen wurde, als nach dem gegenwärtigen Gesetze begründet ist.

γ. das am Wohnsitze der Ehegatten und das am Orte der Eheschliessung geltende Recht.

Vertrag von **Montevideo** 1889 Art. 13. **(391)**

La ley del domicilio matrimonial rige:
a) La separacion conyugal;
b) La disolubilidad del matrimonio, siempre que la causa alegada sea admitida por la ley del lugar en el cual se celebró.

Das Gesetz des Ehedomiziles regelt:
a) Die eheliche Trennung.
b) Die Auflösung der Ehe, vorausgesetzt, dass der (für die Auflösung) angeführte Scheidungsgrund von dem Gesetze des Ortes, an welchem die Ehe eingegangen wurde, zugelassen wird.

δ. das Recht des Prozessgerichts und das nationale Recht des Ehemannes bezw. der Ehegatten.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891. **(392)**

Art. 7. Les époux ne sont admis à demander le divorce que si leur loi nationale les y autorise.

Le divorce ne peut être prononcé que pour un des motifs prévus par la loi de l'État indépendant du Congo.

Die Ehegatten können eine Klage auf Ehescheidung nur erheben, wenn ihnen ihr Heimathsgesetz dies gestattet.

Die Ehescheidung kann nur aus einem von dem Gesetze des Kongostaates vorgesehenen Grunde ausgesprochen werden.

Deutschland.

a) Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs II. Lesung. **(393)**

§ 2247. Die Auflösung einer Ehe wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Mann zur Zeit der Verwirklichung des für die Auflösung in Betracht kommenden Thatbestandes angehört hat.

Für die Entscheidung und für die beständige oder zeitweilige Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett sind die Gesetze des Staates massgebend, welchem der Mann zur Zeit der Erhebung der Klage auf Scheidung oder auf Trennung angehört.

Eine Thatsache, die sich ereignet hat, während der Mann einem anderen Staate angehörte, kann als Scheidungsgrund oder als Trennungsgrund nur geltend gemacht werden, wenn die Thatsache auch nach den Gesetzen dieses Staates ein Scheidungsgrund oder ein Trennungsgrund ist.

Sind nach dem Rechte des Staates, dessen Gesetze nach diesen Vorschriften Anwendung finden würden, die am Wohnsitze des Mannes geltenden Gesetze anzuwenden, so sind diese Gesetze massgebend.

§ 2248. Ist die Reichsangehörigkeit eines Ehemannes erloschen, die Ehefrau aber Deutsche geblieben, so finden, soweit nach den §§ 2246) 2247 die Gesetze eines ausländischen Staates anwendbar sein würden, die deutschen Gesetze Anwendung.

§ 2249. Auf Scheidung, sowie auf beständige oder zeitweilige Trennung von Tisch und Bett kann auf Grund eines ausländischen Gesetzes im Inlande nur erkannt werden, wenn zugleich nach den deutschen Gesetzen die Scheidung zulässig wäre.

b) Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs I. Lesung (Vorentwurf § 10). **(395a)**

Abs. 1—3 sachlich übereinstimmend mit Abs. 1—3 des § 2247 II. Lesung.

Abs. 4 sachlich übereinstimmend mit § 2249 II. Lesung.

Abs. 5. Ist nach den massgebenden ausländischen Gesetzen nicht die Scheidung sondern nur die Trennung von Tisch und Bett zulässig, so finden die Vorschriften des § 1440 Abs. 3 des B.G.B. keine Anwendung.

(394)

c) Entwurf Niemeyer § 11.

Für die Ehescheidung und Trennung von Tisch und Bett sind die Gesetze des Staates massgebend, welchem der Ehemann zur Zeit der Klageerhebung angehört. Eine Scheidung oder Trennung darf nur gegründet werden auf Thatsachen, welche von den Gesetzen dieses Staates als Scheidungs- oder Trennungsgründe anerkannt sind . . . . (No. 403.)

Deutsche Gerichte dürfen eine Scheidung oder Trennung nicht auf Thatsachen gründen, welche nach den deutschen Gesetzen keinen Scheidungsgrund bilden.

Soweit nach den Gesetzen des Staates, dem der Ehemann angehört, eine aussergerichtliche Auflösung der Ehe anders als durch den Tod zugelassen ist, finden die vorstehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung. Bezüglich des Einflusses einer Verschollenheits- oder Todeserklärung auf die Ehe des Verschollenen sind die Vorschriften des § 4 massgebend.

(395)

Haager Konferenz 1884. I. c.

Art. 1. Les époux ne sont admis à former une demande en divorce que si leur loi nationale et la loi du lieu où la demande est formée les y autorisent.

Art. 2. Le divorce ne peut être demandé que pour les causes admises à la fois par la loi nationale des époux et par la loi du lieu où l'action est intentée. En cas de contradiction entre la loi nationale des époux et celle du pays où la demande a été formée le divorce ne pourra pas être prononcé.

Art. 1. Eine Ehescheidungsklage ist nur zulässig, wenn das Nationalgesetz der Ehegatten und das Gesetz des Prozessgerichts dieselbe zulassen.

Art. 2. Es können nur Ehescheidungsgründe geltend gemacht werden, welche zugleich von dem Nationalgesetz und dem Rechte des Prozessgerichts zugelassen sind.

Bei mangelnder Uebereinstimmung dieser beiden Gesetzgebungen darf eine Ehescheidung nicht ausgesprochen werden.

Art. 3. La séparation de corps peut être demandée:

1. si la loi nationale des époux et la loi du lieu où l'action est intentée l'admettent également;

2. si la loi nationale des époux n'admet que le divorce et si la loi du lieu où l'action est intentée n'admet que la séparation du corps.

Art. 4. La séparation du corps ne peut être demandée que pour les causes admises à la fois par la loi nationale des époux et par la loi du lieu où l'action est intentée. Dans le cas prévu par l'art. 3 No. 2 on se référera aux causes de divorce admises par loi nationale.

Art. 5. La demande en divorce ou en séparation de corps peut être formée:

1. devant le tribunal compétent du lieu où les époux sont domiciliés. Si, d'après leur législation nationale, les époux n'ont pas le même domicile, le tribunal compétent est celui du domicile du défendeur. Toutefois est réservée l'application de la loi nationale qui, pour les mariages religieux, établirait une juridiction spéciale exclusivement compétente pour connaître des demandes en divorce ou en séparation de corps;
2. devant la juridiction compétente d'après la loi nationale des époux.

Art. 6. Si les époux n'ont pas la même nationalité, leur dernière législation commune devra, pour l'application des articles précédents, être considérée comme leur loi nationale.

Art. 3. Auf Trennung von Tisch und Bett kann nur geklagt werden:

1. wenn das Nationalgesetz der Ehegatten und das Recht des Prozessgerichts sie gleichmässig zulassen;
2. wenn das Nationalgesetz nur die Ehescheidung dem Bande nach und das Recht des Prozessgerichts nur die Trennung von Tisch und Bett zulässt.

Art. 4. Es können nur diejenigen Gründe für die Trennung von Tisch und Bett geltend gemacht werden, welche zugleich von dem Nationalgesetz und dem Rechte des Prozessgerichts zugelassen sind.

Im Falle des Art. 3 No. 2 sind die Ehescheidungsgründe des Nationalgesetzes entsprechend zu berücksichtigen.

Art. 5. Die Klage auf Ehescheidung oder auf Trennung von Tisch und Bett kann erhoben werden

1. bei dem am Wohnsitze der Ehegatten bezw., wenn dieselben nach ihrem Nationalgesetze nicht denselben Wohnsitz haben, bei dem an dem Wohnsitz der beklagten Partei zuständigen Gericht.

   Vorbehalten bleibt die Anwendung des Nationalgesetzes, welches für kirchlich geschlossene Ehen eine besondere ausschliessliche Jurisdiktion in Ehesachen anordnet;

2. bei dem nach dem Nationalgesetze der Ehegatten zuständigen Gericht.

Art. 6. Wenn die Ehegatten verschiedenen Staaten angehören, so gilt für die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen das Recht desjenigen Staates, welchem sie zuletzt gemeinschaftlich angehört haben, als ihr Nationalgesetz.

Institut de droit international, Lausanne 1888. **(396)**

Art. 8. Pourra être annulé le mariage contracté en dehors des conditions exigées par la loi nationale de l'un des époux, en ce qui concerne:

1. L'âge;
2. Les degrés prohibés de parenté ou alliance;
3. La publication des bans.

Art. 9. Pourra également être annulé le mariage contracté en dehors des conditions prescrites par la loi nationale du futur, en ce qui concerne le consentement des parents ou tuteurs.

Art. 16. Lorsqu'un mariage valable d'après la loi du pays de l'un des contractants aura été déclaré nul dans le pays de l'autre, le mariage devra être considéré comme nul partout, sauf les effets civils d'un mariage putatif.

Art. 17. La question de savoir si un divorce est légalement admissible ou non dépend de la législation nationale des époux.

Art. 18. Si le divorce est admis en principe par la loi nationale, les causes qui le motivent doivent être celles de la loi du lieu où l'action est intentée.

Le divorce ainsi prononcé par le tribunal compétent sera reconnu valable partout.

Art. 8. Eine Ehe kann für nichtig erklärt werden, wenn sie abgeschlossen ist, ohne dass die von der Heimathgesetzgebung eines der Ehegatten hinsichtlich

1. des Alters,
2. der ein Ehehinderniss bildenden Verwandtschaftsgrade,
3. des Aufgebots

vorgeschriebenen Erfordernisse vorhanden sind.

Art. 9. Gleicherweise kann eine Ehe für nichtig erklärt werden, welche nicht den hinsichtlich des elterlichen oder vormundschaftlichen Konsenses von der Heimathsgesetzgebung des Verlobten gegebenen Vorschriften entspricht.

Art. 16. Wenn eine nach dem Rechte des einen Eheschliessenden gültige Ehe in dem Lande des anderen für nichtig erklärt wird, so ist die Ehe, unbeschadet der rechtlichen Wirkungen einer Putativehe überall als nichtig anzusehen.

Art. 17. Die Frage, ob eine Ehescheidung gesetzlich zulässig ist, richtet sich nach dem Rechte des Staates, welchem die Eheleute angehören.

Art. 18. Wenn die Ehescheidung im Princip von dem nationalen Recht zugelassen wird, so sind die Ehescheidungsgründe die von dem Recht des Prozessgerichts aufgestellten.

Die von dem zuständigen Gerichte unter Beobachtung dieser Vorschriften ausgesprochene Ehescheidung ist überall als gültig anzuerkennen.

Ungarn, Ehegesetz vom 18. December 1894. **(397)**

§ 114. Im Eheprozesse eines ungarischen Staatsbürgers ist nur das Urtheil eines ungarischen Gerichts wirksam.

§ 115. Auf Grund solcher, vor Erwerb der ungarischen Staatsbürgerschaft entstandenen Thatsachen, welche nach dem früheren Rechte der Ehegatten einen Grund der Scheidung oder Trennung von Tisch und Bett bilden, kann das ungarische Gericht auf die Scheidung nach statt-

gefundener Erlangung der ungarischen Staatsbürgerschaft erkennen, wenn jene Thatsachen auch im Sinne des gegenwärtigen Gesetzes als Scheidungsgrund gelten.

Wenn das ausländische Gericht die Trennung von Tisch und Bett vor Erwerb der ungarischen Staatsbürgerschaft ausgesprochen hatte, kann das ungarische Gericht die Ehe scheiden, wenn die Trennung wegen einer solchen Thatsache erfolgte, auf Grund deren die Ehe auch nach dem gegenwärtigen Gesetze geschieden werden kann.

§ 117. Eine Ehefrau, die unmittelbar vor ihrer mit einem Ausländer auf dem Gebiet Ungarns geschlossenen Ehe, ungarische Staatsbürgerin war, kann gegen ihren Ehegatten vor ungarischem Gerichte einen Ungültigkeitsprozess anstrengen, wenn sie ihrem Ehegatten nach Schliessung der Ehe hinsichtlich des Wohnsitzes nicht thatsächlich ins Ausland gefolgt war.

Wenn der Ehemann ungarischer Staatsbürger war und nach Verübung der einen Scheidungsgrund bildenden Handlung Bürger eines anderen Staates wurde, seine Ehefrau jedoch ihm nicht ins Ausland gefolgt war, kann seine Ehefrau gegen ihn wegen Scheidung der Ehe auch vor dem ungarischen Gerichte Klage erheben.

ε. das nationale Recht des Ehemannes.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen § 9. (398)

Eingehung und Auflösung der Ehe sind nach dem Recht des Staates zu beurtheilen, dem der Ehemann zur Zeit der Eingehung, bezw. Auflösung der Ehe angehört hat.

b) Entwurf Gebhard § 18. (399)

I.

Die Trennung der Ehe wird nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann zur Zeit der Erhebung der auf die Trennung gerichteten Klage angehört.

Thatsachen, welche sich ereignet haben, während der Ehemann einem anderen Staate angehört hat, können als Trennungsgründe nur geltend gemacht werden, wenn sie nach dem Rechte dieses Staates gleichfalls Trennungsgründe sind.

II.

Für die Scheidung und für die Trennung von Tisch und Bett sind die Gesetze des Staates massgebend, welchem der Ehemann zur Zeit der Klage auf Scheidung oder auf Trennung von Tisch und Bett angehört.

Eine Thatsache, welche sich ereignet hat, während der Ehemann einem anderen Staate angehörte, kann als Scheidungsgrund oder Trennungsgrund nur geltend gemacht werden, wenn die Thatsache auch nach den Gesetzen dieses Staates einen Scheidungsgrund oder Trennungsgrund bildet.

Die Vorschrift des § 1405 Abs. 3 Satz 1 (K. E.) findet auch in Ansehung von Ausländern Anwendung.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 13. (400)

Eingehung und Auflösung der Ehe werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, dessen Unterthan der Ehemann ist.

c) Anerkennung der ausländischen Ehescheidung.

Chile, código civil (1855) Art. 120. (401)

El matrimonio disuelto en territorio extranjero en conformidad á las leyes del mismo país, pero que no hubiera podido disolverse segun las leyes chilenas, no habilita á ninguno de los dos cónyuges para casarse en Chile, mientras viviere el ótro cónyuge.

Die im Auslande, in Gemässheit der daselbst geltenden Gesetze erfolgte Ehescheidung, welche indess nach chilenischen Gesetzen nicht hätte erfolgen können, befähigt keinen der beiden Ehegatten dazu, sich in Chile zu verheirathen, solange der andere Ehegatte noch lebt.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen § 9 Abs. 2. (401)

Die im Auslande von einem nach dem betreffenden ausländischen Recht zuständigen Gericht erkannte Scheidung der Ehe eines Angehörigen des deutschen Reiches wird jedoch, auch wenn ein von dem inländischen Recht zugelassener Scheidungsgrund nicht vorgelegen hat, als gültig anerkannt, sofern nicht die Anrufung des ausländischen Gerichts in der Absicht, das inländische Recht zu umgehen, erfolgt ist.

b) Entwurf Niemeyer (1895) § 11 Abs. 1 letzter Satz. (403)

. . . Im Auslande stattgefundene Scheidungen und Trennungen sind nicht anzuerkennen, so weit sie gegen diesen Grundsatz verstossen. (No. 394.)

Institut de droit international, siehe No. 396 (Art. 18). (404)

Lima Entwurf (1878) Art. 17. (405)

Eine Ehescheidung, welche im Auslande nach dessen Gesetzen erfolgte, berechtigt die Ehegatten nicht, eine neue Ehe einzugehen, wenn die Ehe im Inlande nicht geschieden werden konnte.

C. Verwandtschaft.

1. Ehelichkeit, Legitimation, Annahme an Kindesstatt.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891 Art. 6. (406)

Le mariage est régi:

(3) Quant à ses effets sur la personne des enfants par la loi de la nationalité du père au moment de la naissance.

Die Wirkung der Eheschliessung bestimmt sich:

Hinsichtlich der Wirkungen auf die Person der Kinder nach dem Heimathsgesetz des Vaters im Moment der Geburt.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. (407)

I.

§ 21. Die Ehelichkeit der Geburt eines Kindes wird nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann der Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes angehört oder im Falle seines Todes zuletzt angehört hat.

§ 22. Die Erfordernisse der Legitimation und der Annahme an Kindesstatt werden in Ansehung eines jeden der beiden Betheiligten nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem derselbe angehört.

Die Form der Legitimation durch Ehelichkeitserklärung und der Annahme an Kindesstatt richtet sich nach dem Rechte des Staates, welchem der Legitimirende oder Annehmende angehört.

II.

§ 21. Die eheliche Abstammung einer Person wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann der Mutter der Person zur Zeit der Geburt der letzteren angehört oder, wenn er vor der Geburt gestorben ist, zuletzt angehört hat.

§ 22. Die Legitimation eines unehelichen Kindes wird in Ansehung des Vaters nach den Gesetzen des Staates, welchem der Vater, in Ansehung des Kindes nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem das Kind angehört.

Die Ehelichkeitserklärung steht demjenigen Staate zu, welchem der Vater angehört. Die für die Erklärungen der Betheiligten erforderliche Form bestimmt sich gleichfalls nach diesen Gesetzen; die Vorschrift des § 9 Satz 2 findet keine Anwendung.

Die Wirkungen einer Legitimation werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Vater zur Zeit der Legitimation angehört.

Die Bestimmungen des ersten bis dritten Absatzes finden auf die Annahme an Kindesstatt entsprechende Anwendung.

b) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (Vorentwurf). (408)

§ 13. Die Ehelichkeit eines Kindes wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Ehemann der Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes angehört oder, wenn er vor dessen Geburt gestorben ist, zuletzt angehört hat.

§ 14. Die Legitimation eines unehelichen Kindes wird beurtheilt in Ansehung des Vaters nach den Gesetzen des Staates, welchem der Vater, in Ansehung des Kindes nach den Gesetzen des Staates, welchem das Kind zur Zeit der Legitimation angehört.

Die Ehelichkeitserklärung steht demjenigen Staate zu, welchem der Vater angehört. Nach den Gesetzen dieses Staates bestimmt sich auch ausschliesslich die für die Erklärungen der Betheiligten erforderliche Form.

Die Wirkungen der Legitimation werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Vater zur Zeit der Legitimation angehört.

Die Vorschriften des ersten bis dritten Absatzes finden auf die Annahme an Kindesstatt Anwendung.

c) Entwurf des B.G.B. II. Lesung. (408a)

§ 2252 = dem § 13 der vorigen Nummer.

§ 2253. Die Legitimation eines unehelichen Kindes wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Vater zur Zeit der Legitimation angehört. Das Erforderniss der Einwilligung des Kindes oder der Einwilligung Dritter, zu denen das Kind in einem familienrechtlichen Verhältnisse steht, bestimmt sich nach den Gesetzen des Staates, welchem das Kind zur Zeit der Legitimation angehört.

Die für die Erklärung der Betheiligten erforderliche Form bestimmt sich ausschliesslich nach den Gesetzen des Staates, welchem der Vater zur Zeit der Legitimation angehört.

§ 2254. Die Vorschriften des § 2253 finden auf die Annahme an Kindesstatt entsprechende Anwendung.

d) Entwurf Niemeyer (1895). (409)

§ 13. Die Ehelichkeit eines Kindes wird durch die Gesetze des Staates bestimmt, dem der Vater zur Zeit der Geburt des Kindes oder, im Falle seines früheren Todes, zur Zeit seines Todes angehört.

§ 16. Für die Legitimation eines unehelichen Kindes sind die Gesetze des Staates massgebend, dem der Vater zur Zeit der Legitimation angehört, oder dem er, wenn er vorher gestorben ist, zuletzt angehört hat.

Für die Annahme an Kindesstatt sind die Gesetze des Staates massgebend, dem der annehmende Theil angehört. Eine Kindesannahme ist aber nur wirksam, wenn sie auch nach den Gesetzen des Staates gültig ist, welchem das Kind angehört.

Haager Konferenz (1894) abgedruckt No. 369. Art. 1. (410)

Institut de droit international (Lausanne 1888) abgedruckt No. 367. Art. 10. (411)

Vertrag von **Montevideo** (1889). (412)

Art. 16. La ley que rige la celebracion del matrimonio determina la filiacion legítima y la legitimacion por subsiguiente matrimonio.

Das Gesetz, welches die Eheschliessung regelt, normirt die Frage der Ehelichkeit eines Kindes und die Legitimation durch nachfolgende Ehe.

Art. 17. Las cuestiones sobre legitimidad de la filiacion, ajenas á la validez ó nulidad del matrimonio, se rigen por la ley del domicilio conyugal en el momento del nacimiento del hijo.

Die Fragen der Legitimität werden, sofern sie die Gültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe nicht berühren, von dem Gesetze des im Zeitpunkte der Geburt des Kindes bestehenden ehelichen Domiziles regiert.

Schweiz. Bundesgesetz vom 25. Juni 1891. Art. 8. (413)

Der Familienstand einer Person, insbesondere die Frage der ehelichen oder unehelichen Geburt, die Frage der Wirkungen einer frei-

willigen Anerkennung oder einer durch die Behörden erfolgten Zusprechung Unehelicher, die Frage der Adoption (Wahlkindschaft) bestimmt sich nach dem heimathlichen Rechte und unterliegt der Gerichtsbarkeit der Heimath.

Als Heimath gilt in diesen Fällen der Heimathskanton des Ehemanns, des Vaters, der adoptirenden Person.

2. Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ehelichen Kindern.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen. **(414)**

§ 12. Der Erwerb und der Verlust der väterlichen Gewalt sind nach dem Recht des Staates zu beurtheilen, dem der Vater zur Zeit des Eintretens der Thatsache angehört hat, welche den Erwerb oder Verlust zur Folge gehabt haben soll.

§ 13. Die Rechte, welche dem Vater in Beziehung auf das Vermögen der Kinder zustehen, bestimmen sich nach dem Recht des Staates, dem der Vater jeweilig angehört.

Wenn jedoch der Vater die Staatsangehörigkeit wechselt, ohne dass ein gleicher Wechsel in Betreff der Kinder eintritt, so ist das neue Recht, insofern es dem Vater mehr Rechte an dem Vermögen der Kinder einräumt, als das bisherige Recht, von der Anwendung ausgeschlossen.

b) Entwurf Gebhard. **(415)**

I.

§ 23. Die persönlichen Verhältnisse zwischen Eltern und Kindern, sowie die Rechte, welche den Eltern an dem Vermögen der Kinder zustehen, werden nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem der Elterntheil jeweils angehört. Mit dem Wechsel der Staatsangehörigkeit ändern sich die Rechte auch in Ansehung desjenigen Vermögens, welches das Kind bereits besitzt.

§ 24. Verbleiben bei dem Wechsel der Staatsangehörigkeit seitens eines Deutschen dessen Ehefrau und Kinder im deutschen Staatsverbande, so findet auf sie das Recht des fremden Staates, sofern dasselbe nach den vorstehehenden Bestimmungen massgebend sein würde, nur insoweit Anwendung, als ihnen dasselbe günstiger ist.

II.

§ 23. Das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ehelichen Kindern wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Vater angehört. Ist der Vater gestorben, so sind die Gesetze des Staates massgebend, welchem die Mutter angehört. Wechselt der Elterntheil die Staatsangehörigkeit, so sind die Gesetze des Staates, dessen Angehöriger der Elterntheil wird, auch in Ansehung desjenigen Vermögens massgebend, welches das Kind bereits besitzt.

§ 24. Verbleiben bei dem Wechsel der Staatsangehörigkeit seitens eines Deutschen dessen Ehefrau und Kinder im deutschen Staatsverbande, so finden die Gesetze des Staates, dessen Angehöriger der Deutsche wird, sofern dieselben nach den Bestimmungen der §§ 17, 18 Absatz 1, §§ 21, 23 für die Ehefrau und Kinder massgebend sein würden, auf diese nur insoweit Anwendung, als sie ihnen günstiger sind.

c) Entwurf des B. G.B. I. Lesung. (Vorentwurf.) **(416)**

§ 15. Das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ehelichen Kindern wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Vater angehört, und, wenn der Vater gestorben ist, nach den Gesetzen des Staates, welchem die Mutter angehört.

§ 16 Abs. 2. Wenn die Reichsangehörigkeit eines Elterntheils erloschen ist, das eheliche Kind aber die Reichsangehörigkeit behalten hat, so finden, soweit nach den Vorschriften der §§ 13, 15 die Gesetze eines ausländischen Staates anwendbar sein würden, nicht diese Gesetze, sondern die deutschen Gesetze Anwendung.

d) Entwurf des B. G.B. II. Lesung. § 2255. **(416a)**

Abs. 1 = dem § 15 voriger Nummer.

Abs. 2. Ist die Reichsangehörigkeit des Vaters oder der Mutter erloschen, das eheliche Kind aber Deutscher geblieben, so finden, soweit nach Abs. 1 die Gesetze eines ausländischen Staates anwendbar sein würden, die deutschen Gesetze Anwendung.

e) Entwurf Niemeyer (1895) § 14. **(417)**

Das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ehelichen Kindern wird durch die Gesetze des Staates bestimmt, dem der Vater, oder wenn dieser gestorben ist, welchem die Mutter angehört.

Im Fall der Verheirathung einer Tochter erlöschen die Rechte der Eltern, soweit sie nicht begründet sind nach den Gesetzen des Staates, dem der Ehemann angehört.

Lima, Entwurf. Art. 13, abgedruckt unter No. 362. **(418)**

Liv-, Esth-, Kurländisches Privatrecht. (1864.) Art. 31. **(419)**

Die elterliche Gewalt ist nach den Gesetzen zu beurtheilen, welchen der Vater, seinem Wohnsitze und Stande nach, unterworfen ist.

Vertrag von **Montevideo** (1889). **(420)**

Art. 14. La patria potestad en lo referente á los derechos y deberes personales, se rige por la ley del lugar en que se ejercita.

Art. 15. Los derechos que la patria potestad confiere á los padres sobre los bienes de los hijos, asi como su enajenacion y demas actos que los afecten, se rigen por la ley del Estado en que dichos bienes se hallan situados.

Die väterliche Gewalt wird bezüglich der persönlichen Rechte und Pflichten von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem sie ausgeübt wird.

Die Rechte, welche die väterliche Gewalt den Eltern über die Güter der Kinder verleiht, sowie die Veräusserung dieser Güter und die übrigen diese betreffenden Rechtsgeschäfte werden von dem Gesetze des Staates regiert, in welchem die erwähnten Güter gelegen sind.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863). § 15. **(421)**

Die väterliche Gewalt wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, dessen Unterthan der Vater ist.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1891. Art. 9 Abs. 1. **(422)**

Die elterliche Gewalt bestimmt sich nach dem Rechte des Wohnsitzes.

3. Unterhaltsanspruch der Verwandten.

Deutschland.

a) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (Vorentwurf § 18). **(423)**

Die gesetzliche Unterhaltspflicht unter Verwandten wird, unbeschadet der Vorschriften der §§ 15 bis 17 [Nr. 416, 427a], nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Verwandten zu der für die Unterhaltspflicht in Betracht kommenden Zeit angehören. Gehören die Verwandten zu dieser Zeit verschiedenen Staaten an, so besteht die Unterhaltspflicht nur insoweit, als sie nach den Gesetzen jedes der beiden Staaten begründet ist.

b) Entwurf II. Lesung § 2258 stimmt mit dem vorstehenden § 18 überein; an die Stelle der angezogenen §§ 15—17 treten die §§ 2255, 2256. [No. 416a, 427.] **(423a)**

c) Entwurf Niemeyer (1895). § 17. **(424)**

Für die Unterhaltspflicht von anderen als den in den §§ 10, 14, 15 [No. 366, 417, 428] genannten Personen ist das Recht des Staates massgebend, dem die Person angehört, deren Verpflichtung in Frage steht.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1891. Art. 9 Abs. 2. **(425)**

Die Unterstützungspflicht der Verwandten richtet sich nach dem heimathlichen Recht des Unterstützungspflichtigen.

D. Rechtsverhältnisse aus ausserehelichem Geschlechtsverkehr.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard. § 25. **(426)**

Ansprüche aus einem unehelichen Beischlafe werden nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes angehört.

Deutsche können nicht zu etwas Mehreren angehalten werden, als wozu sie nach deutschem Rechte verpflichtet sind.

Das Rechtsverhältniss zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Mutter wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes angehört.

Die Unterhaltspflicht des unehelichen Vaters wird nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem der uneheliche Vater zur Zeit der Geburt des Kindes seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthalt hatte. Ist jedoch der Wohnsitz oder Aufenthaltsort von dem unehelichen Vater vor der Geburt des Kindes geändert worden, so bleiben die Gesetze am Orte des früheren Wohnsitzes oder Aufenthaltes massgebend, soweit dieselben für das Kind und die uneheliche Mutter günstiger sind.

b) Entwurf des B.G.B. II. Lesung. **(427)**

§ 2256. Das Rechtsverhältnis zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Mutter wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Mutter angehört.

Ist die Reichsangehörigkeit erloschen, das Kind aber Deutscher geblieben, so finden die deutschen Gesetze Anwendung.

§ 2257. Die Unterhaltspflicht des Vaters gegenüber dem unehelichen Kinde und seine Verpflichtung, der Mutter die Kosten der Entbindung und des Unterhalts zu ersetzen, wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes angehört.

c) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (Vorentwurf § 17) **(427a)** stimmt mit dem Entwurf II. Lesung — von unwesentlichen redaktionellen Abänderungen abgesehen — überein.

d) Entwurf Niemeyer (1895). § 15. **(428)**

Die Rechtsverhältnisse zwischen einem unehelichen Kinde und seiner Mutter, sowie zwischen dem Erzeuger und dessen Verwandten einerseits, dem Kinde und dessen Mutter andererseits werden durch die Gesetze des Staates bestimmt, dem die Mutter zur Zeit der Geburt angehört.

Liv-, Esth-, Kurländisches Privatrecht (1864). Art. 30. **(429)**

Die aus einer ausserehelichen Geschlechtsverbindung entspringenden Rechtsverhältnisse unterliegen den Bestimmungen desjenigen Rechtes, welches für den Schwächenden, seinem persönlichen Gerichtsstande nach, massgebend ist. Auf die an dem Orte, wo der Beischlaf stattgehabt, geltenden Gesetze ist dabei keine Rücksicht zu nehmen. Gehört übrigens die Geschwächte dem Bauernstande an, so ist das Verhältnis nach dem bezüglichen Bauernrechte zu beurtheilen.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Art. 18. **(430)**

Los derechos y obligaciones concernientes á la filiacion ilegítima se rigen por la ley del Estado en el cual hayan de hacerse efectivos.

Die Rechte und Verpflichtungen, welche die illegitime Vaterschaft betreffen, werden von dem Gesetze des Staates regiert, in welchem sie zur Ausführung kommen sollen.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863). § 12. **(431)**

Die Vorschriften in §§ 1551 bis 1553 und 1858 bis 1874 finden Anwendung, selbst wenn der ausserehelichen Beischlaf in einem Staate erfolgt ist, dessen Gesetzgebung die in diesen Vorschriften enthaltenen Rechte nicht anerkennt.

E. Vormundschaftsrecht nebst Entmündigung.

1. Vormundschaft.

Argentinien. Código civil (1871). (432)

Art. 409. La administración de la tutela, discernida por los jueces de la República, será regida solamente por las leyes de este Código, si en la Repúbliaa existiesen los bienes del pupillo.

Art. 410. Si el pupillo tuviese bienes muebles ó inmuebles fuera de la República, la administración de tales bienes y su enajenación será regida por las leyes del país doude se hallaren.

Die Führung einer von Gerichten der Republik angeordneten Vormundschaft richtet sich ausschliesslich nach den Bestimmungen dieses Gesetzbuches, wenn sich das Vermögen des Mündels innerhalb der Republik befindet.

Wenn das Mündel bewegliches oder unbewegliches Vermögen ausserhalb des Staates besitzt, so richtet sich die Verwaltung und Veräusserung desselben nach den Gesetzen des Landes, in dem es sich befindet.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen (§ 14). (433)

Die Vormundschaft wird nach dem Recht des Staates beurtheilt, dem der zu Bevormundende angehört.

Bei einer, von einer inländischen Behörde angeordneten und unter deren Aufsicht geführten Vormundschaft bestimmen sich jedoch die Rechte und Pflichten des Vormundes immer allein nach dem inländischen Rechte, auch wenn der zu Bevormundende ein Ausländer ist.

b) Entwurf Gebhard. (434)

I.

Die Voraussetzungen für die Anordnung und die Beendigung der Vormundschaft werden nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem der zu Bevormundende angehört.

Ausländer werden im Inlande nur dann bevormundet, wenn sie vermöge ihres Alters oder sonstigen Zustandes auch nach deutschem Recht zu bevormunden wären.

§ 27. Die Bestellung und Führung der Vormundschaft untersteht dem Rechte des Staates, welchem die Vormundschaftsbehörde angehört. Die vormundschaftliche Verwaltung erstreckt sich auch auf die im Auslande befindlichen Vermögensgegenstände des Bevormundeten, soweit nicht das am Orte der belegenen Sache geltende Recht entgegensteht.

II.

§ 26. Die Voraussetzungen für die Bevormundung einer Person werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Person angehört.

Ausländer werden im Inlande nur bevormundet, wenn sie auch nach den deutschen Gesetzen zu bevormunden sein würden.

§ 27. Die Anordnung und Führung der Vormundschaft, die Fürsorge und Aufsicht der Vormundschaftsbehörde, die Verbindlichkeiten zwischen Vormund und Mündel werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Vormundschaftsbehörde angehört.

Die Pflicht und das Recht des Vormundes, für das Vermögen des Mündels zu sorgen, erstreckt sich auch auf die im Auslande befindlichen Vermögensgegenstände des Mündels, soweit nicht die Gesetze am Orte der belegenen Sache entgegenstehen.

§ 27 a. Die Vorschriften der §§ 26, 27 finden auf die Pflegschaft entsprechende Anwendung.

c) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (Vorentwurf). (435)

§ 19. Ein Ausländer wird im Inlande nur dann bevormundet, wenn er im Inlande seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, und wenn der Staat, welchem der Ausländer angehört, die Fürsorge für denselben ablehnt.

Das deutsche Vormundschaftsgericht kann jedoch vor der Ablehnung im Interesse des Ausländers vorläufige Massregeln treffen und insbesondere eine Pflegschaft anordnen.

Die Vorschriften des ersten Absatzes finden in Ansehung einer andern Pflegschaft entsprechende Anwendung mit der Massgabe, dass, sofern die Anordnung der Pflegschaft den Wohnsitz oder Aufenthalt des Pflegebefohlenen innerhalb des Bezirks des Vormundschaftsgerichts nicht erfordert, vorläufige Massregeln und die Anordnung einer Pflegschaft auch dann zulässig sind, wenn der Ausländer im Inlande nicht seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

§ 20. Die Anordnung und Führung einer Vormundschaft, die Fürsorge und Aufsicht der Vormundschaftsbehörde sowie die Verbindlichkeiten zwischen dem Vormunde und dem Mündel werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Vormundschaftsbehörde angehört.

d) Entwurf des B.G.B. II. Lesung. (435a)

§ 2259. Ein Ausländer wird im Inlande bevormundet, wenn er nach den Gesetzen des Staates, welchem er angehört, des vormundschaftlichen Schutzes bedarf, seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt im Inlande hat, und der Staat, welchem er angehört, die Fürsorge ablehnt.

Ist ein Ausländer im Inlande entmündigt, so wird er im Inlande bevormundet, wenn der Staat, welchem er angehört, die Fürsorge ablehnt.

Das deutsche Vormundschaftsgericht kann vorläufige Massregeln treffen, insbesondere eine Pflegschaft anordnen.

§ 2260. Für die Anordnung einer Pflegschaft über einen Ausländer gilt, unbeschadet der Vorschrift des § 2259 Abs. 3 das Gleiche wie für die Bevormundung eines Ausländers. Soweit die Anordnung der Pflegschaft den Wohnsitz oder den Aufenthalt des Pflegebefohlenen in dem Bezirke des Vormundschaftsgerichts nicht voraussetzt, ist sie auch dann

zulässig, wenn der Ausländer seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt nicht im Inlande hat.

e) Entwurf Niemeyer (1895) § 18. **(436)**

Für die Voraussetzungen einer Vormundschaft oder Pflegschaft sind die Gesetze des Staates massgebend, welchem die zu bevormundende Person angehört.

Für das vormundschaftliche Verhältnis selbst sind die Gesetze des Staates massgebend, welchem die Vormundschaftsbehörde angehört.

Die deutschen Behörden haben die Vormundschaft oder Pflegschaft über einen Ausländer auf Verlangen der zuständigen Behörden des Heimathsstaates an diese abzugeben.

Haager Konferenz (1894) II. Dispositions concernant la tutelle. **(437)**

Art. 1. La tutelle d'un mineur est régie par sa loi nationale.

Art. 1. Die Vormundschaft über einen Minderjährigen richtet sich nach dem Nationalgesetze desselben.

Art. 2. Si, d'après la loi nationale, il n'y a pas, dans l'État auquel ressortit le mineur, une autorité compétente pour pourvoir à la tutelle, l'agent diplomatique ou consulaire de cet État, résidant dans la circonscription où la tutelle s'est ouverte de fait, exerce, si la loi nationale l'y autorise, les attributions conférées par cette loi aux autorités de l'État auquel ressortit le mineur.

Art. 2. Wenn nach der nationalen Gesetzgebung eine für den Fall zuständige Vormundschaftsbehörde in dem Staate, welchem der Minderjährige angehört, nicht existirt, so übt der in dem Bezirke, in welchem die thatsächlichen Voraussetzungen für eine Bevormundung eintreten, residirende diplomatische oder konsularische Vertreter dieses Staates, sofern seine nationale Gesetzgebung ihn hierzu ermächtigt, die durch diese Gesetzgebung den Behörden des Heimathsstaates übertragenen vormundschaftlichen Befugnisse aus.

Art. 3. Toutefois la tutelle du mineur résidant à l'étranger se constitue devant les autorités compétentes du lieu et sera régie par leur loi dans les cas suivants:

a) si pour des raisons de fait ou de droit, la tutelle ne peut être constituée conformément aux articles 1 et 2
b) si ceux qui sont appelés à constituer la tutelle, d'après les articles précédents, n'y ont pas pourvu;
c) si la personne autorisée a cette fin par la loi nationale du mineur lui a nommé un tuteur résidant dans le même pays que le mineur.

Ar. 3. Indess wird die Vormundschaft über einen im Auslande wohnhaften Minderjährigen von den zuständigen Lokalbehörden eingesetzt und in Gemässheit des lokalen Rechts geführt,

a) wenn aus thatsächlichen oder rechtlichen Gründen die Vormundschaft in Gemässheit der Art. 1 u. 2 nicht eingesetzt werden kann;
b) wenn die nach den vorstehenden Artikeln zur Einsetzung einer Vormundschaft berufenen Personen dies nicht gethan haben;
c) wenn die nach dem Nationalgesetze des Minderjährigen hier zu ermächtigte Person einen Vormund benannt hat, welcher in demselben Lande wohnt, wie der Minderjährige.

Art. 4. Dans les cas prévus par l'article 3, a et b, les autorités nationales du mineur pourront toujours pourvoir à la constitution de la tutelle, si les empêchements qui avaient d'abord arrêté leur action ont disparu. Elles devront alors avertir préalablement les autorités étrangères qui avaient organisé la tutelle.

Art. 4. In den Fällen des Art. 3 a und b können die nationalen Behörden des Minderjährigen jederzeit die Einsetzung einer Vormundschaft betreiben, wenn die Hindernisse, welche für ihre Thätigkeit bis dahin bestanden haben, fortgefallen sind. Es sind dann die fremden Behörden, welche eine Vormundschaft eingeleitet haben, zuvor zu benachrichtigen.

Art. 5. Dans tous les cas la tutelle s'ouvre et prend fin aux époques et pour les causes déterminées par la loi nationale du mineur.

Art. 5. In allen Fällen ist für die Altersgrenze und die Gründe der Einleitung und der Beendigung einer Vormundschaft das Nationalgesetz des Minderjährigen massgebend.

Art. 6. En attendant l'organisation régulière de la tutelle de l'étranger mineur ou l'intervention des agents diplomatiques ou consulaires, les mesures nécessaires pour la protection de sa personne et la conservation de ses biens seront prises par les autorités locales.

Art. 6. Bis zur regelrechten Einleitung der Vormundschaft über einen ausländischen Minderjährigen oder bis zum Eingreifen der diplomatischen oder konsularischen Behörden werden die zum Schutze seiner Person oder der Erhaltung seines Vermögens nothwendigen Massregeln von den lokalen Behörden getroffen.

Art. 7. L'administration tutélaire s'étend à la personne et à l'ensemble des biens du mineur, quelque soit le lieu de leur situation. Cette règle reçoit exception, quant aux immeubles, si la législation du pays de leur situation prescrit à cet égard un régime spécial.

Art. 7. Die vormundschaftliche Verwaltung erstreckt sich auf die Person des Minderjährigen und auf sein gesammtes Vermögen, wo auch immer dasselbe sich befindet; eine Ausnahme hiervon macht das unbewegliche Vermögen, wenn bezüglich desselben das Gesetz am Orte der belegenen Sache eine besondere Verwaltung vorschreibt.

Art. 8. Le gouvernement, informé de la présence sur son territoire d'un étranger mineur à la tutelle duquel il importera de pourvoir, en instruira, dans le plus bref délai,

Art. 8. Sobald zur Kenntnis der Regierung gelangt, dass im Inlande ein ausländischer Minderjähriger sich befindet, für dessen Bevormundung zu sorgen ist, hat sie hier-

le gouvernement du pays de cet étranger.

von mit kürzester Frist der Regierung des Staates, welchem der Minderjährige angehört, Nachricht zu geben.

Liv-, Esth- und Kurländisches Privatrecht (1864) Art. 32. (438)

Die Vormundschaft richtet sich nach den in dem Jurisdictionsbezirke des Gerichts, vor welchem der Bevormundete seinen persönlichen Gerichtsstand hat, geltenden Gesetzen.

Montenegro, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen (1888.), Art. 789. (439)

Kann einem in Montenegro wohnhaften Ausländer wegen Minderjährigkeit oder aus einem anderen Grunde die volle vermögensrechtliche Handlungsfähigkeit nicht zuerkannt werden, so kann demselben die montenegrinische Behörde einen Vormund bestellen, wenn ihm die Heimathsbehörde einen solchen nicht bestellt hat.

In einer solchen Vormundschaft ist sich überhaupt nach den Landesgesetzen jener Behörde zu benehmen, welche sie bestellt hat. Handelt es sich aber um die Bevormundung eines Minderjährigen, so wird die Dauer derselben nach seinen Heimathsgesetzen beurtheilt.

Vertrag von **Montevideo** (1889). (440)

Art. 19. El discernimiento de la tutela y curatela se rige por la ley del lugar del domicilio de los incapaces.

Art. 20. El cargo de tutor ó curador discernido en alguno de los Estados signatarios, será reconocido en todos los demas.

Art. 21. La tutela y curatela, en cuanto á los derechos y obligaciones que imponen, se rigen por la ley del lugar en que fué discernido el cargo.

Art. 22. Las facultades de los tutores y curadores respecto de los bienes que los incapaces tuvieren fuera del lugar de su domicilio, se ejercitarán conforme á la ley del lugar en que dichos bienes se hallan situados.

Art. 23. La hipoteca legal que las leyes acuerdan á los incapaces solo tendrá efecto cuando la ley del Estado en el cual se ejerce el cargo de tutor ó curador concuerde con

Die Zulässigkeit der Vormundschaft und der Kuratel richtet sich nach dem Gesetze des Domicils der Handlungsunfähigen.

Die Bestellung eines Vormundes oder Kurators, welche in einem der Signatarstaaten erfolgt ist, soll in allen übrigen anerkannt werden.

Die Vormundschaft und die Kuratel werden bezüglich der Rechte und Verpflichtungen, welche sie auferlegen, von dem Gesetze des Ortes regiert, in welchem ihre Errichtung angeordnet worden ist.

Die Befugnisse der Vormünder und der Kuratoren bezüglich der Güter, welche die Handlungsunfähigen ausserhalb des Ortes ihres Domicils besitzen, werden gemäss dem Gesetze des Ortes, an welchem diese Güter gelegen sind, ausgeübt.

Das gesetzliche Pfandrecht, welches die Gesetze den Handlungsunfähigen einräumen, soll nur dann zur Geltung kommen, wenn das Gesetz desjenigen Staates, in welchem die Vormundschaft oder Kuratel ausgeübt wird, übereinstimmt mit dem Gesetze desjenigen Staates, in welchem die Güter gelegen sind, auf denen das Pfandrecht lastet.

la de aquel en que se hallan situados los bienes afectados por ella.

Art. 25. La remuneracion que las leyes acuerdan á los padres, tutores y curadores y la forma de la misma, se rige y determina por la ley del Estado en el cual fueron discernidos tales cargos.

Die Entschädigung, welche die Gesetze den Familienvätern, Vormündern und Pflegern gewähren, sowie deren Form werden von dem Gesetze des Staates regiert und festgestellt, in welchem die betreffende Verwaltung angeordnet worden ist.

Preussen, Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875. § 6. (441)

Für die Vormundschaft über einen Nichtpreussen wird die Zuständigkeit durch den Wohnsitz nach Massgabe der §§ 2—4 bestimmt.

In Ermangelung eines Wohnsitzes in Preussen kann das Gericht des Aufenthalts vorläufige Massregeln ergreifen. Dasselbe hat eine Vormundschaft einzuleiten, wenn der Heimathstaat die Sorge für den zu Bevormundenden nicht übernimmt.

Die Vormundschaft über einen Nichtpreussen ist auf Verlangen der Behörden des Heimathsstaates an diese abzugeben.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 16. (442)

Die Vormundschaft wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, dessen Unterthan der zu Bevormundende ist.

Ungarn, Ehegesetz vom 18. December 1894. (443)

§ 112. Für einen in Ungarn ständig domicilirenden minderjährigen Ausländer, der die nach den Gesetzen seines Heimathsstaates zur Eheschliessung nöthige elterliche oder vormundschaftliche Genehmigung ohne eigenes Verschulden nicht beschaffen kann, ernennt die nach dem Wohnorte zuständige Vormundschaftsbehörde einen Kurator und kann dieselbe nach Anhörung desselben die Einwilligung zur Eheschliessung ertheilen (vergl. No. 346 Art. 6.).

2. Entmündigung.

Deutschland, Entwurf Gebhard. § 28. (444)

Auf die Entmündigung findet die Vorschrift des § 26 entsprechende Anwendung. Die Wirkungen der Entmündigung bestimmen sich nach dem Rechte des Staates, in welchem dieselbe ausgesprochen worden ist.

Der von einem ausländischen Ge-

Auf die Entmündigung und die Wiederaufhebung einer Entmündigung finden die Vorschriften des § 26 entsprechende Anwendung. Die Wirkungen der Entmündigung bestimmen sich nach den Gesetzen des Staates, in welchem die Ent-

richte ausgesprochenen Entmündigung eines Deutschen ist die Anerkennung versagt:

1) wenn die Gerichte des Staates, welchem das ausländische Gericht angehört, nach deutschem Rechte nicht zuständig sind;
2) wenn die Voraussetzungen nicht vorliegen, unter welchen nach deutschem Rechte eine Entmündigung ausgesprochen werden kann.

mündigung ausgesprochen worden ist.

Der von einem ausländischen Gerichte ausgesprochenen Entmündigung eines Deutschen ist die Anerkennung versagt:

1) wenn die Gerichte des Staates, welchem das ausländische Gericht angehört, nach den deutschen Gesetzen nicht zuständig sind;
2) wenn die Voraussetzungen nicht vorliegen, unter welchen nach den deutschen Gesetzen eine Entmündigung ausgesprochen werden kann.

Die Bestimmung des zweiten Absatzes findet auf die von einem ausländischen Gerichte ausgesprochene Wiederaufhebung der Entmündigung eines Deutschen entsprechende Anwendung.

Entwurf des B.G.B. II. Lesung. § 2239. **(445)**

Ein Ausländer kann im Inlande nach Massgabe der deutschen Gesetze entmündigt werden.

Institut de droit international, Paris 1894. **(446)**

L'interdiction des majeurs est régie dans ses conditions et dans ses effets par leur loi nationale.

Die Entmündigung Grossjähriger richtet sich in ihren Voraussetzungen und Wirkungen nach deren nationalem Rechte.

Erbrecht.

A. Prinzip der Einheit der Erbschaft.

1. auf Grundlage des Rechts am letzten Wohnsitze des Erblassers.

Argentinien, código civil (1871). **(447)**

Art. 3283. El derecho de sucesión al patrimonio del difunto, es regido por el derecho local del domicilio que el difunto tenia á su muerte, sean los sucesores nacionales ó estrangeros.

Art. 3286. La capacidád para suceder es regida por la ley del domicilio de la persona al tiempo de la muerte del autor de la sucesion.

Art. 3611. La ley del actual domicilio del testador, al tiempo de hacer su testamento es la que decide de su capacidád ó incapacidád para testar.

Art. 3612. El contenido del testamento, su validez ó invalidez legal, se juzga segun la ley en vigor en el domicilio del testador al tiempo de su muerte.

Das Erbrecht auf den Nachlass der Verstorbenen wird durch das örtliche Recht des Domicils regiert, welches der Verstorbene bei seinem Tode hatte, mögen seine Erben Inländer oder Ausländer sein.

Die Fähigkeit zur Erbfolge richtet sich nach dem Rechte des Domicils des Erblassers zur Zeit des Todes.

Das Gesetz des Wohnsitzes des Testators zur Zeit der Testamentserrichtung entscheidet über seine Fähigkeit oder Unfähigkeit zu testiren.

Der Inhalt des Testaments, seine Gültigkeit oder Ungültigkeit wird beurtheilt nach den am Domicil des Testators zur Zeit seines Todes in Kraft befindlichen Gesetzen.

Kanton Bern. Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht (1868—1871). **(448)**

Art. 7. Das Erbrecht in den Nachlass eines Verstorbenen richtet sich nach den Gesetzen des letzten Wohnsitzes des Erblassers, wo immer der Nachlass oder die einzelnen Theile desselben gelegen sein mögen. Hat der Erblasser mehrere Wohnsitze gehabt, so gelten die Gesetze seines bürgerlichen Hauptdomicils.

Wenn jedoch ein hiesiger Angehöriger ausserhalb des Kantons verstirbt und das Gesetz des Wohnortes sich die Behandlung des Erbfalles nicht zueignet, so sind auf denselben die hiesigen Gesetze anzuwenden.

Auch werden auf die im Kanton gelegenen Immobilien keine besonderen Stiftungen oder Verfügungen über Weitervererbung anerkannt, die dem Geiste der hiesigen Erbgesetzgebung widerstreben.

Art. 8. Das materielle Verfügungsrecht unter Lebenden sowohl als von Todes wegen richtet sich ebenfalls nach den Gesetzen des für die Beerbung (Art. 7) massgebenden Wohnsitzes des Verfügenden, vorbehaltlich jedoch der im Schlusssatze des Art. 7 bestimmten Ausnahme. (Immobilien.)

Chile, código civil. (1855.) **(449)**

Art. 955. La sucesión en los bienes de una persona se abre al momento de su muerte en su último domicilio; salvos los casos espresamente esceptuados.

La sucesión se regla por la ley del domicilio en que se abre, salvas las escepciones legales.

Art. 955. Die Erbfolge in das Vermögen einer Person wird in dem Moment ihres Todes in ihrem letzten Domicil eröffnet, unbeschadet der ausdrücklich bestimmten Ausnahmen.

Die Erbfolge regelt sich nach dem Recht des Domicils, an dem dieselbe eröffnet wird, unbeschadet der gesetzlichen Ausnahmen.

Deutschland, Entwurf Rocholl. § 2a, b. **(449a)**

Das Erbrecht bestimmt sich nach dem letzten Domicile des Erblassers.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863). § 17. (450)

Anfall und Erwerbung einer Erbschaft werden nach den Gesetzen des Ortes beurtheilt, an welchem der Erblasser zuletzt seinen Wohnsitz gehabt hat. Hat er mehrere Wohnsitze gehabt, so gelten die Gesetze des Wohnsitzes, an welchem er sich zuletzt aufgehalten hat.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1891. (451)

Art. 22. Die Erbfolge richtet sich nach dem Rechte des letzten Wohnsitzes des Erblassers. Durch letztwillige Verfügung oder durch Erbvertrag kann jedoch jemand die Erbfolge in seinen Nachlass dem Rechte seines Heimathskantons unterstellen.

Art. 23. Die Eröffnung der Erbschaft erfolgt stets für die Gesammtheit des Vermögens an dem letzten Wohnsitze des Erblassers.

Art. 25. Ein Erbvertrag beurtheilt sich hinsichtlich seines Inhalts, wenn er zwischen Verlobten abgeschlossen wurde nach dem Rechte des ersten ehelichen Wohnsitzes, in allen anderen Fällen nach dem Rechte des Wohnsitzes des Erblassers zur Zeit des Vertragsschlusses. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen, welche das für die Erbfolge massgebende Recht (Art. 22) hinsichtlich des Notherbenrechtes enthält.

Art. 26. Erbrechtliche Verhältnisse, die in Folge des Ablebens eines Ehegatten eintreten und mit dem Familienrechte zusammenhängen, beurtheilen sich nach dem für die Erbfolge massgebenden Recht (Art. 22); sie werden durch späteren Wohnsitzwechsel des überlebenden Ehegatten nicht geändert.

Art. 27. Das Pflichttheilsrecht bei Schenkungen unter Lebenden oder auf den Todesfall richtet sich nach dem für die Erbfolge in den Nachlass des Schenkers massgebenden Rechte (Art. 22).

2. auf Grundlage des Heimathsrechts des Erblassers.

Belgien.

a) Entwurf Laurent (1882) Art. 12 Abs. 2. (452)

Les successions déférées par la loi ou par la volonté de l'homme dépendent du statut personnel du défunt.

Die durch Gesetz oder durch letztwillige Verfügung deferirten Erbschaften werden nach dem Personalstatut des Verstorbenen beurtheilt.

b) Entwurf der Gesetzesrevisionskommission Art. 6. (453)

Les successions sont réglées d'après la loi nationale du défunt.

La substance et les effets des donations et des testaments son régis par la loi nationale du disposant.

L'application de la loi nationale du défunt ou du disposant a lieu, quelsque soient la nature des biens et le pays où ils se trouvent.

Die Erbfälle richten sich nach dem nationalen Rechte des Verstorbenen.

Der Inhalt und die Wirkungen der Schenkungen und Testamente unterstehen dem nationalen Gesetze des Verfügenden.

Die Anwendung des nationalen Gesetzes des Verstorbenen oder des Verfügenden findet statt, welches

auch immer die Natur der Vermögensstücke und das Land sein mag, in welchem sie sich befinden.

Congostaat abgedruckt unter No. 476. (454)

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen § 15. (455)

Für die Verhältnisse des Erbrechts ist das Recht des Staates massgebend, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat.

b) Entwurf Gebhard § 29. (456)

§ 29.

Der Uebergang des Vermögens eines Verstorbenen oder für todt Erklärten auf die Ueberlebenden bestimmt sich nach dem Rechte des Staates, welchem derselbe zuletzt angehört hat.

Die Errichtung oder Aufhebung eines Testaments wird, vorbehaltlich der Bestimmung des § 9 Satz 2, nach dem Rechte des Staates beurtheilt, dessen Angehöriger der Erblasser zur Zeit der Errichtung oder Aufhebung ist.

Erbverträge werden nach dem Rechte des Staates beurtheilt, welchem der Vertragserblasser zur Zeit der Errichtung angehört. Ob ein Erbvertrag Pflichttheilsrechte verletzt und welche Folgen die Verletzung hat, wird nach dem in Abs. 1 bezeichneten Rechte beurtheilt.

§ 29.

Die Erbfolge und die Rechtsstellung des Erben bestimmen sich nach den Gesetzen des Staates, welchem der Erblasser zuletzt angehört hat.

Die Errichtung oder Aufhebung einer Verfügung von Todeswegen wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Erblasser zur Zeit der Errichtung oder Aufhebung angehört hat. Die Bestimmung des § 9 Satz 2 bleibt unberührt.

c) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (Vorentwurf § 21). (457)

Die erbrechtlichen Verhältnisse mit Einschluss der erbrechtlichen Schuldverhältnisse werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat.

Die Errichtung und die Aufhebung einer Verfügung von Todeswegen werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Erblasser zur Zeit der Errichtung oder Aufhebung angehört hat.

Die Vorschrift des § 3 Satz 2 bleibt unberührt.

d) Entwurf des B.G.B. II. Lesung § 2261. (457a)

Die erbrechtlichen Verhältnisse werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat.

Die Errichtung und die Aufhebung einer Verfügung von Todes-

wegen werden nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem der Erblasser zur Zeit der Errichtung oder Aufhebung angehört hat.

Erwirbt ein Ausländer, der die Fähigkeit zur Errichtung einer Verfügung von Todeswegen erlangt hat, die Reichsangehörigkeit, nachdem er eine solche Verfügung errichtet hat, so behält er die Fähigkeit, auch wenn er das nach den deutschen Gesetzen erforderliche Alter noch nicht erreicht hat.

Ein Deutscher kann im Ausland eine Verfügung von Todeswegen auch in der Form errichten oder aufheben, welche den am Orte der Errichtung oder der Aufhebung geltenden Gesetzen entspricht.

e) Entwurf Niemeyer (1895). § 19 Abs. 1. **(458)**

Für erbrechtliche Verhältnisse ist das Recht des Staates massgebend, dem der Erblasser bei seinem Tode angehört.

Kanton Graubünden, siehe No. 11. **(459)**

Haager Conferenz. 1894. (V. Dispositions concernant les successions, les testaments et les donations à cause de mort.) **(460)**

Art. 1. Les successions sont soumises à la loi nationale du défunt.

Art. 1. Die Nachlassbehandlung und das Erbrecht richten sich nach dem Nationalgesetze des Erblassers.

Art. 2. La capacité de disposer par testament ou par donation à cause de mort, ainsi que la substance et les effets de ces dispositions, sont régis par la loi nationale du disposant.

Art. 2. Die Fähigkeit, durch Testament oder durch Schenkungen von Todeswegen zu verfügen, ebenso der Inhalt und die Wirkungen solcher Verfügungen richten sich nach dem Nationalgesetze des Verfügenden.

Art. 3 (abgedruckt unter No. 482).

Art. 4. La loi nationale du défunt ou du disposant est celle du pays auquel il appartenait au moment de son décès.

Néanmoins, la capacité du disposant est soumise aussi à la loi du pays auquel il appartient au moment où il dispose.

Art. 4. Das Nationalgesetz eines Erblassers oder letztwillig Verfügenden ist das Gesetz desjenigen Staates, welchem er zur Zeit des Todes angehört hat.

Indessen ist die Fähigkeit, letztwillig zu verfügen, auch von dem Gesetz desjenigen Staates abhängig, welchem der Verfügende zur Zeit der Errichtung der letztwilligen Verfügung angehört hat.

Art. 5. L'incapacité du disposer au profit de certaines personnes, soit d'une manière absolue, soit au delà de certaines limites, est régie par la loi nationale du disposant.

Art. 5. Die Unfähigkeit, sei es überhaupt, sei es über gewisse Grenzen hinaus, zu Gunsten bestimmter Personen letztwillig zu verfügen, richtet sich nach dem Nationalgesetze des Verfügenden.*)

*) Gemeint sind z. B. letztwillige Verfügungen zu Gunsten des Arztes, des Beichtvaters, des Vormundes.

Art. 6. La capacité des successibles, légataires ou donataires est régie par leur loi nationale.

Art. 6. Die Fähigkeit der zur Erbfolge Berufenen, der Legatare und Geschenknehmer richtet sich nach ihrem Nationalgesetz.

Art. 7. L'acceptation sous bénéfice d'inventaire et la renonciation sont, quant à la forme, régies par la loi du pays où s'est ouverte la succession.

Art. 7. Der Antritt der Erbschaft mit der Rechtswohlthat des Inventars und die Ausschlagung der Erbschaft richten sich hinsichtlich der Form nach dem Rechte des Landes, in welchem die Erbschaft eröffnet ist.

Art. 8. Les immeubles héréditaires et ceux légués ou donnés sont soumis à la loi du pays de leur situation, en ce qui concerne les formalités et les conditions de publicité que cette loi exige pour le transfert, la constitution ou la consolidation des droits réels, vis-à-vis des tiers.

Art. 8. Auf Immobilien, welche Gegenstand einer Vererbung, eines Legats oder einer Schenkung sind, findet das Gesetz der belegenen Sache hinsichtlich der Formvorschriften und der Erfordernisse der Publizität Anwendung, von welchen die Wirkung der Uebertragung, der Einräumung und Konsolidation dinglicher Rechte Dritten gegenüber abhängig gemacht ist.

Art. 9. Les conventions relatives au partage sont comme telles soumises à la loi qui régit les conventions.

Les actes de partage sont, quant à la forme, soumis à la loi du lieu, où ils sont faits ou passés, ce sans préjudice des conditions ou formalités prescrites, au sujet des incapables, par la loi nationale de ces derniers.

Art. 9. Die auf die Erbtheilung bezüglichen Verträge sind als solche nach demjenigen Gesetze zu beurtheilen, welches für Verträge überhaupt massgebend ist.

Die auf die Erbtheilung selbst gerichteten Rechtsgeschäfte unterstehen hinsichtlich der Form dem Rechte des Ortes, an welchem sie vorgenommen sind; die hinsichtlich der Erwerbsunfähigen in deren Nationalgesetze enthaltenen Vorschriften, welche gewisse Formen und Erfordernisse festsetzen, werden hierdurch nicht berührt.

Art. 10. Les biens héréditaires ne sont acquis à l'État sur le territoire duquel ils se trouvent, que s'il n'y a aucun ayant-droit conformément à la loi nationale du défunt.

Art. 10. Der Nachlass fällt dem Staate, in dessen Gebiet sich derselbe befindet, nur dann zu, wenn Niemand existirt, dem nach dem Nationalgesetz des Verstorbenen, ein Recht auf den Nachlass zusteht.

Art. 11 (abgedruckt unter Nr. 68).

Institut de droit international, Oxford 1880. **(461)**

(VII.) Les successions à l'universalité d'un patrimoine sont, quant

Die Universalsuccessionen sind hinsichtlich der Bestimmung der

à la détermination des personnes successibles, à l'étendue de leurs droits, à la mesure ou quotité de la portion disponible ou de la réserve, et à la validité intrinsèque des dispositions de dernière volonté, régis par les lois de l'État auquel appartenait le défunt, ou subsidiairement, dans les cas prévus ci-dessus à l'art. VI,*) par les lois de son domicile, quelsque soient la nature des biens et le lieu de leur situation.

Italien, codice civile (1865). Art. 8.

Le successioni legittime e testamentarie però, sia quanto all' ordine di succedere, sia circa la misura dei diritti successorii, e la intrinseca valididà delle disposizioni, sono regolate dalla legge nazionale della persona, della cui eredità si tratta, di qualunque natura siano i beni ed in qualunque paese si trovino.

Personen der Nachfolger, des Umfangs ihrer Rechte, des Ausmasses oder des Verhältnisses der portion disponible oder der Reserve, der inneren Gültigkeit der letztwilligen Verfügungen, nach dem Gesetze des Staates zu beurtheilen, welchem der Erblasser angehörte, oder aushülfsweise in den im Art. VI vorgesehenen Fällen, nach den Gesetzen seines Wohnsitzes, welches auch immer die Natur der Vermögensstücke oder der Ort ihrer Lage ist. **(462)**

Es werden jedoch die, sei es kraft gesetzlicher, sei es kraft testamentarischer Erbfolge übergehenden Erbschaften, sowohl in Ansehung der Erbfolge, als des Ausmasses der Erbrechte und ferner die innere Gültigkeit der Verfügungen durch das Gesetz jener Nation geregelt, welcher die Person angehört, um deren Erbschaft es sich handelt, welch immer einer Art das Vermögen ist und in was immer für einem Lande sich dasselbe befindet.

Lima Entwurf (1878). **(463)**

Art. 18. Die Fähigkeit zu testiren bestimmt sich nach dem Nationalgesetze des Testators.

Art. 19. Ausländer können im Inlande testiren nach den Gesetzen des Landes ihrer Geburt oder Naturalisation oder nach denen ihres Domizils.

Art. 20. Die Fähigkeit zu erben (succediren) und die Erbfolge (sucesion) werden bestimmt durch das Gesetz, welchem der Testator unterworfen war, mit folgenden Einschränkungen:

1. Testamentarische Verfügungen über im Inlande befindliches Vermögen bleiben unwirksam, wenn sie im Widerspruche stehen mit dem, was in Art. 54 bestimmt ist;
2. bei der Erbfolge in den Nachlass eines Ausländers haben Inländer unter dem Titel der Erbschaft, des ehelichen Erbrechts oder der Alimente dieselben Rechte, welche ihnen nach den Gesetzen des Staates in Bezug auf die Erbfolge in den Nachlass eines anderen Inländers zustehen würden, und diese treten in Wirksamkeit für das Vermögen, welches sich im Inlande befindet.

*) siehe No. 83 und No. 98.

Art. 21. Testamente, welche im Auslande errichtet wurden und ebendort zur Geltung kommen sollen, bleiben den Einschränkungen im vorhergehenden Artikel unterworfen.

Art. 24. Die Intestaterbfolge regelt sich nach dem Nationalgesetze des Erblassers mit den in Art. 20 enthaltenen Einschränkungen. In Ermangelung von erbberechtigten Verwandten bleibt das im Inlande befindliche Vermögen den Gesetzen des Inlandes unterworfen.

Kanton Solothurn, Civilgesetzbuch (1841) § 8. **(464)**

Das Vermögen einer Person, in Bezug auf die Erbfolge, wird nach denselben Gesetzen, wie die Rechtsfähigkeit des Eigenthümers selbst (§ 5), beurtheilt, wobei jedoch die nach unsern Gesetzen, auf andere Weise, z. B. durch Schenkung, Hypothek, oder andere Verträge erworbenen Rechte vorbehalten sind.

Spanien, código civil (neu promulgirt 1889) Art. 10 Abs. 2. **(464)**

Las sucesiones legítimas y las testamentarías. así respecto al orden de suceder como á la cuantía de los derechos sucesorios y á la validez intrínseca de sus disposiciones, se regularán por la ley nacional de la persona de cuya sucesión se trate, cualesquiera que sean la naturaleza de los bienes y el país en que se encuentren.

Das gesetzliche und testamentarische Erbrecht, und alles was die Erbfolgeordnung, die Bedeutung der Erbrechte und die materielle Gültigkeit der letztwilligen Verfügungen betrifft, richtet sich nach dem Gesetze des Landes, welchem der Erblasser angehört hat, welches auch immer die Art der Güter sein und in welchem Lande sie sich auch befinden mögen.

Kanton Zürich, Civilgesetzbuch (1887) § 4. **(466)**

Für die Beerbung gilt das Recht des Heimathsortes des Erblassers (Kantonsbürger).

Die Beerbung von Kantonsfremden, welche im Kanton gewohnt haben, wird insofern nach dem Rechte ihrer Heimath beurtheilt, als das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt.

Eine Ausnahme macht die besondere Folge in liegenden Stiftungsgütern.

B. Scheidung in Mobiliar- und Immobiliarnachlass.

1. für Mobiliarnachlass massgebend das Recht am letzten Wohnsitze des Erblassers.

Bayern, Codex Maximilianeus Bavaricus civilis (1756). **(467)**

Theil III Kap. 12 § 1. . . . „Ist in Entscheidung streittiger Erbschaftsfällen ab intestato niemal auf die statuta loci, wo der Erblasser stirbt, sondern wo die Erbschaft liegt, oder soviel die blosse Personal-Sprüch belangt, auf die statuta loci, wo der Defunctus sein Domicilium gehabt hat, zu sehen."

Liv-, Esth-, Kurländisches Privatrecht (1864) Art. 34. (468)

Anfall und Erwerbung einer Erbschaft sind nach den Gesetzen desjenigen Rechtsgebietes zu beurtheilen, welchem der Erblasser seinem Wohnsitze und Stande nach zuletzt angehörte. Hatte er mehrere Wohnsitze, so ist derjenige massgebend, in welchem er sich zuletzt aufgehalten. In Livland sind hiervon Immobilien ausgenommen, welche auch wenn sie Bestandtheile einer Erbsbhaft sind, dem Rechte des Orts, wo sie belegen sind, unterliegen. Ebenso sind die im Innern des Reiches belegenen Immobilien, auch wenn sie zu einem Nachlass gehören, stets nach den Reichsgesetzen zu beurtheilen.

2. für Mobiliarnachlass massgebend das Heimathsrecht des Erblassers.

Deutschland, Konvention über die Regulirung von Hinterlassenschaften mit Russland (1874) Art. X. (469)

Die Erbfolge in die unbeweglichen Güter richtet sich nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Immobilien belegen sind und die Gerichte dieses Landes haben ausschliesslich über jeden Anspruch oder Einwand, der den unbeweglichen Nachlass betrifft, zu befinden.

Ansprüche, welche sich auf Theilung des beweglichen Nachlasses sowie auf das Recht der Erbfolge in das bewegliche Vermögen beziehen, welches in einem der beiden Länder von Angehörigen des andern Landes hinterlassen worden ist, werden von den Gerichten oder sonst zuständigen Behörden des Staates, dem der Verstorbene angehörte, und nach den Gesetzen dieses Staates entschieden, es müsste denn ein Unterthan des Landes, in welchem der Nachlass eröffnet ist, auf die gedachte Hinterlassenschaft Ansprüche zu erheben haben.

In diesem letzten Falle soll, wenn der Anspruch vor Ablauf der in Art. 5 festgesetzten Frist geltend gemacht worden ist, die Prüfung dieses Anspruchs den Gerichten oder sonst zuständigen Behörden des Landes anheimfallen, in welchem der Nachlass eröffnet worden ist, und diese haben nach den Gesetzen dieses Landes über die Rechtmässigkeit der Ansprüche des Reclamanten und eintretenden Falles über diejenige Rate zu entscheiden, welche ihm zugetheilt werden soll.

Sobald derselbe wegen dieser Rate befriedigt ist, wird der Ueberrest des Nachlasses an die Konsularbehörde ausgehändigt, welche damit hinsichtlich der übrigen Erben nach den Bestimmungen des Artikels 8 zu verfahren hat.

C. Tot hereditates, quot regiones.

Vertrag zwischen der **Schweiz** und den **Vereinigten Staaten von Amerika** (1850/55) Art. VI. (470)

Die Streitigkeiten, welche unter den Ansprechern einer Erbschaft über die Frage entstehen können, welchem die Güter zufallen sollen,

werden durch die Gerichte und nach den Gesetzen des Landes beurtheilt, in welchem das Eigenthum (bewegliches und unbewegliches) liegt.*)

Bayern. Freizügigkeitsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika (1845). Art. 5. (471)

Wenn sich Streitigkeiten zwischen verschiedenen, rechtlichen Anspruch auf die Erbschaft habenden Prätendenten erheben, so werden dieselben in letzter Instanz nach den Gesetzen und von den Richtern des Landes entschieden werden, in welchem das Objekt der Erbschaft sich befindet.

Vertrag von **Montevideo** (1889). (472)

Art. 44. La ley del lugar de la situacion de los bienes hereditarios, al tiempo de la muerte de la persona de cuya sucesion se trate, rige la forma del testamento.

Esto no obstante, el testamento otorgado por acto público en cualquiera de los Estados contratantes será admitido en todos los demas.

Art. 45. La misma ley de la situacion rige:

a) La capacidad de la persona para testar;
b) La capacidad del heredero ó legatario para succeder;
c) La validez y efectos del testamento;

Das Gesetz des Ortes, an welchem die Nachlassgüter im Zeitpunkte des Todes des Erblassers gelegen sind, regiert die Form des Testamentes.

Nichtsdestoweniger soll das Testament, sofern es durch eine öffentliche Urkunde in einem der kontrahirenden Staaten errichtet wurde, in allen übrigen anerkannt werden.

Dasselbe Gesetz des Ortes, an welchem die Güter gelegen sind, regiert:

a) Die Testirfähigkeit der Person.
b) Die Erbfähigkeit des Erben oder des Legatars.
c) Die Gültigkeit und die Wirkungen des Testamentes.

---

*) Meili, Kodifikation, S. 146 theilt mit, das die Paranthese „bewegliches und unbewegliches" später gestrichen ist; auch führt derselbe folgende Entscheidung des schweizerischen Bundesgerichtes mit:

„Es darf gewiss angenommen werden, die kontrahirenden Staaten seien bei Abschluss des Vertrages wenigstens mit Bezug auf das bewegliche Vermögen darüber einig gewesen, dass unter dem Ausdrucke Richter und Gesetze des Landes „wo das Eigenthum liegt", nicht Richter und Gesetze der Länder, wo die einzelnen beweglichen Nachlassstücke wirklich liegen, zu verstehen seien, sondern Richter und Gesetze des letzten Wohnortes des Erblassers, an welchem Ort die einzelnen Nachlassstücke kraft rechtlicher Fiktion als gelegen gelten. Diese Auslegung ist um so mehr festzuhalten, als bei der gegentheiligen Annahme, wo sogar für den beweglichen Nachlass die Einheit der Erbschaft preisgegeben wäre und überall, wo eine bewegliche Sache des Erblassers sich befindet, eine besondere Erbschaft zu eröffnen wäre, die vertragschliessenden Staaten einen der Natur der Sache und der sonstigen allgemeinen Doktrin und Praxis des internationalen Privatrechtes widersprechenden Rechtssatz vereinbart hätten, was jedenfalls im Zweifel nicht anzunehmen ist."

d) Los títulos y derechos hereditarios de los parientes y del cónyuge supérstite;
e) La existencia y proporcion de las legítimas;
f) La existencia y monto de los bienes reservables;
g) En suma, todo lo relativo á la sucesion legítima ó testamentaria.

Art. 46. Las deudas que deban ser satisfechas en alguno de los Estados contratantes, gozarán de preferencia sobre los bienes allí existentes al tiempo de la muerte del causante.

Art. 47. Si dichos bienes no alcanzaren para la chancelacion de las deudas mencionadas, los acreedores cobrarán sus saldos proporcionalmente sobre los bienes dejados en otros lugares, sin perjuicio del preferente derecho de los acreedores locales.

Art. 48. Cuando las deudas deban ser chanceladas en algun lugar en que el causante no haya dejado bienes, los acreedores exigirán su pago proporcionalmente sobre los bienes dejados en otros lugares, con la misma salvedad establecida en el artículo precedente.

Art. 49. Los legados de bienes determinados por su género y que no tuvieren lugar designado para su pago, se rigen por la ley del lugar del domicilio del testador al tiempo de su muerte, se harán efectivos sobre los bienes que deje en dicho domicilio y, en defecto de ellos ó por su saldo, se pagarán proporcionalmente de todos los demas bienes del causante.

d) Das Erbrecht der Verwandten und des überlebenden Ehegatten.
e) Die Existenz und das Verhältnis der gesetzlichen Erbtheile.
f) Die Existenz und den Betrag des Vorbehalts.
g) Kurz alles, was sich auf die gesetzliche oder testamentarische Erbfolge bezieht.

Die Schulden, welche in einem der kontrahirenden Staaten zu bezahlen sind, sollen den Vorrang hinsichtlich der dort im Zeitpunkte des Todes des Schuldners befindlichen Gütern geniessen.

Sollten diese Güter zur Befriedigung der erwähnten Schulden nicht ausreichen, so können die Gläubiger ihre Restansprüche proportional hinsichtlich der an andern Orten nachgelassenen Gütern geltend machen, jedoch unbeschadet des Vorzugsrechtes der lokalen Gläubiger.

Wenn die Schulden an einem Orte bezahlt werden sollen, an welchem der Schuldner keine Güter hinterlassen hat, so können die Gläubiger ihre Befriedigung proportional aus den an anderen Orten nachgelassenen Gütern verlangen, jedoch mit dem nämlichen im vorigen Artikel festgesetzten Vorbehalte.

Die Vermächtnisse über Güter, welche der Gattung nach bestimmt sind, für welche aber kein Zahlungs- (Erfüllungs-) Ort bezeichnet ist, sollen von dem Gesetze des Domiciles regiert werden, welches der Testator im Zeitpunkte seines Todes innehatte und sie sollen erfüllt werden aus dem Vermögen, welches derselbe an diesem Domicile hinterlassen hat, und in Ermangelung von Gütern oder soweit Deckung

Art. 50. La obligacion de colacionar se rige por la ley de la sucesion en que ella sea exigida.

Si la colacion consiste en algun bien raíz ó mueble, se limitará á la sucesion de que ese bien dependa.

Cuando consista en alguna suma de dinero, se repartirá entre todas las sucesiones á que concurra el heredero que deba la colacion proporcionalmente á su haber en cada una de ellas.

durch dieselben nicht erfolgt, sollen sie proportional aus allen übrigen Gütern des Testators erfüllt werden.

Die Kollationspflicht wird von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem die Erbschaft verlangt wird.

Wenn der Kollationsgegenstand eine unbewegliche oder bewegliche Sache ist, so soll die Kollation beschränkt werden auf den Theil des Nachlasses, zu welchem diese Sache gehört.

Besteht der Kollationsgegenstand in einer Summe Geldes, so soll die Kollation auf alle Nachlasstheile repartirt werden, an welchen der Erbe participirt, der die Kollation proportional zu seinem Theile an jedem der Nachlasstheile schuldet

Chile, código civil (1855). **(473)**

Art. 997. Los estranjeros son llamados a las sucesiones abintestato abiertas en Chile de la misma manera i segun las mismas reglas que los chilenos.

Art. 998. En la sucesion abintestato de un estranjero que fallezca dentro o fuera del territorio de la República, tendrán los chilenos a titulo de herencia, de porcion conyugal o de alimentos, los mismos derechos que segun les leyes chilenas les corresponderian sobre la sucesion intestada de un chileno.

Los chilenos interesados podrán pedir que se les adjudique en los bienes del estranjero existentes en Chile todo lo que les corresponda en la sucesion del estranjero.

Esto mismo se aplicará en caso necesario a la sucesion de un chileno que deja bienes en pais estranjero.

Ausländer sind zu der in Chile eröffneten Erbfolge in gleicher Weise und nach denselben Regeln wie die Chilenen berufen.

Bei der gesetzlichen Erbfolge in den Nachlass eines Ausländers, welcher innerhalb oder ausserhalb des Territoriums des Staates stirbt, haben die Chilenen unter dem Titel Erbschaft, eheliche Portion oder Alimente diejenigen Rechte, welche ihnen nach den chilenischen Gesetzen bei der gesetzlichen Erbfolge in den Nachlass eines Chilenen zustehen würden.

Die betheiligten Chilenen können verlangen, dass ihnen von den in Chile vorhandenen Vermögensstücken des Ausländers Alles zuerkannt werde, was ihnen bei der Erbfolge nach dem Ausländer gebührt.

D. Sicherung der inländischen Erbberechtigten.

Frankreich, Gesetz vom 14. Juli 1819. **(474)**

Art. 1. Les articles 726 et 912 du Code civil sont abrogés;*) en conséquence, les étrangers auront le droit de succéder, de disposer et de recevoir de la même manière que les Français, dans toute l'étendue du Royaume.

Art. 2. Dans le cas de partage d'une même succession entre des cohéritiers étrangers et français, ceux-ci prélèveront sur les biens situés en France une portion égale à la valeur des biens situés en pays étranger dont ils seraient exclus, à quelque titre que ce soit, en vertu des lois et coutumes locales.

Baden, Gesetz vom 4. Juni 1864. **(474a)**

§ 1. Die Ausländer haben das Recht, liegendes und fahrendes Vermögen im Inlande auf gleiche Weise wie Inländer zu erwerben und zu besitzen, dasselbe zu vererben und darüber unter Lebenden und auf den Todesfall zu verfügen. Die entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere L.R. S. 726, 912 des § 2 lit. 1 und § 7 lit. a des Konstitutionsediktes vom 4. Juni 1808 . . . sind aufgehoben.

§ 2. Wenn die Gegenstände einer Verlassenschaft oder Schenkung theils im Inlande und teils im Auslande sich befinden und von den letzteren Inländer wegen ihrer Eigenschaft als Fremde ausgeschlossen sind, so sollen sie hierfür aus dem Antheile der sie ausschliessenden Ausländer von den im Inlande befindlichen Bestandtheilen desselben Vermögens Vergütung erhalten.

E. Form der Verfügungen von Todeswegen.

Californien, civil code, (1872—76.) Section 1285. **(475)**

No will made out of this state is valid as a will in this state, unless executed according to the provisions of this chapter.

Ein im Auslande errichtetes Testament gilt im Inlande nicht als gültiges Testament, wenn es nicht in Gemässheit der Bestimmungen dieses Kapitels errichtet ist.

*) Die aufgehobenen Artikel lauten:

Art. 726. Un étranger n'est admis à succéder aux biens que son parent, étranger ou Français, possède dans le territoire du Royaume, que dans les cas et de la manière dont un Français succède à son parent possédant des biens dans le pays de cet étranger, conformément aux dispositions de l'article 11, au titre de la Jouissance et de la Privation des Droits civils.

Art. 912. On ne pourra disposer au profit d'un étranger, que dans le cas ou cet étranger pourrait disposer au profit d'un Français.

Die französische Gesetzgebung ist übernommen worden von Argentinien, Baden, Belgien, Niederlanden und anderen Staaten.

Congostaat, Gesetz vom 20. Februar 1891 Art. 4. **(476)**

Les actes de dernière volonté sont régis, quant à leur forme, par la loi du lieu où ils sont faits, et quant à leur substance et à leurs effets, par la loi nationale du défunt.

Toutefois l'étranger faisant un acte de dernière volonté dans l'État Indépendant du Congo a la faculté de suivre les formes prévues par sa loi nationale.

Die letztwilligen Verfügungen sind hinsichtlich der Form nach dem am Errichtungsorte geltenden Gesetze, hinsichtlich des Inhalts und der Wirkungen nach dem Nationalgesetz des Erblassers zu beurtheilen.

Indess kann der im Congostaate letztwillig verfügende Ausländer die Formvorschriften seines nationalen Rechts befolgen.

Deutschland.

a) Entwurf Gebhard siehe No. 456. **(477)**

b) Entwurf des B.G.B. I u. II siehe No. 457 und 457a. **(478)**

c) Entwurf Niemeyer (1895) § 19 Abs. 2. **(479)**

Für die Form der Errichtung oder Aufhebung letztwilliger Verfügungen genügt (§ 3) auch die Beobachtung der Form, welche das Recht des Staates vorschreibt, dem der Erblasser zur Zeit der Errichtung oder Aufhebung angehört.

England, Gesetz vom 6. August 1861. Lord Kingsdown's Act. **(480)**

1. Every will and other testamentary instrument made out of the United Kingdom by a british subject (whatever may be the domicile of such person at the time of making the same or at the time of his or her death) shall as regards personal estate be held to be well executed for the purpose of being admitted in England and Ireland to probate, and in Scotland to confirmation, if the same was made, or by the law of the place where such person was domiciled when the same was made, or by the laws then in force in that part of her Majestys dominions where he had his domicile of origin.

Jede letztwillige Verfügung, welche auserhalb des vereinigten Königreichs von einem britischen Unterthan errichtet ist, (welches auch immer das Domicil einer solchen Person zur Zeit der Errichtung oder zur Zeit des Todes ist) soll, da sie den Perosnalstatus betrifft, als wohl errichtet gelten für den Zweck der Zulassung zu Probate*) in England und Irland und zur Confirmation in Schottland, wenn sie errichtet ist entweder in Gemässheit des Rechtes des Ortes, an welchem die Person zur Zeit der Errichtung den Wohnsitz hatte, oder in Gemässheit des Rechtes, welches in dem Theile des Königreichs gilt, in welchem sie ihr Geburtsdomicil hat.

2. Every will and other testamentary instrument made within the United Kingdom by any british subject (whatever may be the do-

Jede letztwillige Verfügung, welche innerhalb des vereinigten Königreichs von einem britischen Unterthan errichtet ist, (welches

*) Ueter Probate (Einweisung) zu vergl. Schuster, die bürgerliche Rechtspflege in England. Berlin 1887. S. 243.

micile of such person at the time of making the same or at the time of his or her death) shall as regards personal estate, be held to be well executed and shall be admitted in England and Ireland to probate and in Scotland to confirmation, if the same be executed according to the formes required by the laws for the time being in force in this part of the United Kingdom where the same is made.

3. No will or other testamentary instrument shall be held to be revoced or to have become invalid, nor shall the construction thereof be altered, by reason of any subsequent change of domicile of the person making the same.

Frankreich, Code civil (1803). —

Art. 999. Un Français qui se trouvera en pays étranger pourra faire ses dispositions testamentaires par acte sous signature privée, ainsi qu'il est prescrit en l'art. 970, ou par acte authentique, avec les formes usitées dans le lieu où cet acte sera passé.

Art. 1000. Les testaments faits en pays étranger ne pourront être exécutés sur les biens situés en France qu'après avoir été enregistrés au bureau du domicile du testateur, s'il en a conservé un, sinon au bureau de son dernier domicile connu en France, et dans le cas où le testament contiendrait des dispositions d'immeubles qui y seraient situés, il devra être, en outre, enregistré au bureau de la situation de ces immeubles, sans qu'il puisse être exigé un double droit.

chau immer das Domicil einer solchen Person zur Zeit der Errichtung oder zur Zeit des Todes sein mag) soll, da sie den Personalstatus betrifft, als wohl errichtet gelten und zu Probate in England und Irland und zur Confirmation in Schottland zugelassen werden, wenn sie in den Formen errichtet ist, welche von den zur Zeit der Errichtung in dem Theile des Königreichs, in welchem die Errichtung erfolgt ist, geltenden Gesetzen erfordert wird.

Eine letztwillige Verfügung gilt weder als zurückgenommen oder als ungültig geworden, noch soll ihre Errichtung (oder Auslegung) eine andere Beurtheilung erfahren, aus dem Grunde, weil die dieselbe errichtende Person, in der Folgezeit den Wohnsitz gewechselt hat.

Badisches Landrecht. (481, 481a)

Satz 999. Ein Inländer, der sich in einem fremden Lande befindet, kann seinen letzten Willen entweder in einer eigenhändigen Urkunde nach der Form des 970sten Satzes erklären — („durchaus eigenhändig geschrieben und unterzeichnet, auch mit Ort, Tag und Jahr versehen" —) oder in einer öffentlichen Urkunde und alsdann unter den Formen, die dabei an dem Ort der Fertigung gebräuchlich sind.

Satz 1000. Letzte Willensverordnungen, die in fremdem Lande errichtet werden, können, soviel das im Inland befindliche Vermögen betrifft, nicht in Vollzug gesetzt werden, als nachdem sie vorher in der Gerichtskanzlei des Wohnortes des Erblassers, wenn er einen Wohnsitz im Lande beibehalten hat, andernfalls aber in der Gerichtskanzlei des Orts, der als sein letzter Wohnsitz im Lande bekannt ist,

Haager Conferenz (1894). V. Art. 3.

Les testaments et les donations à cause de mort sont, en ce qui concerne la forme, reconnus comme valables, s'ils satisfont aux prescriptions, soit de la loi nationale du disposant, soit de la loi du lieu où ils sont faits.

Néanmoins, lorsque la loi nationale du disposant exige comme condition substantielle que l'acte ait la forme authentique ou la forme olographe, ou telle autre forme déterminée par cette loi, la donation ou le testament ne pourra être fait dans une autre forme.

Sont valables, en la forme, les testaments des étrangers, s'ils sont été reçus, conformément à leur loi nationale, par les agents diplomatiques ou consulaires de leur nation.

La même règle s'applique aux donations à cause de mort.

eingetragen worden. Im Falle der letzte Wille Verfügungen über inländische Liegenschaften enthält, soll er überdies in der Gerichtskanzlei, unter welcher die Güter liegen, eingetragen werden.

(482)

Die Testamente und Schenkungen von Todeswegen werden hinsichtlich der Form als gültig anerkannt, wenn sie entweder dem Nationalgesetze des Verfügenden oder dem am Orte ihrer Errichtung geltenden Gesetze entsprechen. Wenn indess das Nationalgesetz des Verfügenden als wesentliches Erfordernis der Testamente oder der Schenkungen von Todeswegen die beglaubigte oder die holographische oder eine andere bestimmte Form vorschreibt, so können dieselben in einer anderen Form nicht errichtet werden.

Das Testament eines Ausländers ist formgültig, wenn er dasselbe in Uebereinstimmung mit seinem nationalen Gesetze bei dem diplomatischen oder konsularischen Beamten seines Heimathsstaates niedergelegt hat.

Dasselbe gilt bezüglich der Schenkungen von Todeswegen.

Italien siehe Nr. 240. (483)

Lima Entwurf (1878). Art. 22. (484)

Die äusseren Förmlichkeiten des Testaments bestimmen sich nach dem Orte der Errichtung.

Vertrag von **Montevideo** (1889). Art. 44 bei No. 472. (485

New York, civil code (1865). (486)

§ 554. A will of real or personal property or both, or a revocation of thereof, made out of this State by a person not having his domicil in this State, is a valid, when executed according to the law of the place in which the same was made, or in which the testator was at the

Eine letztwillige Verfügung über Real- oder Personaleigenthum oder über beides oder ein Widerruf derselben, welcher im Auslande von einer im Inlande nicht domicilirten Person gemacht ist, ist, wenn die Errichtung in Gemässheit des am Errichtungsorte oder in Gemässheit

time domiciled, as if it were made in this state and according to the provisions of this chapter.

§ 555. No will or revocation is valid unless executed either according to the provisions of this chapter, or according to the law of the place in which it was made or in which the testator was at the time domiciled.

§ 556. Whenever a will or a revocation thereof, is duly executed according to the law of the place in which the same was made, or in which the testator was at the time domiciled, the same is regulated as to the validity of its execution by the law of such place, notwithstanding that the testator subsequently changed his domicile to a place, by the law of which such will would be void.

des an dem derzeitigen Domicile geltenden Gesetzes erfolgt ist, gültig, wie wenn die Errichtung im Inlande in Gemässheit der Vorschriften dieses Kapitels erfolgt wäre.

Keine letztwillige Verfügung oder Widerruf einer solchen ist gültig, wenn die Errichtung nicht in Gemässheit der Vorschriften dieses Kapitels oder in Gemässheit des Rechts des Errichtungsortes oder des derzeitigen Wohnsitzes des Testators erfolgt ist.

Wenn eine letztwillige Verfügung oder ein Widerruf einer solchen richtig in Gemässheit des am Errichtungsorte oder am derzeitigen Wohnsitze des Testators geltenden Rechts errichtet ist, so wird die Gültigkeit der Errichtung nach dem Rechte des betreffenden Ortes beurtheilt, auch wenn der Testator in der Folge sein Domicil nach einem Orte verlegt hat, nach dessen Gesetzen eine solche letztwillige Verfügung ungültig sein würde.

Russland, Swod Bd. 10 Abs. 1 Art. 10. (487)

Jeder im Auslande befindliche russische Unterthan kann sein Testament in Gemässheit der am Erfüllungsorte in Gebrauch befindlichen Form machen; aber dieses Testament muss der russischen Gesandtschaft oder dem Konsulat überreicht werden.

Schweiz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1891. (488)

Art. 24. Letztwillige Verfügungen, Erbverträge und Schenkungen auf den Todesfall sind hinsichtlich ihrer Form gültig, wenn sie dem Rechte des Errichtungsortes oder demjenigen des Wohnsitzkantons zur Zeit der Errichtung des Aktes oder zur Zeit des Ablebens des Erblassers oder demjenigen des Heimathkantons des Erblassers entsprechen.

Einwirkung der lex rei sitae auf das Familiengüterrecht, die vormundschaftliche Verwaltung und das Erbrecht.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen (§ 16). (489)

Die Vorschriften des § 10 Abs. 1, des § 13 Abs. 1 und des § 15 kommen nicht zur Anwendung, insoweit zu dem betreffenden Vermögen (dem

Vermögen eines der Ehegatten, dem Vermögen des Kindes, der Erbschaft) Gegenstände gehören, welche nicht in dem Gebiet des Staates, dessen Recht im Allgemeinen massgebend ist, sich befinden und nach dem Recht des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden, als ein, von dem Gesammtvermögen ausgesondertes, besonderes Vermögen zu betrachten sind. In Betreff dieser Gegenstände ist das Recht des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden, massgebend.

b) Entwurf Gebhard I. § 30.*) (490)

Die Vorschriften in § 19 Absatz 1 § 23 Satz 1 und § 29 kommen nicht zur Anwendung, insoweit zu dem betreffenden Vermögen (dem Vermögen eines der Ehegatten, dem Vermögen des Kindes, der Erbschaft) Gegenstände gehören, welche nicht in dem Gebiete des Staates, dessen Recht im Allgemeinen massgebend ist, sich befinden, und diese Gegenstände nach dem Rechte des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden, als von dem Gesammtvermögen ausgesonderte Vermögensgegenstände zu betrachten sind oder sonst unter ihnen eigenthümlichen, eine abweichende Beurtheilung erheischenden Vorschriften stehen. In Betreff dieser Gegenstände entscheidet das Recht des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden.

c) Entwurf des B.G.B. I. Lesung (Vorentwurf § 22). (491)

Die Vorschriften der §§ 11, 15 und des § 21 Abs. 1 kommen nicht zur Anwendung, soweit zu dem betreffenden Vermögen Gegenstände gehören, welche nicht in dem Gebiete des Staates, dessen Gesetze nach jenen Vorschriften massgebend sind, sich befinden, und in dem Staate, in dessen Gebiete die Gegenstände sich befinden, in Ansehung dieser Gegenstände besondere Vorschriften bestehen.

d) Entwurf des B.G.B. II. Lesung (§ 2262). (491a)

Die Vorschriften der §§ 2250, 2255 und des § 2261 Abs. 1 finden keine Anwendung auf Gegenstände, die sich nicht in dem Gebiete des Staates befinden, dessen Gesetze nach jenen Vorschriften massgebend sind, und die nach den Gesetzen des Staates, in dessen Gebiete sie sich befinden, besonderen Vorschriften unterliegen.

e) Entwurf Niemeyer (§ 20). (492)

Die Vorschriften der §§ 12, 14, 19 kommen nicht zur Anwendung in Bezug auf unbewegliche Sachen, sofern für diese nach den Gesetzen des Ortes, an dem sie liegen, besondere Vorschriften gelten.

Gewillkürte Geltung ausländischen Rechts.

Deutschland.

a) Entwurf Mommsen § 18. (493)

Soweit Rechtsverhältnisse durch die Willkür der Betheiligten bestimmt werden können, ist statt des sonst entscheidenden Rechtes ein

*) Anm. Der II. Gebhards'che Entwurf (§ 30) stimmt mit dem oben wiedergegebenen § 30 sachlich (und wörtlich fast) überein.

anderes Recht anzuwenden, wenn ein darauf gerichteter Wille von den Betheiligten ausdrücklich oder stillschweigend erklärt ist.

b) Entwurf Gebhard § 34. **(494)**

I.

Soweit Rechtsverhältnisse durch die Willkür der Betheiligten bestimmt werden können, ist den letzteren gestattet, festzusetzen, dass statt des an sich massgebenden Rechts ein anderes Recht zur Anwendung kommt.

II.

Soweit der Inhalt eines nach den deutschen Gesetzen zu beurtheilenden Rechtsverhältnisses durch den Willen der Betheiligten bestimmt werden kann, kann derselbe auch durch Bezugnahme auf nicht mehr geltende oder auf ausländische Gesetze bestimmt werden.

c) Entwurf Niemeyer (1895) § 2. **(495)**

Eine rechtsgeschäftliche Unterwerfung unter ein bestimmtes Recht ist insoweit wirksam, als dasjenige Recht, welches gemäss den folgenden Regeln für das Rechtsverhältnis sonst massgebend sein würde, dem Privatwillen nachgiebt.

Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (1863) § 18. **(496)**

Soweit Rechtsverhältnisse durch die Willkür der Betheiligten bestimmt werden können, ist den letzteren gestattet, festzusetzen, dass statt der sonst entscheidenden Gesetze andere Gesetze zur Anwendung kommen sollen.

Materialien-Register.

Aargau (Kanton).
a) Civilgesetzbuch (1847)
§ 6 No. 1
§§ 8. 9 „ 115
§ 10 „ 214
§ 11 „ 271
b) Entw. Käppeli für ein revidirtes Civilgesetzbuch (1888)
§ 17 No. 2
§ 18. 19 „ 175
§ 24 „ 215

Amerika (Verein. Staaten). Revid. Statuten 1873/74. Section 4082 No. 359

Argentinien.
a) código civil (1871)
Art. 1 No. 3
„ 6. 7. 8 „ 114
„ 9 „ 58
„ 10 „ 189
„ 11 „ 204
„ 12 „ 216
„ 13 „ 48
„ 14 „ 58
„ 44 „ 159
„ 409. 410 „ 432
„ 1181 „ 252
„ 3283, „ 3286, „ 3611, „ 3612 No. 447
b) Ley sobre matrimonio civil (1888)
Art. 2 No. 333
„ 3 „ 360
„ 4. 5. 6. „ 385
„ 86. 87 „ 388

Baden.
a) Konstitutionsedikt (1808)
§ 2 No. 21
b) Landrecht (1810)
Satz 3 Abs. 2 No. 190
„ 3 „ 3 „ 116
„ 11 „ 20
„ 999. 1000 „ 481a
c) Gesetz v. 4. Juni 1864 No. 474a.

Bayern.*)
a) Codex Maximilianeus Bavaricus civilis (1756)
Teil III. cap. 12. § 1. No. 467
b) Freizügigkeitsvertrag zwischen Bayern und den Vereinigten Staaten von Amerika (1845)
Art. 5 No. 471

Belgien.
a) Gesetz vom 18. Mai 1873
Art. 128 No. 160
b) Gesetz vom 20. Mai 1882 No. 340
c) Laurent, Avant-Projet de Révision du code civil
Art. 11 No. 145
„ 12 Abs. 1 „ 319
„ 2 „ 452
„ 13 „ 174
„ 14 „ 277
„ 15 „ 143
„ 16 „ 255
Art. 17 Abs. 1. 2 No. 310
„ 3 „ 293
„ 18 „ 1. 2 „ 85
„ 3 „ 91
„ 4. 5 „ 103
„ 19—24 „ 236
„ 25 prozessrechtlich
„ 26 No. 59
d) Entwurf der Belgischen Gesetzesrevisions-Kommission
Art. 3 No. 60
„ 4 „ 117
„ 5 „ 176
„ 6 „ 453
„ 7 „ 278
„ 8 „ 294
„ 9. 10 „ 246
„ 11 prozessrechtlich
„ 12 Abs. 1 No. 92
„ 2. 3 „ 86
„ 13 „ 104
„ 14 „ 60

Bern.
a) Civilgesetzbuch (1824)
Satzung 4
Abs. 1 No. 4
„ 2 „ 118
„ 3 „ 219
b) Entwurf über das Personen- u. Handlungsrecht (1868—1871)
Art. 1 No. 5
„ 2 „ 144
„ 3 „ 321
„ 4 „ 177
„ 5 Abs. 1 „ 289
„ 2 „ 315

*) Wegen der sonstigen privatinternationalen Bestimmungen des Cod. juris Bavarici judiciarii (1753), des Cod. Maximilianeus Bavaricus civilis (1756) und der Verordnung vom 11. Juni 1816 wird auf Meili, Kodifikation S. 9 ff. und auf Niemeyer, Pos. int. P.R. I. S. 81 f. verwiesen.

Art. 6 No. 231
„ 7. 8 „ 448
„ 9 „ 370
„ 10 „ 61
„ 11 „ 49
„ 12 „ 5

Californien, civil code (1872/76)
§ 63 No. 329
1285 „ 475

Canada (Nieder-) civil code (1866)
Art. 6 No. 191
„ 168
„ 7 „ 220
„ 8 „ 38

Chile, código civil (1855)
Art. 14. 15[1] No. 138
„ 15[2] „ 328
„ 16 Abs. 3 „ 286
„ 17. 18 „ 243
„ 119 „ 332
„ 120 „ 401
„ 121 „ 389
„ 955 „ 449
„ 997. 998 „ 473

Congostaat.
Gesetz v. 20. Febr. 1891
Art. 1 No. 23
„ 2 „ 93
„ 3 „ 178
„ 4 „ 476
„ 5 Abs. 1 „ 237
„ 2 „ 273
„ 3 „ 295
„ 6 (1) „ 341
(2) „ 368
(3) „ 406
(4) „ 371

Deutschland.
a) Wechselordnung (1848)
Art. 84 No. 145
b) Konvention mit Russland über die Regulirung von Hinterlassenschaften (1874)
Art. X No. 469
c) Civilprozessordnung (1877)
§ 265 No. 50
d) Handelsvertrag mit Russland 1894
Art. 4 No. 164
e) Entwurf Mommsen (1879)
§ 1 No. 7
§§ 2. 3 „ 146
§ 4 „ 247
§ 5 „ 179
§ 6 „ 268
§ 7 „ 301
§ 8 „ 306
§ 9 Abs. 1 „ 338
„ 2 „ 402
„ 3 „ 350
§§ 10. 11 „ 384
§§ 12. 13 „ 414
§ 14 „ 433
§ 15 „ 455
§ 16 „ 489
§ 17 „ 94
§ 18 „ 494
§ 19 „ 63
f) Entwurf Gebhard I und II.
Entwurf eines bürgerl. Gesetzbuches für das Deutsche Reich. Allgemeiner Theil. Vorlage des Redaktors Dr. Gebhard (ohne Jahreszahl) (I) und Aenderungsvorschläge des Referenten (Dr. Gebhard) 1887 (II)
I u. II: § 5 No. 106; § 6 „ 161; § 7 Abs. 1 „ 147; „ 2 „ 156; „ 3 „ 147; § 8 „ 106; § 9 „ 248
I § 10 Abs. 1. 2 No. 180
„ 3 „ 209
„ 4 „ 180
II § 10 „ 1 Abs. 2 Satz 1 „ 180
„ 3
„ 2 „ 2 „ 209
I u. II § 11 „ 269
I § 12 „ 311
II § 12 „ 296
I § 13 „ 296
II § 13 „ 311
I u. II § 14 „ 312
I § 15 „ 313
II § 15 fällt aus
I u. II: § 16 „ 342; § 17 „ 364; § 18 „ 399; §§ 19. 20 „ 380; §§ 21. 22 „ 407; §§ 23. 24 „ 415; § 25 „ 426; §§ 26.27 (II 27[a]) „ 434; § 28 „ 444; § 29 „ 456
I u. II: § 30 „ 490; § 31 „ 47; § 32 „ 95; § 33 „ 102; § 34 „ 495; § 35 „ 64
I u. II: § 36 betrifft die Wirkungen des Prozessbeginns; § 37 betr. d. Wirkungen des Urtheils; § 38 No. 51; § 39 „ 24
I § 40 betrifft das Vollstreckungsurtheil.
g) Rocholl, Vorschläge (1890)
§ 2a Abs. 1 No. 8
„ 2 a) „ 149
b) „ 372. 361; „ 449[a]. 323

§ 2a Abs. 2 c) No. 205
d) „ 244
e) „ 263. 302
h) Entwurf der Kommission für die erste Lesung des B.G.B. über die räumliche Herrschaft der Rechtsnormen, (nach der Anlage zum Protokoll der 401. Sitzung der Kommission für die zweite Lesung des B.G.B.)
§ 1 No. 162
§ 2 Abs. 1 u. 3 „ 148
„ 2 „ 157
§ 3 „ 249
§ 4 „ 181
§ 5 „ 274
§ 6 „ 296 a
§ 7 „ 307
§ 8 „ 342 a
§ 9 „ 365
§ 10 „ 393 a
§§ 11. 12 „ 381
§§ 13. 14 „ 408
§§ 15. 16 „ 416
§ 17 „ 427 a
§ 18 „ 423
§§ 19. 20 „ 435
§ 21 „ 457
§ 22 „ 491
§ 23 „ 96
§ 24 „ 65
§ 25 betrifft die Wirkungen des Urtheils
§ 26 No. 25
i) II. Entwurf des B.G.B. (1895)
§ 2236 No. 107
§ 2237 „ 162
§ 2238 Abs. 1 u. 3 „ 148
„ 2 „ 157
§ 2239 „ 445
§ 2240 „ 39
§ 2241 „ 181
§ 2242 No. 274 a
§ 2243 „ 303
§ 2244 „ 307
§ 2245 „ 342 b
§ 2246 „ 365
§§ 2247/49 „ 393
§§ 2250/51 „ 381
§§ 2252/54 „ 408 a
§ 2255 „ 416 a
§§ 2256/57 „ 427
§ 2258 „ 423 a
§§ 2259/60 „ 435 a
§ 2261 „ 457 a
§ 2262 „ 491 a
§ 2263 „ 96
§ 2264 „ 66
§ 2265 „ 25
k) Entwurf Niemeyer (1895)
§ 1 Abs. 1. 3. 4 No. 9
„ 2 „ 67
§ 2 „ 495
§ 3 „ 1. 2. 4 „ 250
„ 3 „ 343
„ 5 „ 355
§ 4 „ 108
§ 5 „ 163
§ 6 „ 1. 3 „ 150
„ 2 „ 158
§ 7 „ 1 „ 297
„ 2 „ 266
§ 8 „ 1. 2 „ 182
„ 3 „ 210
§ 9 „ 343
§ 10 „ 366
§ 11 „ 394
§ 12 „ 382
§ 13 „ 409
§ 14 „ 417
§ 15 „ 428
§ 16 „ 409
§ 17 „ 424
§ 18 „ 436
§ 19 Abs. 1 „ 458
„ 2 „ 479
§ 20 „ 492
§ 21 Abs. 1. 2 „ 87
„ 3 No. 97
„ 4 No. 1 „ 87
„ 2 „ 97
„ 3 „ 81
„ 5 „ 78. 79
„ 6 „ 105
§ 22 „ 52
§ 23 „ 26

Entwurf **Dominicanische Republik** (1861)
Art. 177 No. 120
„ 179 „ 383
„ 186 „ 192
„ 188 „ 238
„ 189 „ 344
„ 190/91 „ 238
„ 193 „ 260
„ 194/95 „ 279
„ 197 „ 316
„ 200 „ 254
„ 202 „ 281
„ 218 „ 254

England.
Gesetz vom 6. August 1861 (Lord Kingsdown's Act) No. 480.

Frankreich.
a) code civil (1803)
Art. 3 Satz 2 No. 193
„ 3 „ 121
„ 11 „ 27
„ 170 „ 334
„ 726. 912 „ 474 (Nt.)
„ 999. 1000 „ 481
b) Gesetz vom 14. Juli 1819 No. 474

Freiburg (Kanton).
Civilgesetzbuch (1834)
Art. 1. No. 10
„ 2. 3 „ 122
„ 4 „ 232

Georgia, code of the state (1873)
§ 8 No. 245
§ 1710 „ 335
§ 2738 „ 139

Graubünden (Kanton).
Civilgesetzbuch (1862)
§ 1 No. 11
Haager Konferenz (1894)
I. Dispositions concernant le mariage.
a) Conditions pour la validité du mariage
Art. 1—4. No. 345
„ 5 „ 356
b) Effets du mariage sur l'état de la femme et des enfants
Art. 1—3 No. 369
c) Divorce et séparation de corps
Art. 1—6 No. 395
II. Dispositions concernant la tutelle
No. 437
V. Dispositions concernant les successions, les testaments et les donations à cause de mort. No. 460
Japan, Civilgesetzbuch (1890)
Allgemeine Vorschriften
Art. 3 Abs. 1 No. 141
„ „ 2 „ 324
„ 4 „ 1 „ 184
„ „ 2 „ 257
„ 5 „ 267
„ 6 „ 141
„ 7 „ 298
„ 8 „ 1 „ 82, 99
„ „ 2 „ 88
„ 9—12 „ 239
I. Buch Art. 6 No. 28, 165
Institut de droit international
a) Oxford 1880
Nos. 69, 83, 98, 461
b) Lausanne 1888
Art. 1 No. 346
„ 2. 3 „ 357
„ 4 „ 352
Art. 5. 6. 7 No. 346
„ 8. 9 „ 396
„ 10. 11 „ 367
„ 12—15 „ 373
„ 16 „ 396
„ 17. 18 „ 396
c) Paris 1894 No. 446
Italien, codice civile (1865)
Art. 3 No. 29
„ 6 „ 124
„ 7 Abs. 1 „ 169
„ 2 „ 194
„ 8 „ 462
„ 9 „ 1 „ 240
„ „ 2 Satz 1 „ 258
„ „ 2 „ 280
„ 12 „ 70
„ 100 „ 347
„ 101 „ 353
„ 102. 103 „ 347
Kentucky, Generalstatutes 1893.
Chapter 52. art. I.
§ 6 No. 330.
Vertragsentwurf der südamerikanischen Staaten, Lima (1878).
Art. 1 No. 30
„ 2 „ 125
„ 3 „ 206
„ 4 „ 282
„ 5 „ 221
„ 7 „ 348
„ 8. 9 „ 358
„ 10—12 „ 348
„ 13 „ 362
„ 14—16 „ 378
„ 17 „ 405
„ 18—21 „ 463
„ 22 „ 484
„ 23 „ 259
„ 24 „ 463
„ 32 „ 211
„ 33 „ 317
„ 38 „ 299
„ 54 „ 71
„ 55 „ 54
Liv-Esth-Kurländisches Privatrecht (1864).
Art. 27 No. 12
„ 28 „ 111
„ 29 „ 379
„ 30 „ 429
„ 31 „ 419
„ 32 „ 438
„ 33 Satz 1 „ 196
„ 2 „ 170
„ 34 „ 468
„ 35 „ 290
„ 36 „ 233
Louisiana, civil code (1838)
Art. 9 No. 31
„ 10 „ 283
Luzern (Kanton) Civilgesetzbuch 1831.
§ 6 Abs. 1 No. 13
„ 2 „ 126
„ 3 „ 223
Maine, Revised statutes, (1883/84) Chapter 59 Section 9 No. 336
Mexico, código civil. (1871)
Art. 13 No. 127
„ 14 „ 197
„ 15 „ 234
„ 17. 18 „ 291
„ 19 „ 55
Montenegro, Bürgerliches Gesetzbuch ü. Vermögen. (1888).
Art. 5. 6 No. 14
„ 7 „ 56
„ 8 „ 72
„ 9 „ 32
„ 786 „ 109
„ 787 „ 166
„ 788 „ 142
„ 789 „ 439
„ 790 „ 185
„ 791 Abs. 1. 2 „ 185
„ 3 „ 212
„ 792 „ 264
„ 793 „ 299a
„ 794 „ 308a

Art. 795—797 betrifft die Anerkennung ausländischer Urtheile.
„ 798/99 No. 241
„ 800 „ 100
Vertragsentwurf der südamerikanischen Staaten. Montevideo (1889)
Art. 1 No. 112
„ 2 „ 155
„ 3. 4 „ 167
„ 5 „ 75
„ 6. 7. 8 enthalten Bestimmungen über die Ermittelung des Wohnsitzes.
„ 9 No. 80
„ 10 „ 110
„ 11 „ 337
„ 12 „ 363
„ 13 „ 391
„ 14. 15 „ 420
„ 16. 17 „ 412
„ 18 „ 430
„ 19—23 „ 440
„ 24 S. 105 Anm. 4.
„ 25 No. 440
„ 26—31 „ 186
„ 32 „ 251
„ 33—36 „ 287
„ 37 „ 292
„ 38 „ 300
„ 39 Abs. 1 „ 224
„ 2 „ 251
„ 40—43 „ 374
„ 44—50 „ 472
„ 51—53 „ 318
„ 54—55 „ 213
New-York, civil code (1865).
§§ 554—556 No. 486.
Niederlande,
a) Burgerlijk Wetboek (1838)
Art. 139 No. 354
„ 1218 „ 199
b) Wet houdende Algemeene Bepalingen van Wetgeving. (1829)
Art. 6 No. 128
„ 7 „ 198
„ 9 „ 33
„ 10 „ 225
c) Entwurf eines Gesetzes über die Handelspapiere (1886)
Art. 2 No. 129
Oesterreich, Allgemeines Gesetzbuch (1811)
§§ 4. 34 No. 136
§ 35 „ 262
§§ 36. 37 „ 284
§ 300 Satz 1 „ 200
„ 2 „ 171
Portugal.
a) código civil (1868).
Art. 24 No. 130
„ 26 „ 34
„ 27 „ 130
b) código commercial (1888)
Art. 12 No. 131
Preussen,
a) Allgemeines Landrecht (1794)
Theil I. Einleitung
§§ 23—27 No. 140
§§ 28—31 „ 172
§ 32 „ 201
§§ 34. 35 „ 140
§§ 40—45 „ 35
Titel 5
§ 111 „ 226
§§ 112—114 „ 253
§ 115 „ 226
§ 148 „ 226
Titel 12
§ 40 „ 35
Theil II.
Titel 1
§§ 347
§§ 350—55 } 375
§§ 495—496
Titel 17
§ 173 „ 35
b) Vormundschaftsordnung (1875)
§ 6 No. 441
Russland,
Swod. Bd. 10 Abth. 1
Art. 10 No. 487.
Sachsen,
a) Bürgerliches Gesetzbuch (1863)
§ 6 No. 15
§§ 7. 8 „ 151
§ 9 „ 235
§ 10 „ 187
§ 11 „ 288
§ 12 „ 431
§ 13 „ 339
§ 14 „ 376
§ 15 „ 421
§ 16 „ 442
§ 17 „ 450
§ 18 „ 496
§ 19 „ 73
§ 20 „ 36
§ 172 „ 57
b) Verordnung v. 9. Januar 1865
§ 3 No. 36
Schweiz.
a) Bundesgesetz, betr. den Civilstand vom 24. Christmonat 1874
Art. 25 Abs. 3 No. 331
„ 54 „ 390
„ 56 „ 386
b) Bundesgesetz, betr. die persönliche Handlungsfähigkeit vom 22. Brachmonat 1881
Art. 10 No. 152
c) Bundesgesetz, betr. die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter v. 25. Juni 1891
Art. 3 No. 76

Art. 5 No. 89
„ 6 „ 77 u. 84
„ 7 „ 113
„ 8 „ 413
„ 9 Abs. 1 „ 422
„ 2 „ 425
„ 19. 20 „ 377
„ 22. 23 „ 451
„ 24 „ 488
„ 25—27 „ 451
„ 28 „ 44

d) Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika (1850/5)
Art. 6 No. 470

Serbien, code civil (1844).
Art. 6 No. 270
„ 45. 47 „ 37

Solothurn (Kanton), Civilgesetzbuch (1841)
§ 4 No. 16
§ 5 „ 132
§ 6 „ 275
§ 7 „ 227
§ 8 „ 464
§ 9 „ 16

Spanien, código civil (Fassung von 1889)
Art. 9 No. 133
„ 10 Abs. 1 Satz 1 „ 173
„ 2 „ 202
„ 2 „ 465
„ 11 „ 1 „ 228
„ 3 „ 74

Tessin (Kanton), codice civile (1882)
Art. 6 No. 153

Ungarn, Ehegesetz vom 18. Dezember 1894.
§§ 108—111 No. 349
§ 112 „ 443
§ 113 „ 349
§§ 114. 115 „ 397
§ 116 „ 387
§ 117 „ 397
§ 118 S. 105 Anm. 4
§ 119 No. 101

Unterwalden (Kanton) Personenrecht (1852)
§ 4 No. 17
§ 5 Abs. 1 „ 134
„ 3 „ 229
§ 6 Abs. 1 „ 276
„ 3 „ 90

Uruguay, código civil (1868) Titulo preliminar.
Art. 5 No. 207

Wallis (Kanton) Civilgesetzbuch (1853)
Art. 2 Abs. 2 No. 203
„ 3 „ 135
„ 3 „ 230

Zug (Kanton) Privatrechtliches Gesetzbuch (1861)
§ 1 No. 18

Zürich, Kanton
a) Civilgesetzbuch von 1854
§ 1 No. 19
§ 2 „ 154
§ 3 „ 46a
§ 4 „ 188
§ 5 „ 565
§ 6 „ 242

b) Civilgesetzbuch von 1887
§ 1 No. 19
§ 2 „ 188
§ 3 „ 327
§ 4 „ 466
§ 5 „ 242
§ 6 „ 19

Wilhelm Gronau's Buchdruckerei, Berlin W.-Schöneberg.